



Das
Bundesarchiv

Christian Halbrock



Tatort Stasi-Zentrale

Wer hat wo was
entschieden?



Vier Jahrzehnte – von 1950 bis 1990 – befand sich die Zentrale der DDR-Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg. Von hier aus koordinierte die Ministeriumsspitze die Arbeit in den Bezirksverwaltungen, Objekt- und Kreisdienststellen der gesamten DDR und betrieb Auslandsspionage gegen den Westen. Die in Lichtenberg erlassenen Befehle, Anordnungen und Richtlinien waren die Grundlage für das Vorgehen gegen Regimekritiker und Andersdenkende.

Der vorliegende Band erläutert an zahlreichen Originaldokumenten, Fotos und Plänen die Funktion der einzelnen Bauten auf dem Gelände der MfS-Zentrale, die nicht nur die Büros der hauptamtlichen Mitarbeiter beherbergten, sondern zu denen auch die zentralen Karteien und Archivablagen, die Einrichtungen für die Funk- und Kommunikationsnetze sowie die Post- und Telefonüberwachung, Gesundheits-, Dienstleistungs- und Sporteinrichtungen für die Mitarbeiter und nicht zuletzt eine Untersuchungshaftanstalt des MfS gehörten.

In gesondert markierten Abschnitten wird zudem das leitende Personal an der Spitze der Stasi vorgestellt. So entsteht ein anschauliches Bild der Geschichte des Geländes, des Auf- und Ausbaus der Zentrale und der umfassenden Kontrolle, die der zentrale Apparat der Staatssicherheit jahrzehntelange ausübte. Die Darstellung lässt sich damit sowohl als Führer über das Gelände in Lichtenberg lesen, der die einzelnen Gebäude kapitelweise erläutert, wie auch als eine illustrierte Einführung in die Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit überhaupt.

Zum Autor

Dr. Christian Halbrock ist Historiker und war Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Vermittlung und Forschung des Stasi-Unterlagen-Archivs.

Christian Halbrock

Tatort Stasi-Zentrale

Wer hat wo was entschieden?

Impressum

Bundesarchiv
– Stasi-Unterlagen-Archiv –
Abteilung Vermittlung und Forschung
10106 Berlin
publikation.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de
stasiunterlagenarchiv.de

Die Meinungen, die in dieser Publikation geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung des Autors wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

Schutzgebühr: 5,00 €
Berlin 2023

ISBN 978-3-946572-61-9

Ein PDF dieser Publikation ist unter der folgenden URN kostenlos abrufbar: urn:nbn:de:0292-97839465726193

Vorwort

Die ehemalige Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg – ein historischer Ort mit wechselvoller Geschichte, der gleichermaßen für Repression, Revolution und Aufklärung steht. Fast 40 Jahre lang befand sich hier der hermetisch abgeriegelte Dienstsitz des Ministers für Staatssicherheit, ein riesiger Komplex, an dem bis zu 7000 hauptamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der einst allmächtigen Staatssicherheit Terror, Überwachung und Zersetzung organisierten, an dem über persönliche Schicksale entschieden und Lebenswege unumkehrbar manipuliert oder gar zerstört wurden.

Nachdem mutige Bürgerinnen und Bürger in der Friedlichen Revolution alle damaligen Bezirks- und Kreisverwaltungen der Stasi gestürmt hatten, wurde im Januar 1990 auch das Herz der Staatssicherheit, die Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg besetzt, um die Stasi-Unterlagen zu sichern und ihre weitere Vernichtung durch die sich auflösende Staatssicherheit zu stoppen. Die schließlich nach kontroversen Diskussionen getroffene Entscheidung zur Öffnung der Akten war zugleich die Geburtsstunde des auf dem Gelände ansässigen Stasi-Unterlagen-Archivs, welches heute zum Bundesarchiv gehört. Nach wie vor werden die Akten nach rechtsstaatlichen Grundsätzen auf Basis des Stasi-Unterlagen-Gesetzes zur Aufarbeitung zugänglich gemacht. Die ehemals geheimen Akten der Stasi wurden millionenfach zur Aufklärung des eigenen Schicksals, zur Rehabilitierung von politisch motiviertem Unrecht und für die zeithistorische Forschung zur Verfügung gestellt.

Das Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale ist in den letzten Jahren zu einem lebendigen Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand, dem Campus für Demokratie geworden. Zivilgesellschaftliche Vereine und das Stasi-Unterlagen-Archiv haben Ausstellungen entwickelt wie die Open-Air-Ausstellung der Robert-Havemann-Gesellschaft, das Stasimuseum mit der „Mielke-Etage“ und die Archivausstellung „Einblick ins Geheime“, die es den Besuchenden ermöglichen, sich auf vielfältige Weise über die Mechanismen des Repressionsapparates zu informieren und am historischen Ort mit der Geschichte auseinanderzusetzen. Schülerinnen und Schülern wird an Projekttagen im Archiv bei der Arbeit mit authentischen Quellen eindrucksvoll das Wirken der Stasi vermittelt. Weitere Formate wie das Campus-Kino, wechselnde Ausstellungen und zahlreiche Veranstaltungen ergänzen die bestehenden Bildungs- und Informationsangebote.

Bund und Land planen gemeinsam, den Campus für Demokratie weiterzuentwickeln. Unter Einbezug weiterer Flächen bzw. Gebäude soll ein Archivzentrum zur SED-Diktatur errichtet werden, in dem neben den Stasi-Unterlagen alle weiteren DDR-Bestände, die vom Bundesarchiv verwahrt werden, gelagert werden sollen.

Die vorliegende Publikation veranschaulicht, welche Gebäude die Stasi für welche Aufgaben genutzt hat, wer darin tätig war und was dort entschieden wurde. Im Kontext der (weiteren) Entwicklung des Geländes gibt sie den Besuchenden einen aufschlussreichen Überblick über die einzelnen Gebäude und ihre Nutzung durch die Stasi und macht so den Campus insgesamt erfahrbarer.

Alexandra Titze

Vizepräsidentin des Bundesarchivs und zuständig für die Leitung des Stasi-Unterlagen-Archivs

Inhalt

1.	Einleitung: Die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg	9
2.	Das Ministerium für Staatssicherheit und seine Zentrale in Ost-Berlin	15
2.1	Ausbauplanungen und weitere MfS-Standorte im Berliner Stadtgebiet	21
2.2	Sozialistische Einheitspartei und Staatssicherheit	30
2.3	Haus 2 – Finanzamt Lichtenberg, der erste Dienstsitz des Ministers	32
2.3.1	Baugeschichte: Umbau und Erweiterung des ehemaligen Finanzamtes	35
2.3.2	Wilhelm Zaisser, der erste Minister für Staatssicherheit (1950–1953)	38
2.3.3	Ernst Wollweber, Staatssekretär und zweiter Minister für Staatssicherheit (1953–1957)	40
2.3.4	Häftlingsfreikauf als „Sonderaufgabe des Ministers“ – der Bereich „Volpert“	46
2.3.5	Der Fest-, Konferenz- und Speisesaal im Innenhof von Haus 2	49
2.4	Haus 7 – der Sitz der Hauptabteilung XX	54
2.4.1	Haus 7 – die Entstehungsgeschichte des Gebäudes	58
2.4.2	Haus 7 – der Ort, an dem die Unterdrückung der Opposition geplant und organisiert wurde	62
2.4.3	Die Informationsspeicher und die Auswertungs- und Informationsgruppen der HA XX	72
2.5	Haus 1 – das zentrale Dienstobjekt und der Sitz des Ministers ab 1964	78
2.5.1	Entstehungsgeschichte des Hauses 1	84
2.5.2	Erich Mielke – der Minister für Staatssicherheit	92
2.5.3	Das Büro des Stellvertretenden Ministers Generalleutnant Wolfgang Schwanitz	100
2.6	Haus 22 – das Neue Speisehaus	102
2.6.1	Arbeitstagungen und Dienstkonferenzen	106
2.7	Haus 19 und 20 – die Poliklinik und das Krankenrevier des Ministeriums für Staatssicherheit	118
2.8	Haus 15 – die DDR-Auslandsspionage: Hauptverwaltung A	123
2.8.1	Markus Wolf – Leiter der Hauptverwaltung A	126
2.8.2	Überläufer und undichte Stellen in der HV A	133

2.9	Haus 16 – die SED-Kreisleitung und die Hauptabteilung XVIII	137
2.9.1	Hauptabteilung XVIII – zuständig für die Überwachung der Wirtschaft	142
2.10	Haus 17 – die Zufahrt zur Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit	144
2.10.1	Schusswaffeneinsatz und Steinwürfe an der Zufahrt Ruschestraße	147
2.10.2	Die Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz in Haus 17	152
2.11	Haus 18 – der Dienstleistungs- und Versorgungstrakt	155
3.	Gotlindestraße und Magdalenenstraße – die Außenbereiche der MfS-Zentrale	168
3.1	Das Teilobjekt Gotlindestraße	169
3.1.1	Die Abteilung M (Postkontrolle) in Haus 47	175
3.1.2	Haus 47: der Abhörstützpunkt der Hauptabteilung III	178
3.2	Die Magdalenenstraße	180
3.2.1	Das Untersuchungsgefängnis	183
3.2.2	Das Sowjetische Militärtribunal (SMT) in der Magdalenenstraße	187
3.2.3	Untersuchungsgefängnis Magdalenenstraße	187
3.2.4	Die Magdalenenstraße als Symbol der politischen Strafverfolgung in der DDR	193
3.2.5	Der Zentrale Operativstab in Haus 3	196
3.2.6	Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) in Haus 4	198
3.2.7	Haus 8 und 9: Das Archiv der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit	202
3.2.8	Die Zentrale Koordinierungsgruppe in Haus 12	207
4.	Schlussbetrachtung	208
Anhang		212
	Abkürzungsverzeichnis	213
	Literaturverzeichnis	215
	Verzeichnis der Häuser der MfS-Zentrale	218
	Personenregister	222
	Abbildungsverzeichnis	223



↑ Stasi-Minister Erich Mielke empfängt vor seinem Dienstsitz „Haus 1“ Staats- und Parteichef Erich Honecker im Februar 1980. Im Hintergrund ist der überdachte Vorbau zu sehen, der 1974 als Sichtschutz vor dem Eingang des Gebäudes errichtet worden war (BArch, MfS, ZAIG, Fo 885, Bild 157).

1. Einleitung: Die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg

Besucherinnen und Besucher des Geländes der ehemaligen Stasi-Zentrale interessieren sich häufig für den historischen Hintergrund der einzelnen Gebäude. Wer saß in diesen Bauten, welche Tätigkeiten wurden dort verrichtet und welche Maßnahmen gingen von ihnen aus?

Die vorliegende Publikation soll dazu einige Antworten geben. Dabei steht nicht die Baugeschichte des Komplexes im Vordergrund, die bereits ausführlich andernorts nachzulesen ist.¹ Vielmehr sollen im Folgenden Topologie und Funktionsweise des geheimpolizeilichen Hauptquartiers behandelt werden, von dem aus der Staatssicherheitsapparat in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) gesteuert und damit die Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei (SED) vier Jahrzehnte lang gesichert wurde.

Die Darstellung stützt sich auf Materialien aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv im Bundesarchiv. Mit diesen authentischen Quellen soll das Geschehen in den einzelnen Häusern beleuchtet und das Wirken der Staatssicherheit exemplarisch veranschaulicht werden. Da sich in der Hinterlassenschaft des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) nur wenige aussagekräftige Schlüsseldokumente befinden, die für eine Wiedergabe nicht zu umfangreich sind, mussten bei der Auswahl bestimmte Aspekte herausgegriffen werden. Überliefert sind im MfS-Bestand auch zahlreiche Fotos. Sie weisen zwar technische Defizite auf und sind oft sehr amateurhaft aufgenommen, geben aber einen authentischen Eindruck von den räumlichen Gegebenheiten und dem Leben in der Stasi-Zentrale. Die einzelnen Gebäude wurden von der Staatssicherheit in der Regel im Rahmen der Außensicherung ihres Dienstkomplexes abgelichtet. Andere Fotos entstanden im Zusammenhang mit der Selbstinszenierung und Traditionspflege im Ministerium.

Jedes Kapitel soll sich den Interessierten, gerade auch wenn sie die Dokumentation bei der Besichtigung der Gebäude zu Rate ziehen, als eigenständige Darstellung präsentieren, sodass es nicht der gesamten Dokumentation bedarf, um die einzelnen Teile zu verstehen. Dieser Grundsatz führt teilweise zu kleinen Wiederholungen. Der Text wendet sich an ein breites Publikum und soll insbesondere der politisch-historischen Bildungsarbeit dienen. Deshalb enthält er nur in Ausnahmefällen Beleg-

¹ Nur bei den drei wohl wichtigsten Gebäuden (Haus 1, 2 und 7) findet auch die Baugeschichte Erwähnung, die zugleich über die Funktion der Gebäude und die Ausbauphasen der Ministeriums-zentrale Auskunft gibt. Vgl. im Übrigen das Literaturverzeichnis im Anhang, u. a. Christian Halbrock: Mielkes Revier. Berlin 2011 und ders.: Stasi-Stadt. Berlin 2011.



↑ Abb. 1: Die Ministeriumszentrale Ende der 1960er-Jahre. Das aus der Baureihe herausragende Gebäude in der Bildmitte ist Haus 1, der Ministersitz. Links daneben das vom MfS genutzte ehemalige Finanzamt, rechts von Haus 1 befindet sich Haus 7. Gegenüber von Haus 1 ist das Neue Speisehaus (Haus 22) zu sehen; dahinter stehen die Gebäude des Zentralen Medizinischen Dienstes.

fußnoten. Die wesentliche Quellengrundlage bilden die abgedruckten Dokumente und Fotos. Diese Darstellung führt dazu, dass manch eine Aussage pointiert ist und vielleicht etwas verkürzt erscheint. Oftmals sind die Sachverhalte vielschichtiger und komplexer, als es hier ausgeführt werden kann. Für diejenigen, die die hier behandelten Themen vertiefen wollen, nennt die Dokumentation deshalb im Anhang eine Auswahl von Publikationen zur Staatssicherheit.

Die einzelnen Gebäude werden in der vorliegenden Dokumentation unterschiedlich ausführlich behandelt, abhängig von der Bedeutung, die den einzelnen vom MfS genutzten Häusern zukam. Die Gliederung der Kapitel folgt dabei der Chronologie der Übernahme der Gebäude und ihrer Bedeutung im Entstehungsprozess der MfS-Zentrale. Eine Übersicht mit den Nummern der Häuser auf dem Campus und deren Baudaten findet sich im An-



↑ **Abb. 2:** Der innere Bereich der Ministeriumszentrale Ende der 1980er-Jahre. Vorn unten der Dienstleistungs- und Versorgungskomplex (Haus 18). Rechts im Bild die 13-geschossigen Bürobauten an der Ecke Frankfurter Allee/Ruschestraße. Dazwischen das 4-geschossige Haus 17 – das Eingangsgebäude an der Ruschestraße mit integrierter Zufahrt. Haus 1 befindet sich hier im linken Bildbereich.

hang. Es handelt sich um den inneren Bereich der MfS-Zentrale und damit um die entscheidenden Gebäude des Ministeriums. So legte der langjährige Minister für Staatssicherheit Erich Mielke (1958–1989) größten Wert darauf, dass die wichtigsten zentralen Dienstseinheiten, soweit sich dies einrichten ließ, in Lichtenberg untergebracht waren.

Zum inneren Bereich der Ministeriumszentrale zählte anfangs nur das ehemalige Finanzamt an der Normannenstraße, das ab Februar 1950 von der Staatssicherheit genutzt wurde. Hinzu kam 1957 das Haus 7, das lange Zeit intern die Bezeichnung *Neubau*

trug. In der Lücke zwischen beiden Gebäuden entstand bis 1963 das Haus 1, der sogenannte *Zwischenbau* bzw. das *Objekt Z*. In den drei Häusern befanden sich Büros und Beratungsräume der führenden Offiziere der Staatssicherheit, die von hier aus die Dienststellen der Staatssicherheit in der DDR anleiteten und u. a. auch das Vorgehen gegen Andersdenkende planten.

Im inneren Bereich des Gebäudekomplexes errichtete die Staatssicherheit im Laufe der Jahre mehrere Dienstleistungs- und Versorgungsobjekte, so eine eigene Poliklinik mit Krankenhaus (Haus 19 und 20) an der Zufahrt zum Ministersitz und wenig später das Neue Speisehaus (Haus 22) gegenüber von Haus 1. Im Jahre 1982 wurde an der Normannenstraße der braunverglaste Dienstleistungs- und Versorgungskomplex, das Haus 18, gebaut. Seine Einrichtungen standen den MfS-Mitarbeitern in den Dienstpausen zur Verfügung. Sie garantierten ihnen eine privilegierte Versorgung, die sich von dem in der DDR Üblichen deutlich abhob. Aus sicherheitspolitischen Gründen sollte kein MfS-Mitarbeiter während seines Dienstes das Gelände verlassen müssen, um Besorgungen zu erledigen.

Darüber hinaus hatten die Häuser 18 und 22 noch weitere wichtige Funktionen. Sowohl im Dienstleistungs- und Versorgungskomplex als auch im Neuen Speisehaus fanden Konferenzen der Dienstseinheiten und Beratungen u. a. auch mit dem Minister statt. Ferner gab es hier politische Schulungen, Empfänge und Feiern bei politischen Anlässen, auf denen verdiente Mitarbeiter ausgezeichnet wurden. All dies diente der Stärkung des „tschekistischen“ Korpsgeistes und der politisch-ideologischen Formung der Mitarbeiter im Sinne einer unbedingten Gefolgschaft gegenüber dem Minister, dem Ministerium und der Sozialistischen Einheitspartei. Mit der medizinischen Versorgung durch eigenes Fachpersonal auf dem Gelände der MfS-Zentrale sicherte sich die Staatssicherheit nicht zuletzt den Zugriff auf die Gesundheitsdaten ihrer Mitarbeiter. Diese hatten sich auf Lebenszeit verpflichtet und eine Entpflichtung aus gesundheitlichen Gründen war nur nach einer eingehenden Prüfung durch Ärzte des MfS möglich. Angesichts der hohen Zahl „berufsbedingter“ Erkrankungen unter den Mitarbeitern – meist handelte es sich um Herz- und Kreislauferkrankungen, psychische Leiden, Schlafstörungen und Folgen des Alkoholismus – hatte der Zentrale Medizinische Dienst darüber hinaus eine große Bedeutung für die Funktionsfähigkeit des geheim-polizeilichen Apparats.

Im Jahr 1978 entstanden an der Ecke Ruschestraße/Frankfurter Allee fünf 13-geschossige Plattenbauten (Haus 15 und 16). Mit ihnen erhielt die stark wachsende MfS-Zentrale die dringend benötigten neuen Büroflächen. Zugleich dienten die Gebäudeblöcke als Sichtschutz gegen die Wohnhäuser der Frankfurter Allee und schirmten so die Ministeriumszentrale nach außen hin ab. Mit dem Büroriegel bekam das Gelände an der Ruschestraße ein neues 4-geschossiges Eingangsgebäude mit einer integrierten Durchfahrt, das intern die Bezeichnung Haus 17 erhielt.

Neben dem inneren Bereich des MfS-Komplexes, der sich um den Ministersitz Haus 1 gruppierte, behandelt die vorliegende Dokumentation auch die Häuser an der Gotlindestraße und an der Magdalenenstraße. Während das Teilobjekt Gotlindestraße das an der Normannenstraße liegende Hans-Zoschke-Stadion nördlich umschloss und somit etwas abseits lag, befanden sich die Häuser an der gegenüberliegenden Seite der Magdalenenstraße unmittelbar an der Ostseite des Hauptkomplexes. Beide Komplexe waren ein integraler Bestandteil der MfS-Zentrale. In ihnen befanden sich wichtige Gebäude – u.a. für die Nachrichten-Abteilung N (Gotlindestraße) und die zentrale Untersuchungshaftanstalt II (Magdalenenstraße).

Vorab wird ein Blick auf die MfS-Zentrale im Allgemeinen und deren Entstehungsgeschichte, auf die Dienstkomplexe der zentralen Ebene in Ost-Berlin insgesamt und das Verhältnis von MfS und SED geworfen.

2. Das Ministerium für Staatssicherheit und seine Zentrale in Ost-Berlin

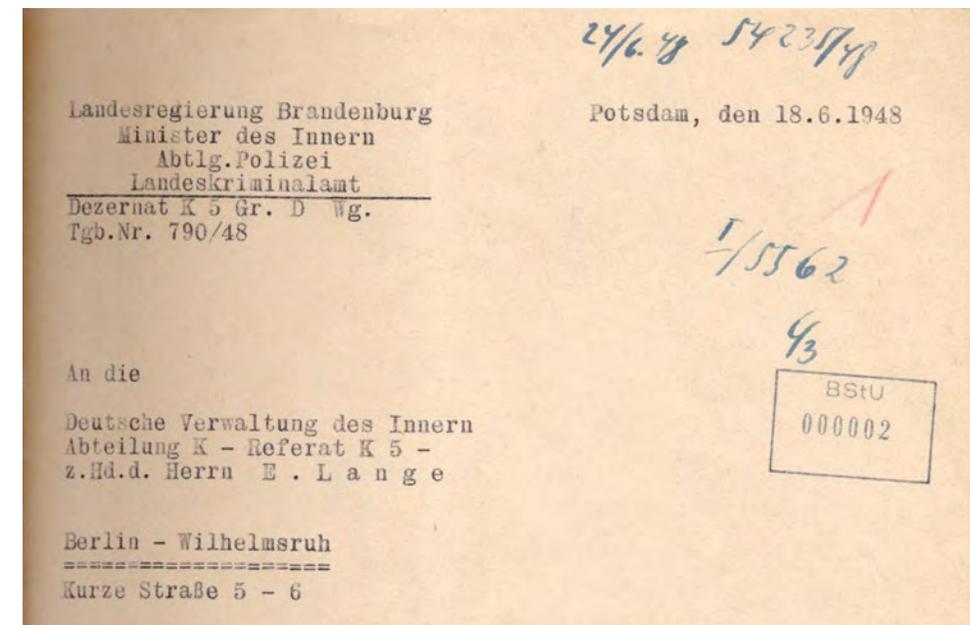
Das Ministerium für Staatssicherheit war eines der entscheidenden Machtinstrumente der SED-Diktatur. Die Staatssicherheit überwachte die Gesellschaft mit nachrichtendienstlichen Mitteln und sorgte mit repressiven Maßnahmen und einem Klima der Einschüchterung dafür, dass in der DDR politisch unerwünschtes Verhalten oder gar Widerspruch nur vereinzelt auftraten. Wer sich gegen das System stellte, lief Gefahr festgenommen und in einer Untersuchungshaftanstalt des MfS eingesperrt zu werden.

Die Staatssicherheit begegnete dem Eigensinn der Bürger mit Misstrauen, Kontrolle und sicherheitspolizeilicher Intervention. Flächendeckend umgesetzt wurde dies von den fünfzehn Bezirksverwaltungen und den ihnen nachgeordneten Kreis- und Objektdienststellen, deren territoriale Zuständigkeit die gesamte DDR abdeckte. Dieser ausgedehnte geheimpolizeiliche Apparat wurde von der Zentrale des Ministeriums aus angeleitet, die ihren Sitz fast 40 Jahre lang – vom 8. Februar 1950, dem offiziellen Gründungstag des MfS,² bis zum Untergang der DDR Ende 1989 – im Berliner Stadtbezirk Lichtenberg zwischen der Magdalenen-, der Normannenstraße und der Frankfurter Allee hatte.

Tatsächlich gab es schon in der Sowjetischen Besatzungszone vor der DDR-Gründung geheimpolizeiliche Strukturen, vor allem den Bereich Kriminalpolizei 5 (K 5), der in der Deutschen Verwaltung des Innern bereits unter der Verantwortung des späteren Ministers für Staatssicherheit Erich Mielke stand. Die K 5 war allerdings nach sowjetischen Maßstäben noch kein vollwertiges Staatssicherheitsorgan.

Nachdem Stalin der SED hierfür grünes Licht gegeben hatte, baute Erich Mielke als Vizepräsident der Deutschen Verwaltung des Innern mit intensiver Unterstützung sowjetischer Berater ab Frühjahr 1949 ein geheimpolizeiliches Organ sowjetischen Typs auf. Nach Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 wurde dieser Apparat unter der Bezeichnung „Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft“ formell dem Innenministerium zugeordnet und wenig später, mit Gesetz vom 8. Februar 1950, wieder herausgelöst und zum Ministerium für Staatssicherheit aufgewertet. Einen Standort für das neugegründete Ministerium fand man im Berliner Bezirk Lichtenberg. Mit dem von

² Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit vom 8. Februar 1950. Abgedruckt in: Roger Engelmann/Frank Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS (MfS-Handbuch. Hg. BStU), Berlin 2010, S. 21.



↑ Abb. 3: Die Deutsche Verwaltung des Innern hatte ihren Sitz in Berlin-Wilhelmsruh im sowjetischen Sektor der Stadt. Aufgrund der Nähe zum französischen Sektor, der nur einige Hundert Meter entfernt begann, galt der Dienstsitz jedoch als unsicher. Deshalb ergab sich die Notwendigkeit eines anderen Standortes.

den sowjetischen und ostdeutschen Stellen gemeinsam genutzten Untersuchungsgefängnis in der Magdalenenstraße und dem ebenfalls gemeinschaftlich betriebenen Internationalen Fernmeldeamt in der Dottistraße gab es dort bereits zwei geheimdienstlich-geheimpolizeiliche Einrichtungen. Im ehemaligen Finanzamt in der Normannenstraße, dem späteren Sitz der Ministeriumszentrale, saß zudem seit April 1947 eine geheimdienstlich tätige sowjetische Stelle, wahrscheinlich eine Filiale des sogenannten Informationskomitees, des Auslandsnachrichtendienstes der UdSSR.³ Vom Finanzamtsgebäude breitete sich die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in den folgenden Jahren im Berliner Stadtgebiet aus. Allein der Dienstkomplex der Zentrale in Lichtenberg umfasste Ende 1989 an die fünfzig Einzelobjekte.

Die Staatssicherheit der DDR war ein stark abgeschotteter und mit einer außerordentlichen Machtfülle ausgestatteter geheimpolizeilicher Apparat sowjetischen Typs, der die meiste Zeit seines Bestehens – im Unterschied zu den „Bruderorganen“ in vielen anderen Ostblockländern – ein eigenes Ministerium war. Lediglich von Juli 1953 bis November 1955 firmierte sie

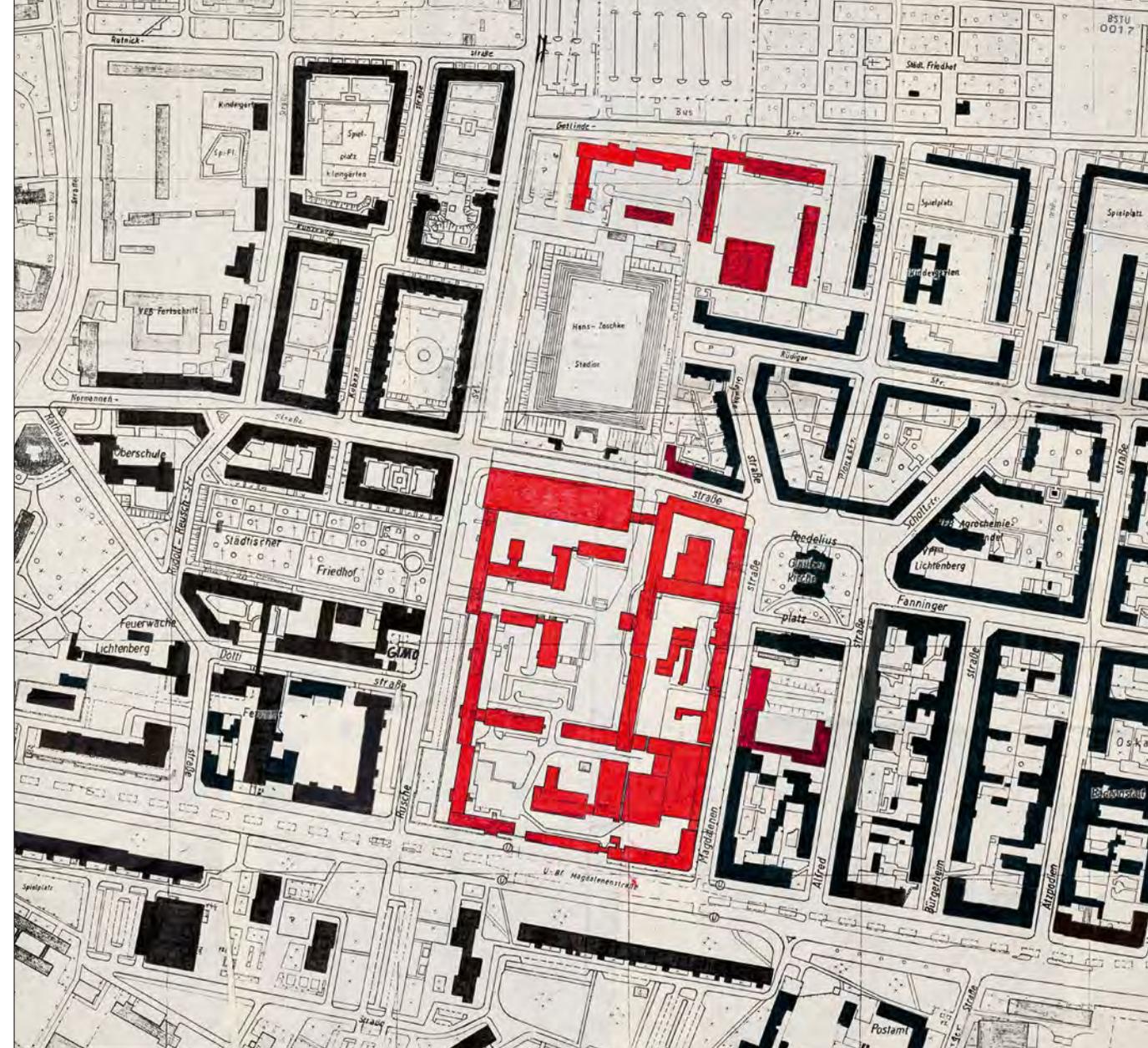
³ Sitzungsprotokoll der Bezirksverwaltung Berlin-Lichtenberg, Landesarchiv Berlin, Rep. C 147-1, Nr. 12, p. 4 f. Im Dokument ist vom „Informations-Ministerium“ die Rede; eine Institution mit dieser Bezeichnung gab es zu dieser Zeit aber in der Sowjetunion nicht.



↑ **Abb. 4:** Das ehemalige Lichtenberger Finanzamt, der erste Sitz des Ministeriums für Staatssicherheit Ende der 1950er-Jahre. Erkennbar ist, dass einige Fenster im 1. Geschoss und im Eckbereich von innen mit Schwemmkreide geweißt wurden. Der Anstrich diente als Sichtschutz nach außen.

als „Staatssekretariat für Staatssicherheit“ im Ministerium des Innern (MdI). Dies bedeutete aber zu keinem Zeitpunkt eine tatsächliche Eingliederung oder gar Unterordnung unter das MdI. Vielmehr verantwortete der Staatsekretär Ernst Wollweber seine Amtsführung gegenüber der SED-Führung und faktisch auch gegenüber dem Bevollmächtigten des sowjetischen Sicherheitsorgans in der DDR unmittelbar.

Zum Ende der DDR kam es im Zuge des innenpolitischen Umbruchs ab Oktober 1989 nochmals zu einer Statusveränderung. In einem letzten Rettungsversuch wurde die Staatssicherheit am 18. November in „Amt für Nationale Sicherheit“ umbenannt und dem Vorsitzenden des Ministerrats Hans Modrow unterstellt. Das MfS hatte zuvor faktisch dem SED-Generalsekretär unterstanden. Mit der Besetzung des Geländes durch Demonstrantinnen und Demonstranten am 15. Januar 1990 endete auch diese Phase und die Ära der DDR-Staatssicherheit samt ihrer Zentrale in Berlin-Lichtenberg.

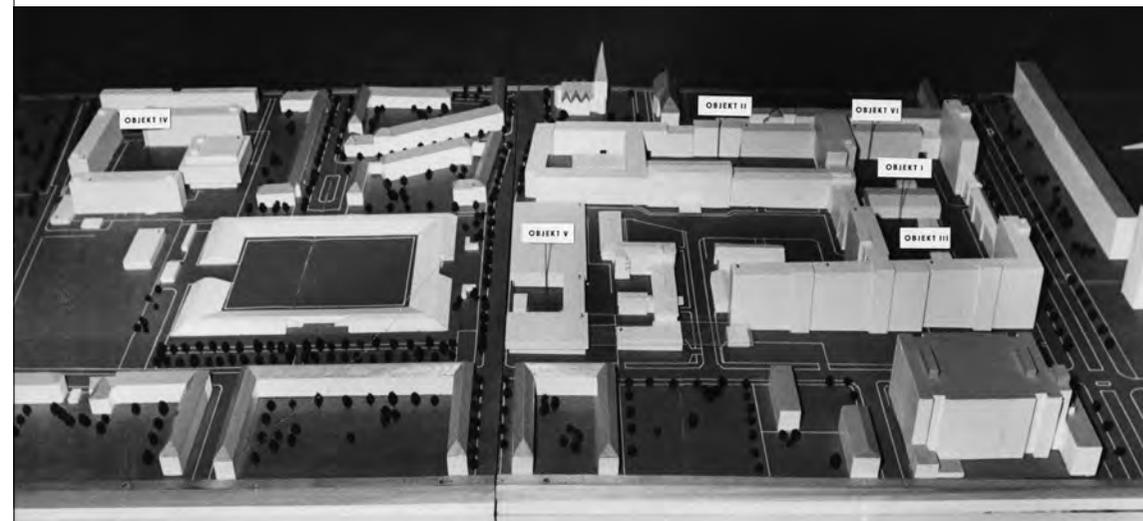


↑ **Abb. 5:** Plan der MfS-Zentrale Ende der 1980er-Jahre. In der Bildmitte das Stadtgebiet zwischen Magdalenen-, Normannenstraße und Frankfurter Allee mit den wichtigsten Gebäuden. Auf der östlichen Seite der Magdalenenstraße ist der Komplex des Untersuchungsgefängnisses dunkelrot gekennzeichnet. Oberhalb der Normannenstraße und des Hans-Zoschke-Stadions lag das Teilobjekt Gottlindestraße, das ebenfalls zur MfS-Zentrale gehörte. Nördlich davon verfügte das MfS über Parkplätze und hier nicht eingezeichnete Werkstätten und Sportanlagen. Die vom MfS genutzten fernmeldetechnischen Gebäude in der westlich von der Zentrale gelegenen Dottistraße sind nicht gesondert ausgewiesen. Erkennbar ist aber der die Dottistraße überbrückende Verbinder, der nach 1990 abgerissen wurde.

Die Bedeutung der Staatssicherheit für die Stabilität des SED-Herrschaftssystems ergab sich aus ihren zentralen Funktionen für die Abschottung nach außen sowie für die Überwachung, Kontrolle und Unterdrückung jedweden politischen Widerspruchs im Inneren. Damit leistete die Staatssicherheit einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt der Diktatur.

Im Ministerium für Staatssicherheit waren verschiedene Aufgabenbereiche konzentriert, die in anderen Staaten meist von verschiedenen Behörden wahrgenommen werden. Die Staatssicherheit diente der SED als Inlandsnachrichtendienst, der die Partei über die Stimmung in der Bevölkerung und aktuelle systemdestabilisierende Probleme auf dem Laufenden hielt. Außerdem fungierte das MfS als Geheimpolizei, die Staat und Gesellschaft vorbeugend überwachte und als offizielles „Untersuchungsorgan“ strafrechtliche Ermittlungen bei politischen, wirtschaftlichen und militärischen Tatbeständen durchführte. Außerdem war auch die Auslandsspionage, die in westlichen Staaten grundsätzlich als separate Institution organisiert ist, in Gestalt der Hauptverwaltung A (HV A) Teil des MfS. Auch die Hauptschaltzentrale des DDR-Regierungstelefonnetzes, das auf der Grundlage einer sowjetischen Verschlüsselungstechnik betrieben wurde, befand sich auf dem Gelände der MfS-Zentrale. Auf Wunsch Moskaus wurde es von der Staatssicherheit betrieben. Nicht zuletzt lag der Personenschutz für hohe Funktionsträger der DDR und die Passkontrolle an den Grenzübergangsstellen der DDR in den Händen der Staatssicherheit.

2.1 Ausbauplanungen und weitere MfS-Standorte im Berliner Stadtgebiet



↑ Abb. 6: Modell der Ausbauplanungen für die MfS-Zentrale, 1970er-Jahre. Die Bezeichnungen „Objekt I-VI“ wurden nur von den Ausbaustäben und Bauabteilungen benutzt. Haus 18 (in der Mitte/Objekt V) wurde in abgewandelter Form ohne Innenhof als monolithischer Bau errichtet. Auf dem Plan fehlt Haus 17 (die Zufahrt zur MfS-Zentrale). Auch nicht enthalten ist die 2. Ausbaustufe der Gotlindestraße. Der quadratische Wohnblock vorn rechts war ausschließlich für MfS-Mitarbeiter bestimmt. Im weiteren Verlauf der Ruschestraße vorn sieht man kommunale Wohnhäuser.

Es ist davon auszugehen, dass Ende der 1980er-Jahre allein in der Ministeriumszentrale in Lichtenberg bis zu 7000 Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz hatten.⁴ Da durch den starken Personalzuwachs die Büroflächen in Lichtenberg ständig knapp und „die im zentralen Objekt Normannenstraße vorhandenen Arbeitsräume überbelegt“ waren,⁵ entstanden in Ost-Berlin vier weitere zentrale Dienstkomplexe: das Sperrgebiet rund um die Freienwalder Straße und die Genslerstraße in Hohenschönhausen mit der zentralen MfS-Untersuchungshaft, der Komplex an der Köpenicker Allee in Karlshorst, der bis 1990 für 2000 Mitarbeiter ausgebaut werden sollte, die Gebäude in der Schnellerstraße in Niederschöneweide und der Dienstkomplex Johannisthal.⁶ Allein in der Freienwalder Straße verfügte das MfS im Jahr 1983 über „1601 Diensträume und eine operativ-technische Nutzfläche von 11 159 qm“.⁷ Etliche MfS-Einrichtungen befanden sich ferner in den Straßen rund um den Obersee und den Orankensee in Alt-Hohenschönhausen. Anders als in den zuvor genannten Gebieten blieben die Straßen hier öffentlich passierbar, auch wenn sich die Gegend seit Langem zu einem „Städtchen“ des MfS entwickelt hatte. Hier lagen Gästehäuser, Versorgungseinrichtungen, Wohnheime und Bürobauten der Zentrale.

⁴ Rede des Leiters der Verwaltung Rückwärtige Dienste Oberst Brode v. 22.10.1974; BArch, MfS, VRD 8662, p. 1–29, hier 2 f. Demnach waren in der MfS-Zentrale 1974 insgesamt 3 200 Arbeitsplätze vorhanden. Bis 1980 rechnete man mit einem Zuwachs von 2 500 bis 3 000 Arbeitsplätzen. Ein Teil der angeführten Baumaßnahmen konnten erst nach 1980 fertiggestellt werden.

⁵ BArch, MfS, VRD 10410, 90–109, hier 91.

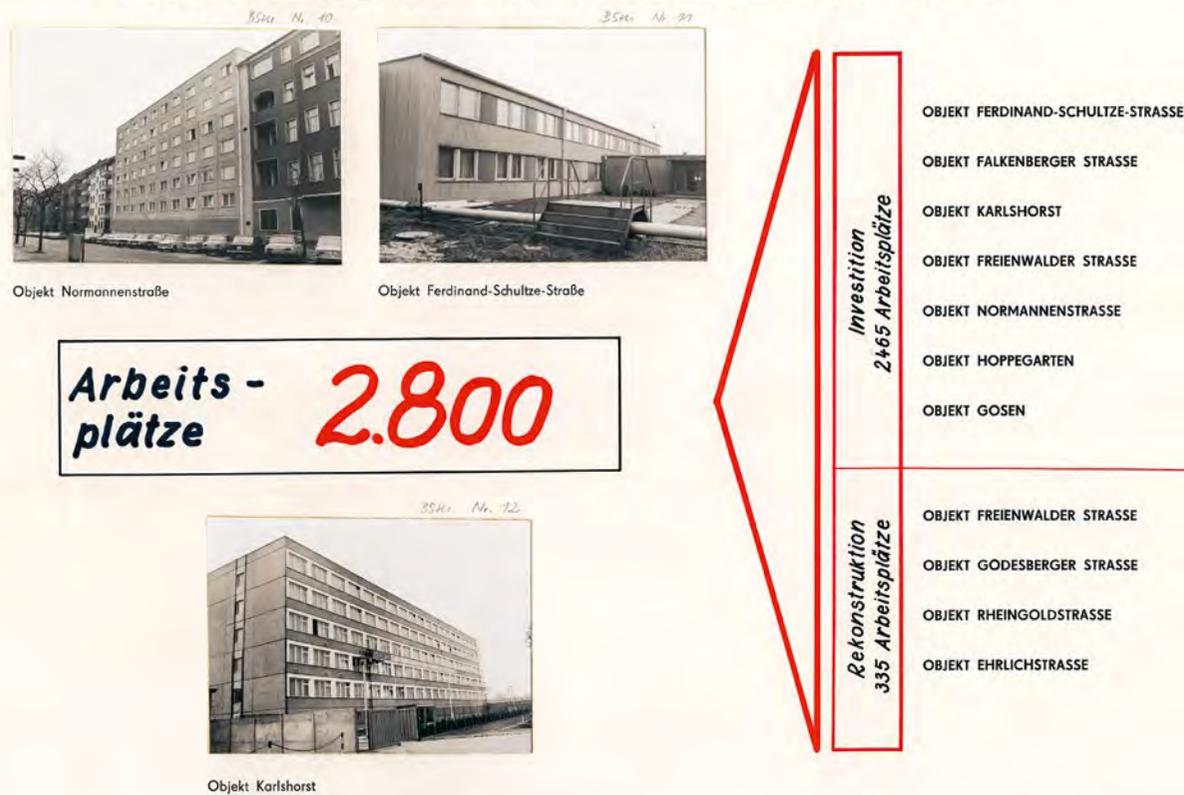
⁶ Auszug Vorhabenliste Bauinvestitionen 1986–1990 v. 18.2.1986; BArch, MfS, VRD 5555, p. 6 f.; Schreiben der Staatlichen Bauaufsicht, VRD HA A, Abt. Verwaltung und Wirtschaft, betr. Umbauarbeiten im Dienstgebäude Johannisthal v. 10.2.1958; BArch, MfS, VRD 8924, p. 175.

⁷ VRD, Leiter, Bereitstellung von Diensträumen an D[ienst]E[inheiten] des MfS; BArch, MfS, VRD, 11260, p. 71.



↑ **Abb. 7:** Karte der Straßen südlich des Obersees in Alt-Hohenschönhausen. Auf den gelb gekennzeichneten Flächen befanden sich Einrichtungen des MfS. In der Manetstraße betrieb das MfS gar eine eigene Gärtnerei: Im Ministerium gab es fortwährend Anlässe für Auszeichnungen, Prämierungen sowie Dienstjubiläen und runde Geburtstage. Um nicht auf die störanfällige DDR-Versorgung angewiesen zu sein, zog das MfS in den Gewächshäusern seine eigenen Blumen – bevorzugt rote Nelken.

Verbesserung der Dienstraumsituation 1974/75

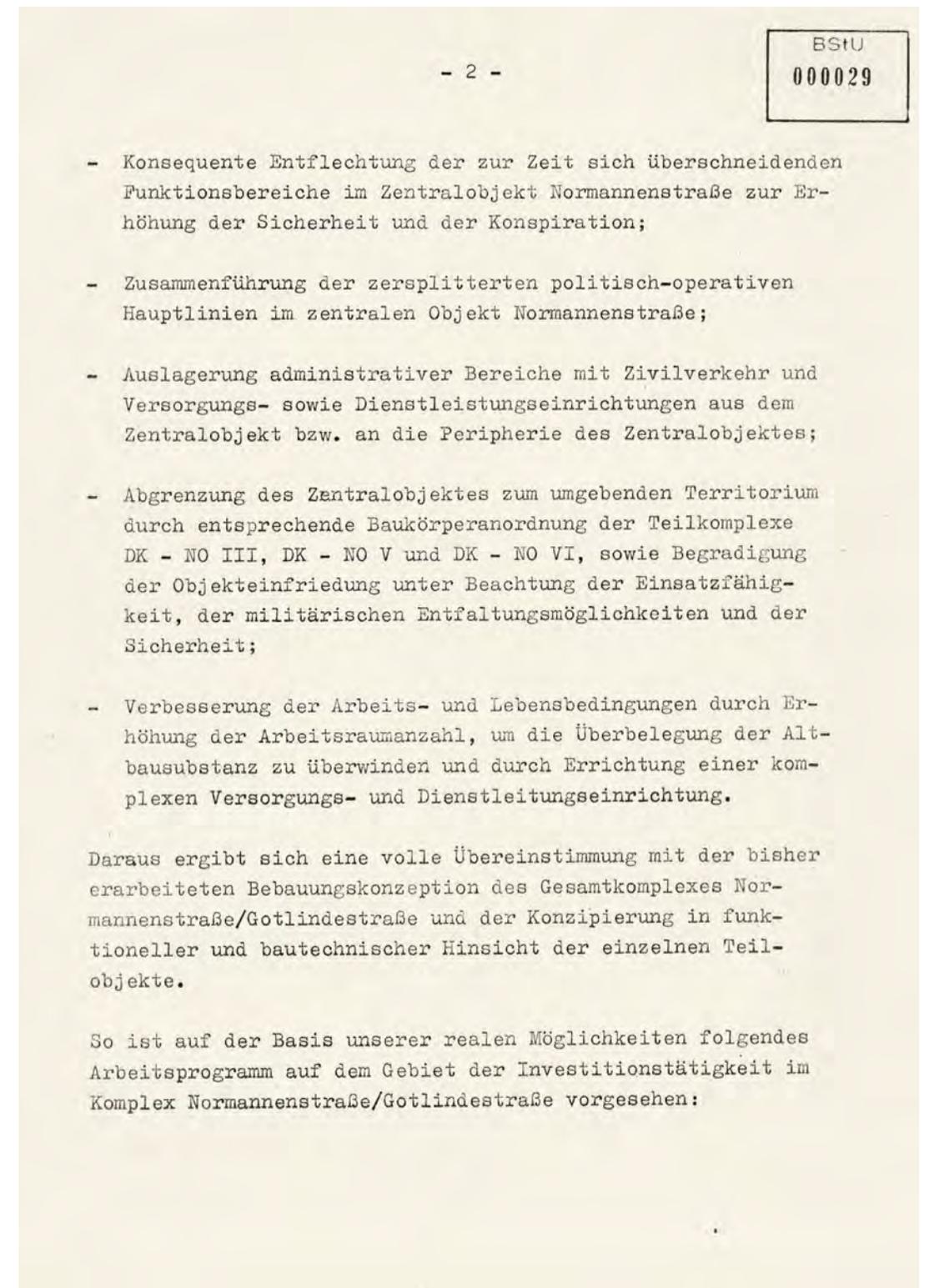


↑ Abb. 8: Ausbauten und Erweiterungen in den Jahren 1974/75

In der Roedernstraße 30 und Oberseestraße 60 unterhielt die HV A zwei Dependancen, in denen knapp 200 Mitarbeiter ihren Dienst versahen. Und auch die HA XX, die ihren Hauptsitz in der Lichtenberger Zentrale in Haus 7 hatte, lud die Vertreter ihrer Linienabteilungen aus den Bezirken regelmäßig zu Beratungen in ein Gästehaus am Obersee oder in das zwei Kilometer entfernte „Sonderobjekt Ahrensweg“ ein.⁸ Hinzu kamen weitere wichtige MfS-Objekte in Berlin wie das zentrale Rechenzentrum an der Wuhlheide.

Da sich die MfS-Liegenschaften im Berliner Stadtgebiet nur noch bedingt erweitern ließen, wick das Ministerium ab den 1970er-Jahren verstärkt an den Stadtrand und ins Umland aus: In Hoppegarten und in Gosen bei Erkner entstanden zwei bedeutende Außenobjekte. In Hoppegarten kam u. a. die Abteilung Chiffrierwesen mit 300 Mitarbeitern unter. Außerdem saßen hier Teile der Abteilung XXII („Terrorabwehr“) und der Hauptabteilung VIII (Beobachtung, Observation) mit 254 Garagen und 50 Arbeitsplätzen sowie 200 weitere Mitarbeiter. Des Weiteren gab es in dem Dienstkomplex ein Nachrichtengebäude und ein

⁸ U. a. BdL an die Leiter der BV, Durchführung einer Schulung der HA XX/4 mit den Mitarbeitern der Linie XX/4 der BV/Verwaltungen v. 6.4.1970; BArch, MfS, AS 304/79, p. 134; ebenso BArch, MfS, HA XX/4541, p. 33; BArch, MfS, HA XX/4437, p. 66 und BArch, MfS, AS 298, p. 56.



↑ Abb. 9: Das von Minister Mielke ausgegebene Ziel in der „Konzeption zum Ablauf der Bauarbeiten und zur Belegung des Dienstkomplexes Normannenstraße (DK-NO) v. 17.3.1975“: „Zusammenführung der zersplitterten politisch-operativen Hauptlinien im zentralen Objekt Normannenstraße“.

weiteres Rechenzentrum. Im Objekt in den Gosener Bergen lag ab 1988 zwischen Kiefern Schonungen und Seen die Schule der Hauptverwaltung A, die seit 1983 als Sektion A der MfS-Hochschule Potsdam-Eiche firmierte. Hier wurden die „Kundschafter des Friedens“ auf ihren Auslandseinsatz vorbereitet und auch das Inlandpersonal der Spionageabteilung geschult.⁹ Außerdem eröffnete der Zentrale Medizinische Dienst, dessen Kapazitäten in Lichtenberg schon lange erschöpft waren, im Jahr 1980 ein Klinikum in der Größe eines DDR-Bezirkskrankenhauses in Berlin-Buch.¹⁰ Ausgestattet wurde es mit modernster westlicher Medizintechnik. Sogar das Heizhaus kam komplett aus West-Berlin.¹¹

Im Jahr 1989 waren in den zentralen Dienstseinheiten des MfS 36421 Mitarbeiter beschäftigt, bei 91015 MfS-Mitarbeitern in der DDR insgesamt.¹² Davon hatten schätzungsweise mindestens 30000 hauptamtliche Mitarbeiter ihr Büro, ihren Arbeitsplatz bzw. ihren Einsatzort in einem der MfS-Objekte in Berlin oder in einem der Außenobjekte am Rande der Stadt.

Letztlich führte das stete Wachstum des Ministeriums zu einem unauflösbaren Dilemma: Einerseits drängte der Staatssicherheitsminister darauf, die wichtigsten Dienstseinheiten und das technisch notwendige Equipment in der Zentrale in Lichtenberg zu konzentrieren. Andererseits führte der Ausbau des Ministeriums dazu, dass in Lichtenberg die räumlichen Kapazitäten nicht ausreichten und die anderen Dienstkomplexe weiter ausgebaut werden mussten bzw. neue Dienstobjekte außerhalb der MfS-Zentrale entstanden.



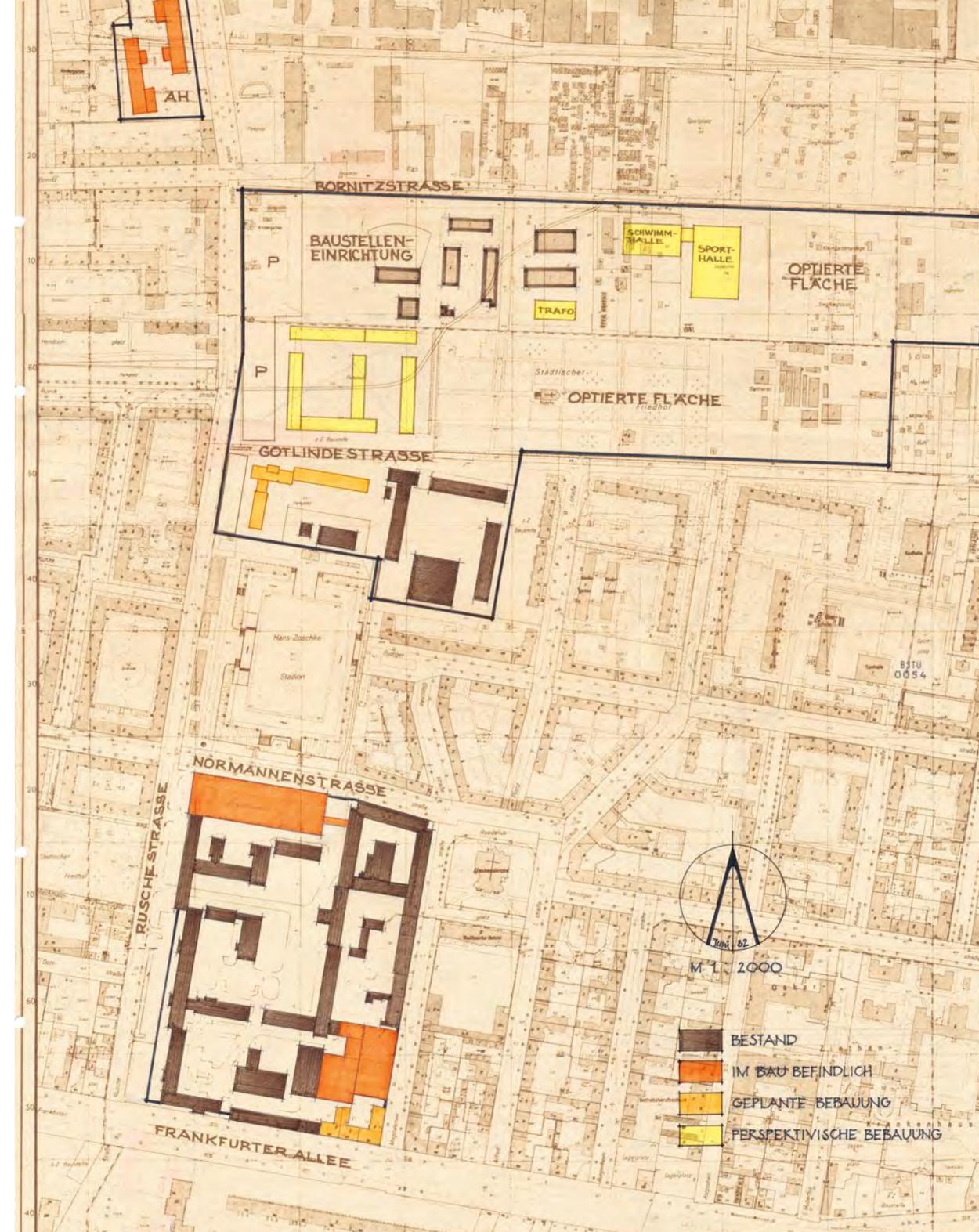
↑ **Abb. 10:** Im Dienstkomplex Freienwalder Straße hatte die HA IX (Untersuchungsorgan) ihren Dienstsitz, deren Offiziere in den MfS-Untersuchungshaftanstalten Hohenschönhausen und Magdalenenstraße als Vernehmer fungierten.

⁹ Zentrales Ausbildungsobjekt Standortvariante Gosener Berge, Stand März 1981; BArch, MfS, VRD 6259, p. 4.

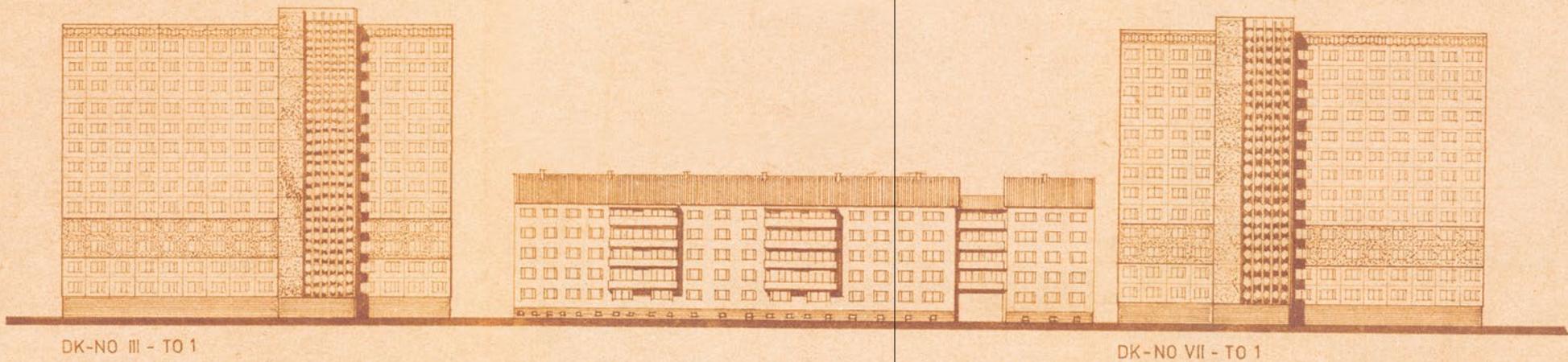
¹⁰ Tatsächlich handelte es sich um einen 1:1-Nachbau des Bezirkskrankenhauses in Cottbus.

¹¹ ZMD, Hinweise zur Erarbeitung des Forderungsprogramms der Nutzer gemäß Anlage 4 der Bauinvestitionsordnung des MfS, o. D.; BArch, MfS, ZMD 547, p. 3–9 und Medizinische Verwaltung des MfS an die HV B, Oberstleutnant Titel v. 30.3.1973; BArch, MfS, VRD 7493, p. 51–56.

¹² Jens Giesecke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000, S. 553–557. Zu berücksichtigen ist dabei, dass einige Hauptabteilungen (zentrale Ebene) eine Reihe von Dienstobjekten außerhalb Berlins in den DDR-Bezirken unterhielten. Dies trifft insbesondere auf die Hauptabteilungen I (NVA, Grenztruppen), aber auch die HA II (Spionageabwehr) zu. Zur HA I (2321 Mitarbeiter) stellte Roland Wiedmann fest, sie habe neben ihren Dienstobjekten in Berlin, Dienstobjekte in mehreren DDR-Bezirken besessen. Ansonsten, so Wiedmann, „waren die Angehörigen der HA I getarnt als Mitarbeiter der ‚Verwaltung 2000‘ auf die Standorte der NVA und der Grenztruppen disloziert.“ Auch die HA VI (Passkontrolle, Tourismus, Interhotel) mit 2024 Mitarbeitern verfügte, neben ihren offiziellen Dienstobjekten und getarnten Einrichtungen in verschiedenen staatlichen Einrichtungen in Berlin sowie den Objekten in den DDR-Bezirken über Dependancen an den Grenzübergangstellen in und außerhalb Berlins. Vgl. hierzu Roland Wiedmann: Die Dienstseinheiten des MfS 1950–1989. Eine organisatorische Übersicht (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2012, S. 250, 259, 282.



↑ **Abb. 11:** Die Pläne für den weiteren Ausbau der MfS-Zentrale nach 1990 lagen bereits projektiert und genehmigt in den Schubladen (vgl. Befehl des Ministers Nr. 20/76 zur Durchführung des Bauvorhabens „Erweiterung“ v. 2.11.1976; BArch, MfS, BdL, Dok. Nr. 6027, p. 1–4): Vor allem das Gebiet nördlich der Gotlindestraße (oberer Kartenbereich) sollte dem MfS zugeschlagen werden. Die Baugenehmigung für sechs Bürohäuser (gelb) lag bereits vor. Aber selbst dies hätte nicht ausgereicht, um den Raummangel zu beheben.



SHB		VEB SPEZIALHOCHBAU BERLIN	
PB Projektierung und Technologie		Reg. Nr. 00-2 1-1 058-74	
Phase	Komplex / Objekt / Teilbereich	Datum	Gezeichnet
AST	DK-NO VII	15. 8. 81	
Proj. Nr. 000 6-00	Teil	Gezeichnet	
Bl. Nr.		Bezeichnet	Maßstab 1: 500
		Gezeichnet	Bl. Nr. A 2
ANSICHT FRANKFURTER ALLEE		Gezeichnet	Bl. Nr. 5.1

↑ Abb. 12: Ausbaupläne für die MfS-Zentrale. Um die Blockrandbebauung mit 13 Geschossen abzurunden, sollten auch die auf dieser Bauzeichnung in der Mitte dargestellten Häuser an der Ecke Magdalenenstraße/ Frankfurter Allee gesprengt und durch einen Plattenbauriegel ersetzt werden.

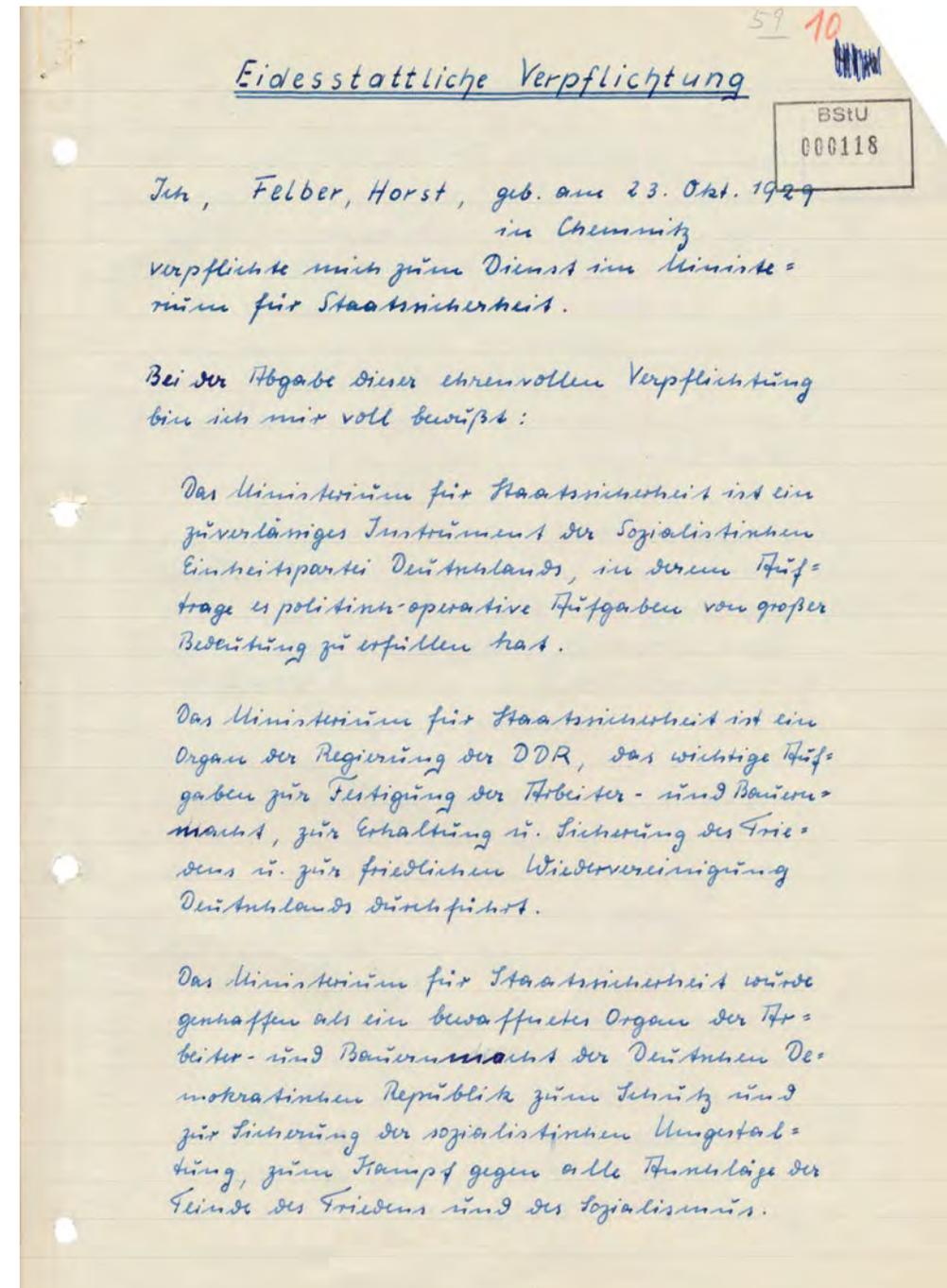
2.2 Sozialistische Einheitspartei und Staatssicherheit



↑ Abb. 13: SED-Parteichef Walter Ulbricht (li), sein Nachfolger Erich Honecker (re) und ZK-Mitglied Hermann Mattern (2. v. re) 1958 zu Besuch bei Erich Mielke (2. v. li) in der MfS-Zentrale – im Hintergrund das Porträt des DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck

Die Sozialistische Einheitspartei und das Ministerium für Staatssicherheit waren eng miteinander verzahnt. Das MfS begriff sich stets als „Schild und Schwert“ der Partei, als Hauptinstrument der SED bei der Machtsicherung. Seine Führung wurde nicht müde zu betonen, dass das MfS stets den politischen Leitlinien der Partei folge und diesem Selbstverständnis blieb es zu allen Zeiten treu. Die strategische Ausrichtung der Arbeit des MfS war immer mit der jeweiligen Parteiführung abgesprochen. Außerdem achtete die Staatssicherheit in der Phase der Entspannungspolitik zunehmend darauf, die Politik der SED und das internationale Ansehen der DDR nicht zu beeinträchtigen. Auch einzelne Maßnahmen, die eine größere öffentliche Wirkung erwarten ließen, wurden daher häufig von der SED-Führung, zumeist sogar vom Generalsekretär Erich Honecker persönlich, abgesegnet. Die SED-Führungsriege erhielt regelmäßig Berichte über geheim gewonnene Erkenntnisse zur Bevölkerungsstimmung, zu politischen Protesten sowie zu ökonomischen Problemen und Missständen aller Art. Die Berichterstattung zur Stimmung im Lande war allerdings überwiegend geschönt und enthielt immer wiederkehrende Floskeln über die vermeintlich vorhandene breite Zustimmung zur SED-Politik. Kritik und

Unzufriedenheit wurden in der Regel als Ergebnisse westlicher Beeinflussung abgetan. So war die Staatssicherheit für den über die Jahre fortschreitenden Realitätsverlust der politischen Führung der DDR mitverantwortlich.



↑ Abb. 14: Selbstverständnis des MfS als „Schild und Schwert“ im Dienst und zum Schutz der Sozialistischen Einheitspartei – hier wiedergegeben in der Verpflichtungserklärung von Generalmajor Horst Felber. Felber leitete als 1. Sekretär die SED-Kreisleitung innerhalb des MfS, war Mitglied im Kollegium des MfS, dem obersten Beratungsgremiums des Ministers, und zugleich seit 1981 Mitglied im Zentralkomitee der SED.

2.3 Haus 2 – Finanzamt Lichtenberg, der erste Dienstsitz des Ministers



↑ Abb. 15: Haus 2, das ehemalige Finanzamt Lichtenberg, Ende der 1950er-Jahre.

Nach seiner Gründung 1950 diente das ehemalige Finanzamt Lichtenberg dem MfS als erster Dienstsitz. Hier befand sich auch das Büro des Ministers für Staatssicherheit. Von diesem Zimmer, das in einem neu errichteten Gebäudeteil lag, befehligten Wilhelm Zaisser, Ernst Wollweber und dann Erich Mielke bis 1963 das Ministerium (bzw. von 1953 bis 1955 das Staatssekretariat).¹³ Mithilfe von Befehlen, Dienstanweisungen und Richtlinien wurde von hier aus der Aufbau der Staatssicherheit in der DDR vorangetrieben und koordiniert. Hier fanden auch Treffen mit den sowjetischen Beratern und Verbindungsoffizieren, der Parteikontrollkommission der SED sowie hohen Funktionären der Staats- und Parteiführung statt, auf denen Strategiepläne zur Verfolgung innerparteilicher Abweichler und politischer Gegner beraten und beschlossen wurden. Sie dienten als Richtlinie für das geheimpolizeiliche Vorgehen gegen DDR-Regimegegner innerhalb wie außerhalb der DDR.

¹³ Das „Dienstzimmer des Genossen Staatssekretär“ (gemeint war Ernst Wollweber) mit Bad und Ruheraum befand sich an der Südseite des Gebäudekomplexes an der Ecke zur Helmutstraße in der 1. Etage. Die meisten Fenster wurden mit der Errichtung von Haus 1 (dem sogenannten Zwischenbau) zugemauert, da sich hier der Neubaupörper an das Haus 2 anschloss. Vgl. dazu: SFS, HA Verwaltung und Wirtschaft, Abt. II, Ref. Entwurf v. 7.6.1955; MfS, SHB 5317, p. 163–168, hier 166.



↑ Abb. 16: Haus 2 nach der Sperrung der Normannenstraße 1983.

Da das Finanzamt das erste Dienstobjekt in der MfS-Zentrale war, wurde es lange Zeit nur *Altbau* genannt. Erst später erhielt das Gebäude die Bezeichnung *Haus 2*. In dem Gebäude mit der Adresse Normannenstraße 22 saßen anfangs alle wichtigen zentralen Diensteinheiten; bis zum Jahr 1989 diente es in den Adress- und Telefonbüchern der „Hauptstadt der DDR“ als offizielle Postadresse des Ministeriums.



↑ Abb. 17: Schild an der Eingangstür der Normannenstraße 22.



↑ Abb. 18: Eingang Normannenstraße 22.

Einer der wichtigsten Nutzer des Gebäudes war die Hauptabteilung II, deren Aufgabenbereich intern als Spionageabwehr bezeichnet wurde: Sie betrieb diese jedoch auch „offensiv“, also als aktive Gegenspionage in der Bundesrepublik. Später überwachte sie darüber hinaus die westlichen Korrespondenten in der DDR und sammelte durch ihre Operativgruppen in anderen Ostblockländern Informationen über die Dissidenten in diesen Staaten.¹⁴ Auch die Hauptabteilung Kader und Schulung hatte bis 1974 in Haus 2 ihren Dienstsitz. Immerhin 160 Räume wurden von ihr ursprünglich in dem Altbau genutzt. Auch die Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund) war bis 1978/79 in dem Gebäude angesiedelt und kam auf 110 Büros. Nicht zuletzt die Hauptabteilung XIX (Sicherung des Verkehrs-, Post- und Nachrichtenwesens) verfügte hier über 105 Arbeitsräume und beanspruchte so gut die Hälfte der 3. Etage für sich. Erst mit der Fertigstellung von Haus 48 im Jahr 1985 verlegte die Hauptabteilung XIX ihren Sitz in das Objekt Gotlindestraße.

¹⁴ Georg Herbstritt: Hauptabteilung II (Spionageabwehr/HA II). In: Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Berlin 2021, S. 132–134.



↑ Abb. 19: In den 1980er-Jahren wurde Haus 2 über den 2011 wieder abgerissenen Verbinder, der die gesperrte Normannenstraße überquerte, an den Dienstleistungs- und Versorgungskomplex Haus 18 angebunden.

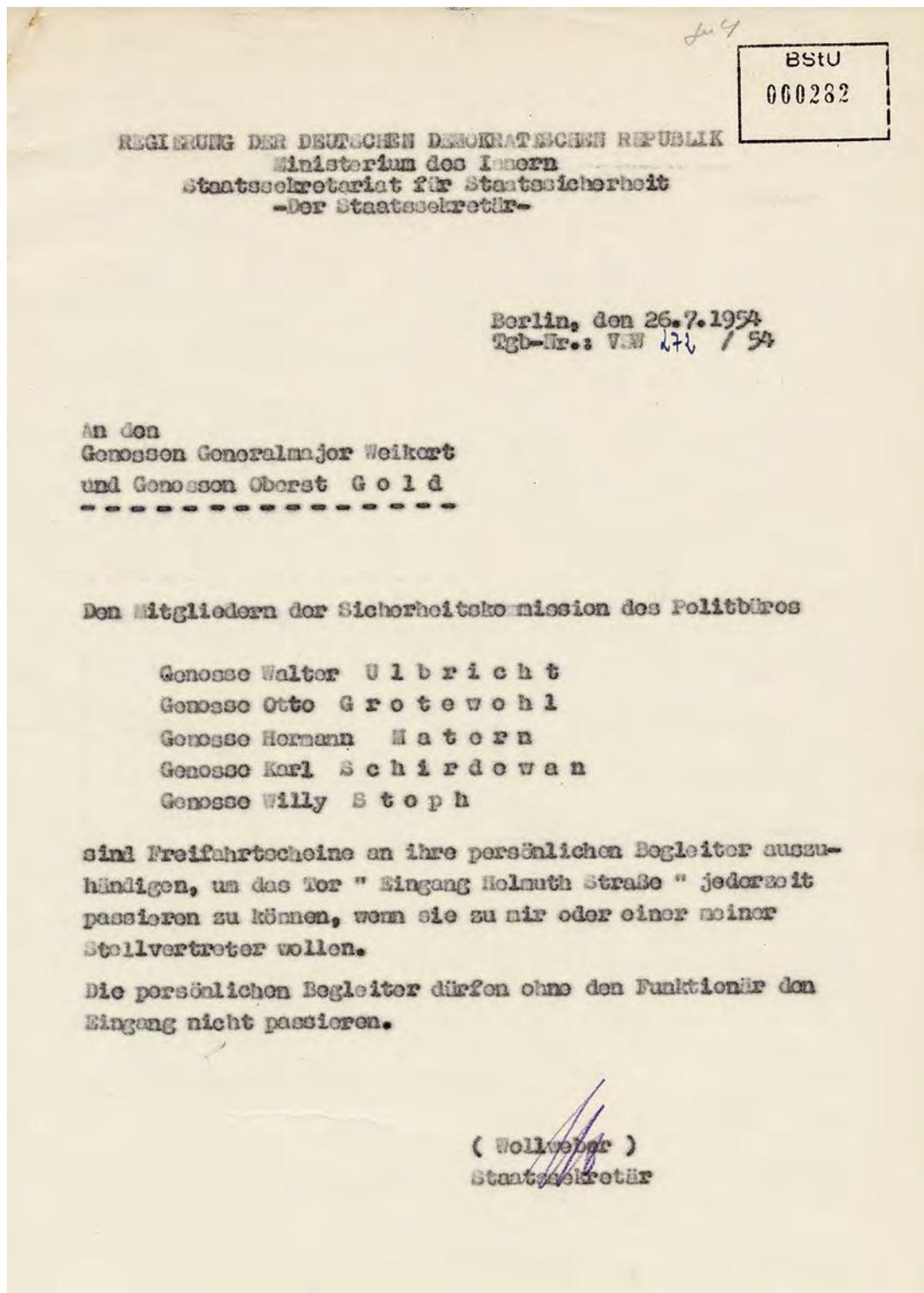
2.3.1 Baugeschichte: Umbau und Erweiterung des ehemaligen Finanzamtes

Auf der Suche nach verfügbaren Räumen war das im Aufbau befindliche Ministerium 1950 schnell auf den dreiflügeligen Gebäudekomplex in der Normannenstraße 22 gestoßen. Er war in den 1930er-Jahren als Finanzamt für den Stadtbezirk Lichtenberg errichtet worden. In den Jahren 1951/52 erfolgte die Erweiterung durch das MfS.¹⁵ Das Gebäude erhielt ein weiteres Stockwerk (sichtbar an den im Vergleich kleineren Fenstern des obersten Geschosses). Auch verlängerte die Staatssicherheit die beiden Gebäudeflügel an der Magdalenen- und Helmutstraße (erkennbar ist der Neubau daran, dass der Sockelbereich nicht

¹⁵ Schreiben vom 13.5.1950; Bezirksamt Lichtenberg, Bau- und Wohnungsaufsichtsamt, Objektakte Magdalenenstraße und Objektakte Normannenstraße 22.



↑ Abb. 20: Kartenausschnitt von 1957 [farbig ergänzt: grün = ehemaliges Finanzamt Stand 1950, gelb = Erweiterung durch das MfS 1951/52, blau = 1958 abgerissenes Wirtschaftsgebäude des MfS, orange = das 1963 fertiggestellte Haus 1]



↑ Abb. 21: Weisung Wollwebers an seinen Stellvertreter Martin Weikert und den Leiter der HA Personenschutz Franz Gold über die Zutrittsberechtigung für die Mitglieder der Sicherheitskommission des Politbüros für Haus 2. Das Ministerbüro war ein wichtiger Ort, an dem sich SED-Spitzenfunktionäre mit dem Minister für Staatssicherheit bzw. seinen Stellvertretern trafen.

mehr gefliest, sondern nur noch farbig abgehoben ist). Beide Flügel wurden anschließend durch einen vierten Flügel miteinander verbunden.¹⁶ Durch den neuen Südflügel schuf sich die Staatssicherheit einen hermetisch abgeschirmten Innenhof, der von außen nicht mehr einsehbar war. Im Innenbereich entstand ein großzügiger Mehrzweckbau mit Fest-, Konferenz- und Speisesaal. Mit dem Großen Festsaal verfügte das Ministerium über Räume, die für repräsentative Zwecke, für Versammlungen und Politischulungen sowie für die tägliche Mitarbeiterversorgung genutzt werden konnten.

Mit der Errichtung von Haus 1, das an Haus 2 unmittelbar anschloss, verschwand das Ministerbüro der ersten Jahre so gut wie vollständig. Erhalten blieb lediglich ein braungetäfelter Konferenzraum, das sogenannte Bernsteinzimmer. Auf den einzelnen Etagen entstanden nun Durchbrüche zwischen beiden Häusern.¹⁷ Wer eine Zugangskarte zum Betreten von Haus 1 besaß, genoss fortan das Privileg, für die Fortbewegung zwischen den Etagen in Haus 2 den Paternoster nebenan in Haus 1 mitbenutzen zu dürfen. Wer diese Karte nicht hatte, musste weiterhin Treppen steigen, um in eine andere Etage zu gelangen, da das Haus 2 selbst weder über einen Personenfahrstuhl noch einen Paternoster verfügte.



↑ Abb. 22: Mit dieser Sondergenehmigung konnte Haus 1, der Zwischenbau, betreten und damit auch die Verbindung zum Paternoster genutzt werden.

¹⁶ Staatssekretär Wollweber an den Staatssekretär Geyer, Chef der DDR-Regierungskanzlei v. 19.11.1954, BArch, MfS, SdM 1927, p. 226.

¹⁷ Etagenpläne Haus 2; BArch, MfS, VRD 6895, p. 4–15 und MfS, VRD 10362, p. 50–56.

2.3.2 Wilhelm Zaisser, der erste Minister für Staatssicherheit (1950–1953)

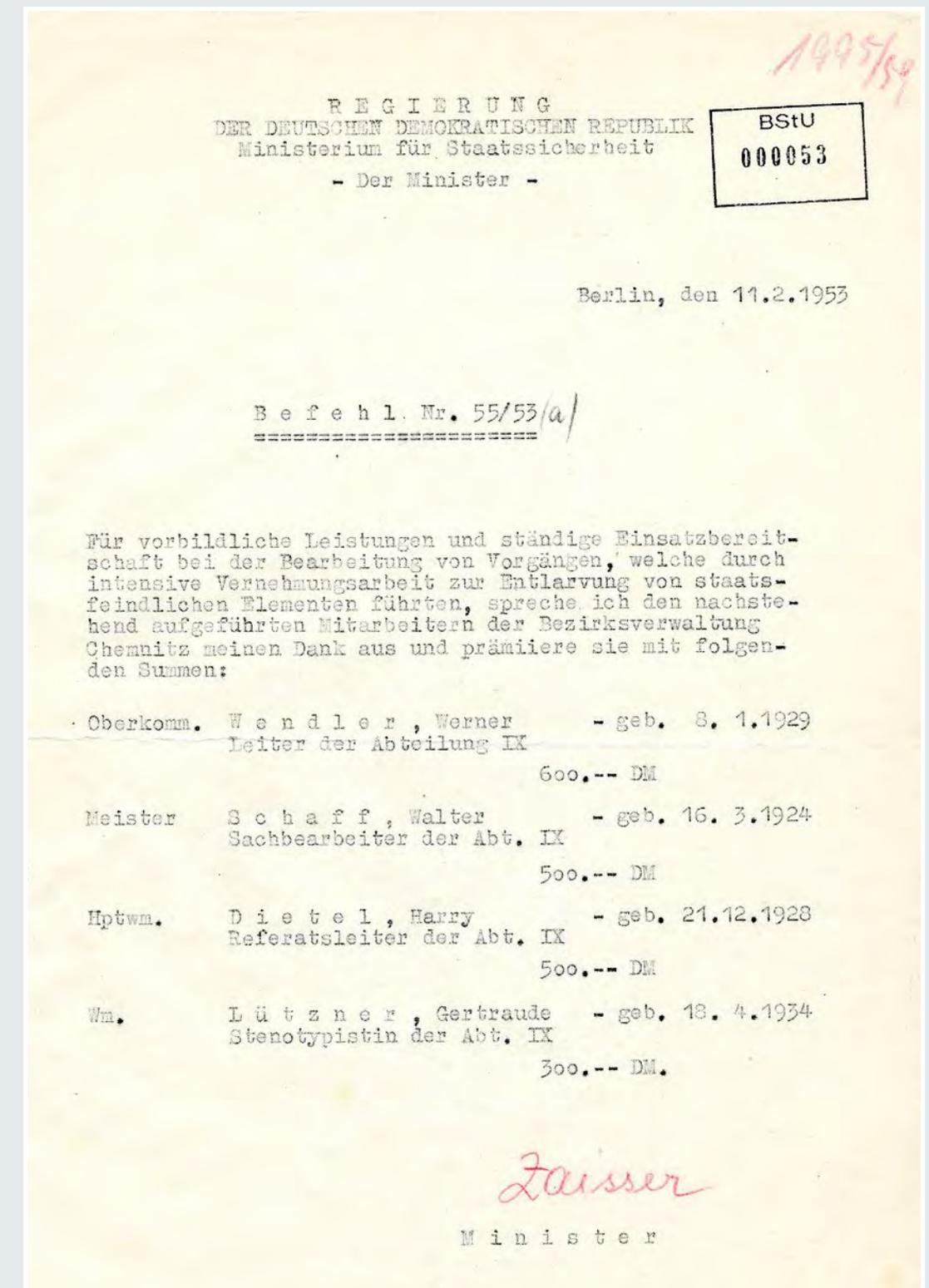
Wilhelm Zaisser konnte, als er zum Minister für Staatssicherheit ernannt wurde, bereits auf eine lange geheimdienstliche und militärische Laufbahn zurückblicken. Jahrzehntlang hatte er für sowjetische Stellen gearbeitet, in der Sowjetunion gelebt und galt somit als Mann Moskaus.

1893 im Ruhrgebiet geboren wurde er Volksschullehrer und nahm als Leutnant am 1. Weltkrieg teil, trat 1919 der Kommunistischen Partei bei und war während des Kapp-Putsches 1920 einer der militärischen Leiter der Roten Ruharmee. 1923/24 besuchte er einen Lehrgang an der Militärschule in Moskau und war anschließend mit verschiedenen Aufträgen für den sowjetischen Militärnachrichtendienst GRU im Einsatz. Im Spanischen Bürgerkrieg war er Kommandeur der Internationalen Brigaden und erhielt nach seiner Rückkehr nach Moskau 1940 die sowjetische Staatsbürgerschaft. In der Folgezeit arbeitete er u. a. als Redakteur und als Angestellter des Zentralkomitees der KPdSU. 1947 kehrte er nach Deutschland zurück, wurde Chef der Landesbehörde der Polizei in Sachsen-Anhalt, dann Innenminister des Landes Sachsen. Als Minister für Staatssicherheit gehörte er auch dem Politbüro des ZK der SED an. Nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953, der die SED und das MfS weitgehend unvorbereitet traf, wurde Zaisser wegen „partei-feindlicher Tätigkeit“ abgesetzt und aus dem Politbüro entfernt. 1954 folgte der Ausschluss aus der SED. Zaisser starb 1958 in Berlin.¹⁸



↑ Abb. 23: Wilhelm Zaisser auf einer der wenigen von ihm überlieferten Aufnahmen.

¹⁸ Helmut Müller-Enbergs: Wilhelm Zaisser. In: Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Berlin 2022, S. 385–387.



↑ Abb. 24: Prämierung von Angehörigen einer Untersuchungsabteilung für „intensive Vernehmungsarbeit zur Entlarvung staatsfeindlicher Elemente“ – von Wilhelm Zaisser abgezeichneter Befehl von 1953. Ausgezeichnet wurden verschiedene Dienstränge vom Oberkommissar über den Hauptwachmeister (Hptwm.) bis zur Stenotypistin im Range eines Wachtmeisters (Wm.).

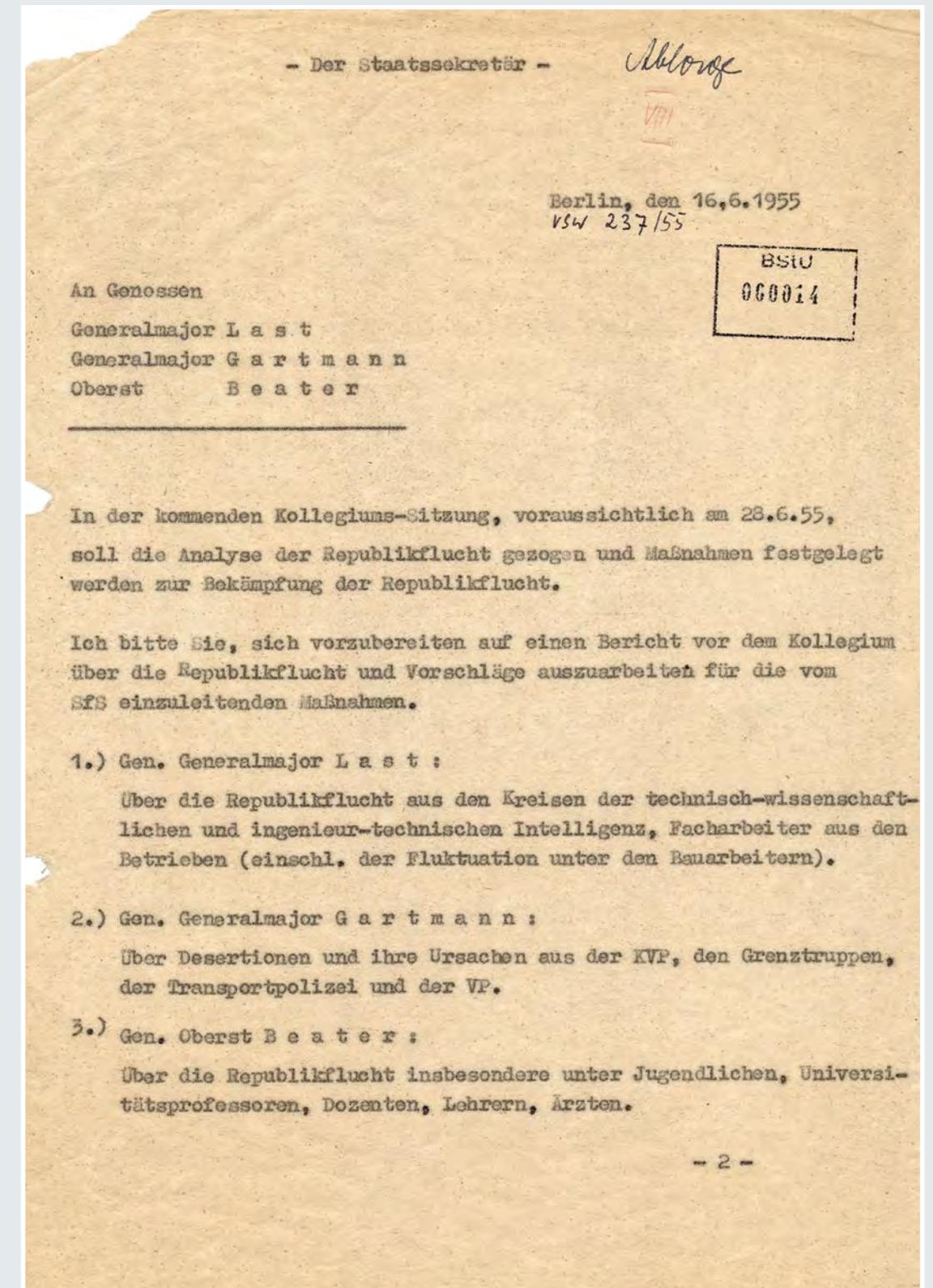
2.3.3 Ernst Wollweber, Staatssekretär und zweiter Minister für Staatssicherheit (1953–1957)



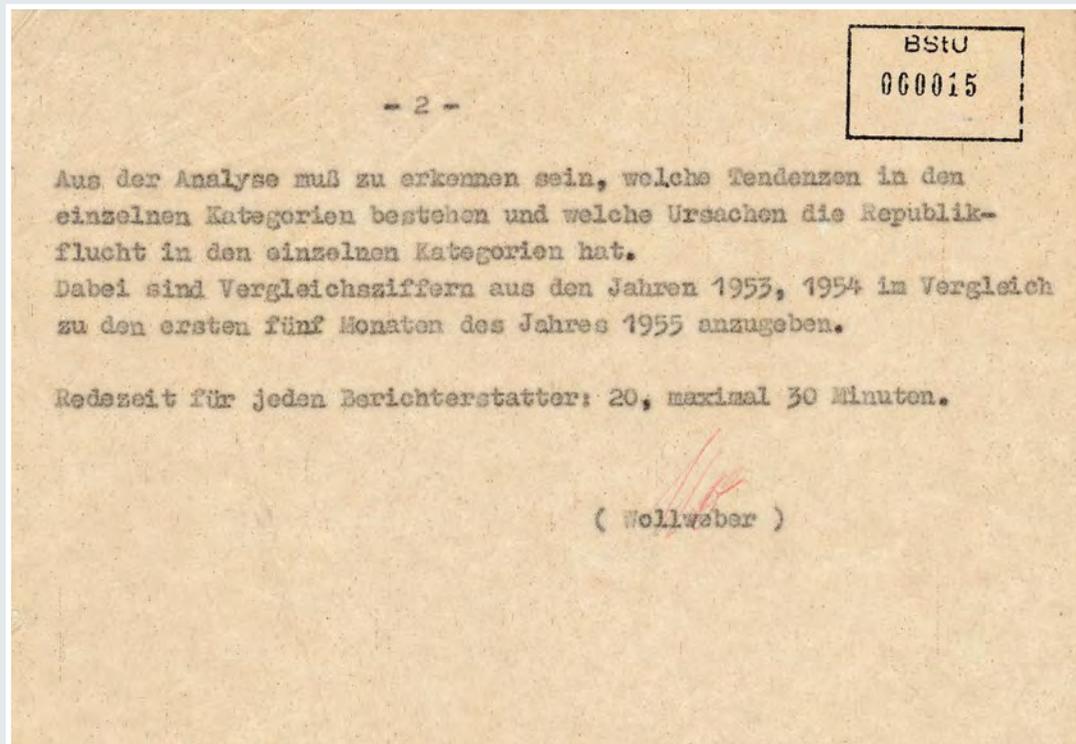
↑ Abb. 25: Ernst Wollweber begrüßt den stellvertretenden Außenminister der DDR Otto Winzer bei einer Veranstaltung im Festsaal von Haus 2, Mitte der 1950er-Jahre.

Auch Ernst Wollweber galt als Mann Moskaus und konnte auf hervorragende Verbindungen zu den sowjetischen „Freunden“ verweisen. 1898 in Hannoversch-Münden geboren, nahm er im November 1918 am Matrosenaufstand im Kiel teil, beteiligte sich in seiner Heimatstadt 1919 an der Gründung der KPD und wurde 1921 hauptamtlicher 1. Sekretär des KPD-Bezirks Hessen-Waldeck. Nach seiner Berufung in den militärpolitischen Apparat der KPD erhielt er eine entsprechende Ausbildung in Moskau und wurde nach seiner Rückkehr nach Deutschland wegen Untergrundaktivitäten zu drei Jahren Haft verurteilt.

Nach 1933 arbeitete er als Organisationsleiter des ZK der KPD zunächst illegal in Deutschland weiter, erhielt von Moskau dann aber den Befehl, sich nach Dänemark abzusetzen. Im Auftrag des sowjetischen Geheimdienstes NKWD baute er von Oslo aus eine geheime Sabotageorganisation auf, die u. a. Anschläge auf Schiffe Deutschlands, Italiens und Japans verüben sollte. Nach der Besetzung Norwegens durch die deutsche Wehrmacht 1940 und seiner anschließenden Flucht nach Schweden wurde



↑ Abb. 26a: Die Flucht aus der DDR – auch für das MfS ab Mitte der 1950er-Jahre eines der wichtigsten Themen. Hier ein von Wollweber abgezeichnetes Schreiben aus dem Jahr 1955. Ein besonderes Problem waren auch die zahlreichen Desertionen von Angehörigen der „bewaffneten Organe“ wie der Kasernierten Volkspolizei (KVP).



↑ Abb. 26b

er dort inhaftiert. Nur die massive Intervention Moskaus verhinderte, dass er nach Deutschland ausgeliefert wurde. Schließlich durfte er im November 1944 in die Sowjetunion ausreisen.

1946 kehrte er nach Berlin zurück, wurde Leiter der Generaldirektion Schifffahrt und nach Gründung der DDR Staatssekretär für Schifffahrt im Verkehrsministerium. Laut einem seiner Abteilungsleiter, der für den bundesdeutschen Nachrichtendienst arbeitete, soll er in dieser Zeit auch konspirative Trainingslager organisiert haben, in denen kommunistische Seeleute aus westlichen Staaten für Spionage- und Sabotageaktionen ausgebildet wurden. Als Staatssekretär für Staatssicherheit ab 1953 ging er mit ausgesprochener Härte gegen aktive Regimegegner vor und zeichnete verantwortlich für die Offensivstrategie der „konzentrierten Schläge“. Vermeintlich feindliche Gruppen und ausländische Agentennetzwerke sollten gezielt aufgedeckt, in Schauprozessen an den Pranger gestellt und zu langjährigen Haftstrafen abgeurteilt werden. Stabsmäßig geplante Verhaftungswellen wurden begleitet von Propagandakampagnen, geflohene MfS-Mitarbeiter aus dem Westen entführt und in der DDR hingerichtet.

Doch ab 1956 kam es zu Spannungen und Differenzen mit SED-Chef Walter Ulbricht. Nach heftigen Konflikten wurde Wollweber im Oktober 1957 abgelöst und in den Ruhestand versetzt. Unter dem Vorwurf, eine Parteifraktion mit Karl Schirdewan gebildet zu haben, wurde er auch aus dem ZK der SED ausgeschlossen.¹⁹ Sein Nachfolger wurde Ulbrichts Vertrauter Erich Mielke, der zuvor schon Staatssekretär unter Zaisser gewesen war und bis zum 7. November 1989 im Amt blieb.²⁰ Auch er hatte als Staatssekretär, 1. Stellvertreter des Ministers und selbst noch als Minister seine Büros bis 1962 in Haus 2, bevor er in das neu errichtete Haus 1 umzog.

¹⁹ Roger Engelmann: Ernst Wollweber. In: Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Berlin 2021, S. 382–384.

²⁰ Zur Biografie Mielkes s. Kap. 2.5.2.



↑ Abb. 27: Erich Mielke (rechts), seit 1957 Minister für Staatssicherheit, zusammen mit Walter Ulbricht (links), dem starken Mann in der DDR in Haus 2 Mitte der 1950er-Jahre. In der Mitte: Oberst Wilhelm Gaida, Leiter der Hauptabteilung Beschaffung, Versorgung und Betreuung und Mitglied des Kollegiums des MfS.

100853

STU
000002

REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit
- Der Staatssekretär -

An das
Ministerium für Staatssicherheit
Bezirksverwaltung Groß-Berlin

Berlin, den 23.11.1952
Tgb.Nr. 3130 /52/5/E

Groß-Berlin

Dienstanweisung Nr. 23

Die "Junge Gemeinde" ist eine Jugendorganisation innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Alle vorhandenen Gruppen der "Jungen Gemeinde" im Bezirk mit den leitenden Funktionären und den aktivsten Mitgliedern sind zu registrieren und, falls erforderlich, (bei starker gegnerischer Tätigkeit), Handakten anzulegen und laufend zu ergänzen. Durch diese Unterlagen sind die Schwerpunktbildungen in den Kreisen und Orten festzustellen.

Wenn das Sachgebiet E/I/2 festgestellt hat, daß die Tätigkeit der "Jungen Gemeinde" so stark geworden ist, daß die FDJ-Arbeit in dem betreffenden Ort zum Erliegen zu kommen droht, so ist hierüber ein ausführlicher Bericht an das Ministerium zu geben, damit von hier aus entscheidende Maßnahmen eingeleitet werden können, z.B. Instrukteurgruppen der FDJ werden zur Arbeit in diesen Ort geschickt, wenden sich an die Jugend, bilden

die FDJ-Arbeit wieder belebt wird. Durch die dort arbeitende Instrukteurgruppe der Freien Deutschen Jugend wird es auch dann oft viel einfacher sein, die Inspiratoren der Zersetzungsarbeit zu entdecken.

Diese Dienstanweisung ist von den zuständigen Abteilungsleitern, Referatsleitern und Sachbearbeitern eingehend zu studieren. Die notwendigen Maßnahmen sind von dort sofort einzuleiten.

Dem Ministerium ist gemäß der Dienstanweisung Nr. 6 über sämtliche Vorkommnisse Bericht zu erstatten.

Mielke
- Staatssekretär -

↑ Abb. 28: Bereits vor seiner Ernennung zum Minister zeichnete Mielke als Staatssekretär und 1. Stellvertreter des Ministers für die operative Tätigkeit des MfS maßgeblich verantwortlich. Dienstanweisung zum Vorgehen gegen die kirchliche Jugendarbeit, Ende 1952. In der Folge wurden christliche Jugendliche und kirchliche Jugendmitarbeiter verhaftet.

Zu KB.II. 1449/53.II.K.

Liste der verhafteten Pfarrer und kirchlichen Amtsträger

30. Mai 1953

I. Aus der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg

8. B o e l i c k e, Hans, Vikar, Rüdersdorf, geb. 3.12.08, verheiratet verhaftet 26.7.51, soll zur Zeit in Berlin in Untersuchungshaft sein.
11. A l t h a u s e n, Karl-Johannes, Vikar, Brandenburg, geb. 18.1.29, verhaftet 13.2.53, Untersuchungshaft in Berlin.
12. W i n t e r h a g e r, Jürgen, Dr., Pfarrer, Hohennauen, geb. 24.11.07, verheiratet, verhaftet 16.2.53, Untersuchungshaft in Berlin.
13. S c h w a n, Gisela, stud.math. Vertrauensstudentin, verhaftet 16.2.53, Untersuchungshaft Berlin.
14. G r ü n b a u m, Kurt, Oberkonsistorialrat, Potsdam, geb. 1891, verheiratet, verhaftet 21.2.53, Untersuchungshaft Berlin.
15. G e o r g e, Reinhold, Pfarrer, Berlin, geb. 3.2.13, verheiratet, verhaftet 26.2.53, Untersuchungshaft Berlin.
19. B r a n d t, Günther, Studentenpfarrer, Potsdam, geb. 24.3.1912 verhaftet 19.5.53, Untersuchungshaft.

II. Aus der Kirchenprovinz Sachsen

7. H a m e l, Johannes, Studentenpfarrer, Halle, geb. 19.11.11, verheiratet, verhaftet 12.2.53, Untersuchungshaft Berlin.

IV. Aus der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburg

7. B ü d k e, Diakon und Jugendwart, Wismar, verhaftet 2.1.53, zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt.
9. R e u t e r, Margarete, Katechetin in Brüel, verhaftet 27.2.53 zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Aus dem Kirchengebiet des Evangelischen Konsistoriums Görlitz

3. R e i c h e l t, Horst, Landeswart im Evangelischen Jungmännerwerk, Görlitz, geb. 10.7.22, verhaftet 21.5.53, Untersuchungshaft.

↑ Abb. 29: Die Folgen von Mielkes Dienstanweisung Nr. 23/52 – Auszüge aus einer von den evangelischen Kirchen erstellten Fürbittenliste für verhaftete Mitarbeiter der Kirche.

2.3.4 Häftlingsfreikauf als „Sonderaufgabe des Ministers“ – der Bereich „Volpert“

Zu den vielen leitenden MfS-Mitarbeitern, die in Haus 2 arbeiten, zählte auch Oberst Heinz Volpert. Sein Büro im Raum 1109 befand sich in der 1. Etage an der westlichen Ecke des Gebäudes an der Ecke Normannenstraße/Helmutstraße.²¹ Seine Fenster gingen zur Normannenstraße hinaus. Ursprünglich war Volpert Mitarbeiter der HA V bzw. XX, seit 1969 gehörte er zum Büro der Leitung (BdL), ab 1971 zum Sekretariat des Ministers (SdM). Entgegen dem sonst üblichen Verfahren, die Dienstleistungen mit Buchstaben und Zahlen abzukürzen, nannte sich sein Bereich einfach nur „Sonderaufgaben des Ministers“ oder schlicht „Volpert“. Heinz Volpert kümmerte sich im Auftrag des Ministers um die Devisenbeschaffung und organisierte von seinem Büro aus den Häftlingsfreikauf.

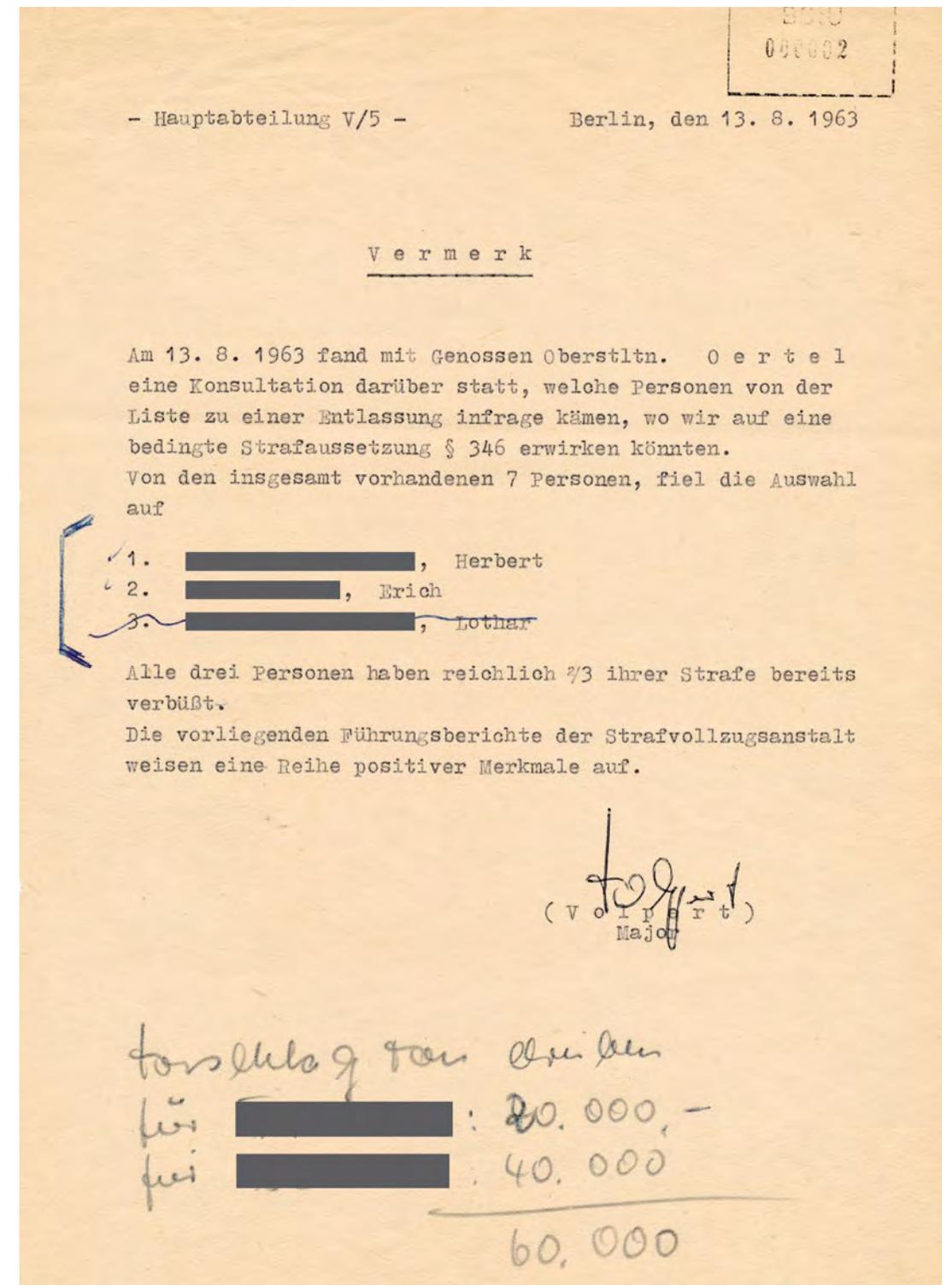


↑ Abb. 30: Heinz Volpert, 1951 als Kraftfahrer in das MfS eingetreten, macht rasch Karriere, absolviert in den 1960er-Jahren ein Fernstudium als Diplom-Jurist an der MfS-Hochschule und nimmt unterschiedliche Leitungsfunktionen wahr, seit 1971 im SdM. Seit den 1960er-Jahren ist er an zentraler Stelle mit der Devisenbeschaffung betraut. 1987 wird er tot in seiner Sauna aufgefunden.

Von 1963 bis 1989 kamen auf diesem Weg 33 755 politische Häftlinge vorzeitig frei und gelangten so in die Bundesrepublik, die dafür etwa 3,5 Milliarden D-Mark zahlte, für die DDR wertvolle und dringend benötigte Valutamittel.²² Für die DDR wurde die Verurteilung von politischen Häftlingen, sofern diese beabsichtigten, in den Westen zu gehen, zum einträglichen Geschäft. Die Bundesrepublik hielt trotz aller Kritik angesichts der physischen und psychischen Härten, die mit der Haft in der DDR gerade für politische Häftlinge einhergingen, am Freikauf fest.

²¹ BArch, MfS, SdM 871, p. 10.

²² Ludwig A. Rehlinger: Freikauf. Die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten 1963–1989. Berlin 1991, S. 247; Jan Philipp Wölbern: Die Entstehung des „Häftlingsfreikaufs“ aus der DDR, 1962–1964. In: Deutschland Archiv 5 (2008) 41, S. 856–867; ders.: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen (Analysen und Dokumente; Bd. 38). Göttingen 2014.



↑ Abb. 31: Der erste von Volpert organisierte Häftlingsfreikauf. Am 2. bzw. 3. Oktober 1963 wurden insgesamt acht Häftlinge von der Bundesrepublik freigekauft. Unten handschriftlich die vom MfS vorgeschlagene Freikaufsumme.

Hauptabteilung IX BSU
000010 Berlin, am 13.6.1963

Stellungnahme

Am 26.8.1961 wurden durch das Bezirksgericht Rostock wegen staatsgefährdender Propaganda und Hetze sowie Nötigung verurteilt:

1. Gerloff, Dietrich
geb. am 8.4.1936 in Berlin-Lichterfelde
Student an der "Freien Universität" Westberlin
wohnhaft: Berlin-Adlershof, Friedensstraße 9
acht Jahre Zuchthaus
Strafende: 17.8.1969
2. Wiechert, Jürgen
geb. am 16.2.1943 in Berlin
Schüler an der Albert-Einstein-Oberschule
in Berlin-Britz (Westberlin)
wohnhaft: Berlin-Schmöckwitz, Altshmöckwitz 3
acht Jahre Zuchthaus
Strafende: 17.8.1969
3. Linke, Horst *ve*
geb. am 16.11.1936 in Berlin
Mechaniker im VEB Funkwerk Köpenick, seit dem
24.7.1961 ohne Beschäftigung gewesen
wohnhaft: Berlin-Niederschöneweide,
Bruno-Bürgel-Weg 3
zwei Jahre Zuchthaus
Strafende: 17.8.1963

sowie dreizehn weitere Personen, die inzwischen aus der Strafhafte entlassen wurden.

*immerstankau
Mielke
13. VIII. 63*

*Zur Falle
Linke
immerstankau
Mielke
7. VII. 63*

*Losschlag je 50.000 frei gelofft +
Wiederst. zusammen 100.000,- DM*

↑ Abb. 32: Zustimmung von Erich Mielke zum Freikauf.

2.3.5 Der Fest-, Konferenz- und Speisesaal im Innenhof von Haus 2

Mit einem Neubau auf dem Innenhof von Haus 2 schuf sich die Staatssicherheit einen Saal mit Bühne und Bühnenhaus für repräsentative Zwecke. Ansonsten diente der Saal den MfS-Mitarbeitern als Kantine und zur Pausenversorgung. Auch fanden hier regelmäßig Dienstkonferenzen und Politschulungen statt. Auch mit den sowjetischen Beratern, den „Freunden“, kam man hier zusammen. Von Beginn an spielten sowjetische Berater, in der Regel handelte es sich um Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes KGB, eine wichtige Rolle beim Aufbau der Staatssicherheit.



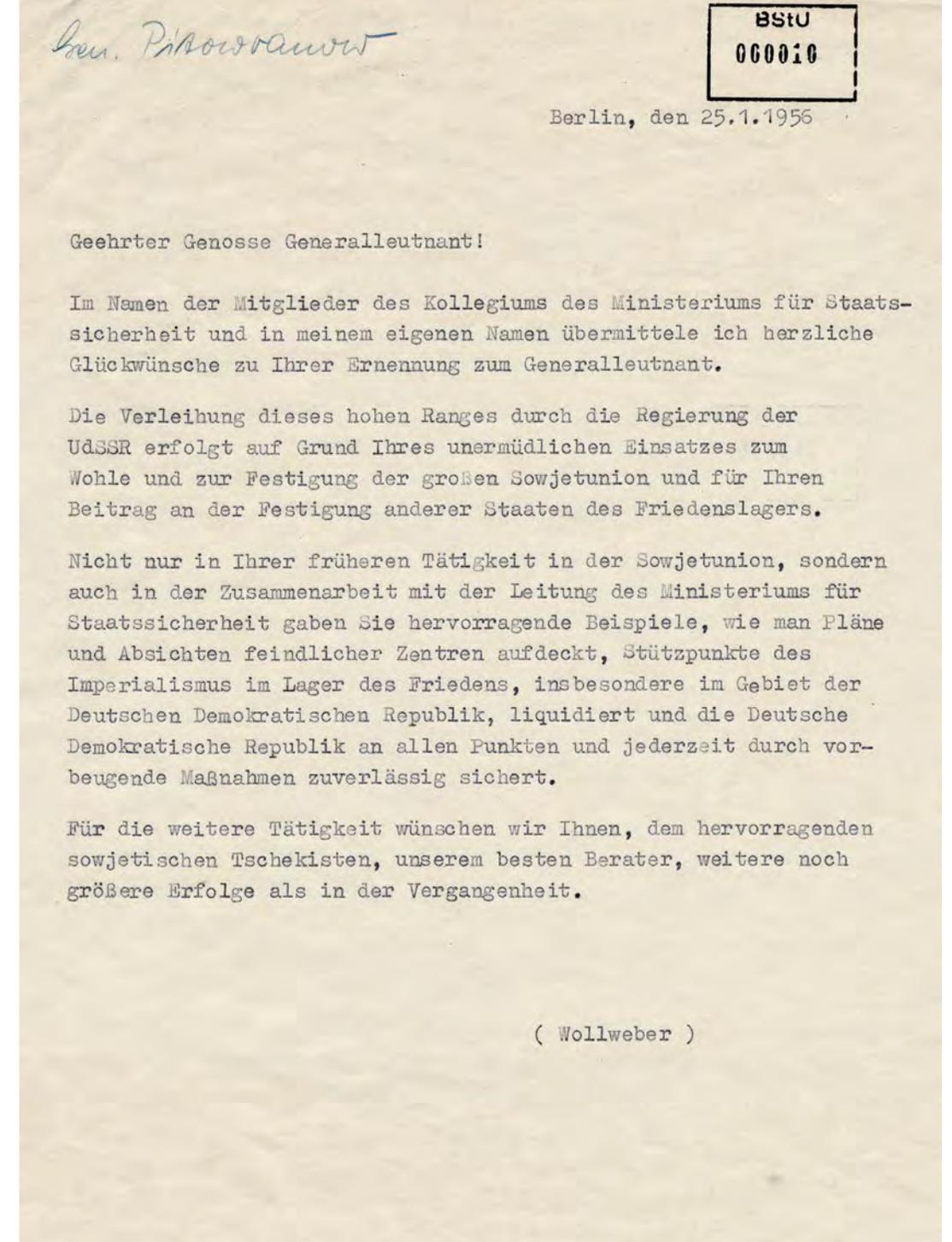
↑ Abb. 33: Ansicht des Saals in Haus 2 – hier mit Blick auf die Bühne.



↑ Abb. 34: „Im Kampf gegen die Feinde des Sozialismus“ – Spionagechef Markus Wolf während einer Rede im Saal von Haus 2 im Februar 1958. Auf dem Podium (v. l. n. r.) Innenminister Karl Maron, Erich Honecker, Alexander Michailowitsch Korotkow und Walter Ulbricht.



↑ Abb. 35: Illustre Runde – Alexander Michailowitsch Korotkow zusammen mit Walter Ulbricht und Erich Mielke in Haus 2 beim Empfang im Februar 1958. Generalmajor Korotkow wurde 1945 zum Chef der sowjetischen Auslandsaufklärung in der Sowjetischen Besetzungszone ernannt, stieg dann auf zum Stellvertretenden Politischen Berater des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, war danach Leiter der Abteilung Agenten im sowjetischen Auslandsnachrichtendienst und wurde 1957 schließlich Leiter der KGB-Vertretung in Berlin-Karlshorst.



↑ Abb. 36: Glückwünsche von Minister Ernst Wollweber an Jewgenij Petrowitsch Pitowranow 1956 [Entwurf]. Pitowranow war von 1946–1951 Chef der Spionageabwehr des sowjetischen Ministeriums für Staatssicherheit, zuletzt in der Funktion eines stellvertretenden Ministers. Im Zusammenhang mit der letzten stalinistischen Säuberungswelle („Ärzteverschwörung“) geriet er von Oktober 1951 bis Dezember 1952 in Haft und wurde nach dem Tode Stalins im März 1953 abermals zum stellvertretenden Leiter der sowjetischen Spionageabwehr berufen. Von 1953 bis 1957 war Pitowranow höchster Vertreter des sowjetischen Sicherheitsorgans in der DDR, zuletzt im Range eines Generalleutnants, und oberster „Chefberater“ des MfS.

Berlin, 8. Juni 1957

BSStU
060179

An den
Genossen Minister W o l l w e b e r ,
im Hause

Anliegend die überarbeitete Dienstanweisung über die Erhöhung der Verantwortung und die Erweiterung der Vollmachten der Chefs der Bezirksverwaltungen und der Kreisdienststellenleiter.

Berücksichtigt sind Ihre Abänderungsvorschläge sowie die des Genossen Generalleutnant Mielke.

Die Aussprache mit den Freunden ergab, daß der Genosse Patrakejew überhaupt gegen eine Dienstanweisung zu dieser Aufgabe ist. Er schlug vor, einen Brief zu schreiben. Ich habe dem Genossen Patrakejew erwidert, daß ich erstens garnicht berechtigt bin, eine solche Veränderung vorzunehmen, da ich durch Beschluß des Kollegiums an den Auftrag gebunden bin und zweitens, daß ich prinzipiell gegen ein Brief sei, weil es im Ministerium Befehle und Dienstanweisungen, oder Anordnungen, Direktiven und Richtlinien gibt. Welche disziplinarischen Schlußfolgerungen ergeben sich aus der Nichtdurchführung des Inhalts eines Briefes? Ich habe dem Genossen Patrakejew weiter gesagt, daß ich die Methode überhaupt für falsch halte, erst zweimal über eine Dienstanweisung zu diskutieren und dann diese abzulehnen und einen Brief zu fordern.

Eine Aussprache mit dem Genossen Korotkow ergab, daß Genosse Korotkow für die Dienstanweisung ist, wobei die Abänderungsvorschläge auch vom Genossen Generalleutnant Mielke gemacht und im Wesentlichen berücksichtigt sind.

Walter

- ↑ Abb. 37: Die Zusammenarbeit mit den sowjetischen Geheimdienstberatern verlief keineswegs immer reibungslos. Hier ein Schreiben vom Juni 1957, in dem es um die wenig später erlassene Dienstanweisung Nr. 17/57, die den Bezirks- und Kreissekretären der SED erstmals verbrieft Anleitungsbefugnisse gegenüber ihren regionalen MfS-Dienststellen gab. Eine von Ulbricht im August 1953 initiierte ähnliche Regelung war damals am Widerstand der sowjetischen Berater gescheitert. So erklärt sich der Versuch des stellvertretenden Chefberaters Oberst Patrakejew, diese Regelungen in ihrer Verbindlichkeit abzuschwächen. Allerdings schlug sich der Chef des KGB-Apparats in der DDR Alexander Korotkow diesmal auf Ulbrichts Seite. Korotkow war gerade frisch in seine neue Berliner Funktion eingesetzt worden, nachdem sein Vorgänger Pitowranow nach einem schweren Konflikt mit dem SED-Chef von Moskau abberufen worden war. Generalmajor Otto Walter, der Verfasser des Schreibens, war Stellvertretender Minister für Staatssicherheit und Mitglied im Kollegium des MfS.



- ↑ Abb. 38-40: Im Konferenz- und Festsaal von Haus 2 fanden auch Theateraufführungen statt. Hier eine Darbietung, einstudiert von MfS-Mitarbeitern Ende der 1950er-Jahre. Am Ende siegt der verteidigungsbereite Arbeiter im Bunde mit der Staatssicherheit: Die „Bösen“, westliche Kapitalisten und Militaristen, sinken zu Boden.

2.4 Haus 7 – der Sitz der Hauptabteilung XX



↑ Abb. 41: Haus 7 mit dem Innenhof der MfS-Zentrale Mitte der 1980er-Jahre.

Die in Haus 7 untergebrachte Hauptabteilung XX war federführend zuständig für die Bekämpfung der politischen Opposition und die Verfolgung politisch Andersdenkender in der DDR. Außerdem war sie für die Überwachung der Blockparteien, der Kirchen, von Kulturschaffenden und Medien sowie von Sport und Jugend verantwortlich. Daneben kümmerte sich die HA XX um die nachrichtendienstliche Sicherung wichtiger staatlicher Institutionen, etwa im Bereich Justiz und Gesundheitswesen. Die in Haus 7 arbeitenden MfS-Mitarbeiter setzten das gesamte Spektrum geheimpolizeilicher Methoden gegen vermeintliche und tatsächliche politische Gegner ein, insbesondere sammelten sie systematisch Informationen mithilfe inoffizieller Mitarbeiter.

In Form von Direktiven und Maßnahmeplänen wurden von hier aus die nachgeordneten MfS-Abteilungen in den DDR-Bezirken und -Kreisen angeleitet, die vor Ort die entsprechenden staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche kontrollierten und überwachten. Turnusmäßig hielt die Leitung der Hauptabteilung mit den Leitern der Linie XX²³ aus den Bezirken im Haus 7 Beratungen ab. Eine zunehmende Bedeutung erlangten im Laufe

²³ Das Linienprinzip bedeutete, dass die entsprechenden Hauptabteilungen die ihnen jeweils thematisch nachgeordneten Abteilungen in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen direkt instruierten und diese ihnen Rechenschaft leisten mussten. Die Leiter der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen waren demgegenüber nur nachgeordnet zuständig.

der Jahre die Informationsspeicher der Hauptabteilung XX, die ebenfalls in Haus 7 untergebracht waren. Es handelte sich um verschiedene Material- und Datensammlungen zu politischen Gegnern und Andersdenkenden, die von den Auswertung- und Informationsorganen fortlaufend ergänzt und aktualisiert wurden.

Neben der Hauptabteilung XX, die hier ihren Sitz mit rund 450 Mitarbeitern hatte, saßen in Haus 7 noch weitere Dienststellen: Auch die Registratur- und Archivabteilung des MfS, die Abteilung XII (mit 60 Mitarbeitern), die für die „Ernstfall“-Planung zuständige Arbeitsgruppe des Ministers (AGM) und das Sekretariat eines Stellvertreters des Ministers (mit 20 Mit-



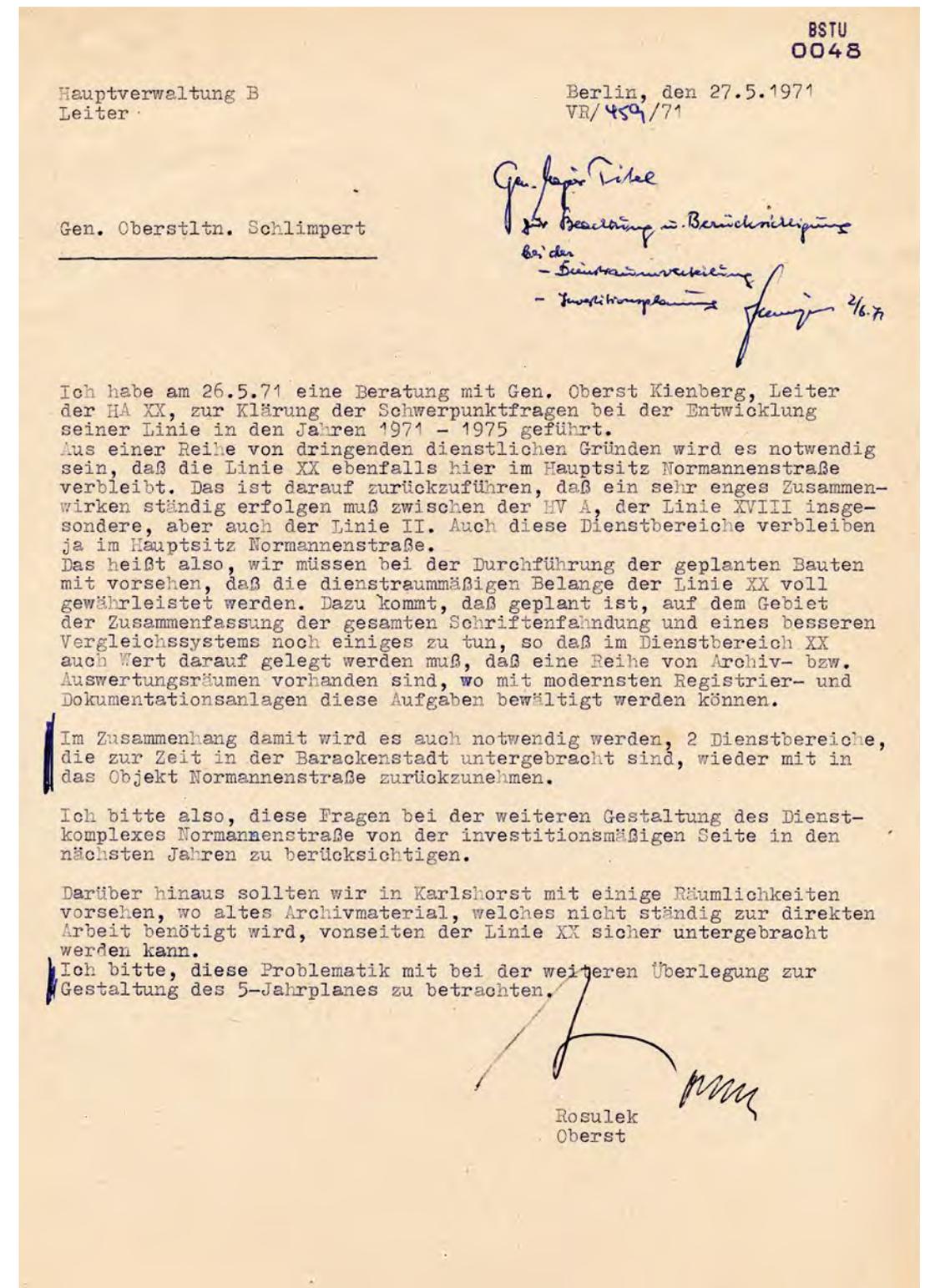
↑ Abb. 42: Spalierstehen beim Empfang einer Delegation Ende der 1960er-Jahre. Im Hintergrund der bis 1976 von der Hauptverwaltung A genutzte Nordflügel von Haus 7.

arbeitern) unterhielten hier Büros.²⁴ Nach Fertigstellung des Hauses im Jahre 1958 nutzte anfangs die für Auslandsspionage zuständige Hauptverwaltung A (HVA) den Nordflügel komplett für ihre Zwecke. Im Jahr 1978 zog die HVA dann in die gegenüberliegenden 13-geschossigen Plattenbauten. Nach ihrem Auszug wurden in der 2. Etage u.a. Rechner der neuen Zentralen Personendatenbank (ZPDB) des MfS installiert. Hier gaben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hauptabteilung XX die anfallenden Informationen zu den überwachten Bürgerinnen und Bürgern ein und kategorisierten sie mit Kennziffern und Deskriptoren. Auf diese Weise waren sie nach verschiedenen Gesichtspunkten auswert- und abrufbar.

²⁴ Roland Wiedmann: Die Dienst-einheiten des MfS 1950–1989. Eine organisatorische Übersicht (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2012, S. 323; Nora Kuhlicke/Beate Rost: Zur Entstehung und Entwicklung des Zentralen Dienstkomplexes des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg zwischen 1950 und 1989/90. Potsdam 2005 (Diplomarbeit), S. 28.



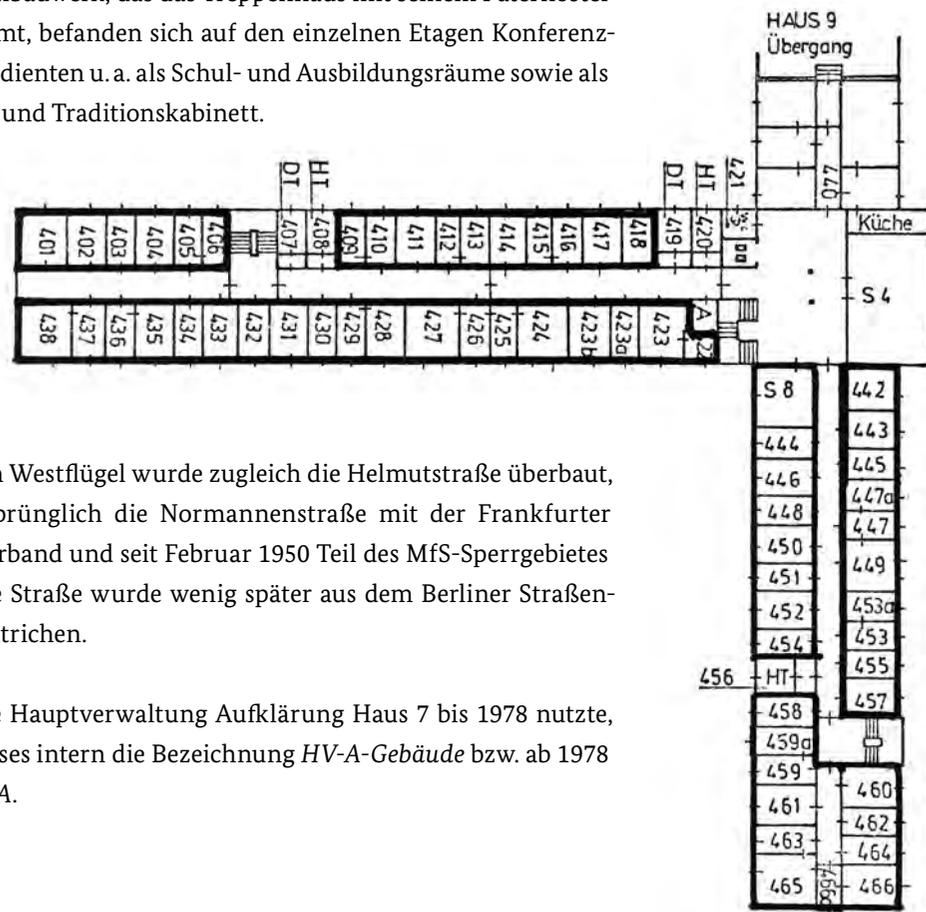
↑ Abb. 43: Der Westflügel von Haus 7 Ende der 1960er-Jahre. Hier saß u. a. die HA XX.



↑ Abb. 44: Die Hauptverwaltung XX gehörte zu den wichtigsten Dienst-einheiten des MfS und sollte daher unbedingt ihre Diensträume in der MfS-Zentrale haben. Schließlich war sie für die Bekämpfung der politischen Opposition und die Überwachung von Bereichen federführend verantwortlich, die für die Stabilität der SED-Herrschaft von besonderer Bedeutung waren.

2.4.1 Haus 7 – die Entstehungsgeschichte des Gebäudes

Der dreiflügelige Neubau entstand von 1956 bis 1958 als zweites großes Bauprojekt im Zuge der Erweiterung der MfS-Zentrale. Mit dem lange Zeit nur *Neubau* und dann *Haus 7* genannten Gebäude verschwanden die Kleingärten, die es bis dahin hier noch gab. Die Fassade des Gebäudes orientiert sich am neoklassizistischen Baustil der Stalinallee, verzichtet jedoch weitgehend auf dekorative Bauelemente. Das Gebäude besteht aus einem Nord-, einem Ost- und einem Westflügel (die beiden letzteren werden häufig zusammengefasst und als Südflügel bezeichnet). Verbunden sind die Flügel mittels eines Kopfbaus am Schnittpunkt der drei Baukörper. Bautechnisch ist dieser mit seinem Steckwerksrahmen aus Stahlbeton wesentlich moderner als der Rest des Gebäudes, der in traditioneller Bauweise errichtet wurde. Der Kopfbau schließt oberhalb der drei Gebäudeflügel mit einer ursprünglich mit Fenstern großzügig ausgeführten Loggia ab. Im Turmbauwerk, das das Treppenhaus mit seinem Paternoster aufnimmt, befanden sich auf den einzelnen Etagen Konferenzsäle. Sie dienten u. a. als Schul- und Ausbildungsräume sowie als Sprach- und Traditionskabinett.



Mit dem Westflügel wurde zugleich die Helmutstraße überbaut, die ursprünglich die Normannenstraße mit der Frankfurter Allee verband und seit Februar 1950 Teil des MfS-Sperrgebietes war. Die Straße wurde wenig später aus dem Berliner Straßenplan gestrichen.

Weil die Hauptverwaltung Aufklärung Haus 7 bis 1978 nutzte, trug dieses intern die Bezeichnung *HV-A-Gebäude* bzw. ab 1978 *Alte HVA*.

↑ Abb. 45: Grundriss von Haus 7 aus dem Jahr 1986. Man erkennt den langen Nord- und Westflügel, der kurze Ostflügel führt als Übergang zu Haus 9.

Verwaltung Rückwärtige Dienste
Abteilung Bauwesen

Beratungsvorlage

Belegungsvorschlag des Ost-West-Flügels im HV A Gebäude und damit im Zusammenhang stehender Frei- und Umzug

1. Mit dem Bezug der Teilobjekte 3 und 4 von NO III zieht die HV A ab Januar 1979 das HV A Gebäude frei. Der nachstehende Belegungsvorschlag wurde auf der Grundlage der vorliegenden Grundrisse erarbeitet. Erst nach Freizug kann die Anzahl der zur Verfügung stehenden Diensträume exakt ausgewiesen und mit den vorhandenen Grundrissen verglichen werden. Der jetzige Nutzer räumt ein, daß sich die Anzahl der Diensträume durch selbst veranlaßten Ein- bzw. Ausbau leichter Trennwände verändert haben kann.

1.2. Vorschlag zur Belegung des Ost-West-Flügels

- 1.2.1. Zuweisung 4. Obergeschoß
- alle Diensträume an Abt. XII 33 DR

Es ist zu beachten, daß die VE im Foyer des 4. OG wieder geöffnet wird.

1.2.2. Zuweisung 3. Obergeschoß

Alle Diensträume an HA XX 33 DR
- ohne Saal - + 1 KR (Nr. K 12)

Vermerk:

Weitere Zuweisung im Nord-Süd-Flügel des HV A Gebäudes 10 Diensträume (bisher für die Abt. XII vorgesehen).

Damit entfällt die bisher vorgesehene Zuweisung Frankfurter Allee 181 (49 Diensträume). Weiter sind von der HA XX die im DO Johannisthal genutzten

↑ Abb. 46: Im Jahr 1978 wurden die 13-geschossigen Plattenbauten in der Ruschestraße bezugsfertig. Die HVA erhielt hier ihren neuen Dienstsitz und zog aus Haus 7 aus. Das abgebildete Schreiben regelt die weitere Nutzung des Gebäudes (NO III = Bezeichnung für Neubau der HVA in der Ruschestraße, NO IV = Neubau des Archivgebäudes in der Magdalenenstraße, DR = Dienstraum, KR = Konferenzraum, VE = Versorgungseinrichtung). Die Abteilung XII war für die Registratur bzw. das Archiv der Staatssicherheit zuständig.

2.4.2 Haus 7 – der Ort, an dem die Unterdrückung der Opposition geplant und organisiert wurde

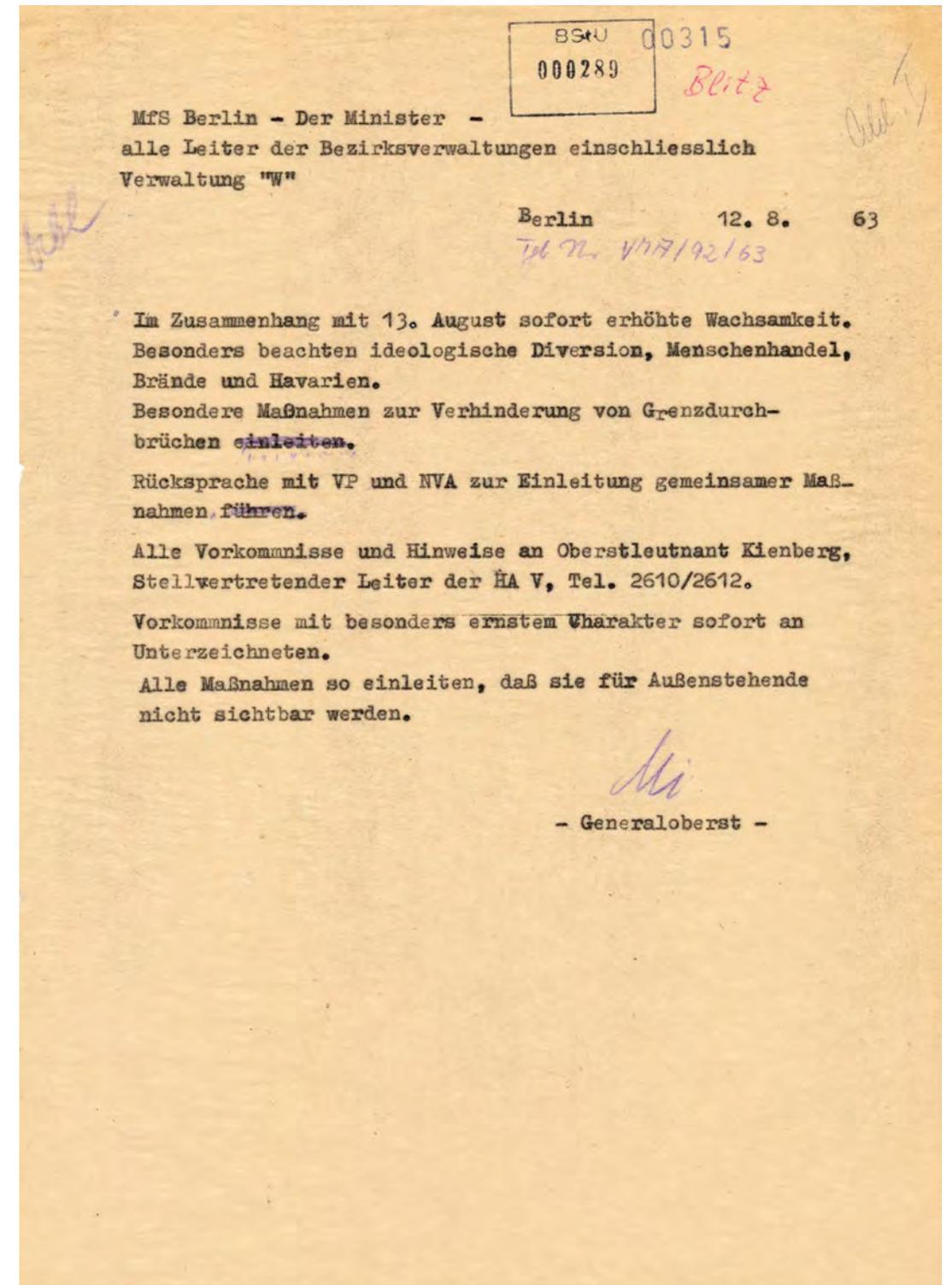


↑ Abb. 48: Oberst Fritz Schröder, von 1955 bis 1964 Leiter der Hauptverwaltung V, die 1964 in Hauptabteilung XX umbenannt wurde.



↑ Abb. 49: Generalleutnant Paul Kienberg, Leiter der Hauptabteilung XX von 1964 bis 1989

Zu den „operativen“ Schwerpunkten der von Generalleutnant Paul Kienberg geleiteten HA XX zählten die ab Ende der 1960er-Jahre sich vor allem in Leipzig und Ost-Berlin entwickelnde kritische Kultur- und Jugendszene, die Langhaarigen-, Aussteiger- und Tramper-Bewegung der 1970er-Jahre und ab Anfang der 1980er-Jahre die unter dem Schuttdach der Kirche entstehenden unabhängigen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen. Mit Einschüchterungen, Festnahmen und Ordnungstrafen gingen Kienberg und seine Mitarbeiter gegen Jugendliche und kirchliche Jugendmitarbeiter vor. Da aufsehenerregende Inhaftierungen der SED immer weniger ins politische Konzept passten, entwarfen die Mitarbeiter der HAXX Maßnahmepläne, mit denen die oppositionellen Gruppen mithilfe eingeschleuster inoffizieller Mitarbeiter lahmgelegt werden sollten. Die Geheimpolizei streute diffamierende Falschinformationen, um besonders missliebige Akteure in Verruf zu bringen. Behinderungen wie Reisesperren selbst in das sozialistische Ausland und Studienplatzverweigerungen sollten unangepasste Jugendliche disziplinieren.



↑ Abb. 50: Zum Jahrestag des Mauerbaus, dem 13. August, ordnete Minister Mielke im MfS „erhöhte Wachsamkeit“ an. Um den Überblick über Widerstandsaktionen und Proteste zu bekommen und entsprechend reagieren zu können, waren alle Vorkommnisse Paul Kienberg, damals noch Stellvertretender Leiter der Hauptabteilung V, dem Vorläufer der HA XX, zu melden. Der Begriff „ideologische Diversion“ bezeichnete politisch nonkonforme Äußerungen, die auf westliche Beeinflussung zurückgeführt wurden.

Berlin, den 11. 12. 1962

BStU
000006

An
den Leiter
des Büros der Leitung

Betr.: Arbeitstagung mit den Leitern und Mitarbeitern
der Abteilung V aus den Bezirksverwaltungen
am 28. 12. 1962

Wir bitten Sie, so bald als möglich die nachgenannten Mit-
arbeiter der Linie V zu folgenden Arbeitstagungen am
28. 12. 1962 einzuladen.

1. Arbeitstagung mit allen Abteilungsleitern mit dem
Thema:

"Verbesserung der operativen Abwehrarbeit zur Bekämpfung
der Erscheinungen der ideologischen Diversion und
Untergrundtätigkeit auf dem Gebiet der Jugend"

Tagungsort: Zi. 1095

Beginn: 10.00 Uhr

2. a) Arbeitstagung mit allen Mitarbeitern, die für die
Arbeit nach dem Westen verantwortlich sind mit dem
Thema:

"Schulung über Fragen der zweckmäßigen Organisierung
des Verbindungswesens"

b) Daran anschließend werden speziell Probleme der je-
weiligen Bezirksverwaltungen behandelt.

Tagungsort: Neubau, Saal 1

Beginn: 10.00 Uhr

- 2 -

↑ Abb. 51: Anleitung der „fachlich nachgeordneten“ Abteilungen V der Bezirksverwaltungen – Einladung zu zentralen „Arbeitstagungen“ nach Berlin-Lichtenberg. Im Jahr 1964 wurde die HA V in HA XX umbenannt.

11/12573

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Leipzig
Der Leiter

Leipzig, den 8. Nov. 1966
Po/Btz Tgb.-Nr. 687 /66

BStU
000071

Ministerium für Staatssicherheit
Leiter der Hauptabteilung XX
Genossen Oberst K i e n b e r g
B e r l i n

Von der Hauptabteilung XX des MfS wurde zur Durchführung
der Aktion "Tanne" der

Genosse Oberstleutnant S c h r ö d e r

zur Bezirksverwaltung Leipzig kommandiert.

Im Namen der Leitung der Bezirksverwaltung sowie der
Leitung der Parteiorganisation möchte ich mich für diese
Unterstützung bedanken.

Genosse Oberstleutnant S c h r ö d e r hat unter Zurück-
stellung persönlicher Interessen während dieser Zeit dis-
zipliniert und vorbildlich gearbeitet. Er hat durch hohe
Einsatzbereitschaft und Initiative zur Verhinderung beab-
sichtigter Provokationen durch jugendliche Personen am
30. und 31. Oktober 1966 in Leipzig beigetragen.

Ich bitte Sie, dem Genossen Oberstleutnant S c h r ö d e r
den Dank und die Anerkennung der Leitung der Bezirksverwaltung
Leipzig für seine geleistete Arbeit auszusprechen.

Leiter der Bezirksverwaltung

Hummitzsch
i.V. Hummitzsch
Oberstleutnant

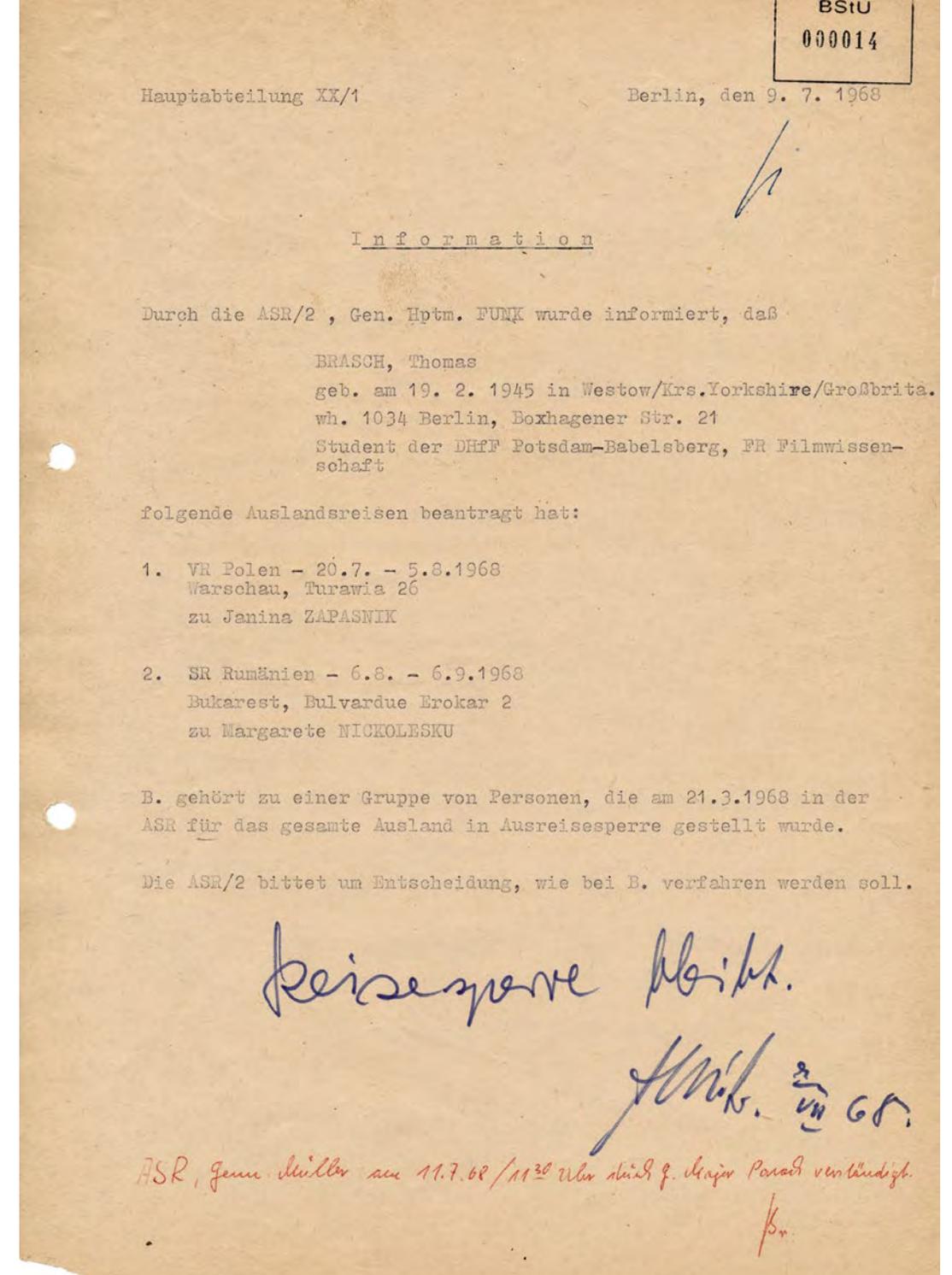
↑ Abb. 52: Sondereinsatz aus der MfS-Zentrale zur Anleitung der Genossen in Leipzig 1966: Den Hintergrund bildete die sogenannte Leipziger Beatdemonstration, auch Beatkrawalle oder Beataufstand genannt. Nach einem per Flugblatt verbreiteten Aufruf, gegen das Verbot von Beatgruppen zu protestieren, versammelten sich am 31. Oktober 1965 etwa 2000 bis 2500 Jugendliche auf dem Leuschner-Platz in Leipzig. Unter ihnen befanden sich circa 800 „echte“ Beatanhänger, dazu kamen Schaulustige und Sicherheitskräfte in Zivil. Am Ende wurden 267 Demonstrierende festgenommen, 97 mussten ohne ein Gerichtsurteil sechs Wochen lang in den Braunkohletagebau zur Zwangsarbeit. Mit der „Aktion Tanne“ am 30./31. Oktober 1966 sollte am ersten Jahrestag der Beatdemonstration ein erneuter Massenauflauf auf dem Leuschner-Platz verhindert werden (Befehl Nr. 224/66 zur Verhinderung von Ausschreitungen, Zusammenrottungen und Provokationen von Beat-Anhängern und anderen „labilen“ Jugendlichen am 30. und 31.10.1966 – „Aktion Tanne“; MfS, BV Leipzig, Bdl 1566, p. 1-10).



↑ Abb. 53: Beisammensein mit den sowjetischen Mentoren: Anlässlich des 70. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution fand am 7. November 1987 eine „gesellige Zusammenkunft“ der Abteilungsleiter der HA XX mit Jewgeni Nikolski im Nordflügel von Haus 7 statt. Nikolski (in der Mitte) war Oberst des KGB und in den 1980er-Jahren Verbindungsoffizier zur HA XIX und XX (rechts daneben Oberstleutnant Joachim Wiegand, Leiter der für die Überwachung der Kirchen zuständigen Abteilung 4, rechts neben ihm Oberst Wolfgang Reuter, Leiter der Abteilung 9, deren Tätigkeit gegen besonders profilierte Oppositionelle gerichtet war).



↑ Abb. 54: Sitzung von MfS-Mitarbeitern der HA XX in Haus 7, bei der im Hintergrund die Ausstellungstafeln im Traditionskabinett gut zu erkennen sind.



↑ Abb. 55: Vom Leiter der HA XX Paul Kienberg persönlich verlängerte Reisesperre für Thomas Brasch. Die Reisesperre galt dem MfS als effektives Mittel unterhalb der Schwelle strafrechtlicher Maßnahmen, um gegen politisch unangepasste Jugendliche vorzugehen. Die hiervon Betroffenen konnten die DDR mitunter über Jahre nicht verlassen. Grundsätzlich konnten selbst nachgeordnete Abteilungen bis hin zu den Kreisdienststellen Reisesperren erwirken. Hier kommt die Anfrage von der Arbeitsgruppe Sicherung des Reiseverkehrs (ASR), Vorläuferin der HA VI.

Im betreffenden Fall waren die Dinge kompliziert: Horst Brasch, der Vater von Thomas Brasch, war 1. Stellvertretender Minister für Kultur und Mitglied des Zentralkomitees der SED. Thomas Brasch betätigte sich schriftstellerisch und galt einflussreichen DDR-Autorinnen wie Christa Wolf als bedeutendes Nachwuchstalant. 1968 studierte er an der Deutschen Hochschule für Filmkunst (DHfF) die Fachrichtung (FR) Filmwissenschaft. Er wurde später, im August 1968, vom MfS inhaftiert, weil er mit Flugblättern gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei protestiert hatte.

Stv. Op. / 12.16 / 87 v. 10.7.87

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit
Hauptabteilung XX
Leiter

Berlin, 8. Juli 1987
Tgb.-Nr. XX/AKG/
qui-hp 13186 /87

000009

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit
Abteilung XX
Leiter

Berlin

über Stellvertreter Operativ
Genossen Oberstleutnant Zeiseweis

10.7.87

Durchsetzung einheitlicher Fahndungsmaßnahmen im grenzüberschreitenden Verkehr zur Unterbindung der Teilnahme feindlich-negativer DDR-Bürger an feindlichen Aktivitäten im Ausland

Ausgehend von der bisherigen Realisierung der im Schreiben des Leiters der Hauptabteilung XX vom 2. März 1987 angewiesenen Maßnahmen zur Unterbindung der Teilnahme von Inspiratoren und Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit an feindlichen Aktivitäten im Ausland macht sich eine einheitliche Durchsetzung der Fahndungsmaßnahmen im grenzüberschreitenden Verkehr und eine weitere Präzisierung dieser Aufgaben erforderlich.

Insbesondere ist es notwendig, den in Fahndung zu stellenden Personenkreis von Inspiratoren und Organisatoren exakt zu bestimmen und ständig zu aktualisieren. Um keine Lücken der in Fahndung zu stellenden Personen zuzulassen und den Fahndungsprozeß insgesamt einheitlich durchzusetzen, werden in Abstimmung mit der Hauptabteilung VI folgende Festlegungen getroffen:

1. Realisierung von längerfristigen Ausreisesperren gegen führende Inspiratoren und Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit
 - im paß- und visafreien Reiseverkehr an der Staatsgrenze Ost/Süd mit sofortiger Information über erfolgte Zurückweisung
 - Laufzeit: 1 Jahr
 - Vor Ablauf der Laufzeit ist in Abstimmung mit der HA XX rechtzeitig zu prüfen, ob die Sperre der Ausreise weiterhin gerechtfertigt ist oder eine Veränderung der Fahndungsmaßnahmen erfolgen muß.

VD-3.2.-01.13 Ag 146/80/83 O

↑ Abb. 56: Im Laufe der Jahre wurde das Mittel der Reisesperre als Mittel der „versteckten“ Repression und Disziplinierung immer weiter ausgedehnt und perfektioniert.

102829
Anlage 2

BStU
000001

56182

Geheime Verschlusssache
GVS-o003
MfS-Nr. 6/82
29. Ausf. Bl. 1 bis 2

Politisch-rechtliche Maßnahmen gegen Personen, die hartnäckig auf ihren gegen die staatliche Ordnung gerichteten Positionen beharren sowie feindlich-negative Aktivitäten beabsichtigen

Im Interesse einer wirksamen Vorbeugung von Rechtsverletzungen durch Personen, die bestrebt sind, feindlich-negative Aktivitäten in Sinne

- der "Initiative zur Errichtung eines Sozialen Friedensdienstes",
- des "Berliner Appells" sowie
- einer sogenannten staatlich unabhängigen Friedensbewegung

fortzusetzen bzw. zu entwickeln, sind folgende politisch-operative Maßnahmen durchzuführen:

1. Die im Anhang namentlich aufgeführten und in diesem Zusammenhang neu erkannten Personen sind durch die Hauptabteilung XX in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung IX bzw. durch die Abteilungen XX und Abteilungen IX der Bezirksverwaltungen auf der Grundlage der §§ 12 (2), 20 (2) des VP-Gesetzes Befragungen zu unterziehen. Dabei sind ausgehend vom jeweils vorliegenden Sachverhalt und der konkreten politisch-operativen Situation die zweckmäßigsten Formen der Vorladung bzw. der Zuführung und der Dokumentierung des Verlaufes der Befragung festzulegen.
2. Ausgehend vom festgestellten Sachverhalt hat eine an den entsprechenden ordnungs- oder strafrechtlichen Normen orientierte Belehrung und Verwarnung zu erfolgen mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die rechtlichen Konsequenzen im Falle der Fortsetzung ihrer rechtswidrigen Aktivitäten.

Kopie BStU
AR!

↑ Abb. 57: Ab Anfang der 1980er-Jahre entstand in der DDR eine unabhängige Friedensbewegung. Getragen wurden die Friedensgruppen von unangepassten Jugendlichen, denen kirchliche Jugendmitarbeiter Räume zur Verfügung stellten. Staatssicherheitsminister Erich Mielke warf den Beteiligten vor, eine „Bewegung“ zu schaffen, die „als politische und organisatorische Basis“ für eine „innere Opposition“ gegen die DDR fungiere und in politische „Untergrundtätigkeit“ münden könne. Er wies verschiedene Maßnahmen an, um die Jugendlichen einzuschüchtern. Koordiniert wurde das Vorgehen, in das die Volkspolizei, Lehrausbilder und SED-Funktionäre eingebunden wurden, von der Hauptabteilung XX in Haus 7. Hinter der im Dokument genannten HA IX und den Abteilungen IX der Bezirksverwaltungen verbargen sich die Untersuchungsorgane des MfS, die die „Befragungen“ durchführten. Der „Berliner Appell“ ging zurück auf den Regimekritiker Robert Havemann und den Berliner Pfarrer Rainer Eppelmann. Er forderte ein Ende der Militarisierung der Gesellschaft und wurde von mehreren Hundert Personen, vor allem auch Jugendlichen, unterzeichnet.

S t r u k t u r der Abteilung 9

Aufgabenstellung

Vorbeugende Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit gemäß Dienstanweisung 2/85 des Genossen Minister

Anzahl der Planstellen: 1 : 33

Die Abteilung gliedert sich wie folgt:

- 1 Leiter der Abteilung
- 2 Stellvertreter des Leiters
- 1 Sekretärin des Leiters
- 1 Sekretärin der Abteilung
- 2 Offiziere für Information und Auswertung
- 1 Mitarbeiter für operative Kartei, Archiv und Auskunftstätigkeit

Referat 1 Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit unter intellektuellen Personenkreisen

Stärke: 1 : 5
Unterstellung: Stellvertreter des Leiters

Referat 2 Bearbeitung operativer Schwerpunkt Vorgänge gegen Exponenten politischer Untergrundtätigkeit

Stärke: 1 : 5
Unterstellung: Stellvertreter des Leiters

Referat 3 Bearbeitung feindlicher Stützpunkte und Rückverbindungen im Verantwortungsbereich

Stärke: 1 : 4
Unterstellung: Stellvertreter des Leiters

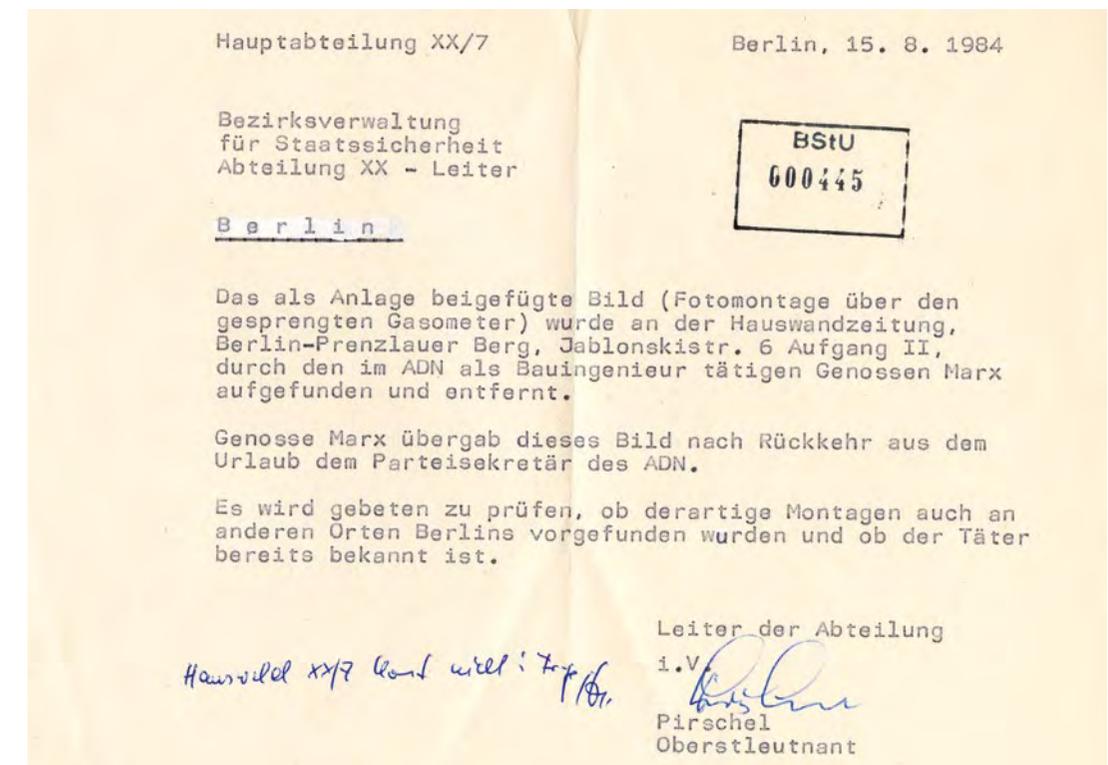
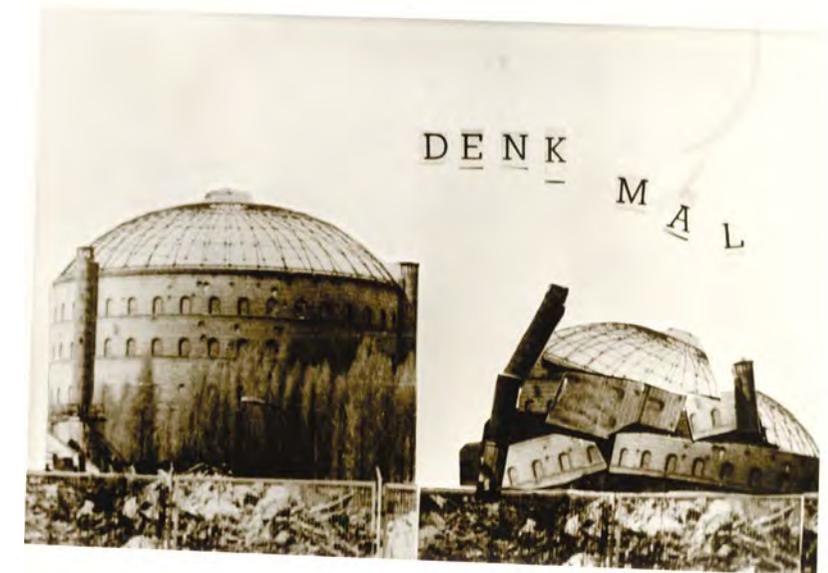
Referat 4 Bearbeitung bedeutsamer zentraler überbezirklicher Vorgänge und Materialien mit BV

Stärke: 1 : 3
Unterstellung: Stellvertreter des Leiters

Referat 5 Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit unter kulturell-künstlerischen Personenkreisen

Stärke: 1 : 4
Unterstellung: Leiter der Abteilung

↑ Abb. 58: Eine spezielle Abteilung zur Bekämpfung der politischen Opposition – Auszug aus dem Strukturplan der Abteilung 9 der HA XX.



↑ Abb. 59: Ergebnislose Fahndung nach den Urhebern einer Fotocollage: Im Sommer 1984 tauchten an verschiedenen Orten in Ost-Berlin Fotocollagen, Flugblätter und Losungen auf. Die Verfasser protestierten gegen die bevorstehende Sprengung der drei Gasometer, die die Silhouette des Stadtbezirks Prenzlauer Berg prägten. Sie sollten dem Ernst-Thälmann-Park weichen, einem Prestigeprojekt der SED.

Viele Berliner wandten sich gegen die Beseitigung der eindrucksvollen Baudenkmäler. Hier eine Fotocollage, die durch die Denunziation eines Mitarbeiters der Nachrichtenagentur ADN die Abteilung 7 der HA XX (zuständig für die Überwachung der Medien) erreichte. Diese schaltete die territorial verantwortliche Abteilung XX der MfS-Bezirksverwaltung Berlin ein. Zuvor hatten die Auswerter der Staatssicherheit in den Datenspeichern in Haus 7 überprüft, ob das Foto vom einschlägig bekannten oppositionellen Szenefotografen Harald Hauswald stammen könnte. Dies wurde, wie der handschriftliche Vermerk belegt, verneint. Die Collage stammte von Studenten der Kunsthochschule Weißensee, die trotz der eingeleiteten Fahndung namentlich nicht ermittelt werden konnten.

2.4.3 Die Informationsspeicher und die Auswertungs- und Informationsgruppen der HA XX

In der Hauptabteilung XX wurden unterschiedliche Aktenvorgänge angelegt: Neben den Operativen Personenkontrollen (OPK), mit denen Menschen ausspioniert wurden, und den Operativvorgängen (OV), die gegen missliebige Personen angelegt wurden, führten die Mitarbeiter Unterlagen zu inoffiziellen Mitarbeitern und sammelten die so zusammengetragenen Berichte.

Darüber hinaus setzte die Hauptabteilung ab den 1970er-Jahren zunehmend auf Informationsspeicher als Arbeitsmittel. Den Auswertungs- und Informationsgruppen, die das Material systematisierten und analysierten und es in Karteien, in den 1980er-Jahren zunehmend auch mit der EDV, für Recherchen der Mitarbeiter erschlossen, kam in diesem Zusammenhang eine immer wichtigere Rolle zu.

OSTU-KOPIE

Teil I
 Kennziffer gemäß Rahmenkatalog Abschnitt 1/1
 H 2 | 1.3. | 1.4.
 sonst. Zu. schl. | öffentl. Auftr. | Resolut.

B3 | 0-84

Ergebniszeit
 Zusammenschl. | | |
 Einzellich
 Zusammenschl. | | |
 Umwältgruppe | Mißbr. Kirche | Wing. PUT
 V/Z Begehen | f. PUT | Postsend. PUT

weitere Deskriptoren
 fdl. neg. Handl. | | |
 Zus. die Koop. Handeln/Verein | | |
 mit and. Zus. anstreben | | |
 Zus. die öffentl. prov. Demohandl. | | |
 Aktionen durchführten | | |

Teil II
 Ortsangaben – territorial – DDR
 E.-Ort-Bln. | | |

Ortsangaben – territorial – Ausland
 | | |

Objekte – DDR
 | | | Org.-subversiv ("Pulda GAP" "Robin Wood")

Objekte – Ausland
 | | |

9. p. 1
 Staatangehörigkeit: DDR
 Wohnort: ~~Kobetal/Bernau-Ledeburger Weg~~ | Krenzl. Berg | K. Bernau
 Wohnort: 1058 Bln., Senefelder Str. 3 | K. Bernau
 1058-Berlin-Danckerstr. 21 18 | K. Bernau

10012
 Erfassung-Nr. 10049
 Ablage

Erlassende DE

Tätigkeit/Qualifikation: Hauswirtschaftspfleger
 Volkssolidarität Friedrichshain

Arbeitsstelle
 Umweltsch. | Friedenssch. | Inspir/Org. PUT
 op. int. Personenmerkmale | PUT-Kont. innerh. DDR | mehrf. angef. m. alt

Aktivität: Neig. Gewalt/Demonstr. | Kirchen neg. Kont.
 Überörtlich wirkende Insp/Org. PUT | PUT-Führungskräfte
 Verb. zu PUT-Org. NSA

Teil IV
 30.1.85 | | |
 Erfassungsdatum: OPK
 OV"Vorwand" | "Organisator" | | |
 Erfassungsort: | | |

Reg.-Nr.
 vorbeugende Zwangsmaßnahmen
 Bearbeitungsmaßnahmen: OPK-Abschluß 3/87

OV-Abschluß 01/85
 Bearbeitungsergebnisse: weiter in SLK 12742 (OV"bibliothek")

Kategorisierung

Pol.-op. Schwerpunktgebiete/Schwerpunkte
 Analyse PUT (84)

Quelle: Nutzung

Verteiler

↑ Abb. 60: Karteikarte der Linie XX. Es handelte sich um Kerblockkarteien (KK) im DIN-A4-Format, die mit Personendaten, Informationen und Querverweisen versehen wurden. Sie garantierten den Auswertungs- und Informationsgruppen einen schnellen Zugriff auf die zu einer „feindlich-negativen Person“ vorliegenden Informationen. PUT bedeutete „Politische Untergrundtätigkeit“, NSA war das „nichtsozialistische Ausland“.

BStU
000057

Hauptabteilung XX/4
ZAIG/4

Berlin, März 1988

Studie zu Problemen der Erfassung und Speicherung operativ bedeutsamer Informationen in der Hauptabteilung XX, Abteilung 4

Die Erarbeitung der Studie erfolgte in Präzisierung der Konzeption vom 30. 11. 1987 im Zeitraum vom 5. 1. 1988 bis 17. 2. 1988 durch eine nichtstrukturelle Arbeitsgruppe aus Angehörigen der HA XX/Abt. 4, HA XX/AKG und der ZAIG unter Leitung des Leiters der Abteilung 4 der HA XX, Gen. Oberst Wiegand.

Im Vorgegrund der Arbeit stand die Untersuchung aller in der Abt. 4 der HA XX geführten Informationsspeicher, einschließlich durch Konsultationen mit den für die Führung/Pflege der Informationsspeicher verantwortlichen operativen Mitarbeitern.

Besondere Beachtung fanden dabei

die Zusammenarbeitsbeziehungen innerhalb der Abteilung 4 der HA XX, mit der AKG und den anderen Abteilungen der HA XX sowie den Abteilungen XX der Bezirksverwaltungen,

die federführende Verantwortlichkeit der Abteilung 4 der HA XX für die analytische Arbeit und ständige Auskunftsbereitschaft auf dem Gebiet der politisch-operativen Arbeit zur Unterstützung der Politik der Partei in Kirchenfragen für den Leiter der HA XX sowie

↑ Abb. 61a: In der M-Kartei wurden Aufträge zur heimlichen Postkontrolle verzeichnet. Hierbei ging es um die verdeckte Öffnung von Postsendungen, deren Inhalte bei Bedarf kopiert und gesammelt wurden. Die Abkürzung DA stand für „Dienstanweisung“, ZOV für „Zentraler Operativvorgang“, ZJ für „Zeugen Jehova“.

die zentralisierte Erfassung und Speicherung operativ bedeutsamer Informationen zu Personen, Sachverhalten, Hinweisen und Merkmalen in der Zentralen Personendatenbank, entsprechend der DA Nr. 1/80 des Ministers, sowie gemäß Befehl Nr. 11/79 des Ministers.

Im einzelnen wurden folgende in der Abteilung 4 der HA XX geführten Informationsspeicher untersucht:

- Referat III - Personenkartei mit Ablage operativ bedeutsamer Informationen über Funktionäre und wichtige Angehörige der verbotenen Organisation "Zeugen Jehovas"
 - mit den dazugehörenden Bestandteilen
 - . KfZ-Kartei
 - . Foto-Kartei
 - . Kartei-Studiengruppe "Christliche Verantwortung"
 - . Kartei-ausgeschlossene "ZJ"
 - . Kartei-Struktur "ZJ"
 - . Kartei-Deckadressen
 - . Kartei-Tarnbezeichnungen Druckerzeugnisse
 - . Kartei-Versammlungsnummern
 - . Kartei-ZJ-Zentrale Westberlin
 - . Telefonnummern
 - sowie Übersichten in Karteiform
 - . Fahndungsersuchen (HA VI)
 - . Ein- und Ausreisesperren
 - . ZJ-Kongresse
 - . RIAS-Vorträge
 - . Übersiedlungersuchen
 - . M-Fahndungen
 - . Gedächtnismahle
 - Religionsgemeinschaften
 - KK-Erfassungen
- Referat IV
 - . Kartei zum OV "Knacker"
 - . Kartei zum TV "Fuchs" des ZOV "Container"
 - . Kartei zur Feindorganisation "Aktion Sühnezeichen/Friedensdienst e.V."
 - . Übersicht zu einreisender "Kirchen-Prominenz"

↑ Abb. 61b

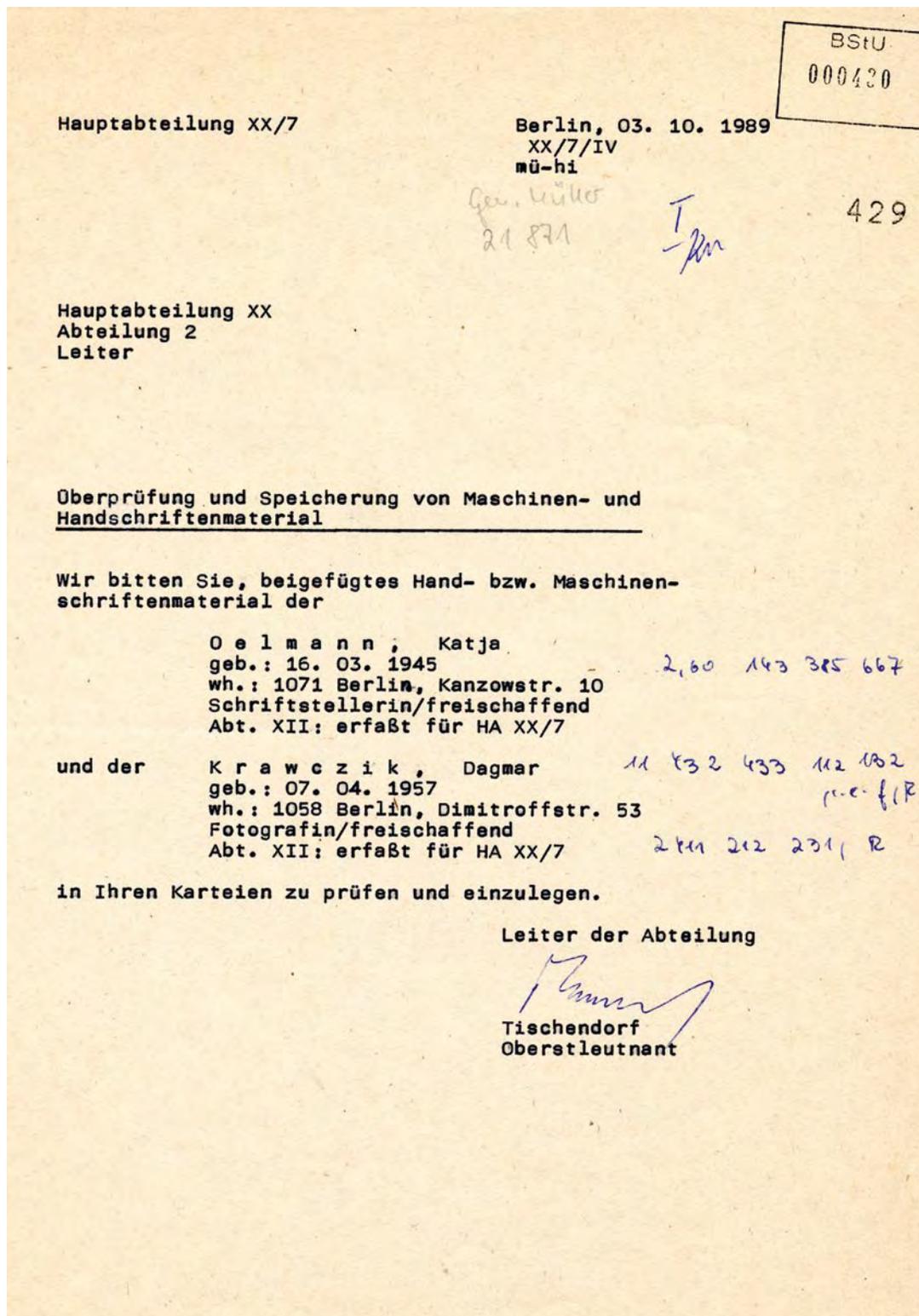
- Referat V
 - . Kartei zum ZOV "Container"
 - . Kartei zum ZOV "Symbol"
 - . Kartei zum ZOV "Konflikt" und zu TV zum ZOV "Symbol"
 - . Kartei zu TV zum ZOV "Symbol" sowie zu Künstlern, Musikgruppen, Liedermachern und zu "Bausoldaten"
- Referat VI
 - . Personenkarteien DDR und Ausland mit Ablage Handakten
 - . Organisations-/Stichwortkartei mit Ablage
 - . KfZ-Kartei
 - . Foto-Kartei
 - . M-Kartei
 - . Kartei-Fahndungen Reiseverkehr
 - . NAZI-Kartei
 - . Ablage "Lebensläufe/Auskunftsberichte"
 - . Handbibliothek
- mit Einsatz-objekten
 - . Personenkartei mit Ablage
 - . Organisations-/Stichwortkartei mit Ablage
 - . Bibliothek
 - . Zeitschriften-/Zeitungsablage

Die Ergebnisse der Untersuchung der einzelnen Informationsspeicher sowie der Konsultationen sind den Exemplaren 1 und 2 der Studie als Anlage beigefügt.

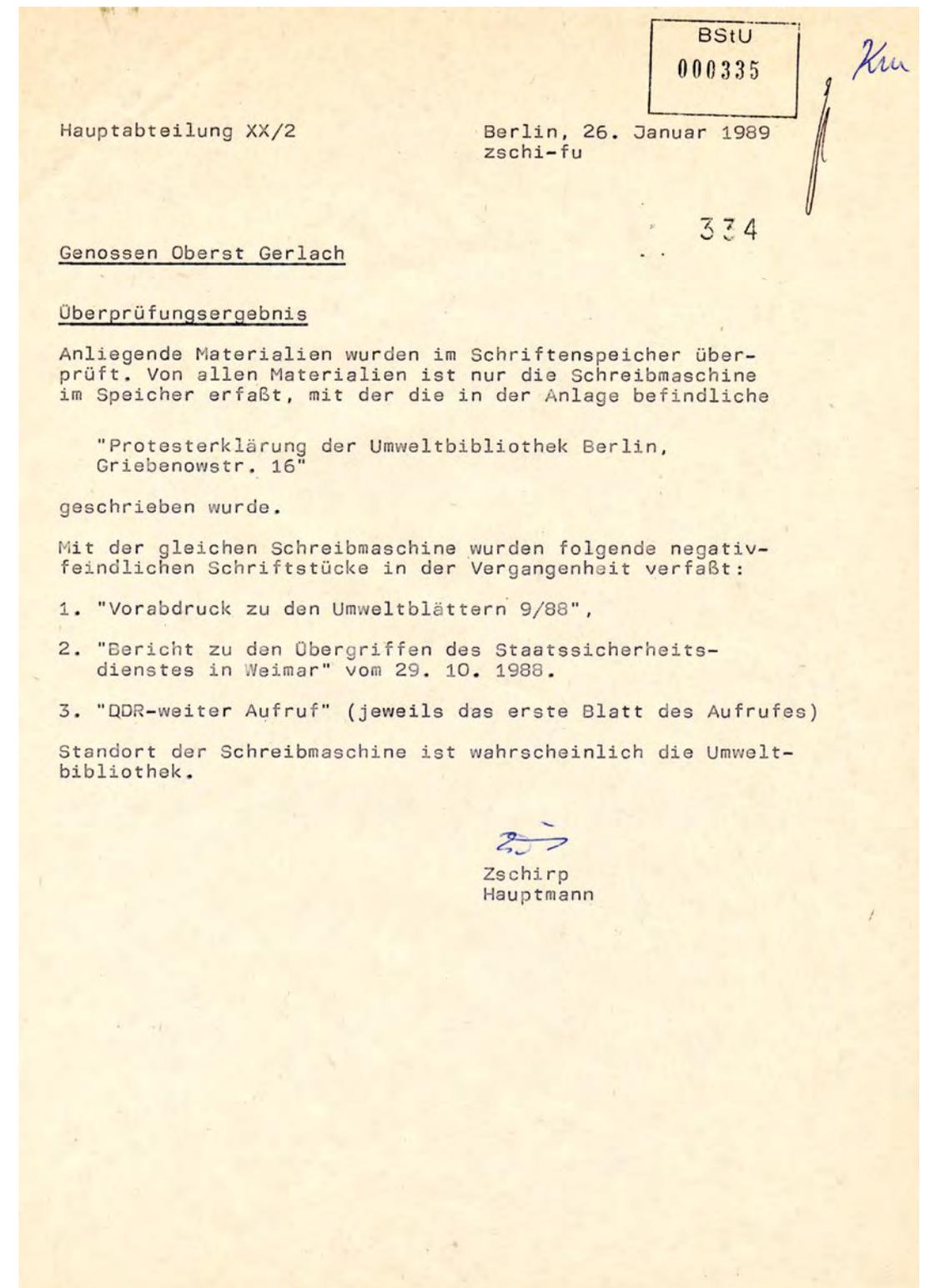
Neben der Untersuchung der Informationsspeicher wurden mit dem Ziel der Bilanzierung der Möglichkeiten zentraler Informationsspeicher für die Unterstützung der politisch-operativen Arbeit der HA XX/4 Konsultationen mit den Bereichen 1 und 3 der ZAIG geführt.

Die Untersuchungen und Konsultationen zeigten, daß trotz einer intensiven und umfangreichen Arbeit sowohl der Mitarbeiter des Auswertungs- und Informationsorgans als auch der operativ zuständigen Referate die Erfassung und Speicherung operativ bedeutsamer Informationen in der und durch die Abteilung 4 noch nicht den Erfordernissen einer qualifizierten Unterstützung der politisch-operativen Arbeit entspricht. Das liegt vor allem begründet in der arbeitskräftemäßigen Situation, den räumlichen Bedingungen aber auch in organisatorischen Mängeln.

↑ Abb. 61c



↑ Abb. 62: Die Sammlung von konspirativ beschafften Schriftproben erfolgte in den Informationsspeichern in Haus 7. Die Speicherung erfolgte, ohne dass die betreffenden Personen besonders aufgefallen wären. Dem MfS ging es hier vielmehr um Vollständigkeit bei der Erfassung der alternativen Künstlerszene.



↑ Abb. 63: Ergebnis des Abgleichs im Schriftenspeicher der HA XX in Haus 7.

2.5 Haus 1 – das zentrale Dienstobjekt und der Sitz des Ministers ab 1964

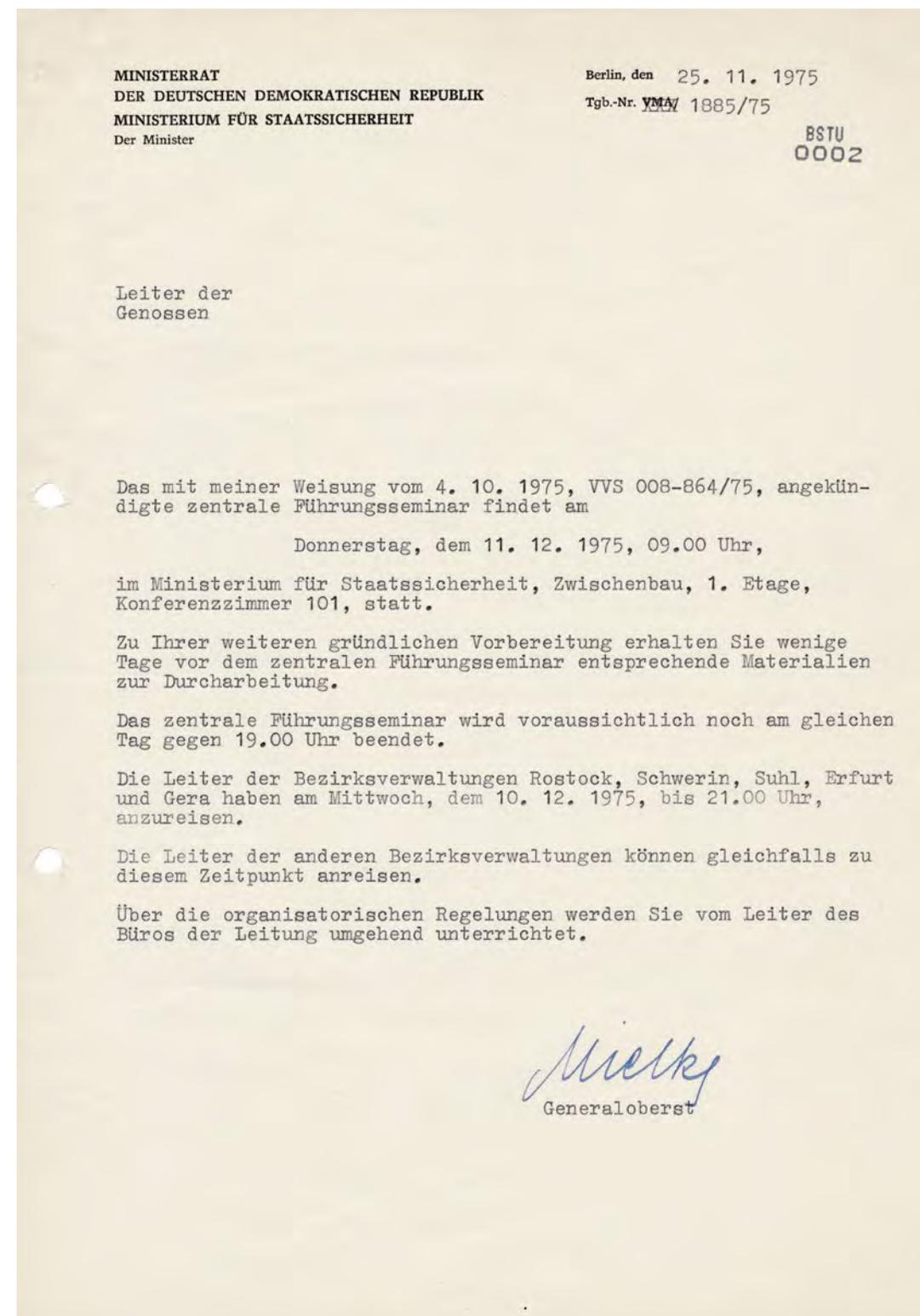


↑ Abb. 64: Frontfassade von Haus 1 mit dem Sichtschutz für den Eingangsbereich in den 1970er-Jahren.

Haus 1 war das wichtigste Gebäude in der Zentrale der Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg. Hier befand sich von 1964 bis 1989 das Büro des Ministers Erich Mielke. Es entstand unter strikter Geheimhaltung ab 1960 und war Ende 1963 bezugsfertig.²⁵ Mit dem Gebäude schloss das MfS die Lücke zwischen dem ehemaligen Finanzamt an der Ecke zur Normannenstraße, dem sogenannten *Altbau*, und dem 1957 errichteten Haus 7, dem sogenannten *Neubau*.

Lange wurde Haus 1 aufgrund seiner Lage daher einfach nur als *Zwischenbau* bzw. *Objekt Z* bezeichnet. Hier tagte das Kollegium des MfS, das oberste Beratungsgremium des MfS, dem neben dem Minister und seinen Stellvertretern wichtige Hauptabteilungsleiter und später auch die Leiter der wichtigsten Stabsorgane, der Leiter der Berliner Bezirksverwaltung sowie der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung im MfS angehörten. Trotz seiner Bedeutung wurde das Kollegium von Erich Mielke phasenweise nur sporadisch einberufen. Im Haus 1 fanden auch die entscheidenden Führungsseminare, Dienstkonferenzen und Beratungen mit den Leitern der Dienstseinheiten und Bezirksverwaltungen statt und sowjetische Verbindungsoffiziere und

²⁵ HA Verwaltung und Wirtschaft, Abt. II an BdL betr. Raumprogramm Zwischenbau Dienstobjekt Normannenstraße v. 17.11.1959; BArch, MfS, BdL 513, p. 59. Als Termin der Gebrauchsabnahme wird der 25.11.1963 genannt (Aufstellung Gebäudekomplex Normannenstraße v. 14.5.1980; BArch, MfS, VRD 7285, p. 1 u. 5).



↑ Abb. 65: Haus 1 als Ort der Führungsseminare, Dienstkonferenzen und Empfänge: Im Konferenzraum in der 1. Etage fanden verschiedene Veranstaltungen mit dem Minister statt. Neben den Sitzungen des Kollegiums des MfS hielt Erich Mielke hier die Arbeitsberatungen mit den Leitern der Bezirksverwaltungen ab. Damit niemand zu spät kam, ordnete Mielke an, dass die Leiter der von Berlin weit entfernt liegenden Dienststellen bereits am Vorabend anzureisen hatten.

Delegationen der Staatssicherheitsorgane befreundeter Staaten wurden hier empfangen. Aus seinem Büro in Haus 1 leitete Erich Mielke das Ministerium mit seinen zentralen Hauptabteilungen und Abteilungen sowie die 15 Bezirksverwaltungen und zuletzt 216 Kreis- und Objektdienststellen in der DDR.²⁶

Richtschnur für die Leitungstätigkeit des Ministers für Staatssicherheit waren die politischen Vorgaben der SED-Parteiführung. So verpflichtete Erich Mielke die Staatssicherheit dazu, stets mit vollem Eifer und Wachsamkeit „der allseitigen und konsequenten Verwirklichung der Beschlüsse der Partei- und Staatsführung zu dienen“.²⁷ Wer sich den Verhältnissen in der DDR und der Politik der SED entgegenstellte, wurde eingeschüchtert, ausgegrenzt und gegebenenfalls bestraft.

Erich Mielke und sein Führungsstab wachten über die Einhaltung der militärischen Disziplin und der inneren Ordnung im Ministerium. Von seinem Büro aus erinnerte der Minister regelmäßig an die Wahrung der Geheimhaltung, erließ Regeln zum Dienstablauf und drohte denen, die sich nicht an die Vorgaben hielten, mit disziplinarischen Maßnahmen. Er schärfte seinen Mitarbeitern ein, stets überall, auch in den eigenen Reihen, wachsam zu sein, um „Verräter“ und „Feinde“ rechtzeitig erkennen und verfolgen zu können.

In Haus 1 residierten neben dem Minister, seinem Sekretariat und dem Leitungsbüro auch einige seiner Stellvertreter, u. a. Generalleutnant Wolfgang Schwanitz. In der (heutigen) 5. und 6. Etage²⁸ saß bis zum Jahr 1986 zudem die Registratur- und Archivabteilung mit ihrer zentralen Auskunft und den zentralen Karteien. Im Geschoss darüber war bis 1979 die Abteilung Nachrichten untergebracht. Drei 15 Meter hohe Antennenmasten ermöglichten den Funkverkehr der MfS-Spitze mit den Dienststellen, der SED-Führung und den sowjetischen „Freunden“.

Nach dem Ende der DDR wurde Haus 1 zum Erinnerungsort. Heute betreibt der Verein Antistalinistische Aktion (ASTAK e. V.) hier das Stasi-Museum. Zugleich arbeiten in dem Haus Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen.

²⁶ Vgl. dazu Wilfriede Otto: Erich Mielke. Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten. Berlin 2000.

²⁷ Ordnung Nr. 1/80 über die formgebundenen dienstlichen Bestimmungen im MfS (Bestimmungsordnung) v. 5.2.1980; BArch, MfS, BdL/Dok. 7179, p. 4.

²⁸ Zu MfS-Zeiten wurde die Ministeretage als 1. Etage gezählt, obwohl sie eigentlich in der 2. Etage lag. Dadurch ergaben sich auch andere Zählungen für die übrigen Geschosse.



↑ Abb. 66: Die Staatssicherheit unterhielt schon in den 1950er-Jahren enge Beziehungen zu anderen Geheimdiensten im sowjetisch dominierten Ostblock. Später unterstützte die DDR Länder in Afrika, Asien und Mittelamerika beim Aufbau einer eigenen Geheimpolizei, die dort innenpolitische Gegner zu unterdrücken half. Neben der Demokratischen Republik Jemen, Laos, Kamboscha und Nicaragua zählten zu diesen Ländern u. a. Mosambik, Somalia und Angola – alleamt Staaten, die politisch dem sozialistischen Lager und der Sowjetunion nahestanden. Hier die Unterzeichnung einer Vereinbarung über die geheimpolizeiliche und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit zwischen dem MfS und der Regierung von Äthiopien im Jahr 1981.

BStU
000010

Berlin, den 1965

B e f e h l Nr. /65

zur politisch-operativen Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen der DDR

Die Mehrheit der Jugend in der DDR nimmt aktiven Anteil beim umfassenden Aufbau des Sozialismus und zeigt auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens vorbildliche Leistungen. Diesen Entwicklungsprozeß versucht der Gegner zu stören, um junge Bürger der DDR dem Einfluß der sozialistischen Erziehung zu entziehen, sie zur Passivität zu verleiten, den Zusammenschluß negativer Kräfte unter Anleitung von Organisatoren feindlicher Handlungen zu fördern mit dem Ziel, kriminelle und staatsfeindliche Handlungen zu provozieren und auszulösen.

Vorkommnisse der letzten Zeit und der hohe Anteil jugendlicher Bürger bis zu 25 Jahren an kriminellen und staatsfeindlichen Handlungen zeigen, daß die Sicherung und der Schutz der Jugend in der DDR vor feindlichen Einflüssen von entscheidender Bedeutung in der politisch-operativen Arbeit der Organe des Ministeriums für Staatssicherheit ist und von allen Mitarbeitern unseres Organs mit großem Verantwortungsbewußtsein und in umsichtiger Weise zu lösen ist.

- 2 -

↑ Abb. 67: Haus 1 als Ort, an dem die Repression geplant und organisiert wurde: Langhaarige Jugendliche, Heranwachsende, die sich für westliche Beat- und Rockmusik begeisterten und die die von den Polit-Funktionären beargwöhnten Jeanshosen und -jacken trugen, Lehrlinge, die ihre Freizeit frei von Gängelung und Bevormundung gestalteten – aus Sicht der Staatssicherheit waren dies Normabweichungen, die bekämpft werden mussten. Hier ein Befehlsentwurf von 1965, der im Mai des Folgejahres als Mielkes Befehl Nr. 11/66 zusammen mit der ergänzenden Dienstanweisung Nr. 4/66 versandt wurde (vgl. Roger Engelmann/Frank Joestel: Grundsatzdokumente des MfS. Berlin 2010, S. 153–173). Die operativen Dienststellen wurden angewiesen, gegen unangepasste und vermeintlich westlich beeinflusste Jugendliche systematisch vorzugehen. Angeordnet wurde u. a. die Kooperation mit der Volkspolizei und den Verantwortlichen in den Schulen, Lehrinrichtungen und Betrieben.

Berlin, 8. 1. 1986

Vertrauliche Verschlusssache

VVS-o008

MfS-Nr. 5/86

Ausf. Bl. 1 bis 1

1. Ergänzung zur

Dienstanweisung Nr. 2/82 vom 17. 11. 1982, VVS MfS
o008 - 73/82

Die Dienstanweisung Nr. 2/82 wird auf der Grundlage einer zentralen Entscheidung durch folgende Regelungen ergänzt:

1. Ausreisesperren für Bürger der DDR gemäß Ziffer 4.9. der Dienstanweisung Nr. 2/82 sind ab sofort mit einer Befristung bis zu drei Jahren, im Ausnahmefall bis höchstens 5 Jahre, einzuleiten.

Ausreisesperren, die für länger als drei bis höchstens fünf Jahre eingeleitet werden sollen, bedürfen der Bestätigung durch mich bzw. meinen zuständigen Stellvertreter.

2. Ausreisesperren, die nach Fristablauf verlängert werden sollen, sind mit Begründung der Notwendigkeit neu zu beantragen und mir bzw. meinem zuständigen Stellvertreter zur Bestätigung vorzulegen.

3. Gegenwärtig bestehende Ausreisesperren sind durch die Dienststellen, die die Ausreisesperre eingeleitet haben, zu überprüfen.

Bei Notwendigkeit ihrer weiteren Aufrechterhaltung ist eine den Einleitungsgründen entsprechende Befristung festzulegen. Die Ausreisesperren sind bis zum 1. 2. 1986 gemäß den Festlegungen der Dienstanweisung Nr. 2/82 und dieser 1. Ergänzung zur Dienstanweisung Nr. 2/82 bei der Hauptabteilung VI neu einzuleiten oder zu löschen.

4. Die unter Ziffern 1. bis 3. getroffenen Festlegungen gelten analog für die Maßnahme "Rückfrage vor Entscheidung" gemäß Ziffer 4.10. der Dienstanweisung Nr. 2/82.

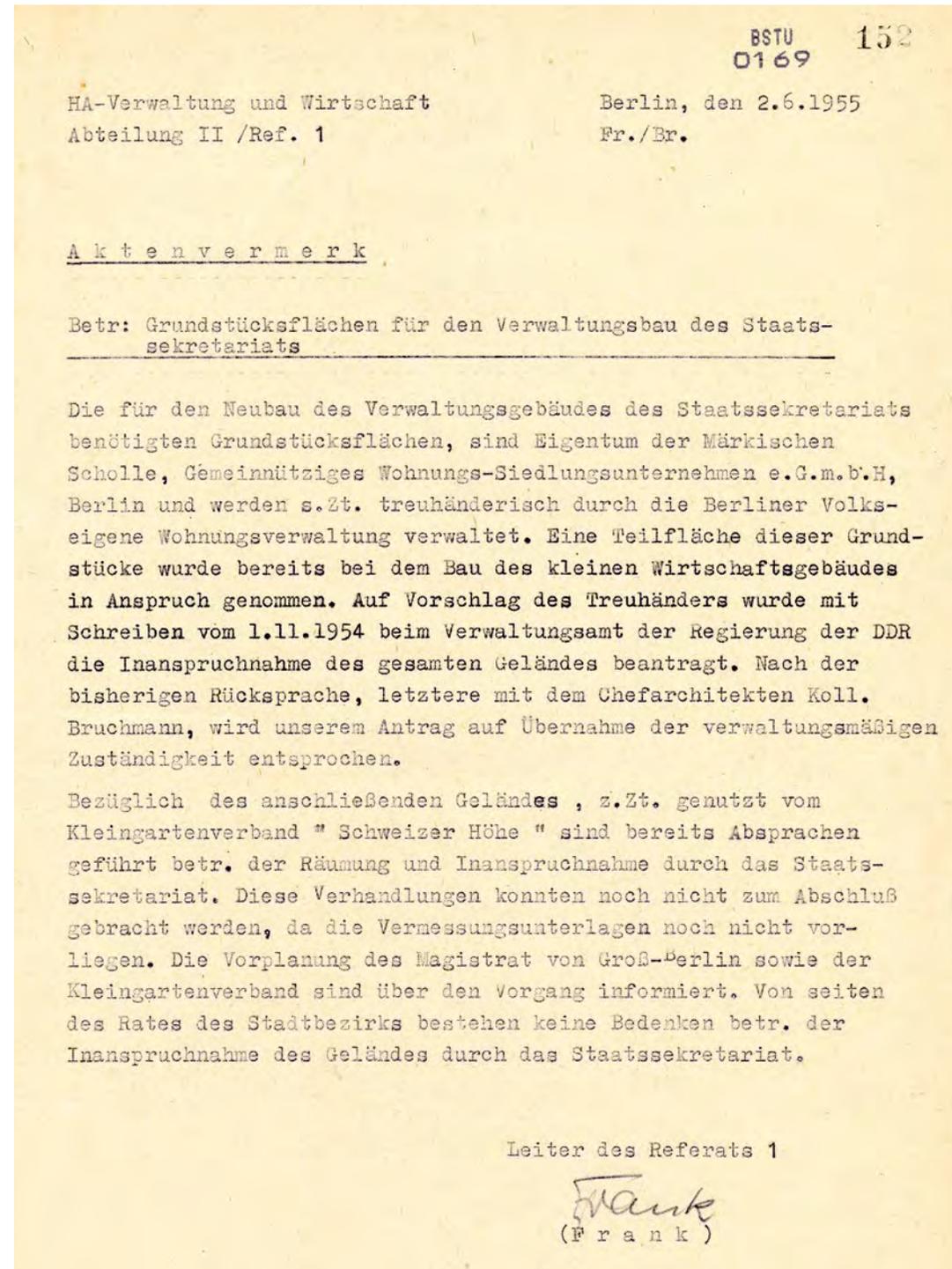
Diese Ergänzung ist der Dienstanweisung Nr. 2/82 beizuheften. In Ziffer 4.9. ist der Vermerk "siehe 1. Ergänzung" einzufügen.

Mielke
Armeegeneral

↑ Abb. 68: Das MfS nutzte Ausreisesperren, um gegen politisch Unangepasste vorzugehen. Die Sperren ergingen ohne ein nachprüfbares juristisches Verfahren. Die Grenzkontrollen erfolgten anhand der aus Berlin übermittelten Namen. Das umständliche Verfahren war ab einer bestimmten Zahl an gemeldeten Sperrvermerken kaum mehr handhabbar und der Abgleich konnte nicht mehr in einer für die Reisenden vertretbaren Zeit erfolgen. Dem MfS war daher daran gelegen, dass die Ausreisesperre nicht allzu inflationär als Mittel der politischen Disziplinierung zur Anwendung gelangte.

2.5.1 Entstehungsgeschichte des Hauses 1

Dort, wo Haus 1 errichtet wurde, befanden sich bis 1950 noch die Kleingartenanlage „Schweizer Höhe“, die dann dem Ausbau der MfS-Zentrale weichen musste.



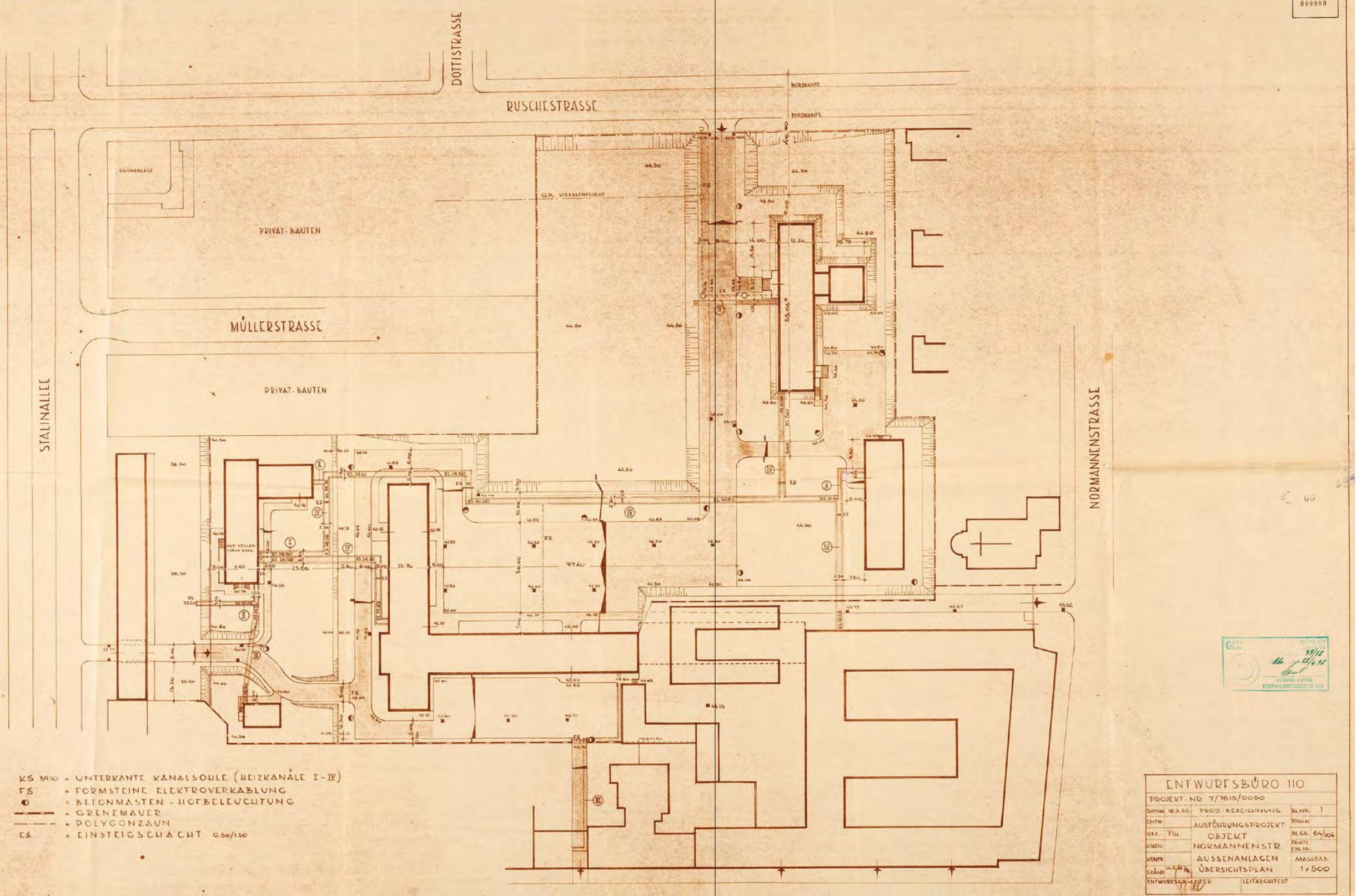
↑ Abb. 69: Schreiben zur Inanspruchnahme der Kleingärten der Anlage „Schweizer Höhe“.



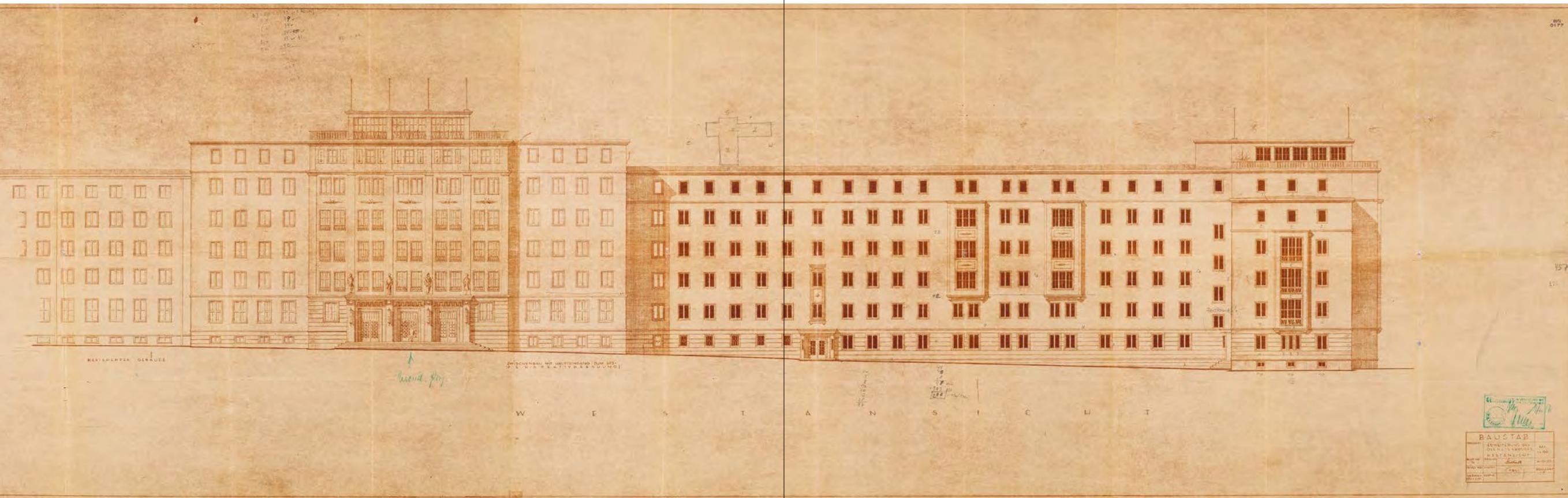
↑ Abb. 70: Haus 1 wurde ab 1960 unmittelbar an das ehemalige Finanzamt, das Haus 2 (rechts im Bild), angebaut. Hier noch erkennbar ist der wenig später zugemauerte Seiteneingang von Haus 2. Bis 1959 befand sich dort noch ein Wirtschaftsgebäude, das vom MfS genutzt wurde (links im Bild). Das Bild zeigt einen Appell mit Minister Erich Mielke, etwa 1958. Links neben ihm Oberst Fritz Schröder, Leiter der Hauptabteilung V, der späteren HA XX.



↑ Abb. 71: Detail aus der Bauplanung vom Juni 1955: Der „Haupteingang zum SfS“, damals das Staatssekretariat für Staatssicherheit. Auf den Pilastern über den Türen sollten vier Figuren bewaffneter Arbeiter stehen: Wir schützen den Sozialismus mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, lautete unmissverständlich die Botschaft. Haus 1 erhielt, nachdem sich die baugestalterischen Vorgaben der SED geändert hatten, eine sachlich-moderne Fassade.



↑ Abb. 72: Vom Entwurfsbüro 110 vorgelegter Plan der Staatssicherheits-Zentrale Mitte der 1950er-Jahre. Das Entwurfsbüro 110 war eng mit dem MfS verbunden und entwarf einen Großteil der MfS-Gebäude. Zwischen den bisher genutzten Gebäuden, dem ehemaligen Finanzamt (rechts unten) und dem bereits fertig gestellten Haus 7 (dreiflügeliges Gebäude) befand sich eine Lücke, in der das Haus 1 als Verbindungsgebäude (gestrichelter Umriss) entstand.



↑ Abb. 73: Links das ehemalige Finanzamt, rechts der Neubau (Haus 7) von 1957 und in der Mitte Haus 1 auf einem Plan vom Juni 1955. Der neoklassizistische Entwurf im stalinistischen Zuckerbäckerstil für das Hauptgebäude wurde später verworfen.



↑ **Abb. 74:** Die Errichtung von Haus 1 vollzog sich unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen. „Bildliche Aufnahmen“ vom Bau waren bei Strafe verboten. Das einzige überlieferte Foto entstand zufällig – vom gegenüberliegenden Neuen Speisehaus aus: Durch die Fenster ist zu sehen, wie der Rohbau von Haus 1 neben dem ehemaligen Finanzamt (Haus 2) emporwächst.

Als sicherheitstechnische Schwachstelle entpuppte sich der Haupteingang von Haus 1 mit seinen Glastüren. Nach dem Bau der Wohnhochhäuser in der Frankfurter Allee ab Anfang der 1970er-Jahre errichtete das MfS einen Vorbau als Sichtschutz, um unerwünschte Blicke von außen abzuwehren.



➤ **Abb. 75:** Haus 1 mit dem mit Glastüren versehenen Haupteingang Ende der 1960er-Jahre. Rechts davor Haus 7 und links von Haus 1 das ehemalige Finanzamt.



➤ **Abb. 76:** Um die von außerhalb des MfS-Geländes bestehenden Einsichtsmöglichkeiten abschätzen zu können, postierte das MfS 1974 eine Testperson mit einem Plakat vor dem Haupteingang und fotografiert diese von den Wohnhochhäusern der Frankfurter Allee aus.



➤ **Abb. 77:** Der „Vorbaue plastische Wand“ genannte Sichtschutz vor dem Haupteingang von Haus 1, der auch die an- und abfahrenden Pkw verdecken sollte.

2.5.2 Erich Mielke – der Minister für Staatssicherheit

Nach der Fertigstellung von Haus 1 lenkte Staatssicherheitschef Erich Mielke bis 1989 von hier aus sein Ministerium. Dass Mielke im Jahr 1957 zum neuen Minister ernannt worden war, mochte dem, der sich noch an die Verhältnisse im Berlin der frühen dreißiger Jahre erinnerte, als böses Omen erscheinen. Als Angehöriger des Parteilichschutzes der Kommunistischen Partei war der 1907 geborene Mielke im August 1931 am Mord an zwei Polizisten auf dem Berliner Bülowplatz beteiligt. Um seiner Festnahme zu entkommen, war er untergetaucht und nach Moskau geflohen.



↑ **Abb. 78:** Links SED-Chef Walter Ulbricht, rechts Erich Mielke auf einem Empfang in der Stasi-Zentrale, Ende der 1950er-Jahre. Mit der Entmachtung von Wilhelm Zaisser 1953 und Ernst Wollweber 1957 und der darauf folgenden Ernennung von Erich Mielke stärkte Ulbricht zugleich seine eigene Position. Zaisser und Wollweber waren Ulbricht wegen ihrer guten Verbindungen zum sowjetischen Geheimdienst zu eigenständig. In Mielke meinte er einen ergebenen Gefolgsmann gefunden zu haben, der ihm innerparteilich nicht gefährlich werden konnte.

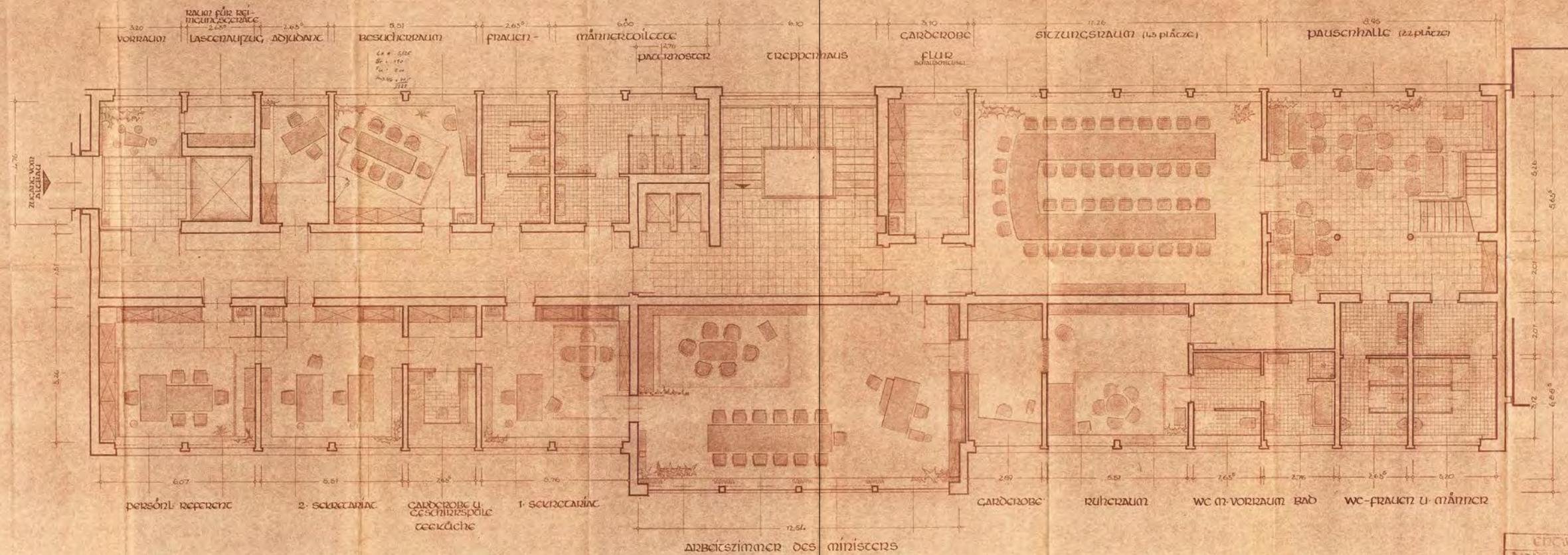
Wie viele Kommunisten nahm er anschließend am Spanischen Bürgerkrieg teil. Seine dortige Rolle ist bis heute unklar. Spanienkämpfer berichten, Mielke sei als Mitglied der SIM, der stalinistischen Geheimpolizei in Spanien an politischen Säuberungen in den Reihen von „Abweichlern“, Anarchisten und Troztkisten beteiligt gewesen.

Nach der Niederlage der republikanischen Seite wich er nach Südfrankreich aus. Dort soll er Gelder aus dem Flüchtlingshilfsfond des US-amerikanischen Kommunisten Noel Field bekommen haben, was ihn in der Phase der Schauprozesse Anfang der 1950er-Jahre mehr als nur seine Karriere hätte kosten können. Wer seine Exilzeit im Westen verbracht hatte, galt ohnehin bereits als verdächtig. Mielke verheimlichte daher später geflüstert seinen Aufenthalt in Südfrankreich.

Nach mehreren Stationen in Belgien, Frankreich und als Arbeiter der deutschen Bau-Organisation Todt kehrte er nach dem Krieg nach Berlin zurück. Hier wurde er zunächst Leiter des Bereichs Polizei im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und 1946 Vizepräsident der Deutschen Verwaltung des Innern. In dieser Funktion baute er im Laufe des Jahres 1949 den Staatssicherheitsapparat auf, der nach der Gründung der DDR zunächst als Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft im Innenministerium firmierte und im Februar 1950 zum Ministerium für Staatssicherheit wurde.

Seine Stellung im Sicherheitsapparat machte sich Mielke zunutze, als im August 1950 Willi Kreikemeyer verhaftet und in MfS-Untersuchungshaft nachweislich von ihm persönlich verhört wurde. Mit Kreikemeyer, der von Noel Field bereitgestellte Hilfgelder weiterverteilt hatte, hatte Mielke im französischen Exil Kontakt gehabt. Field wurde nach dem Krieg beschuldigt, ein amerikanischer Top-Spion zu sein, der in den kommunistischen Führungen mehrerer Länder des sowjetischen Machtbereichs ein Agentennetz aufgebaut habe. Gefährlich wurde die Angelegenheit für Mielke, als Noel Field 1949 in Prag verhaftet wurde und zahlreiche kommunistische Funktionäre, die Kontakt mit ihm hatten, in Ungnade fielen. Willi Kreikemeyer, inzwischen Reichsbahnchef, konnte Mielkes Decknamen „Leistner“ von der genannten Verteilerliste zuordnen. Er kam später unter ungeklärten Umständen ums Leben. Die zahlreichen Ungereimtheiten um Kreikemeyers Tod lassen die Vermutung zu, dass Mielke hier einen unangenehmen Zeugen beseitigt haben könnte.²⁹

²⁹ Wolfgang Kießling: „Leistner ist Mielke“. Schatten einer gefälschten Biographie. Berlin 1998; ders.: Willi Kreikemeyer, der verschwundene Reichsbahnchef. Berlin 1997; Wilfriede Otto: Das Verschwinden des Willi Kreikemeyer. In: Utopia Kreativ 100 (1999), S. 47–53.



EICHWÄRTSBURO	
Objekt	117/18/15/0528
Blatt	30
OBJEKT Z	
1. OBERGESCHOSS	
einrichtungsplan	
1:50	

↑ **Abb. 79:** Die Ministeretage von Erich Mielke in Haus 1: Die Arbeitsräume des Ministers mit dem Büro seines langjährigen persönlichen Referenten und Leiters seines Sekretariats Hans Carlsohn, den Arbeitsplätzen der Sekretärinnen, einem eigenen Ruhebereich und dem Sitzungsraum. Die Räume befinden sich heute in der 2. Etage. Die eigentliche 1. Etage nannte man zu Mfs-Zeiten 2. Sockelgeschoss, später dann Zwischenetage. Kolportiert wurde nach 1990, Mielke habe darauf bestanden, dass die von ihm genutzte Etage als 1. Etage ausgewiesen wird. Belegbar ist dies nicht. Wichtig war bei der Benennung, dass Haus 1 als Dienstsitz des Ministers nach dessen Bedürfnissen ausgerichtet werden musste. So wurde die Ministeretage in den Planungsunterlagen als das eigentliche „Hauptgeschoss“ des Hauses bezeichnet: „Dieses Geschoss gilt als Grundlage zur Projektierung des ganzen Gebäudes“, hieß es dazu in einem Schreiben (vgl. BArch, Baustab 110 (E), Raumprogrammbeschreibung v. 7.5.1960, p. 61–63, hier 62). Dass die Ministeretage als Hauptgeschoss die Leitparameter für die anderen Etagen vorgab, hatte auch statische Folgen. Die tragenden Wände in der Ministeretage gaben die Raumaufteilung in den darüber und darunter liegenden Stockwerken vor.



↑ Abb. 80: Erich Mielke kurz nach dem Bezug des neuen Ministersitzes 1964 vor einer Formation des MfS-Wachbataillons. Der militärische Aufzug gehörte zum Selbstverständnis: Der Staatssicherheitsdienst begriff sich nicht nur als „Schild und Schwert“ der Partei, sondern ebenso als militärisches Organ. Im Jahr 1967 erhielt die uniformierte Einheit den Namen des Gründers der sowjetischen Geheimpolizei Feliks Edmundowitsch Dzierżyński und wurde fortan als Wachregiment bezeichnet. Zur Sicherung der MfS-Zentrale unterhielt das Büro der Leitung zusätzlich eine eigene Wach- und Sicherungseinheit, die Anfang 1989 in das Wachregiment eingegliedert wurde.



↑ Abb. 81: Minister Mielke freut sich über ein ihm geschenktes Schwein (oder amüsiert sich über dessen missliche Lage). Von wem das Geschenk stammte, ist nicht überliefert. Anlass war der Festempfang zum 15. Jahrestag der Gründung der Staatssicherheit in Haus 1 im Februar 1965. In der Regel wurden zu solchen Anlässen als Geschenk Schmuckteller, Teppiche mit Aufdrucken und Ähnliches überreicht. Rechts von Mielke Generalmajor Fritz Schröder, einer der Stellvertreter des Ministers.

Amt für Nationale Sicherheit
Leiter

Berlin, 24. November 1989

BSU
000388

Handwritten notes:
L.N.S. 14/18/89
Gen. Carlsohn z.K.
25.11.89
v. M. HH K+S z.V. Mielke
24.11.89

Vermerk
über das Entlassungsgespräch mit Genossen Erich Mielke

Mit dem Rücktritt des Ministerrates der DDR und der Abberufung des Ministers für Staatssicherheit durch die 11. Tagung der Volkskammer sowie die Bildung des Amtes für Nationale Sicherheit erfolgte mit Wirkung vom 18. November 1989 die Entlassung des Genossen Erich Mielke aus dem aktiven Dienst der bewaffneten Organe als Armeegeneral a. D.

Genossen Mielke wurde am 24. 11. 1989 mitgeteilt:

1. Ab 18. 11. 1989 wird die Zahlung der Dienstbezüge als Minister eingestellt. Da durch die Abteilung Finanzen die Zahlung des Monatsgehalts für November bis 30. 11. 1989 angewiesen war, wird die Differenz durch die Abteilung Finanzen im Zusammenhang mit der Zahlung von Übergangsgebühren und Treuegeld für das vollendete 44. Dienstjahr verrechnet.
2. Mit dem beabsichtigten Umzug nach Hohenschönhausen wird die WTSch-Verbindung abgebaut. In seiner neuen Wohnung behält Gen. Mielke einen MfS-Apparat und einen Amtsapparat.
3. Dienstausweis und persönliche Berechtigungsdokumente wie "Freie Fahrt" und andere werden über Gen. Generalmajor Carlsohn eingezogen und abgegeben.
4. Genosse Mielke bleibt persönlicher Waffenträger und behält seine Dienstpistole Sauer und Sohn, Nr. 14382, Kal. 635 mit sieben Schuß. Alle anderen Dienstwaffen sowie Jagdwaffen, die Eigentum des MfS sind, sind einzuziehen.

Über den Verbleib weiterer Waffen erfolgt eine nochmalige Abstimmung des Genossen Mielke mit dem Stellvertreter des Leiters der Abteilung BCD, Gen. Oberst Dreßler.
5. Genosse Mielke beabsichtigt, sich im neuen Wohngebiet in der SED-WPO anzumelden.
6. Im Interesse der persönlichen Sicherheit des Gen. Mielke werden bis zum Umzug eingesetzt: 2 persönliche Begleiter, 2 Kraftfahrer und 2 Pkw Lada.

Im neuen Wohngebiet erfolgt die Sicherung mit vollzogenem Umzug mit einem Begleiter und einem Kraftfahrer. Außerdem wird ihm von diesem Zeitpunkt an ein Pkw Lada zur Verfügung gestellt. (Diese Sicherheitsvorkehrungen wurden mit Genossen Krenz abgestimmt).

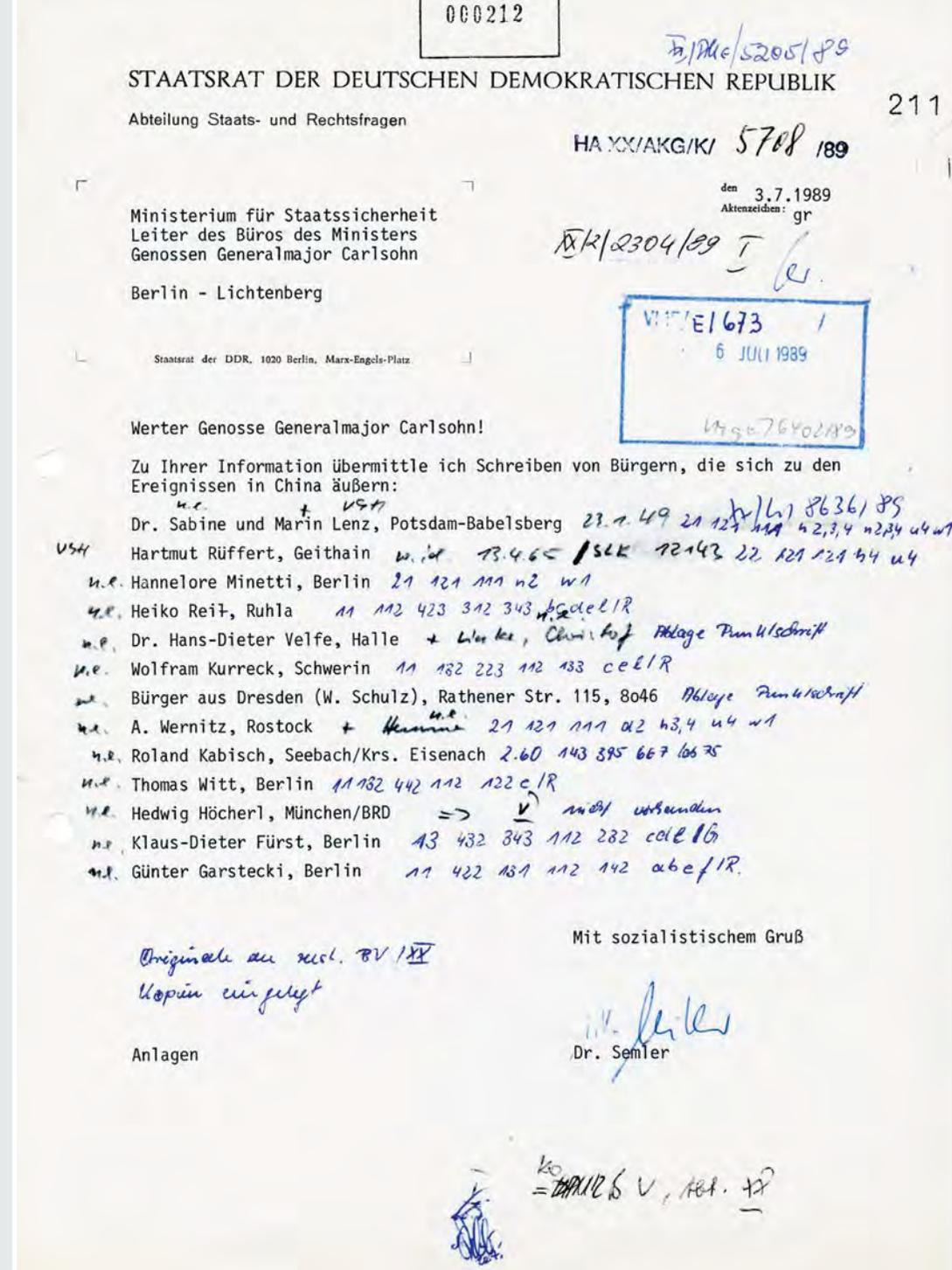
↑ Abb. 82: Vermerk zum Ende der 44-jährigen Dienstzeit Mielkes, die schon vor der Gründung des MfS begonnen hatte. Die im Vermerk angeführte Abteilung BCD war für Bewaffnung in Chemischen Dienst zuständig, die Abkürzung WPO steht für Wohngebietsparteiorganisation.



↑ Abb. 83: Neben Erich Mielke arbeitete Hans Carlsohn in der Ministeretage. Carlsohn war ein langjähriger enger Wegbegleiter Erich Mielkes und dessen rechte Hand. Er begann 1951 seine MfS-Karriere in der Hauptabteilung Personenschutz und wurde dort schon sehr bald der persönliche Personenschützer des damaligen Staatssekretärs im MfS Mielke. Bereits 1953 wurde er sein persönlicher Referent und stieg 1971 zum Leiter des Sekretariats des Ministers auf (zuletzt im Range eines Generalmajors). In seine Zuständigkeit fiel die persönliche Betreuung des Ministers, die Verteilung der Post (vor allem auch der Eingaben), die Verwaltung des Schriftverkehrs des Ministers, die Entgegennahme von Lageberichten und Koordinationsaufgaben. Auch die Koordination des heiklen Geschäfts der Häftlingsfreikäufe unter Heinz Volpert war zeitweise beim Sekretariat des Ministers angesiedelt.



↑ Abb. 84: Von Carlsohn sind insgesamt nicht viele Fotos in den MfS-Akten überliefert – er hielt sich eher im Hintergrund wie hier beim Empfang einer Delegation durch Minister Mielke. Carlsohn ist ganz rechts am Bildrand zu sehen.



↑ Abb. 85: Hans Carlsohns Tätigkeit als persönlicher Referent des Ministers: Nach der gewaltsamen Niederschlagung von Studentenprotesten in China durch das Militär im Juni 1989 erreichten viele als Eingaben abgefasste Protestschreiben den Staatsrat der DDR. Die DDR hatte sich mit den chinesischen Machthabern solidarisiert, was selbst im sozialistischen Lager eine Ausnahme blieb. Der Staatsrat schaltete nach dem Eintreffen der Eingaben die Staatssicherheit ein und wandte sich an Hans Carlsohn. Dieser leitete das abgebildete Schreiben an die Auswertungs- und Kontrollgruppe der Hauptabteilung XX weiter, die den Verfasser in der Zentralen Personendatenbank und anderen Informationsspeichern überprüfte. Die handschriftlichen Ergänzungen hinter den Namen in dem Dokument standen für bestimmte Erfassungssysteme wie z. B. die VSH (Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei) und entsprechende Kennziffern. Die Originale der Eingabeschreiben wurden an die Abteilungen XX der für die Wohnorte der Beschwerdeführer zuständigen Bezirksverwaltungen weiterverteilt.

2.5.3 Das Büro des Stellvertretenden Ministers Generalleutnant Wolfgang Schwanitz



↑ Abb. 86: Wolfgang Schwanitz, Stellvertretender Minister und Mielke-Nachfolger.

In der 4. (heute 5.) Etage befand sich das Büro von Generalleutnant Wolfgang Schwanitz.³⁰ Als Stellvertretender Minister zeichnete er seit 1986 verantwortlich für wichtige technische und „operativ-technische“ Dienstseinheiten, u. a. den Operativ-technischen Sektor, die Abteilung XI (Chiffrierdienst) sowie die Hauptabteilung III (Funkaufklärung und Funkabwehr), die den bundesdeutschen Nachrichtenverkehr abhörte, aber auch von der nahen Gotlindestraße aus den „drahtgebundenen Telefonverkehr“ von West-Berlin in die Bundesrepublik belauschte und mitschnitt.³¹ Zuvor, von 1974 bis 1986, war Schwanitz der Leiter der Bezirksverwaltung Berlin. Unmittelbar vorher hatte er mit einer Arbeit über die „Bekämpfung von feindlichen Erscheinungen unter jugendlichen Personen“ an der Juristischen Hochschule des MfS den Dokortitel erworben.³² Dementsprechend hatte er sich im Herbst 1983 für ein hartes Vorgehen gegen die unabhängigen Friedens- und Umweltgruppen und die zwar kleine, aber virulente alternative Jugendszene eingesetzt. In Ost-Berlin kam es zu Inhaftierungen und Verurteilungen. Während zwei der Gründerinnen der Gruppe „Frauen für den Frieden“ nach internationalen Protesten wieder freigelassen werden mussten, wurden, um ein Exempel zu statuieren, vier Jugendliche aus der alternativen Szene zu sechsmonatigen Haftstrafen verurteilt.³³

Am 18. November 1989 wurde das MfS in Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umbenannt. Zum Leiter des AfNS ernannte die DDR-Regierung Wolfgang Schwanitz, der somit faktisch Mielkes Nachfolge antrat.

³⁰ Zum Teil scheinen sich die Aussagen in den Unterlagen zu widersprechen. Laut einem Telefonverzeichnis saß Generalleutnant Schwanitz im Zimmer 414 (BArch, MfS, Telefonverzeichnis, BdL 459, p. 23.). An anderer Stelle ist der „Bereich Gen. Schwanitz“ im Mitteltrakt des 3. Geschosses eingezeichnet. Da aber auch hier das 4. Geschoss als Bereich des Stellvertretenden Ministers ausgewiesen wird, ist davon auszugehen, dass Schwanitz mit seinem Arbeitsstab das 4. Geschoss nutzte (Raumbelegungspläne mit Eintragungen von 1984 bis 1987; BArch, MfS, BdL 1534, p. 54 f.)

³¹ Andreas Schmidt: Hauptabteilung III. Funkaufklärung und Funkabwehr (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2010, S. 213, 216.

³² Heinz Pommer/Wolfgang Schwanitz/Ewald Schäfer: Die Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit zur Bekämpfung von feindlichen Erscheinungen unter jugendlichen Personen in der DDR, Potsdam 1973. Es handelte sich um eine Kollektivarbeit.

³³ Christian Halbrock: Die „Storkower Tunnelmaler“. Inhaftierung und Verurteilung der „Storkower Tunnelmaler“ durch das MfS vor 20 Jahren und deren ausstehende Rehabilitation. In: Horch und Guck, 12 (2003) 44, S. 54–60.

68-4514

Vorschlag

BStU
000152

MA-Nr. _____
Akte _____

Ehrentitels "Verdienter Mitarbeiter
der Staatssicherheit"

zur Verleihung zum/mit/des _____
(Ernennung/Beförderung/Herabsetzung
im Dienstgrad/
Auszeichnung bzw. Aberkennung) (zu welchem Dienstgrad/mit welcher Auszeichnung)

des Oberst Dr. Schwanitz, Wolfgang geb. 26.06.30.4.3001.9
(Dienstgrad, Name und Vorname) bzw. PKZ

Dienstseinheit Bezirksverwaltung Groß - Berlin
(konkrete Angaben - BV/Abt./KD - MfS HA/Abt./Ref.)

Dienststellung Leiter der BV seit 01.03.1974

Tätigkeitsbezeichnung _____ Dienstgrad lt. Stellenplan _____

MfS seit 01.10.1951 bew. Organe von _____ bis _____

Zum jetzigen Dienstgrad befördert mit Wirkung vom 01.10.1972 Parteizugehörigkeit seit Februar 1953

Alle bisher erhaltenen Auszeichnungen
(wann - welche)

VDM d. NVA i. Bronze/Silber	1961	Ehrennadel d. DSF i. Si./Gold	1971
Verdienter Aktivist	1967	VVO in Bronze / Silber	1973
Leistungsabzeichen d. NVA	1968	Kampforden .. in Br./Silber	1974
Verd.-Med. der DDR	1968	E.-Schneller-Med. in Gold	1975
Ehrennadel d. Organe der Rechtspflege	1969	Med. f. hervorragende propagandistische Leistungen	1975
A.-Becker-Medaille i. Gold	1970	MftrD i. d. NVA i. Br./Si./Go. und Gold für 20 Jahre	1971
Ehrennadel d. SV Dynamo in Silber / Gold	1970	Ehrenurkunde für 25 Jahre treue Dienste	1976
Letzte Prämie	1972 600.-- M. <small>(wann - Höhe)</small>		

Die Richtigkeit der Angaben bestätigt _____

Begründung:
Genosse Oberst Dr. Schwanitz hat sich in den 25 Jahren seiner Zugehörigkeit zu den Organen für Staatssicherheit zu einem befähigten, qualifizierten und konsequent wirkenden politisch-operativen Leiter entwickelt. Als Parteifunktionär und Leiter hat er sich bei der zielgerichteten und beharrlichen Verwirklichung der Beschlüsse der Partei- und Staatsführung sowie der Befehle und Weisungen gut bewährt und seine Treue und Zuverlässigkeit gegenüber der Partei der Arbeiterklasse und unserem Organ unter Beweis gestellt. In seiner gesamten Tätigkeit im Ministerium für Staatssicherheit und als langjähriger Führungskader hat er stets verantwortungsbewußt, mit hoher Einsatzbereitschaft und umsichtig die ihm übertragenen Aufgaben gelöst. Genosse Oberst Dr. Schwanitz hat persönlich hohen Anteil an der Entlarvung und Liquidierung feindlicher Agenturen, an der Aufklärung der Pläne und Machenschaften des Gegners sowie an der Aufdeckung der von feindlichen Elementen unternommenen subversiven Handlungen. Sowohl als langjähriger Stellvertreter Operativ, als Leiter von Einsatzstäben und nunmehr als Leiter der Bezirksverwaltung hat er einen wesentlichen Beitrag geleistet zur Stärkung und Festigung der Dienstseinheiten und zur zuverlässigen Erfüllung der oftmals komplizierten politisch-operativen Aufgaben im Gebiet der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, zur Sicherung bedeutender volkswirtschaftlicher und anderer gesellschaftlicher Schwerpunktbereiche.

_____, den _____ Leiter: _____
(Dienststellung, Dienstgrad, Unterschrift)

47 172 45.0

↑ Abb. 87: Einschätzung seiner Vorgesetzten von 1976: Schwanitz habe „persönlich hohen Anteil [...] an der Aufklärung der Pläne und Machenschaften des Gegners sowie an der Aufdeckung der von feindlichen Elementen unternommenen subversiven Handlungen“. Die Abkürzungen in der Auszeichnungsliste stehen für VDM – Verdienstmedaille, VVO – Vaterländischer Verdienstorden, MftrD – Medaille für treue Dienste, DSF – Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und SV – Sportvereinigung.

2.6 Haus 22 – das Neue Speisehaus



↑ Abb. 88: Haus 22 – das Neue Speisehaus in den 1980er-Jahren mit den Hochhausblöcken der HV A im Hintergrund.

Das Haus 22 entstand 1960 als Kulturhaus in der MfS-Zentrale für repräsentative Zwecke und stand daneben vorrangig den obersten Diensträngen als Kantine und Speisehaus zur Verfügung.³⁴ Hier fanden Dienstkonferenzen, Empfänge sowie Festveranstaltungen des Staatssicherheitsdienstes statt und wurden langjährige und „verdiente“ MfS-Mitarbeiter prämiert und mit Orden bedacht. Ferner gab es dort Ausstellungen zu den vermeintlichen Erfolgen des MfS und Kulturveranstaltungen mit MfS-Singegruppen. Schließlich fanden in Haus 22 Vorführungen der vom MfS produzierten Lehr- und Agitationsfilme und Lesungen mit MfS-Veteranen und Auslandsagenten statt.

Da das Neue Speisehaus bis zum frühen Nachmittag vorrangig den höheren Offizieren vorbehalten war, bürgerte sich intern die Bezeichnung „Feldherrenhügel“ ein. Neben dem Minister und seinen Stellvertretern zählten die Leiter der Hauptabteilungen und deren Stellvertreter, die Leiter von selbstständigen Abteilungen sowie ihnen Gleichgestellte zum Personenkreis, der hier sein Mittagessen einnehmen durfte.³⁵

Heute befindet sich in dem Gebäude das Besucherzentrum des „Campus für Demokratie“.

³⁴ Aufstellung Dienstkomplex Normannenstraße, Berlin, 14.5.1980, BArch, MfS, VRD 7285, p. 1.

³⁵ Vgl. BArch, MfS, BdL 2474, p. 74.



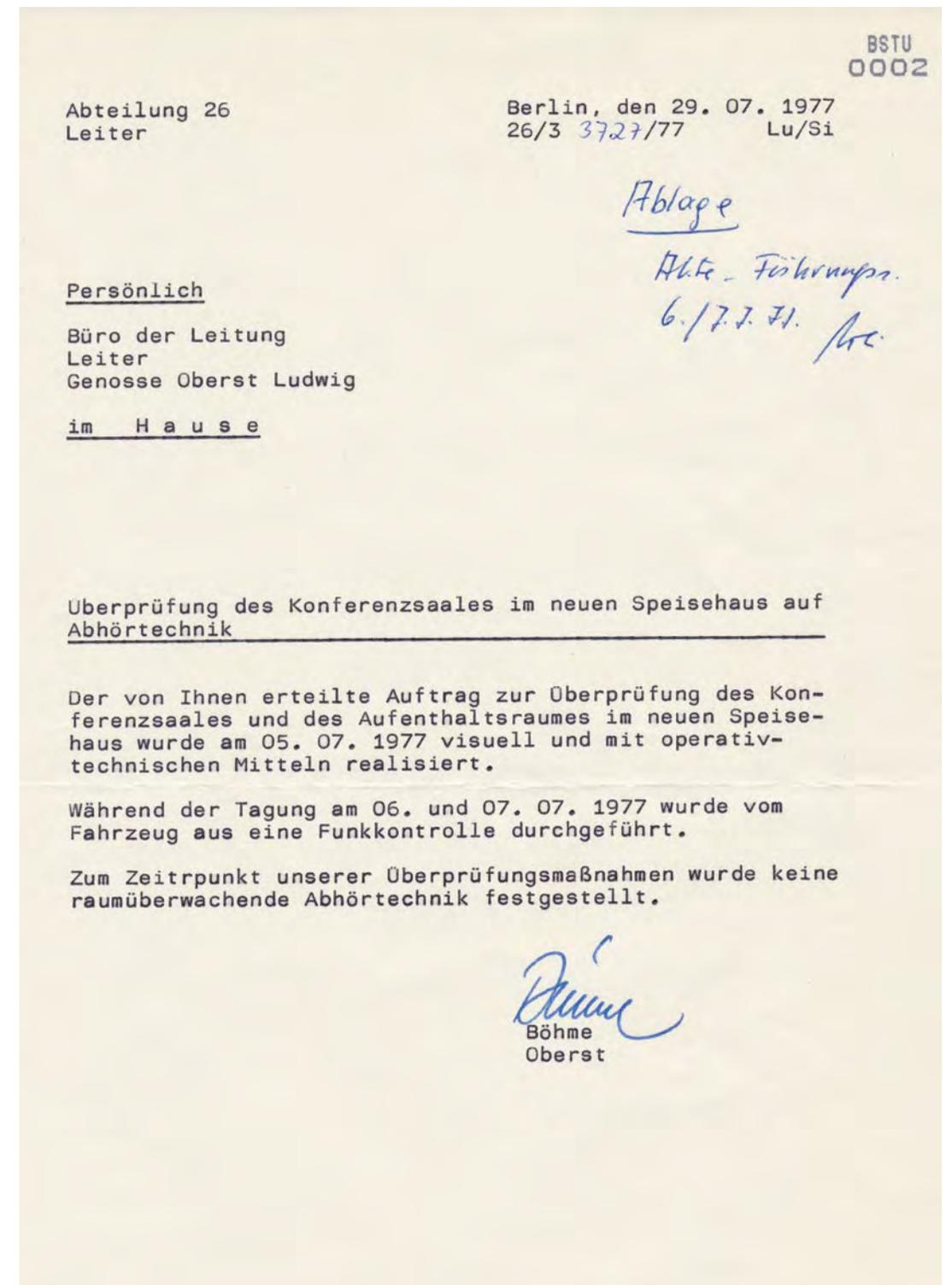
↑ Abb. 89: Empfang des Ministers mit militärischen Ehren am 8. Februar anlässlich des 35. Jahrestages der Gründung des MfS 1985 auf dem Parkplatz vor dem Neuen Speisehaus.



↑ Abb. 90: In Haus 22 gab es eigens ein Restaurant für die höheren Dienstränge. Hier ein gemeinsames Essen von MfS-Offizieren mit sowjetischen Verbindungsoffizieren unter Teilnahme der Ehefrauen, wahrscheinlich 1962.



↑ **Abb. 91:** Empfang einer Delegation aus Syrien in der MfS-Zentrale 1968 vor Haus 22. Zum syrischen Baath-Regime, das die Nähe zur Sowjetunion suchte, unterhielt die DDR enge Beziehungen. Rechts vorn Minister Erich Mielke, links hinter ihm die Stellvertreter Alfred Scholz (mit Uniformmütze) und Bruno Beater.



↑ **Abb. 92:** Um sicherzustellen, dass die Räume des Neuen Speisehauses und damit der Minister und sein Gefolge nicht abgehört werden konnten, erfolgte eine Überprüfung des Gebäudes auf versteckte Abhörtechnik und eine externe Funkkontrolle.

2.6.1 Arbeitstagen und Dienstkonferenzen

Das Neue Speisehaus wurde von verschiedenen Dienstseinheiten für ihre Arbeitstreffen, Führungsseminare und Dienstkonferenzen genutzt. Hier hielt auch die MfS-interne SED-Parteiorganisation, der nahezu alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MfS-Zentrale angehörten und die den Status einer eigenen Kreisparteiorganisation besaß, ihre Versammlungen ab. Ebenso fanden hier Konferenzen und Politschulungen der MfS-internen Gliederungen der „Massenorganisationen“ Freie Deutsche Jugend (FDJ) und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft statt.



↑ **Abb. 93:** Delegiertenkonferenz der SED-Grundorganisation der für strafrechtliche Untersuchungen zuständigen Hauptabteilung IX mit Erich Mielke in Haus 22 am 27. November 1985. Links neben Mielke Lothar Eichhorst, der 1. Sekretär der Grundorganisation, dem Zusammenschluss der SED-Mitglieder in der HA IX.



↑ **Abb. 94:** „Kampf gegen die Klassenfeinde“ – Veranstaltung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) 1972 in Haus 22. Am Rednerpult Oberstleutnant Hermann Berthold, der 1. Vorsitzende des DSF-Kreisverbandes der MfS-Zentrale.

Berlin, den 14. Juni 1977
Tgb.-Nr. VMA/BdL/1007/77

BSTU
0004

Dienstseinheiten
Leiter

Am 30. Juni 1977 findet in der Zeit von 9.00 Uhr bis gegen 19.00 Uhr im MfS, Neues Speisehaus (Konferenzzimmer) das vorgesehene zentrale Führungsseminar

"Zur weiteren Vervollkommnung der Gewährleistung der Sicherheit durch vorbeugende Verhinderung und Bekämpfung des subversiven Mißbrauchs des Einreiseverkehrs aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin"

statt, an dem Sie teilzunehmen haben.

Sollten Sie sich an dem genannten Termin in der DDR im Urlaub oder zum Kuraufenthalt befinden, so sind der Urlaub oder der Kuraufenthalt - sofern es ärztlicherseits gestattet wird - zu unterbrechen.

Das Ziel des zentralen Führungsseminars besteht vor allem darin, ausgehend von der politisch-operativen Lage auf dem Gebiet der vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung des subversiven Mißbrauchs des Einreiseverkehrs und der Einschätzung des erreichten Standes der Durchsetzung der entsprechenden dienstlichen Bestimmungen und Weisungen, die in den Dienstseinheiten gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen bei der vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung des subversiven Mißbrauchs des Einreiseverkehrs zu vermitteln.

Das Ziel besteht des Weiteren darin, darüber zu beraten, wie insbesondere die Kreis-/Objektdienststellen künftig noch wirksamer die erteilten Weisungen und Orientierungen zur weiteren Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit auf diesem Gebiet umzusetzen haben und wie sie dabei durch die Haupt-/selbständigen Abteilungen und Bezirksverwaltungen/Verwaltung zu unterstützen sind.

↑ Abb. 95a: Erscheinen ist Pflicht! Mielke kümmerte es wenig, ob jemand Urlaub hatte. Wenn er dies für nötig hielt, hatten Leiter von Dienstseinheiten ihren Urlaub zu unterbrechen, um an Dienstkonferenzen und Führungsseminaren teilzunehmen.

BSTU
0005

- 2 -

Außerdem ist vorgesehen, erforderliche Einschätzungen zu aktuellen politischen und politisch-operativen Problemen zu vermitteln und sich daraus ergebende Weisungen zu erteilen.

Sie haben in Vorbereitung auf das zentrale Führungsseminar den Stand der Durchsetzung der in meiner Dienstanweisung Nr. 3/75 und in anderen Weisungen enthaltenen Aufgaben zur vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung des subversiven Mißbrauchs des Einreiseverkehrs kritisch einzuschätzen, im Erfahrungsaustausch ihre praktischen Erfahrungen und neuen Erkenntnisse darzulegen sowie praxiswirksame Schlußfolgerungen zur weiteren Erhöhung der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit auf diesem Gebiet, insbesondere zur Sicherung der politisch-operativen Schwerpunktbereiche, zu unterbreiten.

Die als Anlage beigefügten inhaltlichen Schwerpunkte dienen Ihrer Vorbereitung auf das zentrale Führungsseminar, vor allem zur Erarbeitung der erforderlichen Auskunftsfähigkeit, zur Vorbereitung Ihres Diskussionsbeitrages und zur Einschätzung und Bewertung dieser Probleme in Ihrem Verantwortungsbereich.

Darüber hinaus erhalten Sie zur Vorbereitung wenige Tage vor der Durchführung des zentralen Führungsseminars weiteres Material.

Anlage

Mielke
Generaloberst

↑ Abb. 95b

REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit
- Büro der Leitung -

BStU
000008

Berlin, den 13.12.1962
Tgb.Nr.: 1967/62 Tre.

Bestätigt: gez. Walter
Generalleutnant

An das
Ministerium für Staatssicherheit
Bezirksverwaltung/Verwaltung
- L e i t e r -

Ld. Aufstellung

Am 21. 12. 1962 - 10.00 Uhr - findet im neuen Speisehaus des
Ministeriums für Staatssicherheit eine Arbeitstagung der
Linie III statt.

Tagesordnung:

Die Verbesserung der politisch-operativen Arbeit
in den Objekten der Volkswirtschaft in Auswertung
der Beschlüsse des 17. Plenums und über den Ein-
satz der Kräfte der Linie III in einigen Objekten.

Außer dem Leiter der Abteilung III Ihrer Verwaltung haben an
dieser Tagung teilzunehmen:

Leiter des Büros

Ludwig
(Ludwig)
Major

↑ Abb. 96: Arbeitstagung der „Linie III“ (HA III und Abteilungen III der BV) 1962, zuständig für die Überwachung der DDR-Volkswirtschaft. Diese Linie erhielt 1964 die Bezeichnung XVIII.

Büro der Leitung
Leiter

BStU
000004

Berlin, 4. Januar 1990
AKG/3 247 /90

Dienstseinheiten
Leiter *BdL*

Am Freitag, dem 5. Januar 1990, 9.00 Uhr, findet im Dienst-
objekt Berlin-Lichtenberg, Haus 22, eine
zentrale Dienstbesprechung
statt.

Ich bin beauftragt, Sie zur Teilnahme an dieser Dienstbe-
sprechung einzuladen.

Des weiteren bitte ich Sie zu veranlassen, daß gemäß Schreiben
vom 28. 12. 1989, BdL 378/89, der bzw. die von Ihnen vorge-
schlagenen Genossen, die im gesellschaftlichen Rat mitarbeiten
sollen, an dieser Dienstbesprechung teilnehmen.

T. A.
Timmermann
Timmermann

↑ Abb. 97: Ein letzter Versuch, den Staatssicherheitsdienst zu retten: Einladung zur zentralen Dienstbesprechung am 5. Januar 1990 in die Stasi-Zentrale. Dahinter stand der Plan von Generalmajor Heinz Engelhardt, dem Leiter des Amtes für Verfassungsschutz der DDR, der Nachfolgeeinrichtung des MfS bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit, einen „gesellschaftlichen Rat“ zu bilden, der den DDR-Inlandsgeheimdienst neu legitimieren sollte.



↑ **Abb. 98:** Festveranstaltung und Empfang anlässlich des Jahrestages der MfS-Gründung 1970 im oberen Saal von Haus 22.

↓ **Abb. 99:** Erich Mielke zusammen mit hohen Staats- und Parteifunktionären. Rechts neben ihm der Vorsitzende des Ministerrats Willy Stoph, links daneben Staats- und Parteichef Walter Ulbricht und der ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen und spätere Nachfolger Ulbrichts Erich Honecker während der Feiern zum 20. Jahrestag der MfS-Gründung in Haus 22.



↘ **Abb. 100:** Spalierstehen im Foyer von Haus 22 anlässlich der Festveranstaltung zum 20. Jahrestag der MfS-Gründung am 8. Februar 1970. Angetreten waren die Mitglieder des Kollegiums des MfS, v. li. n. r. Bruno Beater (Stellvertreter des Ministers), Gerhard Heidenreich (1. Sekretär der SED-Kreisleitung), Erich Wichert (Leiter der BV Berlin), Karl Kleinjung (Leiter der HA I – Militärabwehr) und Hans Fruck (stellvertretender Leiter der HV A). Ihnen gegenüber salutiert Minister Mielke.





➤ **Abb. 101:** Erich Honecker überbringt Glückwünsche.



➤ **Abb. 102:** Zu den Gratulanten bei der Feier zum 20. Jahrestag des MfS 1970 gehörten auch DDR-Künstler. Hier beglückwünscht der Schauspieler Herbert Köfer Minister Mielke. Köfer war seit 1946 in der SED und engagierte sich politisch im Sinne der Partei. Er war Mitglied der Betriebsgewerkschaftsleitungen am Deutschen Theater Berlin und beim DDR-Fernsehen. Rechts dahinter der Schauspieler Jürgen Frohriep. Ab 1972 ermittelte er als Polizei-Oberleutnant Hübner in der Krimiserie „Polizeiruf 110“.



↑ **Abb. 103:** Gratulation durch das Politbüro der SED anlässlich des Empfangs zum 80. Geburtstag von Erich Mielke.



↑ **Abb. 104:** Glückwünsche zum 80. Geburtstag von den sowjetischen Genossen. Rechts: Gennadij F. Titow, der Leiter der KGB-Vertretung in Berlin-Karlshorst. Als Geschenk erhielt Mielke einen Säbel.



↑ **Abb. 105:** Ausstellung des „künstlerischen Volksschaffens im MfS“ anlässlich des 25. Jahrestages der DDR im Foyer von Haus 22 im Jahre 1974.



↑ **Abb. 106:** Erich Mielke begutachtet das Kunstschaffen seiner Mitarbeiter.



↑ **Abb. 107:** Eröffnung der Ausstellung der FDJ-Kreisorganisation im MfS durch den Chef der SED-Kreisleitung Horst Felber anlässlich des 40. Jahrestages der FDJ 1986 im Haus 22.

2.7 Haus 19 und 20 – die Poliklinik und das Krankenrevier des Ministeriums für Staatssicherheit



↑ Abb. 108: Im Vordergrund Haus 19 und 20 – die Gebäude des Zentralen Medizinischen Dienstes in der 1980er-Jahren.

Mit den Häusern 19 und 20 verfügte das MfS über eine eigene Poliklinik und ein eigenes Krankenrevier mit chirurgischer Abteilung. Die MfS-Mitarbeiter waren so nicht mehr auf die allgemeine medizinische Versorgung mit ihrer oft ungenügenden Ausstattung angewiesen. Ermöglicht wurde damit auch eine ärztliche Betreuung durch den Zentralen Medizinischen Dienst (ZMD) des MfS unter Wahrung der Konspiration und der Abschottung nach außen. Das hier eingesetzte medizinische Personal gehörte zum hauptamtlichen Apparat des MfS, trug militärische Dienstgrade und sprach sich untereinander sowie im Umgang mit den Patientinnen und Patienten mit der im MfS üblichen Anrede „Genossin“ und „Genosse“ an.

Im Jahr 1960 nahm das MfS die beiden drei- bzw. zweigeschossigen Bauten in Betrieb. 1966 kam der fünfgeschossige Verbindungsbau hinzu.

Heute befindet sich hier ein Ärztehaus.

Da die Kapazitäten bald nicht mehr ausreichten, erhielt das MfS 1980 in Berlin-Buch ein eigenes Klinikum in der Größe eines DDR-Bezirkskrankenhauses.³⁶

³⁶ Als Blaupause genutzt wurden die Planentwürfe für das damals neue Bezirkskrankenhaus Cottbus, das von Baubetrieben aus dem Bezirk Cottbus in Berlin-Buch für das MfS ein zweites Mal errichtet wurde.



↑ Abb. 109: Die MfS-Poliklinik Mitte der 1970er-Jahre. Hinter der Poliklinik ist noch eines der 1979 abgerissenen Wohnhäuser des Bauhausarchitekten Bruno Taut zu sehen.

➤ Abb. 110: Der Leiter des ZMD Generalmajor Prof. Dr. Günter Kempe im Gespräch mit Minister Erich Mielke 1980 anlässlich der Eröffnung des MfS-Krankenhauses in Berlin-Buch. Das Leitungsbüro von Prof. Kempe befand sich in Haus 19/20 an der Ruschestraße in Berlin-Lichtenberg.



Verwaltung Rückwärtige Dienste
Auftragsleitung DK NO

Berlin, 17. 2. 1980
th-hü
51148/80
VMÜ/E. 235/80

Handwritten signature

Maßnahmeplan
zur Absicherung der Baumaßnahme - Rekonstruktion ZMD (Bettenhaus
und Außenanlagen)

Dieser Maßnahmeplan beinhaltet die wesentlichsten Maßnahmen zur inneren und äußeren Absicherung der Rekonstruktionsmaßnahme.

Bei der Erarbeitung wurde davon ausgegangen, daß die Baustelle im Innenhof des MfS liegt, unmittelbar an den weitergenutzten Teil der Poliklinik des ZMD grenzt, in die Baustelle DK NO V, TO 1 integriert ist und in die neue Stomatologische Abteilung hochwertige Medizintechnik eingebaut wird.

I. Maßnahmen zur äußeren Sicherung der Baustelle

Zur äußeren Sicherung der Baustelle werden in enger Abstimmung mit dem Verantwortlichen des BdL, dem zuständigen Bereichsbauleiter der AL und dem Verantwortlichen des ZMD folgende Maßnahmen festgelegt:

1. Für den GAN DK NO wird eine Sicherheitskonzeption für die Baustelleneinrichtung erarbeitet.

Diese hat folgende Komplexe zu beinhalten:

- Bauzaunführung und Ausführungsort
- Beleuchtungsvariante
- Festlegung der Tore und Eingänge zur Baustelle
- Festlegungen zur Vergitterung von Fenstern
- Abschottungsforderungen zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit gegenüber dem weitergenutzten Teil des ZMD
- Forderungen zur Abschottung der Heizkanäle zum Dienstobjekt

Termin: zweite Hälfte März 1980
Verantw.: Bereichsbauleiter der AL
Zuarbeit: SB u. Komplexbeauftragter

2. Mit dem Verantwortlichen des BdL wird die vorgesehene Bauzaunführung und die militärische Absicherung der Baustelle abgestimmt.

Dabei sind folgende Komplexe zu klären:

- Bestätigung der Bauzaunführung, Ausführungsort und Beleuchtungsvariante

↑ Abb. 111: Hochwertige Medizintechnik und Anlagen auf dem neusten Niveau - Absicherung von Modernisierungsmaßnahmen im Bereich des ZMD.

Chef
des Medizinischen Dienstes

Berlin, am 24. 11. 1969
Dr. Ke/gr
Tgb.Nr. MD: 5564 /1969

Persönlich

Leiter der
HA Kader und Schulung
Genossen Generalmajor Mühlpforte

im Hause

Ärztliche Einschätzung des Genossen Oberstleutnant [redacted]
- geb. am [redacted]

Zur Vorgeschichte:

Der Genosse [redacted] ist im Medizinischen Dienst seit Jahren als Patient bekannt. 1963 wurde bei Steingallenblase die Cholecystektomie durchgeführt. Schon vor und besonders auch nach der Operation hatte der Patient häufig über diffuse Oberbauchbeschwerden zu klagen, die besonders postoperativ weniger auf die Galle als vor allem auf eine zeitweilig hochgradige neuro-vegetative Disregulation zurückzuführen wären. Im Zusammenhang mit dem nervösen Syndrom entwickelte sich in den letzten Jahren zusätzlich ein labiler Bluthochdruck, der auch jetzt noch eine Rolle spielt. Der Patient unterzog sich in der Vergangenheit nicht einer dauernden ärztlichen Lenkung; einige therapeutische Versuche, einschließlich stationäre Behandlung und Kurverschickung - brachten vorübergehend Besserung.

Im Zusammenhang mit einer erwogenen dienstlichen Umsetzung stellte sich der Genosse [redacted] ambulant vor und betonte, daß er nach wie vor gesundheitlich sehr labil sei, daß seine chronischen Schlafstörungen wieder besonders lästig wären und daß er angeblich zu Hause täglich erbrechen müsse. Um diese immerhin alarmierenden Hinweise exakt zu klären, wurde der Patient am 3. 11. bei uns stationär aufgenommen und bis zum 21. 11. 1969 in der Klinik unter Kontrolle gehalten. Bis auf die in der Vorgeschichte geschilderten Zusammenhänge ließen sich neue pathologische Befunde nicht erheben.

- 2 -

↑ Abb. 112a: ... wenn der Dienst krank macht - wichtig war es, dass die medizinische Begutachtung der Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiter in den Händen des MfS blieb. Dafür gab es den ZMD. MfS-Mitarbeiter wurden in der Regel für ihr gesamtes Berufsleben verpflichtet. Versetzungen hatten Befehlscharakter, denen Folge zu leisten war. Auch eine Entpflichtung aus gesundheitlichen Gründen konnte nur nach einer Begutachtung durch den ZMD erfolgen.

- 2 -

BSIU
000132

Die sicher wieder labile neuro-vegetative Situation klang unter sedierender Therapie deutlich ab, insbesondere wurde das zu Hause festgestellte Erbrechen in der Klinik nicht beobachtet.

Objektiv muß der labile Bluthochdruck des Genossen [REDACTED] im Vordergrund gesehen werden, er ist behandlungsbedürftig und könnte nach bisheriger Einschätzung unter konsequenter medikamentöser Therapie reguliert werden. Der Genosse [REDACTED] ist übrigens vornehmlich nach 59,3 der Fehlertabelle für die bewaffneten Organe auf Grund des labilen Hypertonus als innendiensttauglich (Stufe III) einzuordnen.

Während der mehrwöchigen Behandlung und Kontrolle erhärtete sich er Eindruck, daß der Genosse [REDACTED] einer dienstlichen Umsetzung innerlich abweisend gegenüber steht. Bei der Natur seiner bekannten pathologischen Zusammenhänge ist es deshalb verständlich, daß er mit ausgeprägter neuro-vegetativer Symptomatik reagierte.

Dr. Kempe
Dr. Kempe
Oberst

1. Gen. Oberst Kienberg
mit der Bitte um Kenntnissnahme und Rücksendung.
2. Ablage in P-Akte des Gen. [REDACTED]

↑ Abb. 112b

2.8 Haus 15 – die DDR-Auslandsspionage: Hauptverwaltung A



↑ Abb. 113: Haus 15 – die Plattenbauten der Hauptverwaltung A, der Auslandsaufklärung, an der Ruschestraße 1979

Den größten Gebäudekomplex in der MfS-Zentrale beanspruchte seit Ende der 1970er-Jahre die Abteilung für Auslandsspionage, die Hauptverwaltung A. Ihr Haus 15 bestand aus drei 13-geschossigen Plattenbauten an der Ecke Ruschestraße/Frankfurter Allee und einem vierten 13-Geschosser im Innenhof der MfS-Zentrale.

Neben der politischen und der Militärsplionage bildete die Wirtschaftsspionage zugunsten der maroden DDR-Volkswirtschaft eines der Hauptbetätigungsfelder der HVA. Sie beteiligte sich aber auch an der Überwachung und Verfolgung von DDR-Regimekritikern, die im westlichen Ausland lebten und observierte deren Unterstützer. Ein fünfter 13-Geschosser, der neben der Torzufahrt zur MfS-Zentrale in der Ruschestraße lag und zum Häuserblock des HV-A-Komplexes gehörte, trug die Bezeichnung Haus 16. Hier saßen die SED-Kreisparteiorganisation der MfS-Zentrale und die für die Überwachung der Wirtschaft zuständige Hauptabteilung XVIII.



↑ **Abb. 114:** Nachträglich bearbeitete und kolorierte Bauskizze. Auf der Zeichnung noch nicht enthalten ist die viergeschossige Torzufahrt zur MFS-Zentrale an der Ruschestraße durch Haus 17, das ebenfalls in Plattenbauweise errichtet wurde. Der hier noch eingezeichnete Verbindler – die Personenbrücke zwischen dem Innenhofflügel des Hauses 15 und dem benachbarten Haus 7 wurde nicht gebaut. Durch sie wäre nach Ansicht der HV A die Personenkontrolle in Haus 15 erschwert worden.



↑ **Abb. 115:** Der Gebäudekomplex der Auslandsspionage an der Ecke Ruschestraße/Frankfurter Allee im Dezember 1977 kurz vor seiner Fertigstellung. An der Ecke des Plattenbaus zeichnet sich gut erkennbar der Schatten eines der gegenüberliegenden Wohnhochhäuser ab. Im Block an der Frankfurter Allee, auf der Höhe des U-Bahn-Eingangs, befand sich im Keller neben den Waffenkammern eine Sauna für die HV-A-Mitarbeiter.



↑ **Abb. 116:** Gebäude an der ehemaligen Müllerstraße kurz vor ihrer Sprengung 1976. Die Müllerstraße wurde beseitigt, um Platz für die neuen 13-geschossigen Plattenbauten schaffen. An der Frankfurter Allee gut erkennbar sind die Ausgänge der U-Bahnstation Magdalenenstraße.

Bis 1975 hatte sich im Bereich der späteren HV-A-Gebäude noch die Müllerstraße befunden. Nach Sprengung der Altbauten errichtete die Staatssicherheit als Blockrandbebauung dann bis 1978 die 13-geschossigen Häuser. Geschaffen wurden so nicht nur neue Büros für das expandierende Ministerium, dessen Mitarbeiterzahl stetig wuchs. Die Plattenbauten dienten zugleich als Sichtschutz, um sich gegen unerwünschte Blicke von außen abzusichern. Die Staatssicherheit wollte auf ihren Innenhöfen unbeobachtet agieren können. Auch sollte niemand sehen, wer in den Büros arbeitete: In den zur Straße liegenden Räumen verdunkelten schwarze Vorhänge die Fenster, sobald in ihnen das Licht anging.



↑ **Abb. 117:** Markus Wolf leitete den Auslandsnachrichtendienst der DDR seit 1952. Dieser unter der Tarnbezeichnung „Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung“ firmierende Apparat war damals formell dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten zugeordnet. Nach dem Juni-Aufstand wurde der Dienst im Sommer 1953 als Hauptabteilung XV in die Staatssicherheit eingegliedert und 1956 in Hauptverwaltung A umbenannt. Wolf war zugleich Stellvertretender Minister für Staatssicherheit und Mitglied des Kollegiums des MfS. Im Februar 1986 schied er als Generaloberst aus seinen Leitungsfunktionen aus, blieb aber weiterhin Mitarbeiter der HV A. Seine offizielle Aufgabe bestand nun darin, eine Geschichte der DDR-Auslandsspionage zu schreiben.

Markus Wolf verstand es, sich vorteilhaft in Szene zu setzen. Ihm eilte der Ruf voraus, einer der wenigen Intellektuellen im MfS und auch nicht so skrupellos wie Erich Mielke zu sein. Was davon Selbststilisierung und Legende und was zutreffend war, lässt sich nur schwer einschätzen. Sicher ist jedenfalls, dass der von ihm und Werner Großmann geleitete Auslandsnachrichtendienst nicht immer so erfolgreich agierte, wie es von beiden dargestellt wurde.³⁷ Vielmehr gab es in dieser Dienststeinheit auch eine Reihe von Pannen und Fehlschlägen.

Bis zur Fertigstellung von Haus 15 im Jahr 1978 leitete Markus Wolf den Nachrichtendienst von seinem Büro im Nordflügel von Haus 7 aus. Involviert war die Auslandsabteilung in den 1950er- und 1960er-Jahren auch in Entführungen von DDR-Systemkritikern und deren Verschleppung in die DDR. Auch wenn die HV A hauptsächlich für die Spionage im nichtsozialistischen Ausland verantwortlich zeichnete, unterstützte sie bei Bedarf die Abwehr, die HA II, bei den Versuchen, „Verräter“ aus den Reihen des MfS wieder zurück in die DDR zu holen. Von Haus 7 aus befahl Markus Wolf im September 1962, den nach Österreich geflohenen MfS-Mitarbeiter Walter Thräne und dessen Freundin zu entführen und zurück in die DDR zu bringen.

³⁷ Vgl. dazu: Markus Wolf: *Spionage-Chef im Geheimen Krieg. Erinnerungen.* München 1997, S. 423; Jens Gieseke: *Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990.* München 2001, S. 202 f.



↑ **Abb. 118:** Markus Wolf (2. v. r.) während eines Empfangs mit Minister Erich Mielke (r.) und SED-Chef Walter Ulbricht (l.). Die Aufnahme entstand um 1970.



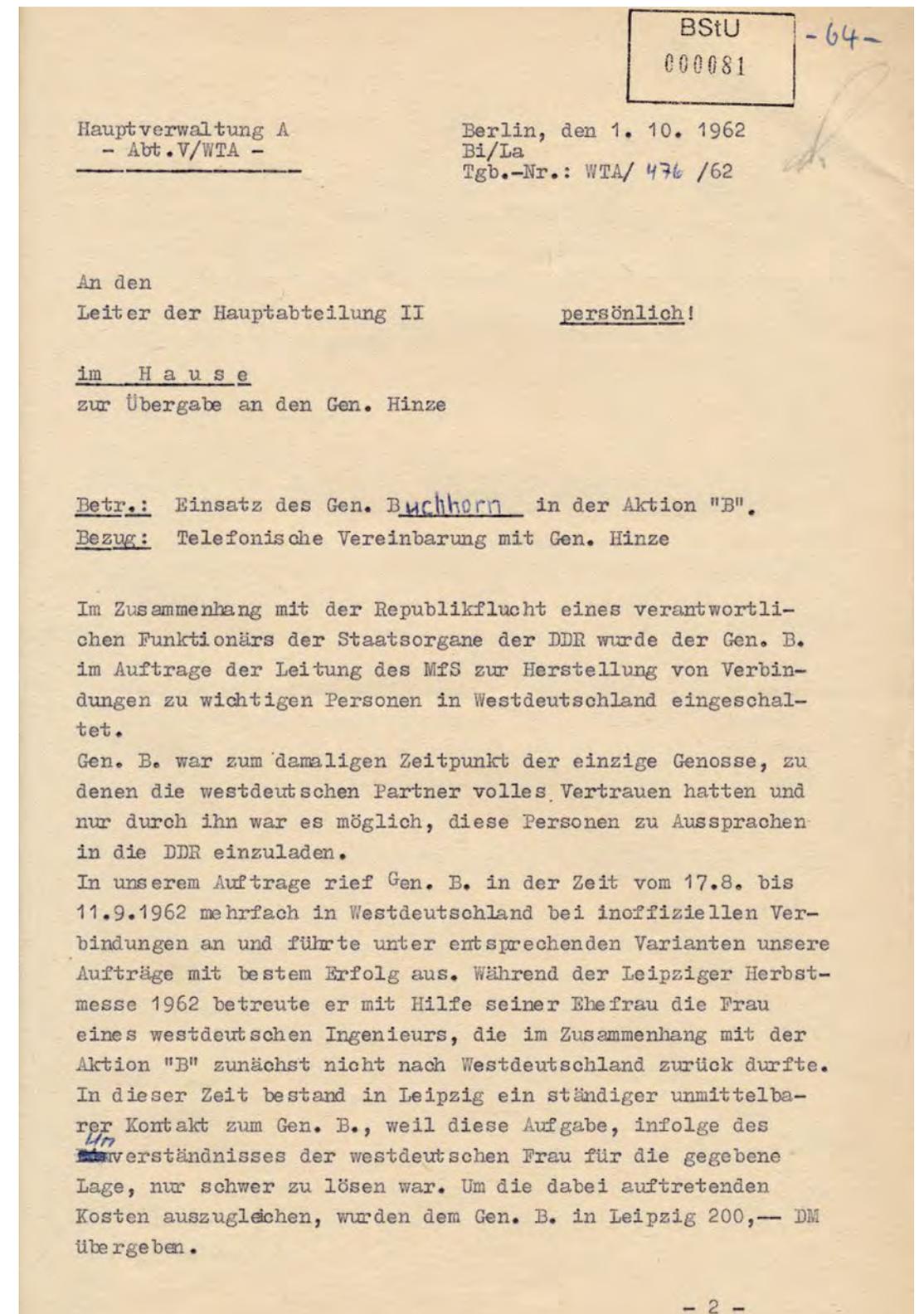
↑ **Abb. 119:** Werner Großmann, 1952 Eintritt in den Vorläufer der HV A, das „Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung“; zunächst im Bereich politische Spionage gegen bundesdeutsche Institutionen tätig, später in der Militärsplionage, 1962 Abteilungsleiter, ab 1975 einer der Stellvertreter von Markus Wolf, ab 1983 1. Stellvertreter, von 1986 bis 1989 Leiter der Hauptverwaltung A und in dieser Funktion – ebenso wie sein Vorgänger – Stellvertretender Minister und Mitglied des Kollegiums des MfS. 1989 wurde Großmann noch zum Generalobersten ernannt.



↑ Abb. 120: Der Gebäudekomplex der Auslandsspionage vom Innenhof der MfS-Zentrale aus gesehen. In dem in den Hof hineinragenden 13-Geschosser hatte der langjährige Leiter der HV A Markus Wolf in der 9. Etage sein Büro. Das Büro seines Stellvertreters und Nachfolgers Werner Großmann lag in der darüberliegenden Etage. Unter dem Gebäude gab es einen ABC-Schutzraum für die HV-A-Führung. Ausgestattet war dieser mit einer verstärkten Betondecke, einer Zugangsschleuse und Luftfiltern, auch eine kleine Handbücherei war vorgesehen. Ein Kriechgang führte auf den Innenhof.

Mithilfe inoffizieller Mitarbeiter und von Kontaktleuten der Stasi im Westen, die den beiden vorspiegelten, sie wollten ihnen auf ihrer Flucht helfen, gelang es der Staatssicherheit, sie in einen Hinterhalt zu locken. In einer Kiesgrube bei Kremismünster in Oberösterreich wurde Thräne mit vorgehaltener Pistole aus seinem Auto gezerrt, zusammengeschnitten und – ebenso wie seine Freundin – über Prag nach Ost-Berlin zurückgebracht. Der 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Neubrandenburg verurteilte Thräne nach fünfmonatiger Untersuchungshaft in Hohen-schönhausen zu 15 Jahren Freiheitsentzug. Seine Freundin erhielt vier Jahre Zuchthaus.³⁸

³⁸ Susanne Muhle: Auftrag Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (Analysen und Dokumente; 42). Göttingen 2015, S. 159 f.



↑ Abb. 121: Das Wirkungsfeld der HV A: Die verdeckte Arbeit „im und nach dem Operationsgebiet“. Als „Operationsgebiet“ galten alle Staaten, in denen die HV A geheimdienstliche Aktionen durchführte. Meist waren damit vor allem die Bundesrepublik und West-Berlin gemeint. Bericht über den Einsatz eines Kontaktmannes der HV A.

Ministerium für Staatssicherheit
Hauptverwaltung A
Abteilung IX
Leiter

Berlin, 10. August 1978

805/806

Tgb.Nr./ 1574 /78

BStU
000195

PERSÖNLICH!

Leiter Hauptabteilung XIX
Genossen Oberst Ullrich

Als Anlage übersende ich Ihnen 3 Auskünfte des KFS über die operative Lage in den Häfen SCHWEDENS, DÄNEMARKS und LAS PALMAS (SPANIEN).

Ich bitte Sie zu prüfen, ob evtl. vorhandene operative Erkenntnisse zu diesen Komplexen zusammengestellt und dem KFS übergeben werden können.

Schütt
Oberst

Anlage
28 Blatt

HV/SW/1/1
So. 7.08.78
mit Hbt. Hofler
prüfen, ob Antwort
gegeben werden kann
10.8.78

↑ Abb. 122: Kooperation mit dem sowjetischen Komitee für Staatssicherheit (KFS), besser bekannt unter dem Kürzel KGB: Die ostdeutsche Auslandsspionage interessierte sich nicht ohne Grund für das „Einreise- und Ausreiseregime“ und die Modalitäten der Zollabfertigung insbesondere in den skandinavischen Häfen. Zum einen sollte so die Einreise von ostdeutschen Agenten vorbereitet und abgesichert werden, die sich in diesen Staaten einige Zeit aufhielten und von hier aus in die Bundesrepublik weiterreisten. Zum anderen ging es der DDR auch darum, sogenannte Embargogüter, meist westliche Hochtechnologie, die nicht in die DDR geliefert werden durfte, weil sie im militärischen und in anderen sensiblen Bereichen eingesetzt werden konnte, über Umwege in die DDR zu bringen.

SWT/AG 1

Berlin, den 12. April 1978
654-mü.

BStU
000022

E I N S C H Ä T Z U N G

der Zusammenarbeit mit dem IM "André"

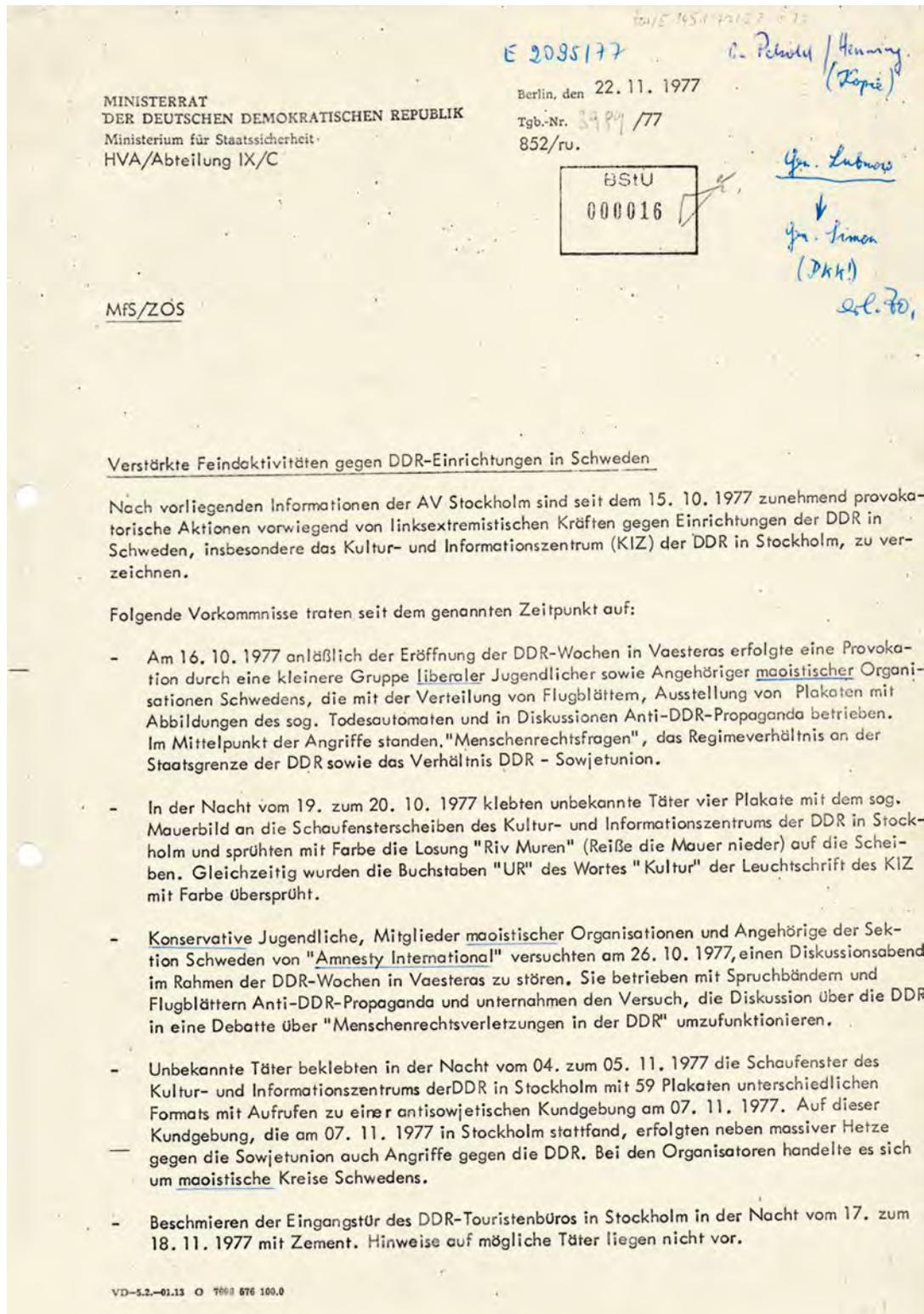
Der IM wurde zur Leipziger Frühjahrsmesse 1975 durch die HV A/ SWT/AG 1 von der HA XVIII/7 als Kontaktperson übernommen. In der Folgezeit wurde der IM und dessen Verwandtschaft durch unsere DE weiter aufgeklärt und ermittelt. Am 04. August 1975 wurde der IM auf politisch-ideologischer Grundlage für die Zusammenarbeit mit dem MFS geworben.

Der IM befand sich zum Zeitpunkt der Übernahme und Werbung zu einem mehrjährigen Auslandseinsatz als Leiter des TKB Elektrotechnik in Schweden. Die Zielstellung für die Zusammenarbeit mit dem IM bestand in der Nutzung seiner legalen Position für die Erarbeitung operativ-interessanter Personenhinweise, die Abschöpfung von Informationen und die Absicherung des DDR-Kollektives in der Auslandsvertretung Stockholm. Im Dezember 1975 wurde der IM an den FIM "Anders" (XV/1981/72) angeschlossen, unter dessen Führung er bis zum Juni 1977 im Einsatzland arbeitete. Im Juli 1977 beendete der IM "André" seinen Auslandseinsatz und nahm eine Tätigkeit als Abteilungsleiter im AHB Elektrotechnik auf.

Am 20. Februar 1978 wurde der IM entsprechend gegenseitiger Vereinbarung aus dem Jahre 1975 wieder an die HA XVIII/7 übergeben.

Der IM verfügte zum Zeitpunkt der Übernahme über wenige operative Kenntnisse und er besaß kaum praktische Erfahrungen in der nachrichtendienstlichen Arbeit.

↑ Abb. 123: Der Sektor Wissenschaft und Technik der HV A – Industriespionage und Entwicklungshilfe für die kränkelnde DDR-Volkswirtschaft – war ein wichtiges Betätigungsfeld der Diensteinheit (DE). Eingebunden waren dabei auch im Ausland tätige und ansässige DDR-Wirtschaftsvertreter, die sich auf „legalen Positionen“ befanden. Sie sollten, wie der IM (inoffizieller Mitarbeiter) im angeführten Fall, unter Leitung eines Führungs-IM (FIM) auch Mitarbeiter der Auslandsvertretungen kontrollieren. Der IM arbeitete nach seinem Auslandseinsatz im Außenhandelsbetrieb (AHB) Elektrotechnik. Ebenso gab es Agenten ohne eine offizielle DDR-Funktion als Tarnung.



↑ **Abb. 124:** Auch die Beobachtung von politischen Gegnern der DDR und von deren Protestaktionen zählte zum Zuständigkeitsbereich der HV A. Es handelte sich hierbei zwar nicht um eine spezifische Aufgabe der Auslandsaufklärung, doch verfügte die HV A über die entsprechenden Informationswege und war mit Personal vor Ort z. B. in den Auslandsvertretungen (AV). Im vorliegenden Fall wurde die an das Lagezentrum des MfS (ZOV – Zentraler Operativstab) adressierte Information an die Abteilung XXII („Terrorabwehr“) weitergegeben, in deren Zuständigkeit die Dokumentation solcher Vorkommnisse fiel.

2.8.2 Überläufer und undichte Stellen in der HV A

Am Abend des 18. Januar 1979 flüchtete Oberleutnant Werner Stiller in einer waghalsigen Aktion nach West-Berlin.³⁹ Bereits vor seiner Flucht hatte Stiller Informationen an den Bundesnachrichtendienst (BND) geliefert. In die Hände des BND gelangten so u. a. die Listen „mit den Titeln aller nachrichtendienstlich aus dem Westen bezogenen Informationen“ des für die Wirtschaftsspionage zuständigen Sektors Wissenschaft und Technik der HV A. Kurz bevor er sich in den Westen absetzte, suchte Werner Stiller noch sein Büro in Haus 15 auf. Es befand sich im 13-Geschosser an der Frankfurter Allee in der 5. Etage; gegenüber lag das Büro seines Vorgesetzten Oberst Jesse. Aus dem von ihm aufgebrochenen Stahlschrank der Sekretärin entnahm Stiller weitere wichtige Dokumente, die er in den Westen mitnahm, so auch das Telefonverzeichnis aller Mitarbeiter des SWT (Sektor Wissenschaft und Technik).⁴⁰

³⁹ Vgl. Werner Stiller: Im Zentrum der Spionage. Mainz 1986, S. 360.

⁴⁰ SWT, Sachstandsbericht v. 19.1.1979; BArch, MfS, HA II 3650, p. 292–298, hier 293.



↑ **Abb. 125:** Tatortuntersuchung: Von Werner Stiller aufgebrochener Stahlschrank der Sekretärin seines Vorgesetzten (HA IX, Bildbericht zum Verdacht der Fahnenflucht und des verbrecherischen Diebstahls zum Nachteil sozialistischen Eigentums, 19.1.1979)

Die Flucht von Werner Stiller stürzte die HV A in eine tiefe Krise. Dutzende DDR-Agenten mussten angesichts der drohenden Enttarnung aus der Bundesrepublik abgezogen werden. Hinzu kam der Imageverlust für einen der vermeintlich effektivsten Geheimdienste der Welt. Im MfS breitete sich ein Klima des Misstrauens aus. Alle Mitarbeiter sahen sich angehalten, Wachsamkeit gegenüber möglichen „Verrätern“ zu üben. Hauptmann Werner Teske wurde dieses „Stiller-Trauma“ im Jahr 1981 zum Verhängnis. Der Mitarbeiter der HV A hatte dienstliche Unterlagen mit nach Hause genommen und dort versteckt. Eine Zeit lang hatte er überlegt, sich in den Westen abzusetzen, den Plan aber wieder verworfen. Nachdem er wegen diverser Unregelmäßigkeiten unter Verdacht geraten und festgenommen worden war, fand man das Material bei ihm. Obwohl er bereits den Fluchtplan aufgegeben hatte, wurde er in einem Geheimverfahren im Juni 1981 wegen Spionage in einem besonders schweren Fall zum Tode verurteilt und einige Tage später hingerichtet.⁴¹

Im Jahr 1988 verdichteten sich in der Hauptverwaltung abermals die Hinweise, dass es an einer sensiblen Stelle der Datenübermittlung eine Leckage gab. Ein Mitarbeiter, dessen Aufgabe es war, Unterlagen zu verfilmen und von Verfilmungen Abzüge zu fertigen, duplizierte die Unterlagen und versteckte sie bei sich zu Hause. Ein Teil der Informationen gelangte dann über das West-Berliner Landesamt für Verfassungsschutz in die Hände des bundesdeutschen Geheimdienstes BND.⁴² Im November 1988 inhaftierte das MfS den Verdächtigen.⁴³ Der 1. Militärstrafsenat des Militärgerichts Berlin verurteilte den Mann im Juni 1989 zu 15 Jahren Haft.⁴⁴ Die Todesstrafe, die dem Angeklagten früher gedroht hätte, war in der DDR 1987 abgeschafft worden.

⁴¹ Gunter Lange: Der Nahschuss. Leben und Hinrichtung des Stasi-Offiziers Werner Teske. Berlin 2021.

⁴² Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie (Analysen und Dokumente; 29). Göttingen 2007, S. 355–357.

⁴³ Leiter der HA Untersuchung an den Militär-Oberstaatsanwalt, Antrag auf Fristverlängerung v. 14.3.1989; BArch, MfS, HA IX 25267, p. 137.

⁴⁴ Urteil des Militärgerichts Berlin, 1. Militärstrafsenat v. 16.6.1989; BArch, MfS, HA IX 25267, p. 67.



↑ Abb. 126: Informationsabfluss aus der Fotokopierstelle der HV A in Richtung Westen: Wie auch Teske hatte sich der Filmkopiertechniker aus Unzufriedenheit und Frustration über seine Situation und die Arbeit im MfS von der Staatssicherheit abgewandt.

Sie waren durch [REDACTED], mit Ausnahme der Lagebezeichnung seiner ehemaligen Dienststelle in der Ruschestraße, - was allgemein bekannt ist - geheimzuhalten.

Darüber hinaus hat die Beschuldigte [REDACTED], [REDACTED] nach ihren Aussagen dem Landesamt für Verfassungsschutz in Berlin (West) mitgeteilt, daß die Schwägerin des Informanten Sekretärin beim damaligen Generaloberst Wolf war. Sie hatte diese Information unbewußt aus der Mitteilung [REDACTED], seine Schwägerin habe mit STILLER zusammengearbeitet, entwickelt. Außer dem Fakt, daß die Schwägerin [REDACTED] Angehörige des MfS ist, entsprechen diese Mitteilungen nicht den Tatsachen.

Die außerdem an das Landesamt für Verfassungsschutz in Berlin (West) ausgelieferte Information, wonach operatives Material aus dem westlichen Ausland in internationalen Zügen bis Berlin-Friedrichstraße transportiert werde, entbehrt jeder Grundlage.

Zu 6.

Da [REDACTED] während seiner Zugehörigkeit zum MfS in hohem Maße mit der Bearbeitung von durch im Ausland tätige Kundschafter beschaffte Informationen befaßt war, sind die in diesem Rahmen von ihm gesammelten und zum Teil bereits ausgelieferten Informationen geeignet, Kundschafter des MfS vor allem in der BRD zu enttarnen. Die bereits an den Verfassungsschutz ausgelieferten diesbezüglichen Informationen aus dem Inhalt des als Beweismittel vorliegenden Film ermöglichen dem Gegner Rückschlüsse über das Vorhandensein einer größeren Anzahl von Kundschaftern der DDR in der BRD.

Durch die Konkretheit der von [REDACTED] gelieferten Angaben sind mindestens fünf Kundschafter unmittelbar gefährdet; bei einigen anderen ist die Sicherheit in starkem Maße beeinträchtigt. Durch eine objektiv mögliche Zuordnung der Materialien kann es zu ihrer Enttarnung und Festnahme kommen. Im Interesse der persönlichen Sicherheit dieser Kundschafter war es notwendig, Sicherungsmaßnahmen einzuleiten und die Zusammenarbeit einzustellen. Es mußten umfangreiche Maßnahmen eingeleitet werden, um feindliche Zugriffe zu erschweren oder unmöglich zu machen.

↑ **Abb. 127:** Analyse des MfS zum angerichteten „Schaden“. Die DDR-Spione wurden vom MfS beschönigend als „Kundschafter“ bezeichnet. An anderer Stelle hieß es: „Der Verrat ... hat zum Teil langjährige und aufwändige Aktivitäten des MfS zunichtegemacht, zu erheblichen Einschränkungen des für die Sicherheitsinteressen der DDR notwendigen Informationsaufkommens geführt und eine teilweise Umorganisation der Arbeit einiger Dienststellen des MfS erforderlich gemacht.“ (Sachverständigen Gutachten der HA IX v. 13.4.1989; BArch, MfS, HA IX 25268, p. 24–26, hier 25).

2.9 Haus 16 – die SED-Kreisleitung und die Hauptabteilung XVIII



↑ **Abb. 128:** Haus 16 bildete den nördlichen Abschluss des 13-geschossigen Gebäudekomplexes an der Ecke Ruschestraße/Frankfurter Allee, links schließt im Bild Haus 17 mit der Hofdurchfahrt an, in Richtung Frankfurter Allee zwei baugleiche Gebäudeteile von Haus 15.

1978 wurde der aus fünf 13-geschossigen Gebäuden bestehende Plattenbauriegel im Bereich Frankfurter Allee/Ruschestraße fertiggestellt. Der fünfte 13-Geschosser, der an der Zufahrt zur MfS-Zentrale in der Ruschestraße emporwuchs, trug die Bezeichnung Haus 16.

In Haus 16 war die SED-Kreisleitung mit ihrem hauptamtlichen Apparat untergebracht. Weit über 90 Prozent der MfS-Mitarbeiter gehörten der SED an. Die SED im MfS Berlin hatte den Status einer eigenen Kreisparteiorganisation, der alle Genossen der MfS-Zentrale angehörten und die sich in Grundorganisationen, Abteilungsparteiorganisationen und Parteigruppen gliederte.⁴⁵ Die Parteiorganisationen der MfS-Bezirksverwaltungen unterstanden hingegen seit 1953 den SED-Bezirksleitungen.

⁴⁵ Silke Schumann: Die Parteiorganisation der SED im MfS (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2002.



↑ Abb. 129: Blick auf Haus 16.

Die SED-Kreisleitung in der MfS-Zentrale war direkt dem ZK untergeordnet. Aufgabe der SED-Parteigliederungen im MfS war es, die Genossen durch Schulungen politisch-ideologisch zu ertüchtigen sowie Disziplin, Engagement und Moral der MfS-Mitarbeiter im Berufsalltag zu stärken. Mit ihrem Instrumentarium der Parteistrafen waren sie darüber hinaus an der Disziplinierung der MfS-Angehörigen beteiligt. Auch bei Kaderbeurteilungen und Personalentscheidungen redeten die jeweiligen Parteisekretäre regelmäßig mit.⁴⁶

⁴⁶ Silke Schumann: *Parteierziehung in der Geheimpolizei. Zur Rolle der SED im MfS der fünfziger Jahre (Analysen und Dokumente; 9)*. Berlin 1997, S. 79–88.



↑ Abb. 130: Generalmajor Horst Felber, seit 1979 Sekretär der SED-Kreisleitung im MfS und seit 1981 Mitglied im Zentralkomitee der SED. Felber kam 1952 zum MfS und arbeitete vor seiner Zeit als hauptamtlicher Parteisekretär in leitenden Funktionen unterschiedlicher Arbeitsbereiche (Personenschutz, Kader und Schulung, MfS-Hochschule, Spionageabwehr). Die SED-Parteiorganisation im MfS und in den einzelnen Dienstseinheiten hatte die Aufgabe, die MfS-Mitarbeiter „erzieherisch“ zu formen sowie zur Parteilichkeit im Sinne der SED und zu höchsten Arbeitsleistungen anzuhalten. Die politische Linie wurde vom Politbüro der SED, dessen Mitglied Minister Erich Mielke seit 1976 war, vorgegeben.

53
BStU
000094

Vorschlag

Akte

zur Auszeichnung mit dem "Vaterländischen Verdienstorden" in Gold
Ernennung/Beförderung zum Dienstgrad } 1* Ernennung in die Dienststellung } 1*
 Auszeichnung mit der/dem } M }
 Prämierung

des Generalmajor Felber, Horst 2 3 1 0 2 9 4 3 0 0 1 5
Personenkennzahl

Dienstgrad, Name, Vorname

Dienstseinheit Kreisleitung der SED im MfS
HA/Abt./Ref. – BV/Abt./KD

Dienststellung/Tätigkeitsbezeichnung 1. Sekretär der KL der SED seit 11.5.1979

Dienstgrad lt. Stellenplan jetziger Dienstgrad seit 1.10.1979

Vergütungsstufe / M jetzige VS XXIII / M seit 1.11.1986

MfS seit 22.7.1952 Dienstalter 7/52
Monat/Jahr

Parteizugehörigkeit seit 1.4.1954

Alle bisher erhaltenen Auszeichnungen (außer MftrD)
 Welche, wann
 10/60 2/66 2/70 VM der NVA in Bronze/Silber/Gold
 10/67 VM der DDR
 10/70 A.-Becker-Medaille in Gold
 2/72 Kampforden in Silber
 9/73 Med. Waffenbr. in Gold
 2/75 VVO in Silber
 2/77 Kampforden in Gold
 2/81 Verd. Mitarbeiter der Staatss.
 5/84 Banner der Arbeit St. I

Letzte Prämie Wann, Höhe

Auf Richtigkeit geprüft in Abt./Ref. Kader bzw. Abt. KuS Dienstgrad, Name, Unterschrift

Begründung

Generalmajor Felber hat sich in mehr als 35 Dienstjahren im MfS als Leiter von Kollektiven, in der Ausbildung und Erziehung von Tschekisten und als hauptamtlicher Parteifunktionär stets bewährt. Das für seine Führungsfunktion erforderliche Wissen erwarb er durch das Studium an der Pädagogischen Hochschule Potsdam, an der Hochschule des Komitees für Staatssicherheit in der Sowjetunion und durch die Promotion zum Dr. der Rechtswissenschaften an der Hochschule des MfS.

Sein Verhalten und Wirken basiert auf einem festen Klassenstandpunkt, unbedingter Treue zur Partei- und Staatsführung, zur Sowjetunion und zum proletarischen Internationalismus.

Genosse Generalmajor Felber ist seit 1969 als 2. Sekretär der SED tätig gewesen und wurde 1979 zum 1. Sekretär gewählt.

Er ist in der Lage, das Kollektiv der Kommunisten im MfS wirksam zu führen.

_____, den _____ Leiter Dienststellung, Dienstgrad, Unterschrift

1* Zutreffendes eintragen

226 974 200.0

↑ Abb. 131: „unbedingte Treue zur Partei- und Staatsführung“ – Beurteilung von Horst Felber. Die Abkürzungen in der Auszeichnungsliste stehen für MftrD – Medaille für treue Dienste, VM – Verdienstmedaille und VVO – Vaterländischer Verdienstorden.

Hauptabteilung III/4

Berlin, den 20. 12. 1961

BSU
000067

An die
Hauptabteilung Kader und Schulung
im Hause

Betr.: Vorschlag zur Attestierung des Genossen Oberleutnant
[REDACTED], [REDACTED], Hauptsachbearbeiter in der Haupt-
abteilung III/4/L, zum stellv. Referatsleiter mit
Wirkung vom 1. 1. 1962

Genosse Oberleutnant [REDACTED] ist Mitarbeiter des MfS
seit August 1956. Zuvor studierte er an der Hochschule für
Ökonomie Berlin-Karlshorst.

Seit seiner Zugehörigkeit zum MfS hat er sich zu einem
qualifizierten Mitarbeiter entwickelt und konnte ab August 1961
mit der Vertretung des Referatsleiters, der bis Ende des
Jahres durch Schulbesuch dem Dienst fernblieb, beauftragt
werden. In diesen Monaten hat Genosse [REDACTED] bewiesen, dass
er mit Unterstützung des Abteilungsleiters durchaus in der
Lage ist, den Mitarbeitern des Referats die notwendige Anleitung
zu geben und die gegebenen Weisungen wirksam zu kontrollieren.
Besonders hervorzuheben ist seine Beharrlichkeit und Gründlichkeit
bei der Bearbeitung erkannter Schwerpunkte.

Seine Anleitung, die er den Mitarbeitern des Referates gibt,
ist insbesondere deshalb gut, weil er die Parteibeschlüsse
intensiv studiert und die entsprechenden Schlussfolgerungen für
die Organisation der politisch-operativen Arbeit zieht.
Auf Grund seiner politischen und fachlichen Qualifikation war
er in der Lage 1960 einen wichtigen Spionagevorgang mit
4 Festnahmen und 1961 einen weiteren Vorgang mit einer Festnahme
erfolgreich abzuschließen.

Genosse [REDACTED] ist ein politisch aktiver Genosse. Er ist
2. Sekretär der APO und Leitungsmitglied der ZPL. Er nimmt
aktiven Einfluss auf die Erhöhung des Niveaus unserer Parteiarbeit.

- 2 -

↑ Abb. 132: „weil er die Parteibeschlüsse intensiv studiert und die entsprechenden Schlussfolgerungen [...] zieht.“ Der „politisch aktive Genosse“ leistet seine Parteiarbeit in der Abteilungsparteiorganisation (APO) und in der Zentralen Parteileitung (ZPL).



↑ Abb. 133: Blick in einen Innenraum von Haus 16. Empfang zum 60. Geburtstag von Paul Kienberg, Leiter der Hauptabteilung XX, in den Räumen der SED-Kreisleitung 1986. Die Geburtstagsempfänge der Hauptabteilungsleiter fanden häufig in Haus 16 statt. Hier gab es die entsprechenden räumlichen Kapazitäten und die Empfänge störten so nicht das „operative Geschäft“ in der MfS-Zentrale.

2.9.1 Hauptabteilung XVIII – zuständig für die Überwachung der Wirtschaft

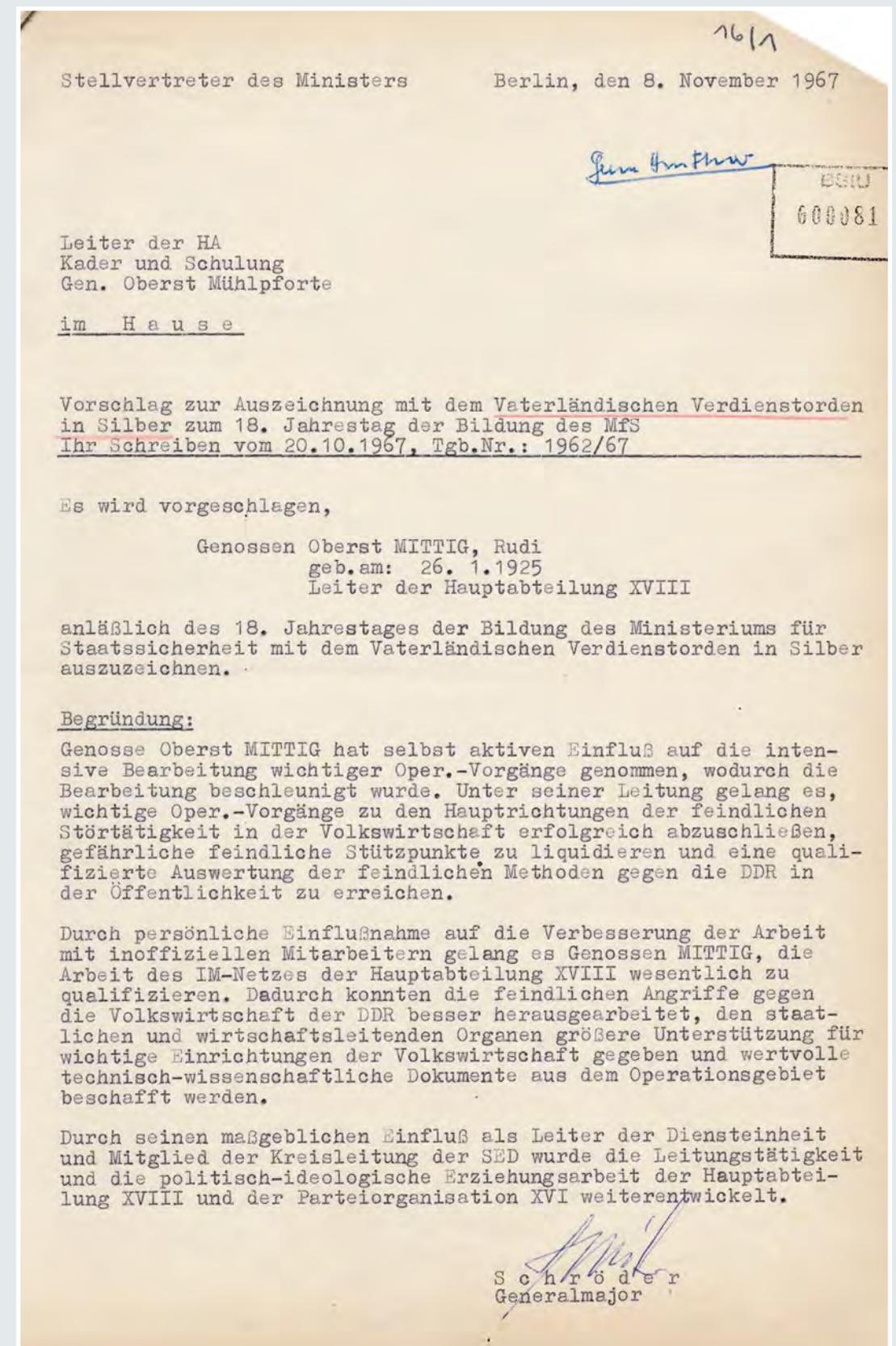
Neben der SED-Kreisleitung saß in Haus 16 noch die Hauptabteilung XVIII, die für die Überwachung der Wirtschaft zuständig war. Sie konzentrierte sich vor allem auf die Bereiche Technik, Wissenschaft, Außenhandel und Rüstungsindustrie. Zu ihren Aufgaben gehörte die Aufklärung gegnerischer Geheimdienste sowie die Abwehrarbeit und der Geheimschutz in Betrieben und staatlichen Institutionen. Dazu bediente sich eines umfassenden Netzes von inoffiziellen Mitarbeitern.



↑ Abb. 134: Generaloberst Rudi Mittig, der vierte Leiter der Hauptabteilung XVIII, stieg 1975 zum Stellvertretenden Minister auf. In seinem Verantwortungsbereich lagen die HA XVIII, aber auch die HA XX – die u. a. für die Verfolgung politischer Gegner des SED-Regimes zuständig war – und die HA XIX, die das Verkehrswesen, die Post und das Nachrichtenwesen überwachte.



↑ Abb. 135: Generalleutnant Alfred Kleine war 1953 in die HA III eingetreten und hatte 1956 die stellvertretende Leitung übernommen. 1964 wurde die HA III in HA XVIII umbenannt. 1974 übernahm Kleine die Leitung der HA und blieb bis zur Auflösung des MfS an ihrer Spitze.



↑ Abb. 136: Beurteilung Rudi Mittigs durch den Stellvertretenden Minister Fritz Schröder 1967. Lobend hervorgehoben wird u. a. seine Beschleunigung von Oper[ativ]-Vorgängen und die Wirtschaftsspionage seiner Abteilung.

2.10 Haus 17 – die Zufahrt zur Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit



↑ **Abb. 137:** Haus 17 – am rechten Rand des Gebäudes die Zufahrt zur MfS-Zentrale vom alten Lichtenberger Friedhof aus fotografiert.

Mit einem viergeschossigen Plattenbau beseitigte das MfS 1979 eine lange bestehende Sicherheitslücke: Das neu errichtete Haus 17 ersetzte die alte Zufahrt mit dem provisorischen Schlagbaum, der das MfS-Gelände bis dahin abgeriegelt hatte. Zuvor war der Innenhof der MfS-Zentrale von der Straße aus gut einsehbar. Die neue Durchfahrt wurde in das Gebäude integriert, indem man auf jeder Seite des Hauses je vier Platten-segmente in den unteren zwei Stockwerken aussparte.

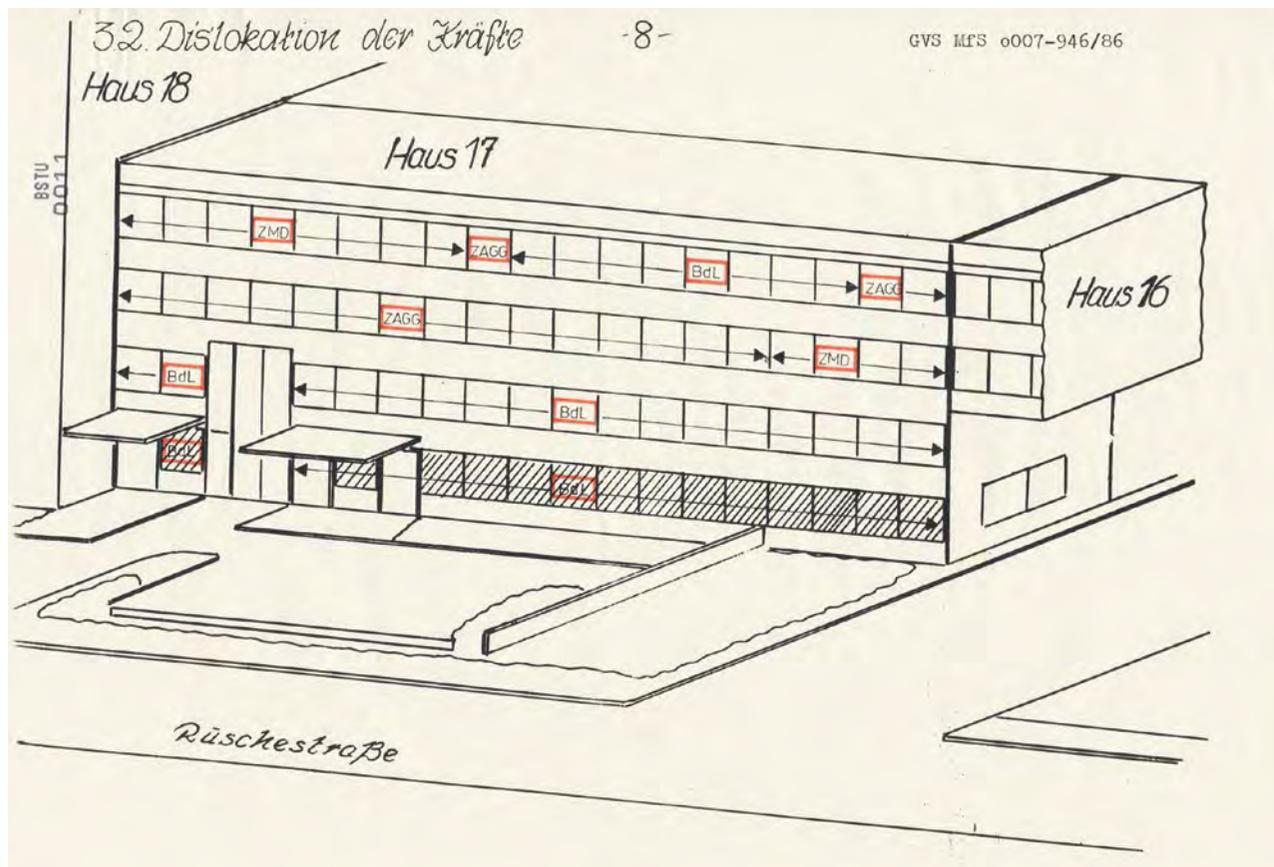
Im Haus 17 wurden die Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnis-schutz und das Büro der Leitung des MfS untergebracht. Das Leitungsbüro war u. a. für die Zugangskontrollen zur MfS-Zentrale verantwortlich und unterhielt dafür eine eigene Wach-truppe. Im Januar 1989 wurde diese in das MfS-Wachregiment Feliks Dzierżyński eingegliedert, das nun den Zugang bewachte. Zwei Eisentore, Kameras, überdimensionierte Schutzgitter vor den Fenstern im Erdgeschoss und eine Spezialverglasung sorgten für zusätzliche Sicherheit.



↑ **Abb. 138:** Haus 17 während der Bauphase vom Hof aus gesehen. Haus 17 verfügte über eine zweite Durchfahrt (hier im Bild), die mit Blech-toren komplett verschlossen und für den Notfall da war. Rechts davon noch die zum Abriss bestimmten Altbauten, die dann Haus 18 wichen. Im Vordergrund die Fundamenteinschalung für den Neubau von Haus 18.

↓ **Abb. 139:** Haus 17 vom Hof aus gesehen. Rechts die MfS-Poliklinik, links das Gebäude der Wachmannschaften.





↑ Abb. 140: Plan zur militärischen Verteidigung für den regelmäßig geübten, jedoch nie eingetretenen Ernstfall. Eingezeichnet sind jeweils die Abteilungen, die hier ihre Büros hatten und ihre Gebäudeabschnitte sichern sollten (BdL – Büro der Leitung, ZAGG – Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz, ZMD – Zentraler Medizinischer Dienst). Der Bereich über der Tordurchfahrt zählte bereits zu Haus 16.



➤ Abb. 141: Neubauten sollten möglichst gut gegen die Umgebung abgeschirmt und gesichert sein. Die Fenster von Haus 17 erhielten im Erdgeschoss Gitter vor den Fenstern und eine Spezialverglasung, die verhinderte, dass man von außen hineinschauen konnte. Die Sichtbleche vor dem Parkplatz sollten verhindern, dass Passanten die Nummernschilder der MfS-Autos lesen konnten.



↑ Abb. 142: Die Torzufahrt zur Staatssicherheitszentrale in den 1980er-Jahren von der Rüschestraße aus aufgenommen. Damit niemand sehen konnte, wer in den Büros im Inneren arbeitete, mussten die Mitarbeiter, wenn sie beim Einsetzen der Dämmerung die Beleuchtung einschalteten, die Fenster mit schwarzen Vorhängen verdunkeln. Um die Lüftung zu gewährleisten, befand sich rechts im Fenster eine Lüftungsklappe, die bei Bedarf geöffnet werden konnte.

2.10.1 Schusswaffeneinsatz und Steinwürfe an der Zufahrt Rüschestraße

Mit dem 1979 fertiggestellten Haus 17 verschloss das MfS die bis dahin nur von einem Schlagbaum abgesperrte breite Zufahrt von der Rüschestraße auf das MfS-Gelände. In der Vergangenheit war es hier zu Zwischenfällen gekommen. So hatte es am 6. Oktober 1962, dem Tag vor dem 12. Gründungsjubiläum der DDR, einen Schusswaffeneinsatz durch einen Wachmann des MfS gegeben.⁴⁷ Verletzt wurde dabei ein Spieler des Fußballklubs Lichtenberg 47, der nach einem Kneipenbesuch auf dem Weg nach Hause war. Schon seit längerer Zeit hatte es Spannungen zwischen dem in der Normannenstraße angesiedelten Sportklub und dem MfS gegeben. Das MfS sah in dem im Wohngebiet seit Langem verankerten Sportklub ein Sicherheitsrisiko und einen Störfaktor. Mit der weiteren Ausbreitung des MfS

⁴⁷ Aktenvermerk v. 14.10.1968; BArch, MfS, AP 5391/69, p. 56 f.; HA II/5/B, [Überprüfungsbericht], 6.10.62 – 4.15 Uhr Zugführer Wache meldet Schusswaffengebrauch gegen einen Provokateur v. 13.5.1965; BArch, MfS, AKK 3203/82, p. 32.

Berlin, 19. 6. 1985

Genosse Generalmajor

BSU
000107

Am 19. 6. 1985 informierte Genosse Beseler, Begleiter des Genossen Minister, daß ab sofort die Abfahrt vom Dienstobjekt des Genossen Minister vorerst nicht mehr über die Normannenstraße - Jacques-Duclos-Straße, sondern über die Ruschestraße - Josef-Orloppstraße - Storkower Straße erfolgt.

Schwientek
Schwientek
Major

*Am 2.7.85 Kupfer erneut geprüft:
w. Kupferung ist wieder geändertes
(Kupfer für Kupfer-Platinen)
2.7.85*

*Oberst Hahn Entz.
z.K.
OSC Zimmermann
z. Koberer*

↑ Abb. 143: Durch die neue Einfahrt bei Haus 17 in der Ruschestraße fuhr auch der Dienstwagen des Ministers aufs MfS-Gelände.

fühlten sich die Fußballer ihrerseits zunehmend als kickende Underdogs, die man loswerden wollte. Das Wort vom „Fußball auf dem Hinterhof der Stasi“ machte die Runde. 1977 hieß es in einem Perspektivplan des MfS dazu: „Die Existenz eines öffentlichen Sportplatzes mit Punktspielbetrieb neben bzw. zwischen Dienstobjekten des MfS ist ein nicht länger vertretbarer Faktor und verhindert die Schaffung eines in sich geschlossenen Dienstobjektes.“⁴⁸ Seitdem bemühte sich das MfS nach Kräften, das Stadion an einen anderen Ort zu verlagern. Dass es nicht mehr dazu kam bzw. die Verlagerung des Stadions erst für das Jahr 1990 eingeplant werden konnte, lag an den volkswirtschaftlichen Engpässen in der DDR, deren Ende schließlich den Klub rettete.

Am 15. Januar 1990 forderten mehrere Tausend Menschen vor diesem Tor ein Ende von Repression und Überwachung. Die folgende Besetzung des Geländes durch die Demonstrantinnen und Demonstranten besiegelte das Ende des Staatssicherheitsdienstes der DDR.

Heute hat die Robert-Havemann-Gesellschaft mit dem Archiv der DDR-Opposition hier ihren Sitz.

Büro der Leitung
Referat III

Berlin, den 11. 5. 1965

027

BSU
0028

B e r i c h t

Anfang Sommer 1962 wurde ich während des Dienstes in der Nacht 03.00 Uhr von der Schwester [REDACTED] aus der Klinik angerufen und sie teilte mir mit, daß von einem Genossen des Wachregiments geschossen wurde.

Es würde eine Person an der Einfahrt Ruschestraße liegen und mächtig schreien.

Ich begab mich sofort mit dem Gen. Fw. [REDACTED], und zwei weiteren Genossen des Büros der Leitung deren Namen mir nicht mehr im Gedächtnis sind, zum Tatort. Eine genaue Überprüfung ergab, daß es sich um den Bürger [REDACTED], geboren am [REDACTED], wohnhaft in Berlin-Lichtenberg, [REDACTED] handelte.

Der o. g. Bürger befand sich in einem stark angetrunkenen Zustand. Kurze Zeit vorher wurde vom Posten des Wachregiments das Tor zur Einfahrt Ruschestraße geöffnet, um den Milchwagen, der täglich in der Nacht die Milch anliefern, passieren zu lassen.

Der Bürger [REDACTED] lief im Abstand von 50 m den Milchwagen nach, wahrscheinlich in der Annahme, daß er sich auf der Normannenstraße befindet. Er wurde vom Posten des WR angerufen, stehen-zubleiben, worauf er aber nicht reagierte. Daraufhin wurde er vom Posten angeschossen.

Der o. g. Bürger wurde von mir und den drei anderen Genossen sofort von uns in die Klinik gebracht.

Auf dem Transport vom Tor zur Klinik schrie er so laut, daß alle Patienten der Klinik wach wurden und aus dem Fenster sahen. Dabei gebrauchte er solche Ausdrücke wie: Walter Ulbricht du verlierst einen deutschen Arbeitersohn und der Feind steht in den eigenen Reihen. Er gebrauchte noch andere Ausdrücke, die mir aber heute nicht mehr im Gedächtnis sind.

In der Klinik erhielt er von der Schwester [REDACTED] und dem anwesenden Bereitschaftsarzt sofort die Erste Hilfe. Es stellte sich heraus, daß es sich um einen Durchschuß im Gesäß handelte.

Nach der E teilung der Ersten Hilfe, wo sich der Patient außer Lebensgefahr befand, wurde er in das Städtische Oskar-Ziethen-Krankenhaus, Bln.-Lichtenberg zur weiteren Behandlung überführt. Anschließend wurde von mir ein genauer Tatsachenbericht angefertigt und der Referatsleitung zugeleitet.

- 2 -

↑ Abb. 144 a: Schusswaffeneinsatz am Tor: Ein Spieler des Fußballclubs Lichtenberg 47 wurde auf dem Heimweg angeschossen und anschließend unter Androhung von Strafe zum Schweigen verpflichtet. Die Drohung half nicht viel: Bald machte die Geschichte vom Schusswaffeneinsatz im Vereinsheim des Clubs die Runde. Der Spieler geriet nach starkem Alkoholgenuss im Laufe der Jahre immer wieder mit den Posten des Wachregiments (WR) aneinander. Zum ersten Vorfall war es 1962 gekommen. Beim Streit mit den Wachen im Jahr 1965 bezog sich der Fußballer auf die Auseinandersetzung drei Jahre zuvor, die nun MfS-intern noch einmal rekonstruiert wurde. Die Abkürzung Fw. im Bericht steht für Feldweibel.

In der nachfolgenden Zeit traten solche Erscheinungen zu Tage, daß Jugendliche die Einlaßposten des Wachregiments, speziell in der Einfahrt Ruschestraße belästigten.

Sie brachten sinngemäß zum Ausdruck:
"Ihr habt weiter nichts zu tun wie Leute um zu schießen, Geht arbeiten usw."

Weiterhin wurden die Posten durch Steinwürfe belästigt, die von der Friedhofsseite in der Ruschestraße aus geworfen wurden.
Das ging soweit, daß sich die Kommandoleitung vom WR gezwungen sah, diese Genossen mit Stahlhelm auf Posten ziehenzulassen.

Fischer
Fischer
Unterleutnant

↑ Abb. 144b

Am 9.5.65 gegen 22.00 Uhr wurde in der Toreinfahrt Normannenstr der Bürger

017
BSTU
0018

geb. am [redacted] in Berlin
wh.: Rüdigerstr. [redacted]

durch Uffz. [redacted] und Uffz. [redacted] der Wache zugeführt.

Begründung:

Gegen 21.45 Uhr hielt sich der obengenannte Bürger beim MfS - Toreinfahrt Normannenstr. auf und zwang dem Posten ein Gespräch auf.
Da der Aufenthalt dort verboten ist, forderte der Uffz. [redacted] den Bürger auf, weiterzugehen.
Er antwortete, daß er weitergeht, wenn es ihm paßt und verlangte vom Uffz. [redacted], er solle ihn aufklären, warum er hier nicht stehen darf.
Uffz. [redacted] forderte ihn nochmals höflich auf, weiterzugehen, da sonst Gewalt angewendet wird. Inzwischen ging ein Posten Verstärkung holen. Daraufhin kam Uffz. [redacted] und fragte ihn, was er wolle. Er antwortete "nichts".
Uffz. forderte ihn nochmals höflich auf, weiterzugehen. Darauf fing er an, in beleidigender Form zu schimpfen.
Er sagte u.a.:
ich dachte, ich bin bei Soldaten unter Menschen, aber es sind alles nur Tiere, denn ich bin bei Euch schon einmal angeschossen worden. Kauft Euch lieber ein gutes Bier mit einer großen Blume und hängt das Kim hinein, damit Ihr auch so ein "Regierungsbürtchen" bekommt.
Nach weiterer Aufforderung ging er langsam in Richtung Magdalenenstraße weiter. Im Gehen rief er "Ihr Affen, wenn Ihr mich auch einsperret, klein kriegt Ihr mich doch nicht. - Ich weiß schon, wer meinen Vater erschossen hat und heute flaggt und feiert ihr ihn."
Daraufhin haben wir ihn der Wache überführt.
Der obengenannte Bürger leistete keinen Widerstand. Er war im angetrunkenen Zustand, worauf sein Äußeres jedoch nicht schließen ließ. Seine letzten beleidigenden Äußerungen machte er in ca. 15 - 20 m von der Toreinfahrt entfernt. Zivilpersonen waren nicht zugegen.

[redacted] Uffz. [redacted] Uffz.

↑ Abb. 145: Der im Oktober von der Wache angeschossene Spieler von Lichtenberg 47 ließ sich auch in den darauffolgenden Jahren nicht davon abhalten, seine Meinung offen zu äußern (vgl. BArch, MfS, AKK 3203/82, p. 18). 1965 wurde er an der Zufahrt zur MfS-Zentrale abermals festgenommen und „von einem Mitarbeiter der HA IX vernommen“. Minister Mielke, seine Stellvertreter Beater und Schröder sowie sein enger Vertrauter Generalmajor Alfred Scholz wurden umgehend informiert. Damit die Sache keine weiteren Kreise zog und um die Gefahr zu bannen, dass der Schusswaffeneinsatz von 1962 bei einem möglichen Gerichtsverfahren zur Sprache kommen würde, beschloss man, den Delinquenten wieder nach Hause zu entlassen (vgl. Auszug aus Meldungen der Außenwache v. 9.5.1965; BArch, MfS, AKK 3203/82, p. 13).

Am 7. Oktober 1968, abermals am „Republikgeburtstag“, nahmen die Posten in der Ruschestraße den inzwischen hinlänglich bekannten Spieler von Lichtenberg 47 und einen Begleiter nach einer verbalen „Provokation“ erneut fest (Bericht über Vorkommnis im Postenbereich v. 7.10.1968; BArch, MfS, AP 5391/69, p. 4). Er wurde abermals stillschweigend entlassen; gegen seinen Begleiter wurden „geeignete Maßnahmen eingeleitet“. Die Abteilung Inneres des Stadtbezirkes Lichtenberg erhielt den Auftrag, gegen ihn „ein Ermittlungsverfahren wegen Arbeitsbummelei [...] zu erwirken“ (Aktenvermerk v. 11.10.1968, a. a. O., p. 55).

2.10.2 Die Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz in Haus 17

Die wohl wichtigste in Haus 17 ansässige Abteilung war die Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz unter der Leitung von Oberst Werner Schröder. Geheimnisschutz, wie er in der DDR betrieben wurde, betraf nicht nur die Ministerien und staatliche Institutionen. Er erstreckte sich auch weite Teile der Gesellschaft. Selbst in nachgeordneten staatlichen Dienststellen, in den Kommunalverwaltungen, an Hochschulen und in den Betrieben gab es Beauftragte für Geheimnisschutz, die intern von der Staatssicherheit auf ihre Zuverlässigkeit überprüft wurden. Dass alle Geheimschutzregeln eingehalten wurden und nichts, was nicht dafür bestimmt war, an die Öffentlichkeit gelangte, darüber wachte dieser Bereich der Staatsicherheit. Viele Informationen – selbst Daten zum Umweltschutz – wurden in der DDR als geheimschutzwürdig klassifiziert und die entsprechenden Unterlagen zu Vertraulichen oder Geheimen Verschlusssachen erklärt.



↑ Abb. 146: Oberst Werner Schröder, Leiter der Zentralen Arbeitsgruppe Geheimnisschutz (ZAGG) von 1975 bis 1989. Schröder wurde 1950 beim MfS eingestellt und war 1951 Kursant, ab 1952 Lehrer an der Juristischen Hochschule (JHS) des MfS in Potsdam. 1958 wurde er zur HA V, der späteren HA XX versetzt und war dort ab 1959 Abteilungsleiter. 1969 Abschluss als Dipl.-Jurist an der JHS, 1970 zum stellvertretenden Leiter der ZAGG ernannt.

24 36/1

Akte BStU
000094

Vorschlag

zur Auszeichnung - verdienster Mitarbeiter -

Ernennung/Beförderung zum Dienstgrad } 1* Ernennung in die Dienststellung } 1*
Auszeichnung mit der/dem } Einstufung in die Vergütungsstufe / M }

des Oberst Schröder, Werner

Dienstgrad, Name, Vorname Personenkennzahl

Dienstseinheit ZAG-G
HA/Abt./Ref. - BV/Abt./KD

Dienststellung/Tätigkeitsbezeichnung Leiter der ZAG-G seit 01.05.75

Dienstgrad lt. Stellenplan _____ jetziger Dienstgrad seit 01.10.73

Verg.-St. lt. Stellenplan _____ / _____ M jetzige VS XXII / 2.150,- M seit 01.05.75

MfS seit 01.01.1950 Dienstalter Jan. 1950
Monat/Jahr

Parteizugehörigkeit seit 1945

Alle bisher erhaltenen Auszeichnungen (außer MftrD)
Weiche, wann

08.02.55	Ehrenzeichen VP	08.02.75	Ehrenurk. 25j. Dienstzeit und Ehrengeschenk
07.10.57	VM NVA/Bronze	31.01.75	Jubiläumsabz. "50 Jahre Tscheka"
07.10.59	" " /Silber	01.07.75	VM MdI/Gold
07.10.60	VM DDR	07.10.75	Kampforden/Silber
07.10.62	VM NVA/Gold	08.02.77	Med. Waffenbrüderschaft/gold
09.11.65	Med. f. vorbildl. Grenzdienst		
07.10.66	Vaterl. Verdienstorden/Br.		
01.10.68	Art.-Becker-Med./Gold		
30.06.72	Ehrennadel DSF/Gold		

Letzte Prämie 02.05.67 / 500,- Mark
Wann, Höhe

Auf Richtigkeit geprüft in Abt./Ref. Kader bzw. Abt. KuS Kilo Helmu
Dienstgrad, Name, Unterschrift

Begründung

Genosse Oberst Schröder hat sich in seiner langjährigen tschekistischen Tätigkeit hohe Verdienste im Kampf gegen den Feind und bei der Festigung der DDR erworben. Besondere Anerkennung findet dabei die weitere Vervollkommnung des Systems des Geheimnisschutzes in der DDR, an der Gen. Oberst Schröder einen bedeutenden Anteil hat.

Hohe Anerkennung hat die von Genossen Oberst Schröder geleistete Zusammenarbeit mit den sowjetischen Freunden auf dem Gebiet des Geheimnisschutzes gefunden. Besonders die Aktion "Raduga" hat die hohe Wirksamkeit des Systems des Geheimnisschutzes bewiesen.

Als langjähriges Parteimitglied und treuer Freund der Sowjetunion hat Genosse Oberst Schröder einen bedeutenden Beitrag zum Schutz von Staats- und Dienstgeheimnissen in der DDR und zur weiteren Entwicklung der revolutionären Massenwachsamkeit geleistet, der mit der Verleihung des Ehrentitels "Verdienster Mitarbeiter der Staatssicherheit" gewürdigt wird.

Berlin, den 11. Januar 78 mitig Leiter
Dienststellung, Dienstgrad, Unterschrift

1* Zutreffendes eintragen

O 768 1070 180.0

↑ Abb. 147: Schröders „hohe Verdienste im Kampf gegen den Feind“ trugen ihm eine Vielzahl von Auszeichnungen ein wie verschiedene Verdienstmedaillen (VM), die Medaille für vorbildlichen Grenzdienst, die Artur-Becker-Medaille der FDJ usw. (Medaille für treue Dienste, DSF – Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft).

MINISTERRAT DER DEUTSCHEN DEMOKRatischen REPUBLIK

Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen
Der Minister

Ministerrat der DDR
Ministerium für Staatssicherheit
Genossen Minister
Generaloberst Erich Mielke

113 Berlin
Normannenstraße 22

BStU
000091

VME/377/76
25. MRZ. 1976

102 BERLIN, den 23. 3. 76
Marx-Engels-Platz 2
Telefon: 209 / _____
AZ.:

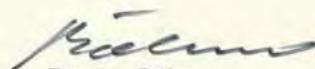
Sehr geehrter Genosse Generaloberst Mielke!

In Realisierung meiner Anweisung über die weitere Durchführung von Lehrveranstaltungen auf dem Gebiet des Geheimnisschutzes und der Prinzipien der Schutzrechtspolitik der DDR in den Grundstudien- und Fachrichtungen der Universitäten, Hoch- und Fachschulen wurden in bisher vier Lehrgängen 129 Lehrbeauftragte ausgebildet, denen die Durchführung der Lehrveranstaltungen auf diesem Gebiet obliegt. Im Zusammenhang damit sowie weiteren erfolgreich durchgeführten Weiterbildungsveranstaltungen für die Absolventen der ersten Lehrgänge beabsichtige ich, das Kollektiv der Organisatoren und Referenten mit einer Geldprämie auszuzeichnen.

Aus Ihrem Ministerium ist der Genosse Oberst Schröder ständig an der Vorbereitung und Durchführung dieser Lehrgänge mit Vorträgen, Kolloquien und inhaltlichen Hinweisen beteiligt gewesen.

Ich bitte Sie, der Auszeichnung des Genossen Oberst Schröder zuzustimmen.

Mit sozialistischem Gruß


Prof. Böhme

2.11 Haus 18 – der Dienstleistungs- und Versorgungstrakt



↑ Abb. 149: Haus 18 – Rückwärtige Fassade des Dienstleistungs- und Versorgungskomplexes in den 1980er-Jahren.

Das im Jahre 1982 eröffnete Haus 18 bot als Dienstleistungseinrichtung den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der MfS-Zentrale eine optimale Versorgung. Im Gebäude gab es drei Speisesäle, eine Kaufhalle, einen Friseur, einen Buchladen und ein Reisebüro. Diese Angebote ermöglichten nicht zuletzt eine noch bessere Abschottung, weil das Personal angehalten werden konnte, die MfS-Zentrale während der Arbeitstage nicht ohne Dienstauftrag zu verlassen. Zudem beherbergte das Haus ein Konferenzzentrum mit mehreren Sälen und ein Kino. Hier fanden politische Schulungen, dienstliche Tagungen und Festveranstaltungen, vor allem anlässlich der zahlreichen Ordensverleihungen, statt.

↑ Abb. 148: Enge Verzahnung von staatlichen Einrichtungen und Universitäten mit dem Ministerium für Staatssicherheit beim Geheimnisschutz.

Bis 1979 hatten hier drei vom Bauhausarchitekten Bruno Taut entworfene Wohnhäuser und eine neuapostolische Kirche gestanden. Anfang 1979 sperrte das MfS die Normannenstraße für die Öffentlichkeit. Errichtet wurde eine mit Wachposten gesicherte Betonmauer, zur Ruschestraße hin versperrte ein zwei Meter hohes Metalltor die Sicht. Nur ein Fußweg am Stadion entlang blieb passierbar. Sperrgitter sorgten dafür, dass niemand auf den Gehweg fahren konnte. Die Normannenstraße blieb bis Ende 1989 Teil des Sperrgebietes. Als am 15. Januar 1990 Demonstrierende die MfS-Zentrale stürmten, besetzten sie zuerst Haus 18. Die Bilder der Demonstrierenden, die ungläubig den Luxus in Haus 22 bestaunten, gingen um die Welt.



↑ **Abb. 150:** Der Dienstleistungs- und Versorgungstrakt mit der abgesperrten Normannenstraße Anfang der 1980er-Jahre. Auf dem stillgelegten Teil der Straße stellte das MfS seine Autos ab.



↑ **Abb. 151:** Der Dienstleistungs- und Versorgungstrakt mit der Brücke zum ehemaligen Finanzamt (Haus 2). Das Foto entstand auf dem abgesperrten und als Innenhof genutzten Abschnitt der Normannenstraße. Wer in das Innere der MfS-Zentrale wollte, musste eine doppelte Zugangskontrolle passieren: Das erste Tor befand sich an der neu errichteten Außenmauer. Das Foto zeigt das zweite Tor zum Innenbereich der MfS-Zentrale.



↑ **Abb. 152:** „Baufeldfreimachung“ für die Errichtung von Haus 18: Die Wohnhäuser von Bruno Taut in der Normannenstraße kurz vor ihrer Sprengung durch das MfS am 30. Januar 1979.



↑ **Abb. 153:** Die neuapostolische Kirche in der Normannenstraße. Vor der Sprengung wurden Erdwälle an den Außenwänden aufgeschüttet. Die Kirche erhielt einen Ersatzneubau am Münsterlandplatz in Berlin-Lichtenberg.



↑ **Abb. 154:** Ladenseite in Haus 18. Dort gab es u. a. mehrere Speise- und Konferenzsäle, einen Friseur, eine „Verkaufsstelle für Waren des täglichen Bedarfs“, eine Buchhandlung „insbesondere für gesellschaftswissenschaftliche Literatur und spezielle Belletristik“, eine „Blumenstelle“, eine Wäscheannahme und ein Veranstaltungs- und Konzertbüro (vgl. dazu BdL, Abt. 4, Information v. 15.7.1986 und VRD, Aufstellung zu den Einrichtungen in Haus 18, o. D.; BArch, MfS, BdL 2474, p. 25, 74).



↑ **Abb. 155:** Foyer im Haus 18 mit der von dem Magdeburger Künstler Richard Wilhelm gestaltete Buntglaswand „Revolution. Frieden unserem Erdenrund“. Wilhelm hatte auch die „Glasblume“ im Palast der Republik in Berlin-Mitte geschaffen.

↓ **Abb. 156:** Politisch-ideologische Indoktrination: Parteilehrjahr zum gemeinsamen Studium des Marxismus-Leninismus mit der MfS-Führung in Haus 18. Der in der Losung an der Wand erwähnte XI. Parteitag der SED fand im April 1986 statt.



↑ **Abb. 157:** Tagung der MfS-internen Kreisorganisation der Freien Deutschen Jugend mit Minister Mielke in Haus 18 im Jahre 1984.

FDJ-Kreisleitung
Sekretariat

Berlin, 6. November 1986

BStU
090268

Verwaltung Rückwärtige Dienste
Leiter
Genossen Generalmajor Müller

*Gen. Oberst W. Müller
- am 10. 11. 86
mit p. Langen in der Bz
deswegen - a. n. n. n.*

11 NOV 1986

Wertes Genosse Müller!

Am 21. 10. 1986 bestätigte das Sekretariat der SED-Kreisleitung die Durchführung der 20. Kreisdelegiertenkonferenz der FDJ-Kreisorganisation am 7. März 1987.

Ich bitte Sie, daß Sie uns bei der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz erneut unterstützen. Günstig wäre es, wenn Sie uns einen Mitarbeiter Ihrer Dienststelle benennen würden, mit dem wir alle Fragen der Konferenzvorbereitung unmittelbar beraten könnten.

Wir bitten Sie insbesondere bei folgenden Fragen um Unterstützung:

- Unterstützung bei der Ausstellung zu Ergebnissen im "FDJ-Auftrag XI. Parteitag der SED" sowie einer Exponatenschau im Rahmen der FDJ-Initiative "Neuerer talent - XI. Parteitag" in Vorbereitung und Durchführung der Konferenz vom 6. 3. bis 10. 3. 1987 im Haus 18, Raum 261;
- der Bereitstellung von Ausgestaltungselementen (Aufsteller);
- der Gewährleistung der Dekoration und den Aufbau der Ausstellung durch Mitarbeiter der Abteilung Bauwesen;
- der Bereitstellung und Ausgestaltung der Räumlichkeiten für die Konferenz (Konferenzsaal, Räume 253 und 163, 1. und 3. Obergeschoß);
- der Sicherung der Versorgung der Delegierten und Gäste sowie der Org.- und Einsatzkräfte;
- der Anfertigung notwendiger Dokumente und Unterlagen in Vorbereitung der 20. Kreisdelegiertenkonferenz durch die Druckerei der VRD;

↑ Abb. 158: Vorbereitungen zur Kreisdelegiertenkonferenz der FDJ im MfS, die im März 1987 stattfand.



↑ Abb. 159: Veranstaltung anlässlich der Verabschiedung von Spionagechef Markus Wolf in Haus 18 mit sowjetischen Geheimdienstoffizieren 1986. Links neben (dem stehenden) Leiter der HV A Minister Erich Mielke. Wolf hatte, als er 60 wurde, Erich Mielke um seine Entpflichtung ersucht, um sich ganz seinem Buchprojekt „Die Trojka“ widmen zu können. Im Alter von 63 durfte er schließlich ausscheiden, blieb aber weiterhin Mitarbeiter des MfS. Er erhielt den Auftrag, die Geschichte der „Auslandsaufklärung“ zu schreiben. Zu seinem Ausscheiden und den tatsächlichen und den später kolportierten Gründen äußerte sich Markus Wolf später in „Spionage-Chef im kalten Krieg. Erinnerungen“ (München 1997). Der 16 Jahre ältere Erich Mielke verharrte hingegen weiter in seinem Amt. Fortan hieß es unter den jüngeren Offizieren hinter vorgehaltener Hand in der MfS-Zentrale: „Die Alten gehen, die ganz Alten bleiben“ (Zeitzeugeninterview mit Manfred Becker am 15.5.2005; leicht abgewandelt auch „Die Alten müssen gehen, der Älteste bleibt“, vgl. Karl-Heinz Arnold: Schild und Schwert. Das Ende von Stasi und Nazi. Berlin 1995, S. 53).



↑ Abb. 160: Minister Mielke und Heinz Engelhardt, einer seiner späteren (kurzzeitigen) Nachfolger. Engelhardt leitete von Dezember 1989 bis Januar 1990 die als letzten Rettungsversuch in „Amt für Verfassungsschutz der DDR“ umbenannte Staatssicherheit. Hier übergibt Mielke Engelhardt in Haus 18 am 8. Februar 1985 anlässlich des 35. Jahrestages der MfS-Gründung eine Auszeichnung.

Büro der Leitung
Abteilung 4

Berlin, 15. 7. 1986

ms.

BStU
000025

Information

Am 15. 7. 1986, 09.00 Uhr fand eine Absprache/Besichtigung vor Ort im Haus 18, 2. OG/Öffentlichkeitsbereich zur Errichtung einer Ausstellung über das künstlerische Volksschaffen der Angehörigen des MfS statt.

Teilnehmer: Genosse OSL Kritte, SED-KL
Genosse Major Gorgas, VRD/OV I
Genosse Olt. Rosenthal, VRD,OV I
Genosse OSL Schmidt, BdL/Abt. 5
Genosse Hptm. Stengel, BdL/Abt. 5
Genosse OSL Zimmermann, BdL/Abt. 4
Genosse Ofw. Schaller, BdL/Abt. 4

Genosse OSL Kritte informierte darüber, daß auf der Grundlage eines Beschlusses des Sekretariats der SED-Kreisleitung vom Juni 1986 es darum geht, die Ergebnisse im künstlerischen Volksschaffen der Angehörigen des MfS den Angehörigen des MfS insgesamt mehr zu zeigen.

Festgelegt wurde:

1. Die Ausstellung wird im Haus 18, 2. OG/Öffentlichkeitsbereich zwischen Betriebsbuchhandlung und Friseur (Rückseite der Blumenstelle) errichtet.
2. Seitens der VRD/OV I wird eine Voraussetzung im Bereich des Zuganges zur Kaufhalle geschaffen, damit Bilder, Wandteppiche u. a. m. an der rechten Wand in Richtung Kaufhalle ausgestellt werden können (Aufhängung an der Decke ca. 5 cm von der Wand entfernt).

Durch diese Festlegungen wurde Einstimmigkeit darüber erzielt, daß es dadurch zu keinen wesentlichen Einschränkungen im Personenverkehr im Haus 18, 2. OG/Öffentlichkeitsbereich kommt.

Zimmermann
Zimmermann
Oberstleutnant

*Verkehr: Was
Raf. S*

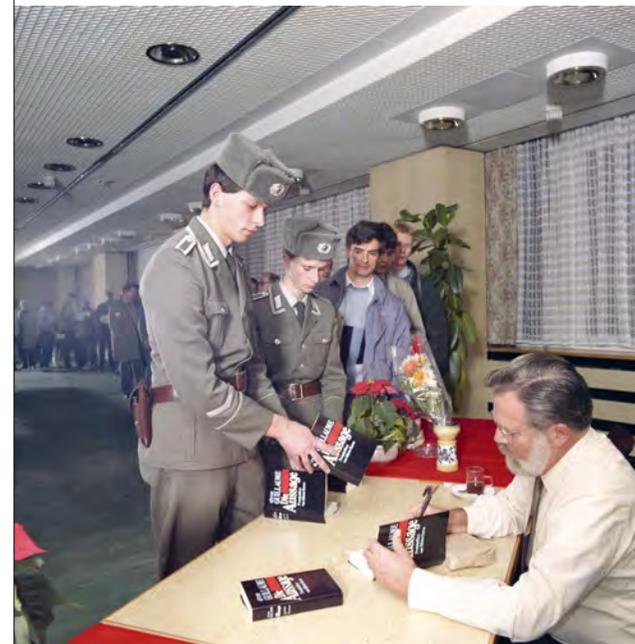
↑ Abb. 161: Ausstellung zum „künstlerischen Volksschaffen“ in Haus 18 mit dem Ziel, „die Ergebnisse im künstlerischen Volksschaffen der Angehörigen des MfS den Angehörigen des MfS insgesamt mehr zu zeigen“. Dazu zählten „Bilder, Wandteppiche u. a. m.“. Die Abkürzungen für die Offiziersränge der Teilnehmer lösen sich folgendermaßen auf: OSL – Oberstleutnant, Olt. – Oberleutnant, Hptm. – Hauptmann und Ofw. – Oberfeldwebel; OV bedeutete Objektverwaltung.



↑ **Abb. 162:** Selbstdarstellung und Traditionspflege: Ankündigung der Präsentation des Buches von Günter Guillaume im Jahr 1988 in Haus 18. Günter Guillaume war im Jahr 1956 von der HV A als Agent in die Bundesrepublik eingeschleust und dort unter dem Decknamen „Hansen“ geführt worden. Von 1972 bis 1974 arbeitete er Bonn als persönlicher Referent von Bundeskanzler Willy Brandt. Die Zahl der Informationen, die Guillaume lieferte, war vergleichsweise gering und auch ihr nachrichtendienstlicher Wert nur durchschnittlich. Unter dem Decknamen „Hansen“ gingen zwischen Juli 1969 und April 1974 nur 24 Berichte und Dokumente ein, also 5 Berichte pro Jahr. Die Hälfte der registrierten Informationen betrafen SPD-Parteiinternas. Ein knappes Viertel widmete sich Gewerkschaftsfragen. Nur ein gutes Viertel befasste sich mit der Politik der Regierung Brandt. Der geringe Wert der Quelle „Hansen“ zeigt sich auch darin, dass die HV A von 19 benoteten Informationen 14 mit „3“ („mittlerer Wert“) bewertete. Nur fünf erhielten die Note „2“ („wertvoll“), keine wurde als „sehr wertvoll“ eingestuft (vgl. Stephan Konopatzky: Möglichkeiten und Grenzen der SIRA-Datenbanken; die Beispiele Günter Guillaume und Werner Stiller. In: Georg Herbstritt/Helmut Müller-Enbergs: Das Gesicht dem Westen zu DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Bremen 2003, S. 112–132).

↓ **Abb. 163:** Günter Guillaume am Rednerpult. Links neben ihm der neue Leiter der HV A, Werner Großmann. Guillaume war 1974 enttarnt und verhaftet worden. Seine Verhaftung deckte einen der spektakulärsten Spionagefälle in der Geschichte der Bundesrepublik auf und lieferte den Anlass für den Rücktritt von Brandt. 1975 verurteilte ihn das Oberlandesgericht Düsseldorf zu 13 Jahren Haft wegen vorsätzlichen Landesverrats. 1981 kehrte Guillaume im Rahmen eines Agentenaustauschs in die DDR zurück, wo er als „Kundschafter des Friedens“ gefeiert wurde und wie hier auf MfS-Veranstaltungen als Stargast auftrat.

Die Ironie der Geschichte war, dass ausgerechnet der Bundeskanzler, der erstmals für eine politische Öffnung zur DDR gesorgt hatte, von einem DDR-Spion, der noch dazu keine besonders wertvollen Informationen geliefert hatte, gestürzt worden war. Dies implizierte die Frage, warum die Hauptverwaltung A unter ihrem Chef Markus Wolf den Agenten nicht beizeiten abgezogen hatte.



↑ **Abb. 164:** Signierstunde mit dem „Kundschafter des Friedens“ Günter Guillaume in Haus 18.

3. Gotlindestraße und Magdalenenstraße – die Außenbereiche der MfS-Zentrale

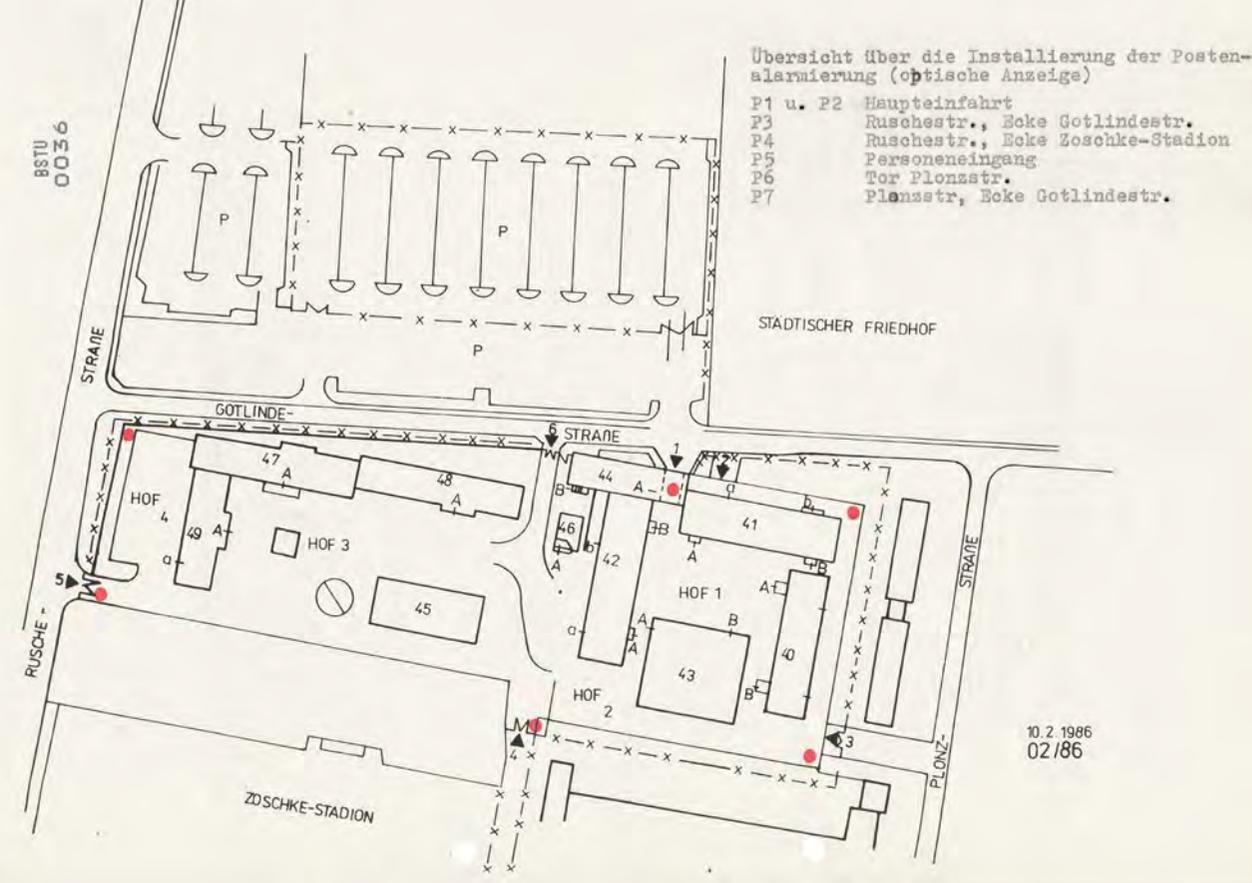
3.1 Das Teilobjekt Gotlindestraße



↑ **Abb. 165:** Hinter dem winterlichen Hans-Zoschke-Stadion das Objekt Gotlindestraße, vorn im Bild der Dienstleistungs- und Versorgungstrakt in der Normannenstraße. Der Weg neben dem Stadion diente als Verbindung zwischen beiden Komplexen und hieß intern „Offiziersrennbahn“. Nach den Planungen sollte auch das Stadion verschwinden. Das MfS wollte hier nach 1990 Anlagen für den Dienstsport und die Schießausbildung bauen.

Seit 1950 breitete sich das MfS rund um die Normannenstraße stetig aus. Da der geheimpolizeiliche Apparat immer mehr Mitarbeiter beschäftigte, neue Aufgaben übernahm und sich auch technisch modernisierte, wuchs der Bedarf an immer neuen Dienstgebäuden. Ab 1975 entstand das Teilobjekt Gotlindestraße nördlich des Hans-Zoschke-Stadions. Das Objekt erstreckte sich von der Rusche- bis zur Plonzstraße und war – obwohl etwas abgelegen vom Hauptkomplex – ein integraler Bestandteil der MfS-Zentrale.

Der Bau des Teilobjektes Gotlindestraße erfolgt in zwei Stufen. Ab 1975 entstanden zunächst drei neue Dienstgebäude, die Häuser 40 bis 42, im Erweiterungsgebiet an der Plonzstraße. Das wichtigste Objekt war das 1979 übergebene, quadratische Nachrichtenfunktionsgebäude, das Haus 43. Drei weithin sichtbare Antennenmasten zeugten von der Bedeutung, die dem fünfgeschossigen Nachrichtenwürfel zukam. Von hier aus organi-



↑ Abb. 166: Plan des Teilobjektes Gotlindestraße mit den dort errichteten Häusern 40–49.

sierte die Abteilung N die Informationsübermittlung zwischen der MfS-Zentrale und den Dienststellen in der DDR. Gleichzeitig unterhielten Techniker der Abteilung N von hier aus das Telefonnetz der „geheimen Regierungsverbindungen“ des Ministerrates und anderer Regierungsstellen der DDR. Die Verschlüsselung erfolgte auf der Basis einer sowjetischen Technik: Moskau hatte, als es den technischen Betrieb in die Hände der DDR gab, darauf bestanden, dass das System von MfS-Mitarbeitern betrieben wurde.⁴⁹

Ab 1985 baute das MfS an den „Nachrichtenwürfel“ angrenzend in der Ruschestraße drei Bürohäuser in Plattenbauweise, die Häuser 47 bis 49. Hier kamen die zentrale Personalabteilung des MfS (Hauptabteilung Kader und Schulung) und die Abteilung M (Postkontrolle) unter. Letztere überwachte den allgemeinen Briefverkehr, indem sie sowohl stichprobenmäßig als auch gezielt Briefe abhing und konspirativ öffnete.

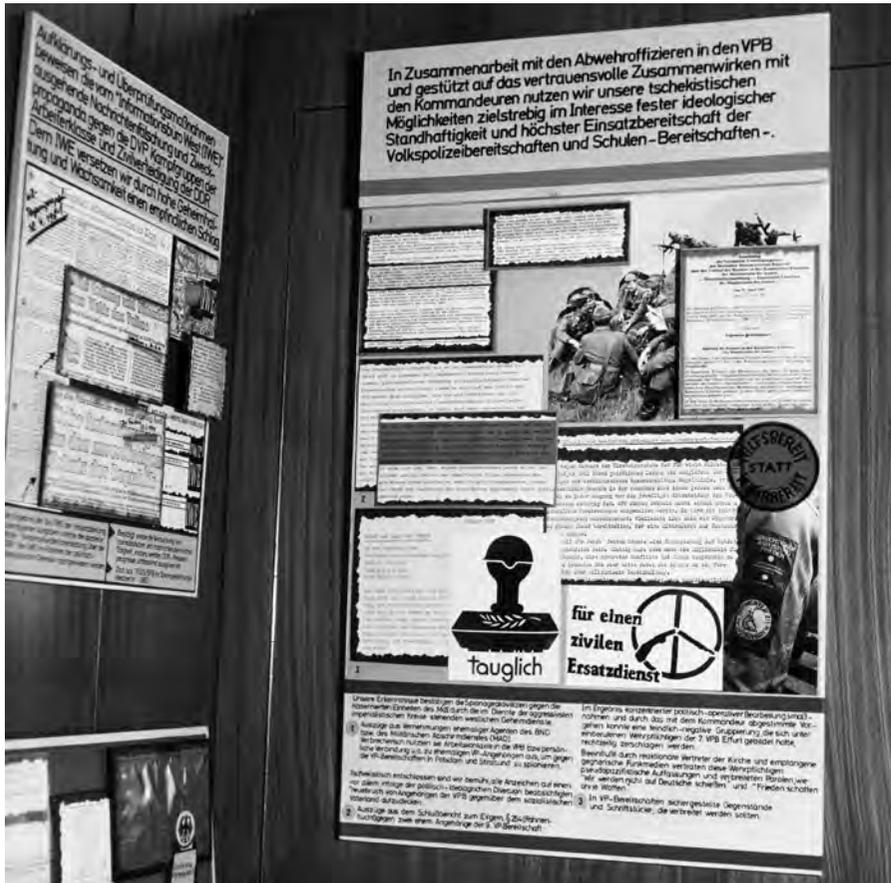
⁴⁹ Im Jahre 1973 hatte die sowjetische Seite den Betrieb der WTSch-Technik auf dem Gebiet der DDR, für den bislang sowjetische Spezialisten verantwortlich zeichneten, an die DDR übertragen. WTSch war ein geschütztes Trägerfrequenz-System zur verschlüsselten Nachrichtenübermittlung im Ostblock.



↑ Abb. 167: Blick von Nord nach Süd auf den ersten Bauabschnitt des Sperrgebietes Gotlindestraße von 1975–1979. Vorn das Haus 41 (heute Bundesverwaltungsamt), rechts das Haus 42 (heute Agentur für Arbeit), links das Haus 40. In der Mitte das Nachrichtenfunktionsgebäude Haus 43. In Haus 41 und 42 befand sich u. a. die Abteilung Finanzen. Hier gab es auch eine eigene Sparkasse für die MfS-Mitarbeiter. Von Haus 41 aus operierte unter der Chiffre „Quelle 30“ ein Sonderstab der Hauptabteilung III (Funkaufklärung und Funkabwehr). Der Stab zeichnete verantwortlich „für die Erstbewertung, Vorauswertung, Aufbereitung und Weiterleitung politisch-operativ bedeutsamer Informationen“ (MfS, VRD 7121, p. 174), die mithilfe der Funkaufklärung beschafft worden waren. Die Informationen stammten aus dem Abhören des funkelektronischen Telefonverkehrs zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik und dem Anzapfen von Richtfunkstrecken innerhalb der Bundesrepublik.



↑ Abb. 168: Haus 40 bis 42 kurz vor der Fertigstellung (von der Gotlindestraße aus gesehen). In Haus 40 (hinterer Block in der Bildmitte) saß die Hauptabteilung VII, zuständig für die Volkspolizei und das Ministerium des Innern. Diese Zuständigkeit war geprägt durch eine intensive Zusammenarbeit mit der Volkspolizei, bei der das MfS der dominierende Partner war, und durch eine ebenso intensive Überwachung des anderen Sicherheitsorgans durch die Staatssicherheit.



↑ Abb. 169: Ausstellung in den Räumen von Haus 40 für die Mitarbeiter der Hauptabteilung VII: Auf der Tafel Symbole und Protestpostkarten der unabhängigen Friedensbewegung, gegen die die Staatssicherheit und die Polizei gemeinsam vorgehen.

Arbeitsgruppe des Ministers
Leiter

Berlin, 8. August 1989

BSU
000074

Hauptabteilung VII
Leiter
Genossen Generalmajor Büchner

Bezug nehmend auf Ihr Schreiben vom 19. 6. 1989 teile ich Ihnen mit, daß die im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Landes auf den Verteidigungszustand bestehenden Arbeitskontakte zwischen

Generalmajor Rümmler	zu Generaloberst Wagner
Oberst Buse	zu Generalleutnant Grüning und
Oberst Ostrowski	zu Oberst Werkmeister

im Ministerium des Innern in erster Linie auf die gemeinsame Arbeit in der Zentralen Koordinierungsgruppe im Ministerium für Nationale Verteidigung unter Leitung des Genossen Generaloberst Streletz bzw. der zentralen Arbeitsgruppe im Ministerium für Nationale Verteidigung unter Leitung des Genossen Generalmajor Christians bestehen.

Bei den in diesem Zusammenhang gemeinsam zu lösenden Aufgaben gibt es keine Probleme. Die Genossen des Ministeriums des Innern unterstützen grundsätzlich immer die Auffassung des Ministeriums für Staatssicherheit, so daß von einem abgestimmten Vorgehen gesprochen werden kann.

Die Kontakte außerhalb der Tätigkeit dieser Arbeitsgruppen beschränken sich in der Regel auf telefonische Rücksprachen. Es ist deshalb auch nicht möglich, irgendwelche Aussagen zur Persönlichkeitsentwicklung bzw. zur sicherheitspolitischen Zuverlässigkeit zu treffen.

Die Haltung gegenüber dem Ministerium für Staatssicherheit wird, soweit sich das aus den wenigen persönlichen Zusammenkünften beurteilen läßt, als positiv eingeschätzt.

ja. Rümmler
Rümmler
Generalmajor

↑ Abb. 170: „Die Genossen des Ministeriums des Innern unterstützten grundsätzlich immer die Auffassung des Ministeriums für Staatssicherheit“.

Damit die Zutrittsberechtigung für Haus 43 auf möglichst wenige Personen beschränkt werden konnte, wurden die dazugehörige Fernschreib- und Chiffrierstelle und die Wartungsspezialisten im benachbarten Haus 42 untergebracht.



↑ **Abb. 171:** Bau von Haus 43, dem Nachrichtenfunktionsgebäude der Abteilung N, das 1979 übergeben wurde. Das Foto zeigt die Gleitkerne im November 1977, die die am Boden gegossenen Geschossdecken zentrieren, wenn diese in die jeweiligen Etagen gehoben werden.



↑ **Abb. 172:** In Haus 43 gab es eine trümmersichere Decke, um im Kriegsfall die nachrichtentechnische Infrastruktur aufrechterhalten zu können. Zur kabeltechnischen Erschließung wurden 120 Leitungsstränge (Züge) gebaut, die man zur Absicherung in Druckluftschläuchen verlegte. Mittels eines Kompressors, der sich im Keller befand, wurde der Luftdruck in den Schläuchen auf einem konstanten Niveau gehalten. Hätten ausländische Nachrichtendienste eine der Verbindungen angezapft, wäre es zum Druckabfall gekommen und die Abhöraktion wäre aufgefliegen.



↑ **Abb. 173:** Die Mitte der 1980er-Jahre als zweite Ausbaustufe errichteten Häuser 47 (rechts) und 48 (links) in der Gotlindestraße. Haus 49 stand unmittelbar an der Ruschestraße. In Haus 48 befand sich die Hauptabteilung XIX, die das Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesen kontrollierte, in Haus 47 war die Abteilung M (Postkontrolle) angesiedelt.

3.1.1 Die Abteilung M (Postkontrolle) in Haus 47

Die Abteilung M organisierte in großem Umfang die heimliche Öffnung von Briefen und anderen Postsendungen, was auch nach DDR-Recht eigentlich rechtswidrig war. Sie kopierte den Inhalt bei Bedarf und hinterlegte die Kopien in den sogenannten M-Speichern, die im Laufe der Jahre immer mehr Platz beanspruchten.

Das MfS wusste um die Rechtswidrigkeit dieser Praxis. Ende 1989 sollten die entsprechenden Belege daher möglichst schnell beseitigt werden. Meist gelang die Vernichtung nicht vollständig. Viele Materialien wurden vorvernichtet, ein Teil tatsächlich verbrannt.

Abteilung M

Berlin, 12. 12. 1989

1865/HS

BSU
000023

Gen. Generalmajor Niebling

Vorschlag zur Vernichtung

1. Vernichtung der Speicher M 01 und M 02

Die Vernichtung der Speicher hat aufgrund der hohen politischen Brisanz, z. T. sind auch Rückschlüsse auf Quellen möglich, höchste Priorität und sollte vorrangig genehmigt werden.

Gesamtvolumen M 01 und M 02, davon

10 Tonnen (Karteikarten mit einliegenden Negativen)

5 Tonnen (Karteikarten)

Bei einer Trennung von Karteikarten und Negativen wären bei einem Einsatz von 20 Mitarbeitern etwa bis 24 - 30 Arbeitstage notwendig. Es sind ca. 20 Papiersäcke Fotonegative zu erwarten, die zu verbrennen bzw. chemisch zu vernichten sind. Aufgrund des hohen Aufwandes der Trennung von Papier und Fotomaterial sowie des Gesamtumfanges wird die Vernichtung durch Verbrennen vorgeschlagen.

2. Vernichtung von Akten-, Dokumenten- und anderem Schriftgut

In der Diensteinheit lagern ca. 2 Tonnen IM-Akten (3 Papiersäcke), VS-Materialien und anderes Schriftgut.

Vorschlag: Verkollern, eine Vorvernichtung in der DE ist möglich.

3. Vernichtung von Vordrucken

Aus den Vordrucken sind Rückschlüsse auf die Arbeitsweise der Abteilung M möglich.

Gesamtvolumen: ca. 6 Tonnen Vordrucke (Papier)

Vernichtung durch Verkollern ist möglich, eine Vorvernichtung in der Diensteinheit kann erfolgen.

BSU

000024

2

4. Vorvernichtetes Material

Bereits gelagert sind:

- ca. 400 Papiersäcke mit Filmen, Fotodokumentationen u. a. z. T. zerrissen, unsortiert, Charakter der Materialien ist erkennbar

Vorschlag: Verbrennen

- ca. 3 500 Papiersäcke mit vorverkleinertem Material (Papierstreifen v. 4 - 5 mm Breite, Wort- bzw. Textfragmente z. T. lesbar.

Vorschlag: Verkollern

5. Telefon- und Adressbücher BRD/NSW

In der Diensteinheit lagern ca 3 Tonnen Telefon- und Adressbücher

Vorschlag: Direkte Abgabe an den VEB Sero oder Wiederverwendung durch die Deutsche Post.

i. A.

i. v. J. W. O. J.

Hundshagen
Oberst

↑ Abb. 174a: Vorschlag zur Vernichtung der sogenannten M-Speicher im Spätherbst 1989. Die Abkürzung DE steht für Diensteinheit, NSW für das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet.

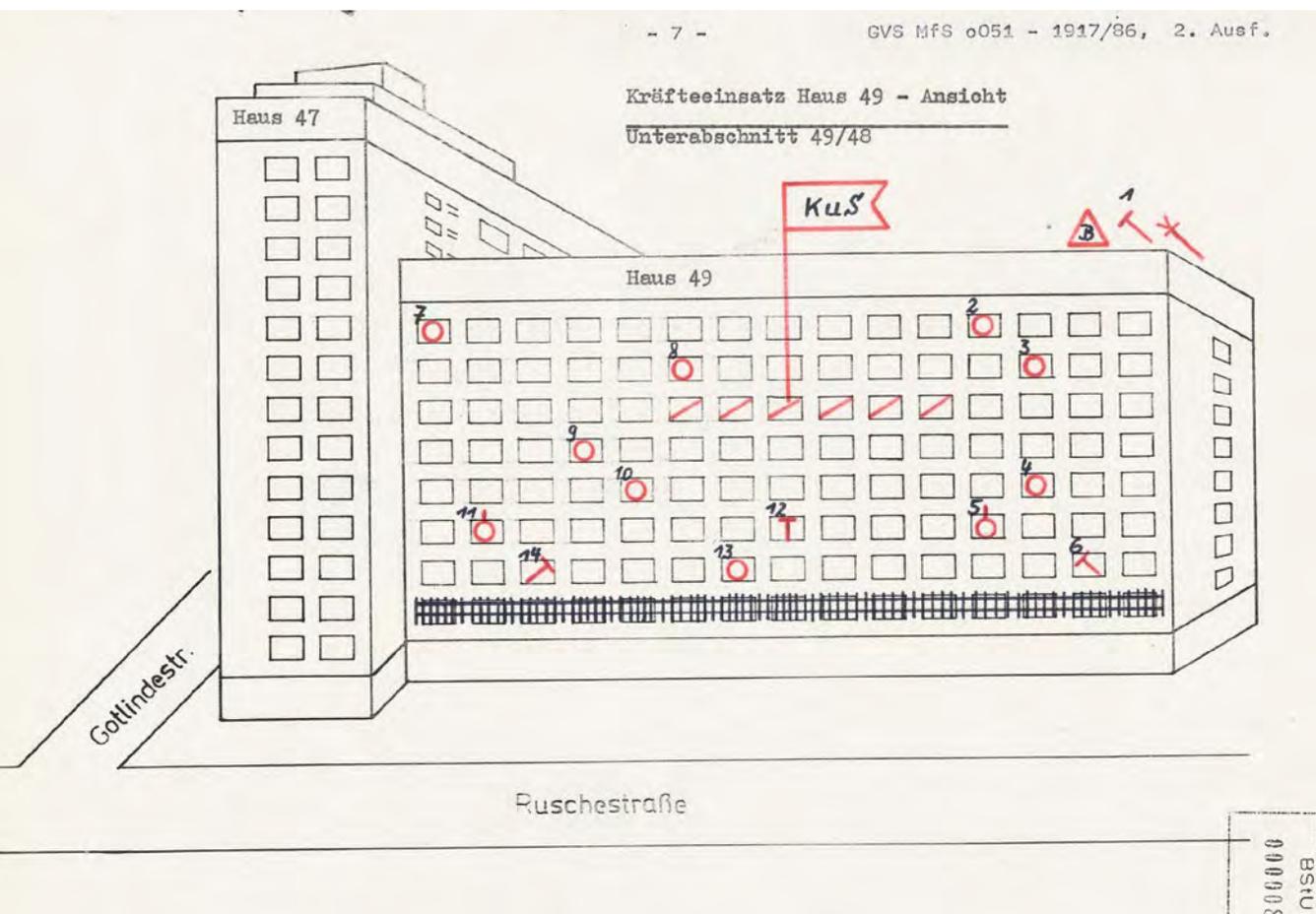
↑ Abb. 174b

3.1.2 Haus 47: der Abhörstützpunkt der Hauptabteilung III

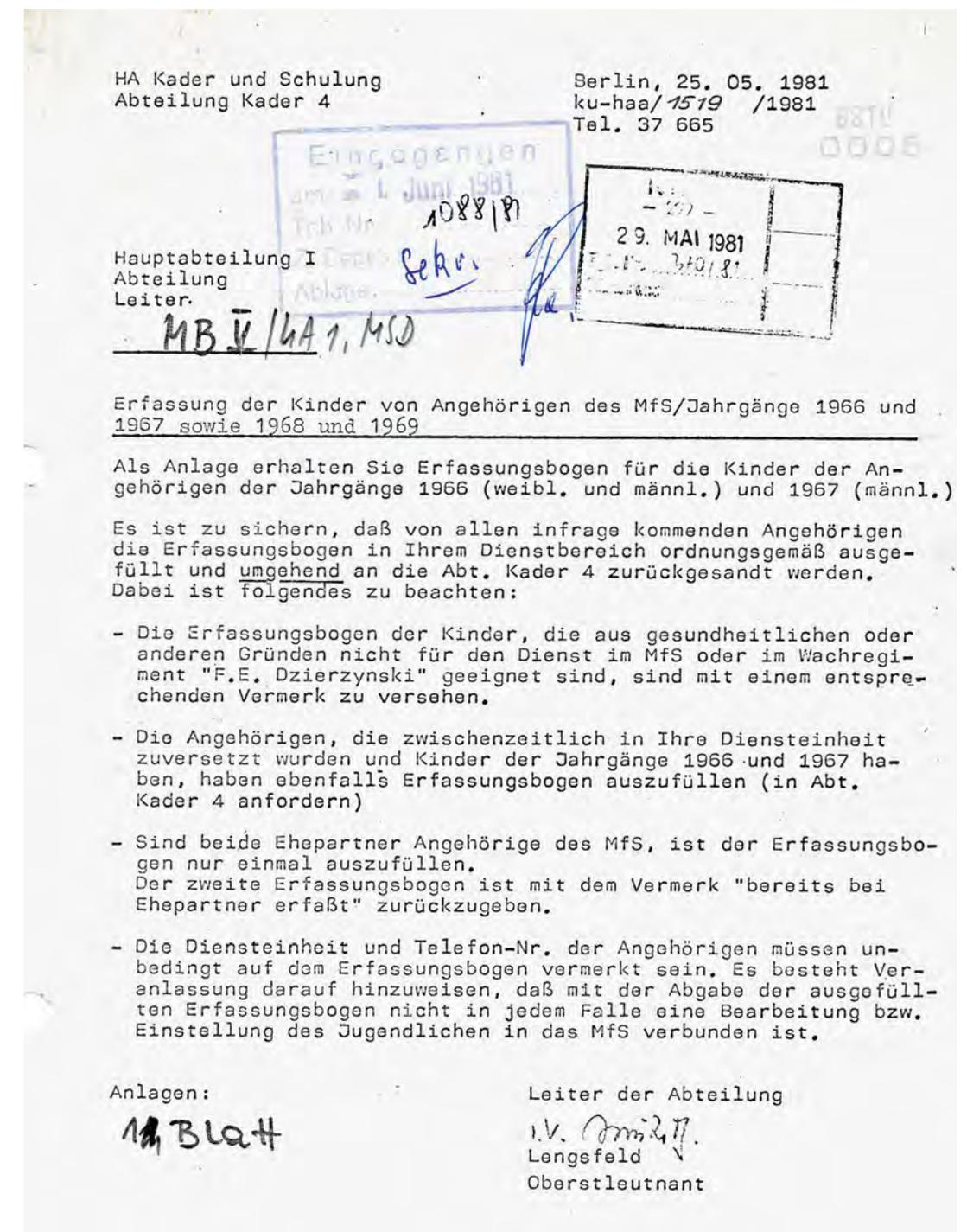
Im 12. und 13. Stock von Haus 47 unterhielt die HA III (Funkaufklärung und Funkabwehr) einen Stützpunkt zur „drahtgebundenen Informationsgewinnung“. Die 70 Mitarbeiter zapften die hierher umgeleiteten internationalen Telefonverbindungen zwischen Ost und West an, hörten stichprobenartig mit und fertigten bei Bedarf „Schallaufzeichnungen“ an.⁵⁰ Vordem „bearbeitete“ die Abteilung 26 die Fernsprechverbindungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik bzw. West-Berlin. Im Jahr 1983 übernahm die HA III diese Aufgabe, die nach der Fertigstellung von Haus 47 die entsprechenden technischen Möglichkeiten in der Gotlindestraße erhalten hatte.⁵¹

⁵⁰ Andreas Schmidt: Hauptabteilung III. Funkaufklärung und Funkabwehr (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2010, S. 213, 216; zum Standort des Stützpunktes: VRD 7121, p. 172.

⁵¹ Roland Wiedmann: Die Dienst-einheiten des MfS 1950–1989. Eine organisatorische Übersicht (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2021, S. 105; Angela Schmale: Abteilung 26 (Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen, Videoüberwachung). In: Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Berlin 2021, S. 29 f.



↑ Abb. 175: Einsatzskizze zu Haus 49 für den vielfach geübten militärischen Ernstfall. Haus 49 diente der Hauptabteilung Kader und Schulung (KuS) als Dienstsitz. Die Zeichnung entstand im Zuge der Planungen für den militärischen Ernstfall. Die roten Symbole bezeichnen Verteidigungs- und Geschützstellungen, die im und auf dem Haus zum Einsatz kommen sollten, um einen etwaigen Gegner abzuwehren.



↑ Abb. 176: Die Hauptabteilung Kader und Schulung in Haus 49. Sie war mehr als nur eine Personalabteilung. In ihre Zuständigkeit fielen die Weiterbildung, die Kontrolle der Teilnahme am militärischen Dienstsport und auch die Prüfung, ob sich die Kinder der MfS-Mitarbeiter für einen Dienst im MfS eignen würden. Die Hauptabteilung sammelte auch Informationen über die Familienmitglieder und Angehörigen der MfS-Mitarbeiter und prüfte, ob diese eventuell unerlaubte Westkontakte hatten oder sich politisch unliebsam verhielten. War dies der Fall, erfolgte eine Erfassung in der Kartei „KuSch Disziplinar“. Oberstleutnant Lengsfeld, der Verfasser des vorliegenden Dokuments, wusste nur zu gut, dass sich nicht alle Kinder von MfS-Mitarbeitern für den Dienst in der Stasi eigneten. Seit Anfang der 1980er-Jahre war seine Tochter Vera im oppositionellen kirchlichen Friedenskreis Pankow aktiv. Die Staatssicherheit verhaftete sie im Januar 1988, weil sie sich an den Protesten am Rande der offiziellen Luxemburg-Demonstration beteiligen wollte (vgl. Subklew (2003), S. 89; Subklew-Jeutner (2004) und Jander (2006), S. 147–150).

3.2 Die Magdalenenstraße



↑ **Abb. 177:** Die Magdalenenstraße in nördliche Richtung – auf der linken Straßenseite der Plattenbau des Archivgebäudes (Haus 8), die Untersuchungshaftanstalt des MfS liegt auf der rechten Seite die Straße hinunter und ist hier nicht sichtbar.

Seit ihrer Gründung im Februar 1950 breitete sich die Staatssicherheit in der Magdalenenstraße immer weiter aus. In seinem Untersuchungsgefängnis auf der östlichen Seite der Straße sperrte das MfS missliebige politische Gegner ein; in den benachbarten Gebäuden der Untersuchungsabteilung im Gefängnis-Komplex und in der Magdalenenstraße 12, einem ehemaligen Wohnhaus, fanden Vernehmungen statt, die nicht selten mit der Festnahme der hierher einbestellten Zeugen endeten.⁵²

Auf der gegenüberliegenden Seite der Straße saßen mit der Zentralen Informations- und Auswertungsgruppe und dem rund um die Uhr tätigen Zentralen Operativstab zwei weitere wichtige Dienststellen. In dem nicht weit von der Frankfurter Allee in Plattenbauweise errichteten Archivkomplex kam Anfang der 1980er-Jahre die Registratur- und Archivabteilung, die Abteilung XII, mit ihren Karteianlagen und Aktenablagen unter. Konnte diese als „Gedächtnis der Staatssicherheit“⁵³ bezeichnet werden, so fungierte die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe mit den von dieser Abteilung unterhaltenen manu-

⁵² Ehrhard Göhl: *Magdalenenstraße. Stasi-Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Lichtenberg. Das Tor zum Stasi-Sperrbezirk Berlin-Hohenschönhausen. Persönliche Erfahrungen und Einschätzung über deren Bedeutung und Wichtigkeit in den Jahren 1959 bis 1965. Unveröffentl. Manuskript.*

⁵³ Karsten Jedlitschka/Philipp Springer (Hg.): *Das Gedächtnis der Staatssicherheit. Die Kartei- und Archivabteilung des MfS. Göttingen 2015.*

ellen und digitalen Informationsspeichern, den Auskunfts- und Auswertungskapazitäten sowie den hier erarbeiteten Informationsberichten als „Gehirn des Ministeriums“.

Auch die Wohnhäuser an der Ecke zur Frankfurter Allee nutzte die Staatssicherheit ab 1983 als Bürogebäude: Hier im Haus 12 wurden u. a. Strategien und Maßnahmen gegen die Antragsteller „auf ständige Ausreise aus der DDR“ ausgearbeitet, deren Ansinnen als rechtswidrig galt.



↑ **Abb. 178:** Blick in die Magdalenenstraße vom Rodeliusplatz aus. Vorne links das Stadtbezirksgericht Lichtenberg, vor dem viele der im Untersuchungsgefängnis einsitzenden Häftlinge meist „unter Ausschluss der Öffentlichkeit“ oder vor ausgesuchtem Publikum angeklagt wurden. Dahinter das Dach der sogenannten Vernehmerbaracke und das Verwaltungsgebäude des Untersuchungsgefängnisses.



↑ Abb. 179: Karte der Magdalenenstraße (nachträglich bearbeitet). Zwischen der Magdalenenstraße und der Alfredstraße lag das Untersuchungsgefängnis (orange). Im angrenzenden Gebäude in der Magdalenenstraße 12, in der Alfredstraße und in einer Baracke auf dem Hof fanden Vernehmungen statt.

3.2.1 Das Untersuchungsgefängnis

Ab 1953 diente das Hafthaus in der Magdalenenstraße der Staatssicherheit als zentrales Untersuchungsgefängnis. Erbaut wurde die Haftanstalt 1906 zusammen mit dem Amtsgericht am Reedeliusplatz. Ab 1945 nutzte es die sowjetische Geheimpolizei als Gefängnis Nr. 6. Zugleich diente der Gefängnis-Komplex Magdalenenstraße dem Sowjetischen Militärtribunal (SMT) der Garnison Berlin als Sitz. In der Gefängnis-Kapelle⁵⁴ verhängte das SMT drakonische Strafen sowohl gegen vermeintliche und tatsächliche NS-Täter als auch gegen Gegner der neuen, nunmehr stalinistischen Diktatur. Bis zum Januar 1947 ergingen vor diesem SMT 98 Todesurteile gegen deutsche Angeklagte. Die Gerichtsverfahren fanden sowohl in der Kapelle statt, als auch an anderen öffentlichen Orten in Ost-Berlin.⁵⁵ Es schloss sich eine Atempause an, weil die Todesstrafe in der Sowjetunion für dreieinhalb Jahre abgeschafft war und so auch von den SMT nicht mehr verhängt werden konnte. Nach ihrer Wiedereinführung im Mai 1950 fällte das höchste SMT am Standort Lichtenberg erneut mindestens 105 Todesurteile, von denen 87 auch vollstreckt wurden.⁵⁶

Nach der Teilrückgabe des Gefängnisses an die DDR 1953 übernahm das MfS 1955 die gesamte Anlage, die aus dem Hafthaus im Innenhof, dem Verwaltungsgebäude mit der Gefängnis-Kapelle in der Magdalenenstraße 14 und dem Vernehmertrakt in der Alfredstraße bestand. Zum Gefängnis-Komplex zählte zudem auch das Wohnhaus in der Magdalenenstraße 12.

Neben den politischen Gegnern saßen hier ab den 1970er-Jahren schwerpunktmäßig Häftlinge ein, die aus den „bewaffneten Organen“ stammten, zu denen auch das MfS selbst zählte. Ab Januar 1988 war das Gefängnis auch als „zentraler Zuführungspunkt“ im Falle politischer Proteste in Ost-Berlin vorgesehen. Vorläufig festgenommene Demonstranten sollten hier verhört und bis zur Entscheidung über die etwaige Eröffnung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens festgehalten werden.

Bei ihren Ermittlungen gegen in der Untersuchungshaft einsitzende Regimegegner bestellte das MfS nicht selten Angehörige und Freunde zur Zeugenvernehmung in die Magdalenenstraße ein. Dass die Zeugen hier erscheinen mussten, war bereits Teil der Einschüchterungsstrategie, mit der die Staatssicherheit hoffte, ihre Aussagebereitschaft erzwingen zu können. Die so gewonnenen Erkenntnisse genügten dem MfS nicht selten, um gegen die Verhörten und weitere Personen Ermittlungen einzuleiten.

⁵⁴ Auch als Betsaal bezeichnet.

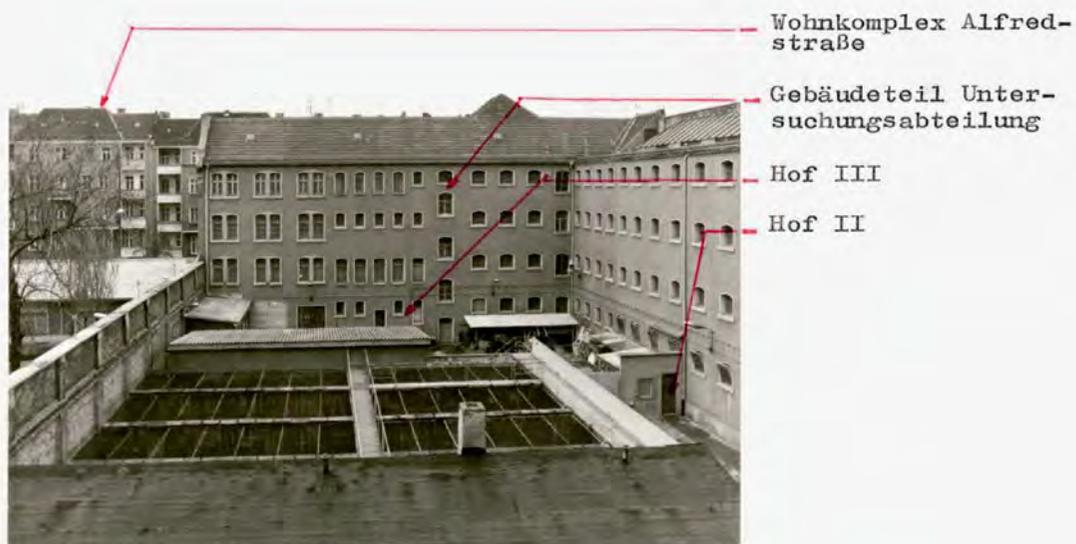
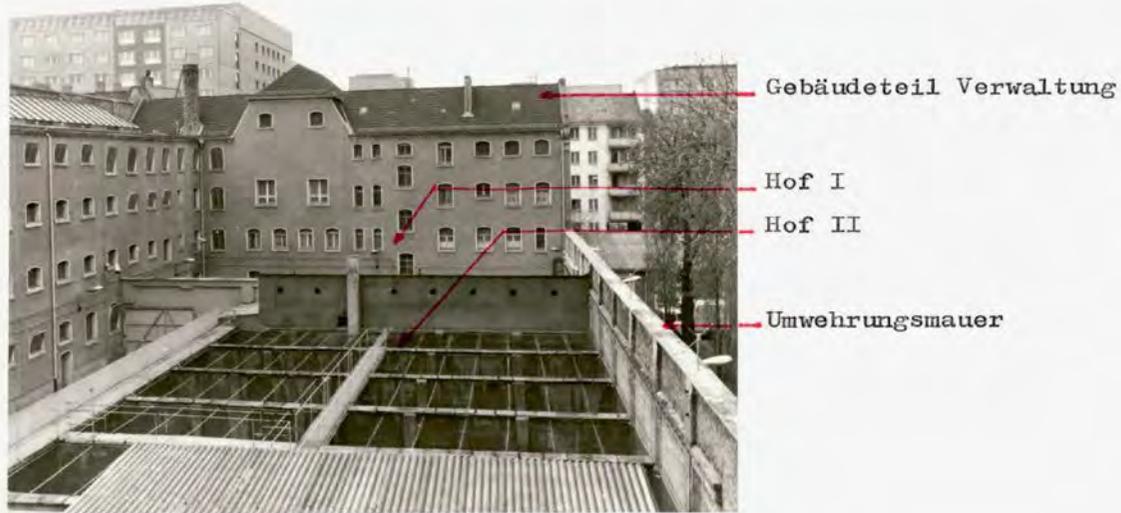
⁵⁵ So im Festsaal des Rathauses Pankow im Oktober/November 1947 beim sogenannten Sachsenhausen-Prozess.

⁵⁶ Peter Erler: „Tjurma Nr. 6“. Das Amtsgerichtsgefängnis Berlin-Lichtenberg unter sowjetischer Verwaltung (1945 bis 1953). In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 44 (2019), S. 92–121, hier 103, 114; Peter Erler: Vom MGB zum MfS/SfS. Die Übernahme sowjetischer Haftorte und die Entwicklung des Gefängniswesens der DDR-Staatssicherheit in der ersten Hälfte der 1950er Jahre in Ost-Berlin. Eine chronologische Übersicht. In: ebd., 33 (2013), S. 36–56. Die Vollstreckung der Todesurteile erfolgte in der Regel in Moskau.

BSTU
000037

- 35 -

BSTU
0035
VVS MFS 0022-605/87



↑ Abb. 180: Blick auf das Haftgebäude (oben links, unten rechts im Bild) und in den Innenhof des Gefängnisses mit den vergitterten Freiganghöfen, den sogenannten „Tigerkäfigen“.



↑ Abb. 181: Blick auf das Amtsgericht über die Gefängnismauer, die die Freiganghöfe begrenzt.



↑ Abb. 182: Heimliche Aufnahme vom Untersuchungsgefängnis in der Magdalenenstraße vom November 1955. Der Fotograf wurde kurz nach der Aufnahme festgenommen. Er kam in das Untersuchungsgefängnis in der Magdalenenstraße, wo er unter dem Verdacht der Spionage festgehalten und verhört wurde. Er wurde anschließend zu mehreren Jahren Haft verurteilt. Auf dem Foto gut zu erkennen: Über das Tor an der Straße gelangten die Gefangenentransporter auf den Hof des Stadtbezirksgerichts und durch eine gesondert gesicherte Zufahrt von hier aus auf den Hof des Gefängnisses.

REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit
- Der Minister -

7793/59
BStU
000311

Berlin, den 12.12.1955
Tgb. Nr. K: 7455/55

B e f e h l Nr. 361/ 55

Die feindlichen Geheimdienste versuchen mit den verschiedensten Mitteln und Methoden die Objekte des Ministeriums für Staatssicherheit durch ihre Agenten aufklären zu lassen.

Durch vorbildliche Wachsamkeit und schnelle Entschlußkraft gelang es, einen Agenten festzunehmen, der den Auftrag hatte, u.a. Objekte des Ministeriums für Staatssicherheit zu fotografieren.

Ich spreche den Mitarbeitern den Dank der Leitung des Ministeriums aus und prämiere

O.Ltn. G e i e r, Werner mit DM 400.--

O.Ltn. S c h o l z, Karl-Heinz mit DM 300.--

Dieser Befehl ist allen Mitarbeitern des Ministeriums Berlin bekanntzugeben.

i.V.:

Mielke
- Generalleutnant -

3.2.2 Das Sowjetische Militärtribunal (SMT) in der Magdalenenstraße

Obwohl die Sowjetischen Militärtribunale nach alliierterm Verständnis dazu dienen sollten, nationalsozialistische Täter anzuklagen und zu verurteilen, ergingen vor den Gerichten häufig Urteile gegen Menschen, die den sowjetischen Besatzern und den von ihnen angeleiteten deutschen Kommunisten bei der Errichtung der Diktatur im Wege waren. Im Widerspruch zu der von Moskau verbreiteten Version, dass es sich um belastete NS-Täter handeln würde, verurteilte das SMT-Gericht in der Magdalenenstraße Angeklagte wegen „antisowjetischer Tätigkeit“, „Spionage“, dem Besitz von westlichen Zeitschriften und Literatur oder der Nichtanzeige von politischen Straftaten.

3.2.3 Untersuchungsgefängnis Magdalenenstraße

Die Staatssicherheit unterhielt in Berlin zwei zentrale Untersuchungshaftanstalten (UHA). Das Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen trug die Bezeichnung UHA I, die Magdalenenstraße nannte sich UHA II. Mit dem Gefängnis der Berliner MfS-Bezirksverwaltung in der Kissingenstraße verfügte die Staatssicherheit in der Stadt insgesamt über drei Untersuchungshaftanstalten.

Viele Häftlinge, die im Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen saßen, kannten ebenso den Gefängniscomplex in der Magdalenenstraße. Oft kamen die Festgenommenen nach ihrer Inhaftierung zunächst nach Lichtenberg, wo das erste Verhör stattfand, und wurden erst nach einem oder mehreren Tagen in das Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen überstellt. Zu späteren Vernehmungen, kurz vor der Verhandlung, zu den seltenen Besuchsterminen, den sogenannten „Sprechern“, den Terminen mit dem Rechtsanwalt und nach Abschluss der eigentlichen Ermittlungen brachte man einen Teil der Häftlinge wieder zurück in die Magdalenenstraße. Diese fungierte obendrein für beide Gefängnisse als Ladungs- und Postadresse.

↑ Abb. 183: Prämierung der beiden Oberleutnants des MfS, die den Fotografen im November 1955 festgenommen hatten, durch Erich Mielke.

BStU

Name: 000005 Wegen was? _____

Welche Strafe wurde verhängt? _____

Strafe: _____

Tag und Ort Ihrer Verhaftung: 30.4.50 - Berlin

Von welchem Gericht wurden Sie verurteilt? S.M.T. - Bln.-Lichtenberg

Aus welchem Grunde wurden Sie verurteilt? Antisowj. Tätigkeit

Zu welcher Strafe wurden Sie verurteilt? 25 Jahre Arb. Lager

Bekennen Sie sich schuldig? ja

Beginn Ihrer Strafe: 30.4.50

Sind Sie vorbestraft? nein Art der Strafe: nein

Ich erkläre an Eides Statt, daß ich vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

1946 - S.P.D

Unterschrift: Horst [Redacted] Horst [Redacted]

Bemerkungen für die Vollzugsbehörde: _____

↑ Abb. 184: Häufig wurden Sozialdemokraten der „antisowjetischen Tätigkeit“ bezichtigt. Möglicherweise widersetzte sich der hier zu 25 Jahren Arbeitslager Verurteilte der 1946 vollzogenen Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED. Trotz der Zwangsvereinigung gab es wegen des Vier-Mächte-Status von Gesamt-Berlin, anders als in der übrigen SBZ/DDR, bis zum Mauerbau 1961 weiterhin SPD-Kreisorganisationen in den Ost-Berliner Stadtbezirken.

Am 19. Februar 1953, 18⁰⁰ Uhr wurde ich in meiner Wohnung von vier Bekannten des Staatssicherheitsdienstes in Empfang genommen und verhaftet. Nachdem eine vierstündige Hausdurchsuchung stattfand unter Beschlagnahme von vielerlei Papieren, Büchern und Fotoapparat wurde ich 22⁰⁰ Uhr mit einem Auto nach Erfurt gebracht und dort der GPU übergeben. nach zweistündigem Aufenthalt ohne Verhör ging es unter russischer Bewachung mit Handschellen nach Berlin-Karlshorst weiter. Nachdem man mir dort meine vorhandenen Wertsachen (Ehering, Siegelring beide 585 Gold und Armbanduhr) abgenommen hatte, musste ich nicht entkleiden und wurde eingehendst durchsucht und in die Kellerzelle 24 in Einzelhaft gebracht. Gegen 8⁰⁰ Uhr des 20.2.53 wurde ich erstmalig zum Verhör geführt, welches durchgehend bis 24⁰⁰ ohne Pause anhielt. Zur Last legte man mir verbrecherische Tätigkeit in Form von Wirtschaftsspionage mit Westberliner Dienststellen.

Am 5.5.53 wurde ich nachts in das Zuchthaus nach Berlin-Lichtenberg überführt, wo ich am 27.5.53 vom sowjetischen Militärtribunal nach vierstündiger Gerichtsverhandlung mit Herrn Harry Knöpfel zusammen laut Paragraph 58/6 und 58/11 (Spionage) zu 15 Jahren und 58/10 zu drei Jahren Arbeitslager verurteilt worden bin.

Unerwartet wurde ich am 28.6.53 Mittags aus meiner Zelle einem russischen Kapitän vorgeführt, wo mir ein Schreiben auf Grund meiner Kassationsbeschwerde verlesen wurde, aus dem hervor ging, dass meine Strafe auf fünf Jahre Arbeitslager herabgesetzt worden ist und diese fünf Jahre unter Amnestie fallen und ich ~~wurde~~ somit aus der Haft entlassen sei. Nachdem ich mehrere Unterschriften geben musste, bekam ich meine Wäsche zurück und durfte das Zuchthaus verlassen. Meine zwei Ringe, Uhr und Fotoapparat (Retina II) hat man mir nicht zurückgegeben.

↑ Abb. 185: Zu den am häufigsten erhobenen Vorwürfen gehörte der der „Spionage“. Mitunter erging ein solcher Vorwurf grundlos und wurde trotzdem durch die in den stundenlangen Verhören erzwungenen Geständnisse untermauert. Der hier genannte Artikel 58/10 des sowjetischen Strafgesetzbuches stellte „konterrevolutionäre Propaganda“ unter Strafe. GPU war 1922–1934 die Bezeichnung für die sowjetische Geheimpolizei, die in der SBZ und frühen DDR noch häufig verwendet wurde.

Diesen Bericht über seine Verhaftung 1953 verfasste der Beschuldigte 1961 für eine Einvernahme beim MfS, das wegen eines neuerlichen Verdachts gegen den Verfasser die Hintergründe der Verhaftung durch die sowjetische Geheimpolizei in Erfahrung bringen wollte, aber nicht über Unterlagen von sowjetischer Seite darüber verfügte.

BSTU
0004

Name: entfällt. Wegen was? _____

Welche Strafe wurde verhängt? /

Strafe: /

Tag und Ort Ihrer Verhaftung: Bla. Lich. Weidlingstr. 29. 7. 1952

Von welchem Gericht wurden Sie verurteilt? Sowjet. Militärtribunal Blm. Lichtenb.

Aus welchem Grunde wurden Sie verurteilt? Aufbewahrung v. westlichen Zeitungen & Schriften

Zu welcher Strafe wurden Sie verurteilt? bis zu 25% Arbeitslager u. Umschulung.

Bekennen Sie sich schuldig? nein

Beginn Ihrer Strafe: 29. 7. 1952

Sind Sie vorbestraft? nein Art der Strafe: nein

Ich erkläre an Eides Statt, daß ich vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

1945-1947 SED
1947-1950 SED

Unterschrift: _____

Bemerkungen für die Vollzugsbehörde: _____

↑ Abb. 186: Der „Auszug aus der Urteilsverkündung“ vom 30. Oktober 1952 nennt den Vorwurf „Aufbewahrung von westlichen Zeitungen und Schriften“.

BSTU
0008

Hauptabteilung IX/11

Berlin, den 4. April 1978
Ra/Ro/IX/11/ 1804 /78
Tgb.-Nr.:IX/ /78

AK 1560/78

Abteilung XII
Zentralarchiv
Gen. Krebs

im Hause

_____, Heinrich und Harald
Auskunftersuchen vom 20. 3. 1978 der KD Königs Wusterhausen an
die Abteilung XII

Ausgehend von obiger, am 30. 3. 1978 an uns übergebenen Anfrage wurden Überprüfungen in den Speichern der Hauptabteilung IX/11 und der Verwaltung Strafvollzug des MdI durchgeführt. In deren Ergebnis wird mitgeteilt, daß in der Dokumentenablage der Hauptabteilung IX/11 keine Unterlagen über _____, Heinrich und Harald vorhanden sind. In den Karteien der Verwaltung Strafvollzug des MdI ist lediglich _____, Harald erfaßt mit dem Vermerk

Festnahme am 28. 7. 1952 und Verurteilung wegen Nichtanzeige durch SMT Berlin-Lichtenberg zu 10 Jahren Freiheitsentzug
Entlassung am 1. 8. 1954 nach Bischoffswerda (Durchgangslager)

Zur Feststellung evtl. vorhandener Strafvollzugs-Unterlagen zu _____, Harald wurden weitere Nachforschungen eingeleitet. Im Erfolgsfalle werden Kopien des Materials zur operativen Auswertung nachgereicht.

Es wird gebeten, vorstehendes Überprüfungsergebnis in das Antwortschreiben an die KD Königs Wusterhausen einzubeziehen.

Leiter der Hauptabteilung IX/11

Stolze
Oberstleutnant

37.3. Privatlich übergeben
Anwalt Gen. 2-11c

↑ Abb. 187: Gemäß Artikel 58/12 des sowjetischen Strafgesetzbuches war die „Nichtanzeige eines in Vorbereitung befindlichen oder vollendeten konterrevolutionären Verbrechens“ strafbar. Zur Einschüchterung und Abschreckung und um Menschen zu zwingen, Anzeige zu erstatten, wenn sie Kenntnis von einer politischen Straftat hatten, ergingen mitunter hohe Haftstrafen.

Berlin, den 13. 11. 1967

Einlieferungsanzeige

Am 13.11.1967 wurde gegen _____ Uhr
in Berlin wegen des dringenden
Tatverdachts des Unternehmens der Fahnenflucht



a) auf der Grundlage eines richterlichen Haftbefehls
b) vorläufig festgenommen
und am 13.11.1967 in die UHA Bln.-Lichtenberg
eingeliefert.

Name _____ Vornamen _____
geb. am _____ in _____
Beruf Dreher zuletzt Angehöriger der NVA
Anschrift der Arbeitsstelle 1112 Marxwalde PSF 1508

Familienstand ledig Staatsangehörigkeit DDR Nation Deutscher
Wohnanschrift _____

Letzter Aufenthalt Dienststelle der Luftstreitkräfte in Marxwalde

Name und Anschrift der nächsten Angehörigen Vater: _____

Nummer der Personaldokumente _____

Die Vorführung erfolgte
am 14.11.67 16⁰⁰ Uhr
durch Uffr. Fongler

Juchacz, dt.
Name und Dienstgrad des Einliefernden

3.2.4 Die Magdalenenstraße als Symbol der politischen Strafverfolgung in der DDR

Mit ihrem Lied „Magdalena“ schuf die mit Auftrittsverbot belegte Ost-Berliner Singer-Songwriterin Bettina Wegner der Magdalenenstraße ein Denkmal der besonderen Art. Im Jahr 1968 war sie selbst von der Staatssicherheit inhaftiert und im Untersuchungsgefängnis Kissingenstraße festgehalten worden. Freunde von ihr kamen in das Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen und wurden wohl auch in der Magdalenenstraße verhört.

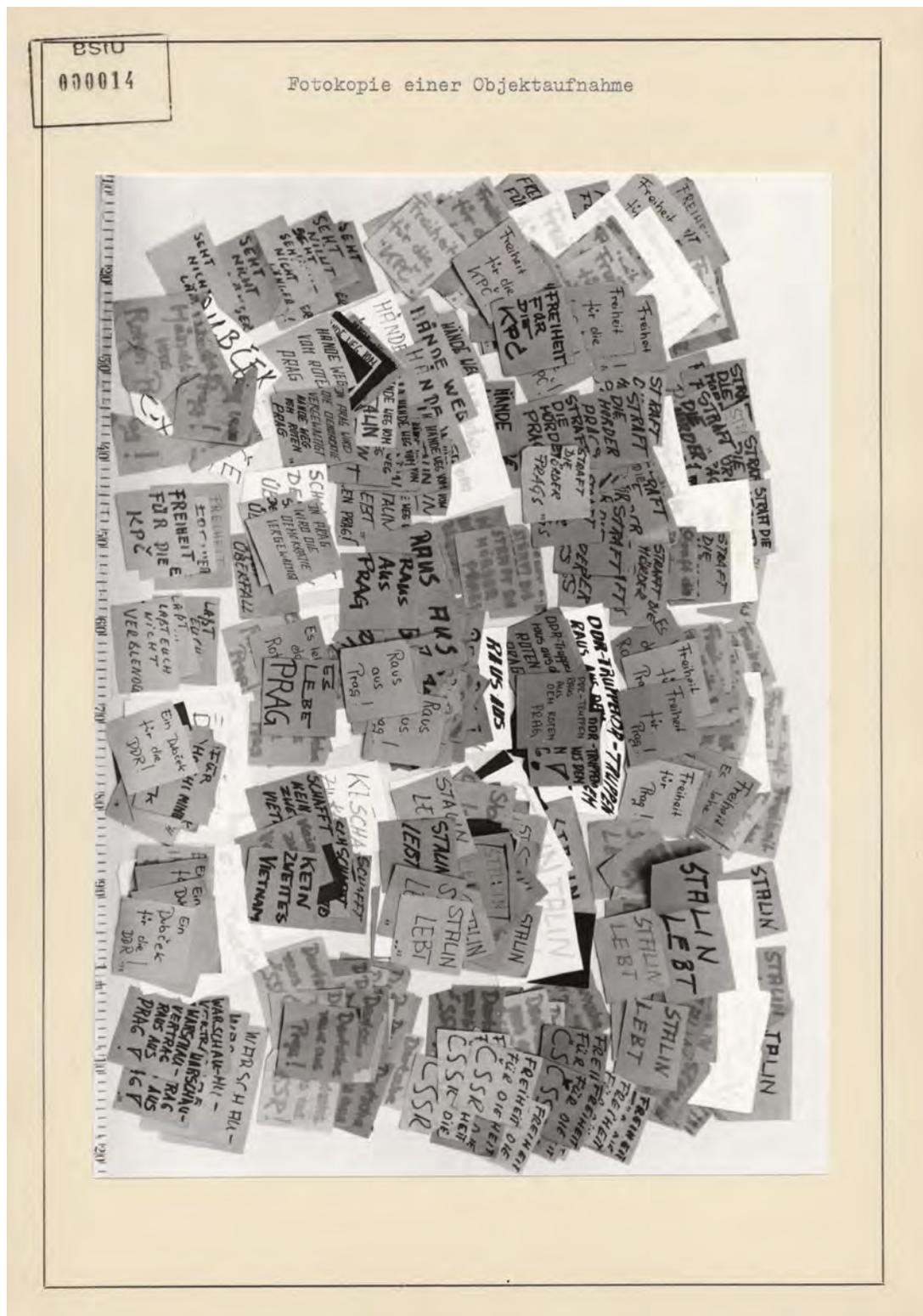
Zusammen hatten sie aus Protest gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei Flugblätter in Briefkästen gesteckt und über eine Fabrikmauer geworfen.⁵⁷ „Magdalena“, sang die junge Liedermacherin mit ihrer markanten Stimme, „war so schwarz und hatte große Hände.“ „Wen sie liebte“, hieß es in dem Lied, „streichelte sie in die Wände, weiß und kalkig ward ihr Liebster endlich noch, dabei liebte Magdalena jeden doch“. Der Text nahm damit gleichsam bereits Erich Mielkes „ich liebe doch alle, alle Menschen“ vorweg, mit dem sich der Staatssicherheitsminister vor der Volkskammer am 13. November 1989 zu rechtfertigen versuchte.⁵⁸ Unterbrochen wurden die Strophen vom mal anklagenden, mal schreienden und dann wieder flüsternden „Magdalena, Magdalena, Magdalena“. Weiter hieß es in dem Lied, „tausend Leben hat sie wohl zu Tode gedrückt, manchmal glaubt sie selbst, sie wird verrückt, weil sie immer wieder lieben muss, dabei tötet jeden schon ihr Kuss. Ach, die langen Haare gehen bis zum Knie, doch vier Tage überlebt man mit ihr nie, nimm nie ihre Hand, die sie dir gibt, ach, sonst hat dich Magdalena totgeliebt.“⁵⁹ Das Lied machte den Namen Magdalena zu einer Art Chiffre für das, was sich in der Magdalenenstraße befand: die Untersuchungshaft der Staatssicherheit. Die Magdalenenstraße wurde zum Symbol für die politische Strafverfolgung in der DDR schlechthin.

⁵⁷ BArch, MfS, HA IX 25467, p. 5-35.

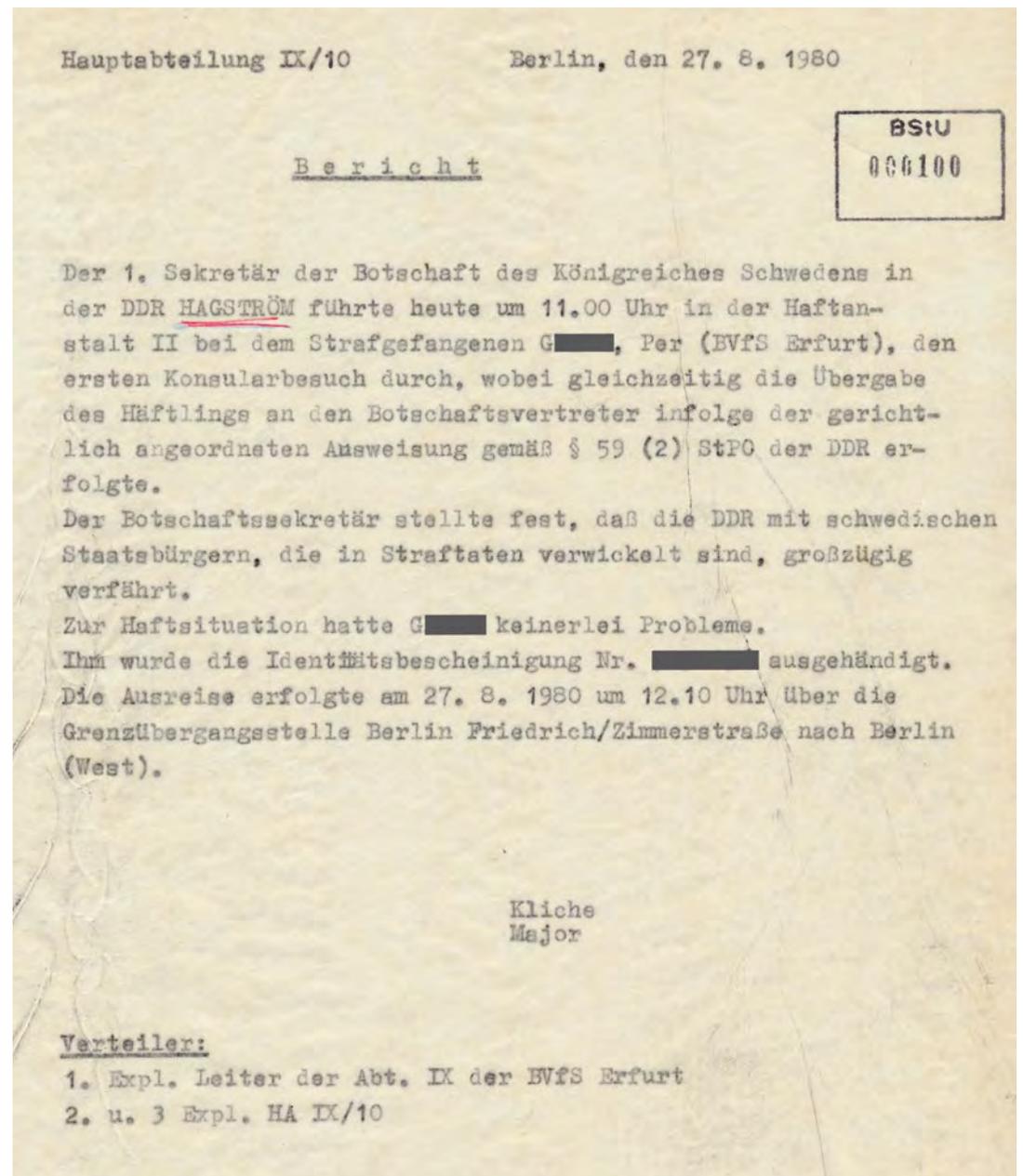
⁵⁸ Vgl.: Ilko-Sascha Kowalczyk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009, S. 475 f. In der Wiedergabe der Rede hiervon abweichend und mit dem Mitschnitt nicht in jedem Punkt übereinstimmend: „Erich Mielke über den Staatssicherheitsdienst“. In: Deutschland Archiv 23 (1990) 1, S. 121.

⁵⁹ <https://www.lyrix.at/t/bettina-wegner-magdalena-e20> (letzter Aufruf: 18.1.2023).

↑ Abb. 188: Inhaftierung von „Angehörigen der bewaffneten Organe“ in der Magdalenenstraße. Nicht nur einem kleineren Kreis von Geschichtsinteressierten bekannt ist das Foto mit dem Bereitschaftspolizisten Conrad Schumann, der am 15. August 1961 von Ost-Berlin aus über den Stacheldrahtverhau an der Sektorengrenze nach West-Berlin sprang. Die als „Sprung in die Freiheit“ im Westen verbreitete Aufnahme zählt bis heute zu den „Ikonen des Mauerbaus“ (Martin Stief: Desertionen im geteilten Berlin. Bekämpfung von Fahnenfluchten aus den Reihen der Bereitschaftspolizei im Jahr des Mauerbaus. Berlin 2022, S. 5). Was Conrad Schumann gelang, der erfolgreiche Sprung von Ost nach West, fand auch noch später Nachahmer, die Ähnliches versuchten. Doch häufig scheiterte ihr Plan. Es kam zu Inhaftierungen, auf die die Untersuchungshaft beim MfS folgte. Hier erhielt der bereits auf dem Weg zur innerstädtischen Grenze festgenommene Soldat eine Zuchthausstrafe von fünf Jahren. Die Abkürzung PSF bedeutet Post-Schließfach.



↑ Abb. 189: Von den Freunden um Bettina Wegner im August 1968 verteilt und vom MfS gesammelte Flugblätter.



↑ Abb. 190: Beim MfS-Untersuchungsgefängnis handelte es sich um einen aus mehreren Gebäuden bestehenden Komplex, der von der Magdalenenstraße bis zur Alfredstraße reichte. Der Eingang in der Alfredstraße 11 diente als offizielle Adresse, falls – was jedoch häufig verwehrt wurde – Rechtsanwaltstermine anstanden. Hier fanden auch für alle westlichen ausländischen Untersuchungshäftlinge aus allen MfS-Untersuchungshaftanstalten der DDR die Besuchstermine und die konsularische Betreuung statt. Die Untersuchungshäftlinge wurden dafür eigens in Gefangenentransportern nach Berlin-Lichtenberg gebracht. Im hier angeführten Fall hatte ein schwedischer Staatsbürger versucht, einer Frau aus der DDR die Flucht über Bulgarien zu ermöglichen und war dabei festgenommen worden. Während Fluchthelfer aus der Bundesrepublik mit mehrjährigen Haftstrafen zu rechnen hatten, wurde der Festgenommene in diesem Fall nach Schweden abgeschoben. Grund waren die besonderen diplomatischen Beziehungen zu Schweden, über die die DDR hoffte, international akzeptiert und anerkannt zu werden.

3.2.5 Der Zentrale Operativstab in Haus 3

Der Zentrale Operativstab in der Magdalenenstraße war rund um die Uhr besetzt. Hier liefen die Meldungen über sicherheitspolitisch relevante Vorkommnisse aus der ganzen DDR zusammen. Zugleich erstellte der Zentrale Operativstab vergleichende Analysen über das Protestgeschehen in der DDR und legte sie dem Minister, seinem Stab und den zuständigen Dienststellen vor.



↑ **Abb. 191:** Gebäude des Zentralen Operativstabes auf der westlichen Seite der Magdalenenstraße. Mit der Übernahme des ehemaligen Wohnhauses durch das MfS erhielt das Erdgeschoss ein verändertes Aussehen: Die vordere Haustür wurde zugemauert und die Fenster vergittert. Die Fenster der obersten Etage wurden ebenso ausgewechselt und durch große, das Fassadenbild störende Fenster ersetzt.
Rechts noch eine Fensterachse von Haus 2, links der Dienstsitz der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe, Haus 4.

293/89

Zentraler Operativstab

Information Nr.: 1609/89

Eingang der Information
Entgegengenommen Kalinke, Hptm.
Datum/Uhrzeit 20.10.89, 12.00 Uhr
Meldende Diensteinheit BV Berlin
telefonische Meldung

Verteiler
Genosse Minister
Generaloberst Mittag
Generaloberst Großmann
Generalleutnant Neiber
Generalleutnant Schwanitz
Generalmajor Rümmler

I, II, III, VI, VII, VIII, IX, X
XVII, XVIII, XIX, XX, XXII

BdL,
KuSch, N, PS, Rechtsstelle,
VRD, ZAGG, BKK, ZAIG, ZKG

BV Berlin

Anbringen von zwei Zetteln mit herabwürdigendem Inhalt an zwei Litfaßsäulen in Berlin-Mitte

Am 20. 10. 1989, gegen 07.10 Uhr, wurden durch einen namentlich bekannten Bürger der DDR an den Litfaßsäulen in 1080 Berlin, Leipziger Straße in Höhe des Wohnhauses 66 und Leipziger Straße, Ecke Wilhelm-Külz-Straße zwei Zettel mit folgendem Text festgestellt:

"Nach 40 Jahren Wahlmanipulation, Machtmißbrauch, Mißwirtschaft und Entmündigung der Staatsbürger wird es allerhöchste Zeit sich in die öffentlichen Angelegenheiten einzumischen und sich laut zu Wort zu melden, der Staatsbürger zu sein oder zu werden ohne die der Staat für die Bürger nicht funktioniert."

Die Zettel, weißes Papier, Format A 3, wurden mittels Schreibmaschine beschriftet.

Eine Absuche des oben genannten Bereiches erbrachte keine weiteren Zettelfunde.

Maßnahmen:

- Entfernung der Zettel.
- Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die K der VPI Berlin-Mitte.

099024

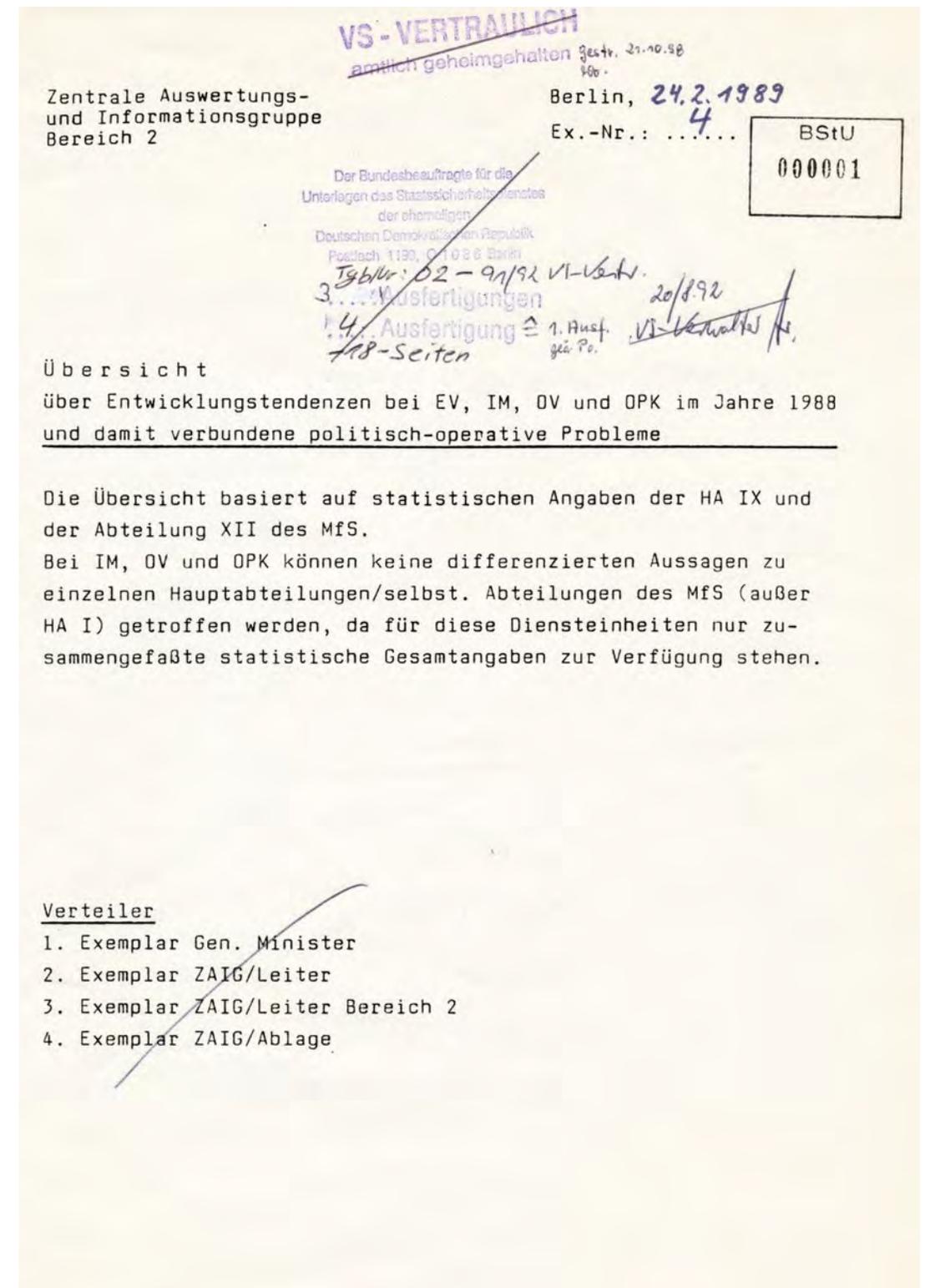
↑ **Abb. 192:** Meldung des Zentralen Operativstabes vom Oktober 1989. Bei der „K der VPI“ handelte es sich um die Kriminalpolizei der Volkspolizeiinspektion.

3.2.6 Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) in Haus 4

Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe erstellte Informationsberichte an den Staatssicherheitsminister und an einen ausgesuchten Kreis von Empfängern im MfS und in der SED-Parteführung, die für das jeweilige Thema zuständig waren. Wenn es für erforderlich gehalten wurde, erhielten auch DDR-Minister und andere Entscheidungsträger Kenntnis von den Berichten und Analysen.



↑ Abb. 193: Der Sitz der ZAIG auf der westlichen Seite der Magdalenenstraße. Auffällig waren bei dem Neubau die überdimensionierten Gitter vor den Fenstern des Erdgeschosses, die die Sicht auf die Innenräume einschränken sollten. Genutzt wurden von der ZAIG in der Magdalenenstraße auch das Haus 6, ein im Jahr 2020 abgerissenes Wohnhaus aus der Gründerzeit, und drei Etagen des Archivegebäudes Haus 8/9.



↑ Abb. 194a: Von der ZAIG für die Leitung des Ministeriums erstellter Bericht zu den vom MfS durchgeführten und in der Regel politisch motivierten Ermittlungsverfahren (EV), den inoffiziellen Mitarbeitern (IM), den Operativvorgängen (OV) und Operativen Personenkontrollen (OPK), das Jahr 1988 betreffend.

1. Zur Einleitung von EV

- Im Jahre 1988 wurden durch das MfS insgesamt 3.668 EV eingeleitet. Das sind 1.473 EV mehr als 1987. Damit wurden 1988 ca. 67 % mehr EV eingeleitet als durchschnittlich in den 80er Jahren. (Nur 1984 wurde mit 3.462 eingeleiteten EV ein vergleichbarer Spitzenwert erreicht.) Der Zugang der eingeleiteten EV gegenüber dem Vorjahr verteilt sich vor allem auf Straftaten gegen die staatliche und öffentliche Ordnung (+ 1.260 EV) und auf Staatsverbrechen (+ 103 EV). (Vgl. Anlage 1)

Von den 1988 durch das MfS abgeschlossenen 3.554 EV wurden an die Staatsanwaltschaft 3.236 (91,1 %) EV übergeben.

Durch die Staatsanwaltschaft bzw. Gerichte wurden 1988 ab-schließende Entscheidungen gegen 2.860 Personen aus vom MfS bearbeiteten Strafverfahren getroffen. 2.572 (89,9 %) Personen wurden gerichtlich verurteilt.

- Die 1988 insgesamt eingeleiteten EV gliedern sich deliktspezifisch wie folgt:

. EV wegen Staatsverbrechen:	... <u>154</u> EV = 4,2 %
(1987:	... <u>51</u> EV = 2,3 %)
. EV wegen Straftaten gegen die staatl. und öffentl. Ordnung:	<u>3.162</u> EV = 86,2 %
(1987:	<u>1.902</u> EV = 86,6 %)
. EV wegen Straftaten gegen die Volkswirtschaft, Persönlichkeit, soz. und privates Eigentum u.a.:	... <u>351</u> EV = 9,6 %
(1987:	... <u>241</u> EV = 11,0 %)

(Differenzierte deliktspezifische Übersicht der eingeleiteten EV siehe Anlage 1)

↑ Abb. 194b

- Die seit 1986 zu verzeichnende Zunahme von EV wegen ungesetzlichen Grenzübertritts gemäß § 213 StGB setzte sich 1988 verstärkt fort (Zunahme um 624 EV auf insgesamt 1.869 EV).

Gleichzeitig hat sich die Anzahl der wegen Straftaten zur Er-zwingung der Ausreise eingeleiteten EV, die seit 1986 erheblich rückläufig war, gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt (1986: 891 EV, 1987: 542 EV, 1988: 1.295 EV), wobei sich dabei die Anzahl der EV wegen Begehung bzw. Androhung von öffentlichkeitswirksamen Demonstrativhandlungen gegenüber dem Vorjahr verdreifacht hat und 1988 insgesamt 1.038 EV = 80 % der wegen Straftaten zur Erzwingung der Ausreise eingeleiteten EV betrug (1986: 58 %, 1987: 67 %).

- 1988 wurden insgesamt 154 EV wegen Staatsverbrechen eingeleitet. Das sind dreimal so viel wie 1987, was insbesondere auf einen erheblichen Zugang der wegen landesverräterischer Nachrichtenübermittlung bzw. landesverräterischer Agententätigkeit eingeleiteten EV zurückzuführen ist (1987: 37 EV, 1988: 138 EV). Damit wurden erstmals seit 1983 wieder mehr EV wegen Staatsverbrechen eingeleitet als im Vorjahr (1983: 438 EV, 1984: 200 EV, 1985: 134 EV, 1986: 81 EV, 1987: 51 EV, 1988: 154 EV).

146 der 154 EV wegen Staatsverbrechen (95 %) wurden zu Delikten des Landesverrats, davon 8 EV wegen Spionage, eingeleitet. Dabei handelt es sich bei 4 EV (1987: 7 EV) um Spione im Auftrag imperialistischer Geheimdienste. Die restlichen 8 EV wegen Staatsverbrechen entfallen auf staatsfeindlichen Menschenhandel (7 EV) und staatsfeindliche Hetze (1 EV).

- Den 1988 insgesamt eingeleiteten 3.668 EV lagen zugrunde:

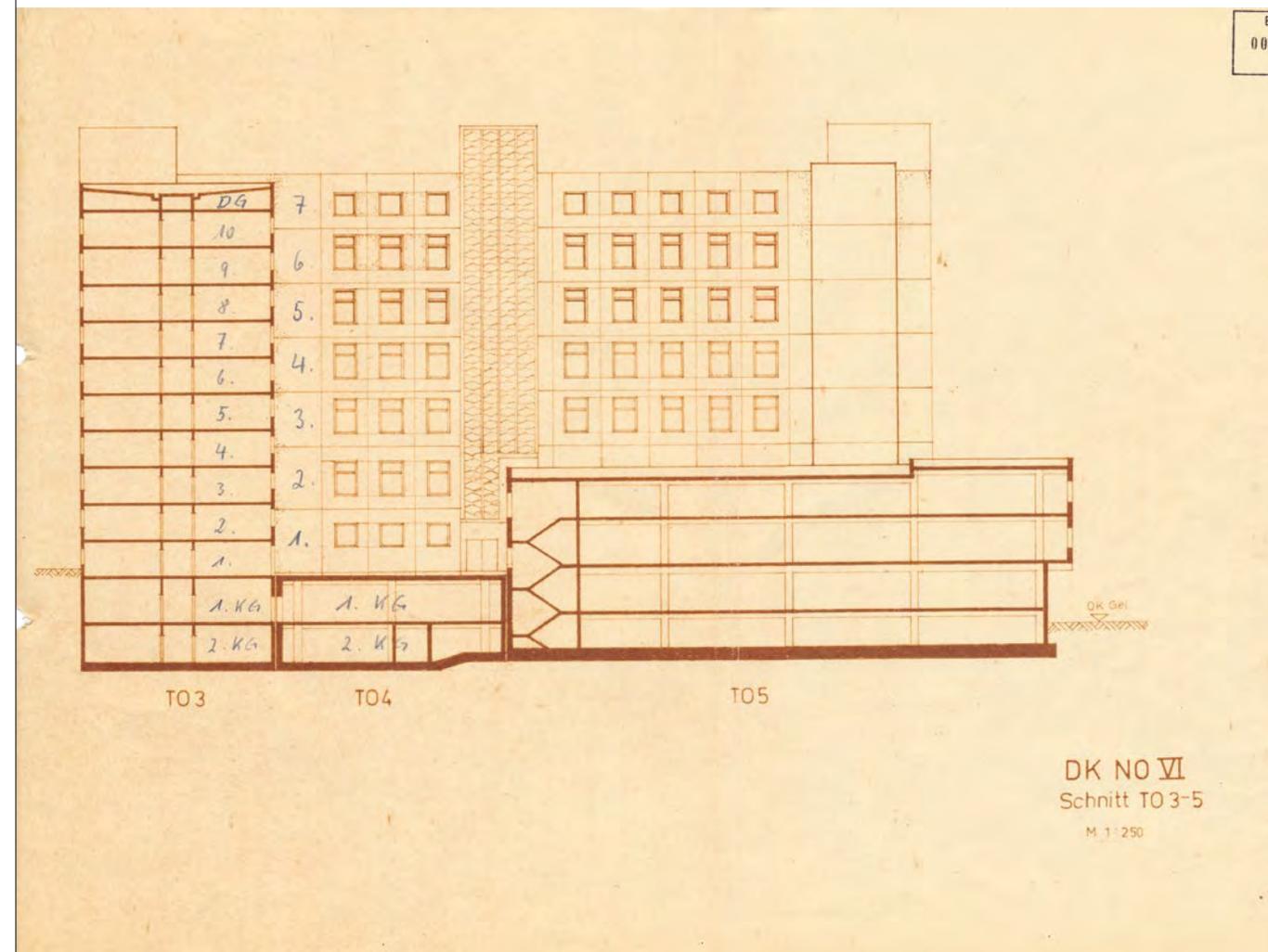
↑ Abb. 194c

3.2.7 Haus 8 und 9: Das Archiv der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit



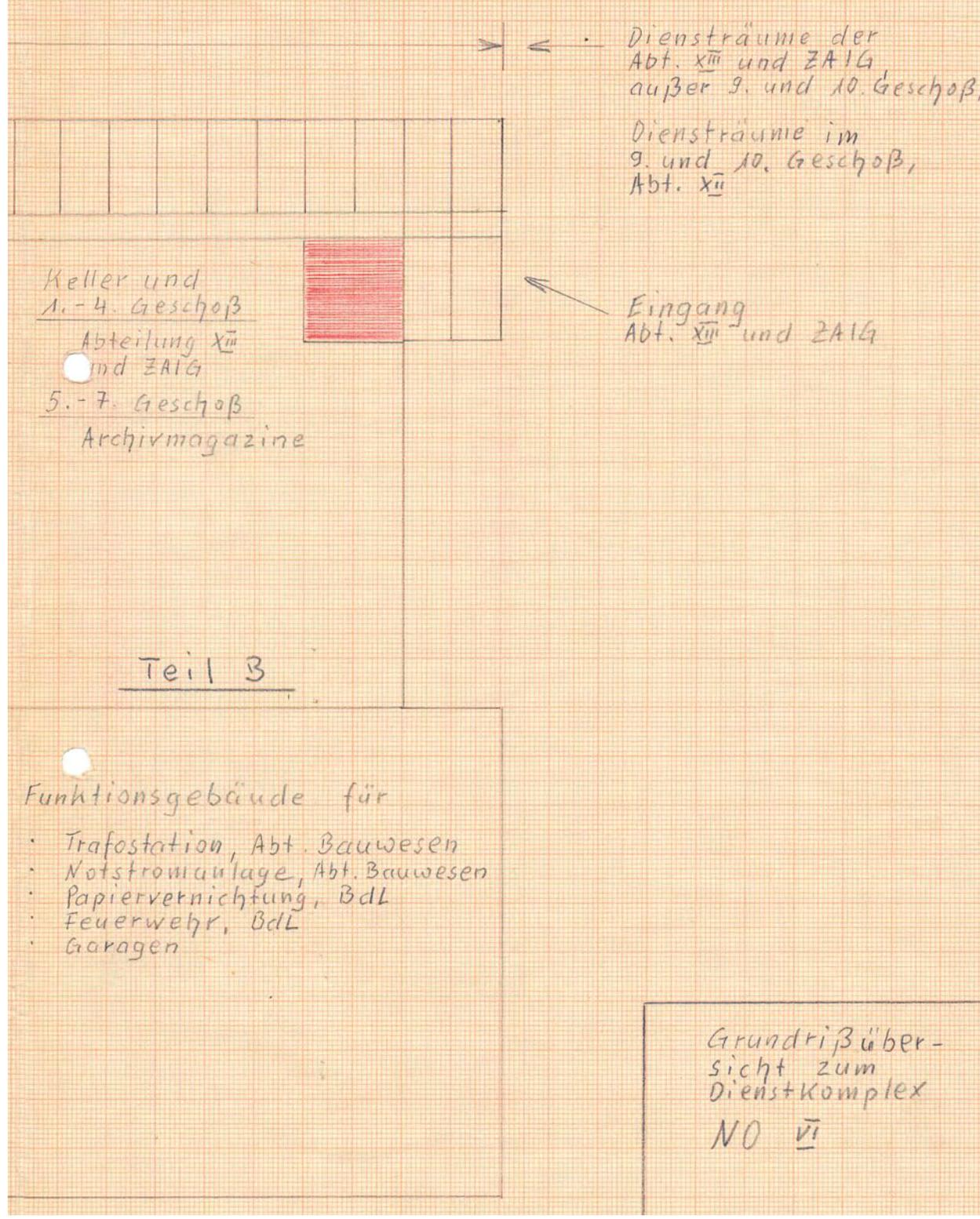
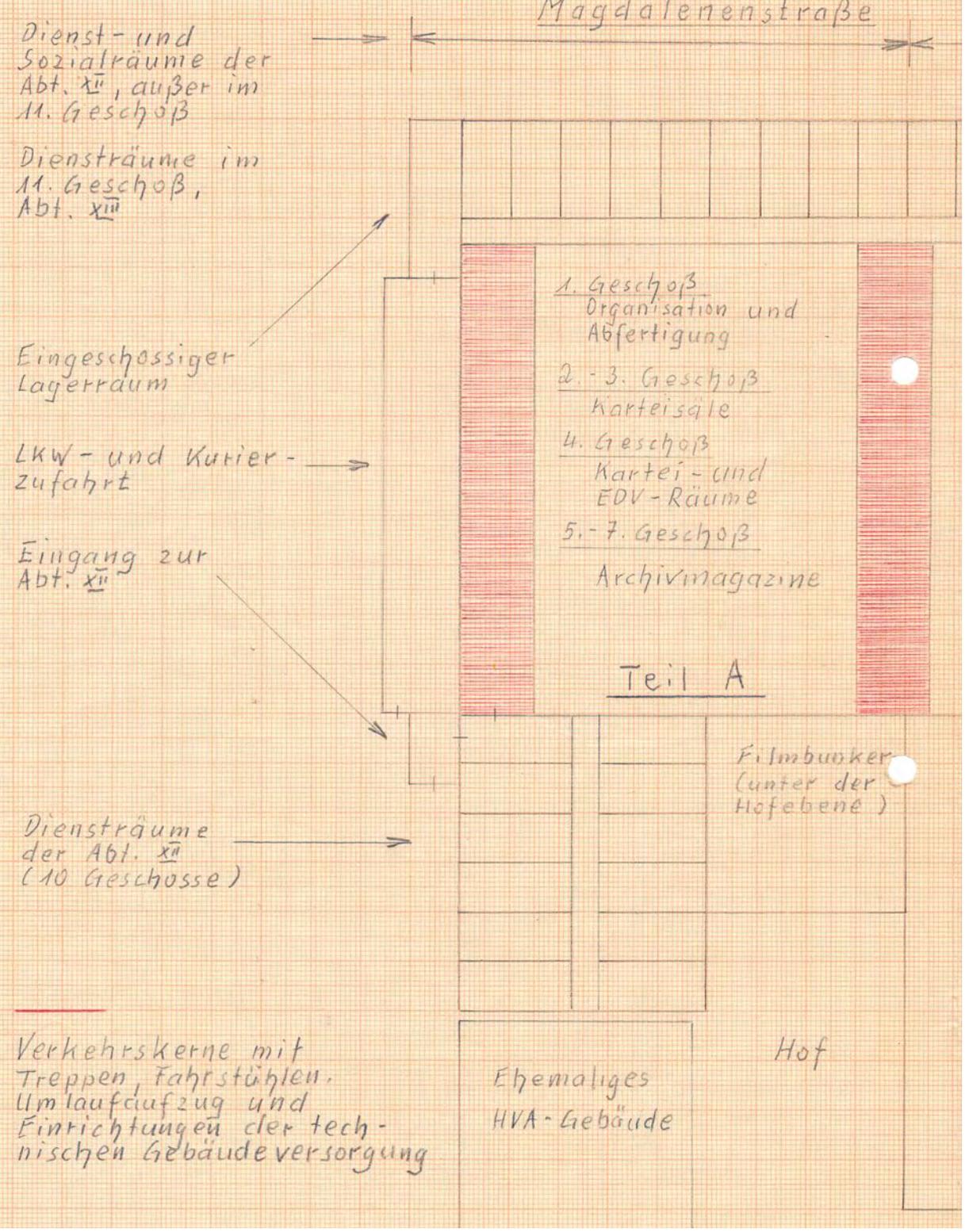
↑ **Abb. 195:** Das in den 1980er-Jahren errichtete Archivgebäude der MfS-Zentrale auf der westlichen Seite der Magdalenenstraße. Davor das von der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe genutzte Haus 6.

In Haus 8 und Haus 9 lagern bis heute die Akten, Datenträger und Karteien des Ministeriums für Staatssicherheit, einschließlich der Karteikarten, die die Akten und Vorgänge der MfS-Bezirksverwaltungen betreffen. Auch die hier gelagerten Sicherheitsverfilmungen beinhalten teilweise Vorgangsmaterial der Bezirksverwaltungen. Zudem verwahrte das Archiv des MfS aus Sicherheits- und Geheimhaltungsgründen einige Fremdbestände, etwa die Akten des mit inoffiziellen Mitarbeitern arbeitenden Bereichs der Kriminalpolizei (K 1) oder „sicherheitspolitisch“ relevante Akten der DDR-Staatsanwaltschaften und die Aktenvorgänge der „Verwaltung Aufklärung“, des Nachrichtendienstes der Nationalen Volksarmee. Verantwortlich für die Erfassung und Lagerung der Akten zeichnete die Abteilung XII. Neben der Archivabteilung nutzte auch die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe drei Etagen in diesem Gebäudekomplex. Hier wurde in den 1980er-Jahren die digitale Zentrale Personendatenbank (ZPDB) des MfS aufgebaut, in der Informationen zu einem nicht unerheblichen Teil der DDR-Bevölkerung gespeichert wurden und entsprechende Abfragen anderer MfS-Dienststellen erfolgten.



↑ **Abb. 196:** Plan von Haus 8 und 9, dem sogenannten Archivgebäude. Der Komplex bestand aus mehreren Gebäuden, den Teilobjekten (TO). Auf der Zeichnung im Schnitt zu sehen: die Teilobjekte 3, 4 und 5. Das Teilobjekt 3 (links auf der Zeichnung) stand längs zur Magdalenenstraße, die anderen Gebäudeteile befanden sich dahinter im Innenhof und waren von der Straße aus nicht zu sehen. Gut erkennbar sind die zwei Kellergeschosse mit den verstärkten Betondecken im mittleren Teil des Gebäudekomplexes im TO 4.

Der mit Haus 8 und 9 bezeichnete Komplex besteht aus drei Gebäuden, die nach der Sprengung mehrerer Wohnhäuser Anfang der 1980er-Jahre errichtet wurden. Der eigentliche Archibau befindet sich im Inneren der Anlage. Unter dem Archiv erstreckt sich ein brandschutztechnisch gesondert gesicherter Bereich mit den Sicherheitsverfilmungen des MfS; zudem sollte hier ein Bunker für die MfS-Führung entstehen, der jedoch nicht fertiggestellt wurde.



↑ ↗ **Abb. 197:** In Haus 8 und 9 befand sich die für Registratur und Archiv des MfS zuständige Abteilung XII und die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe. Eine über mehrere Etagen reichende Kupferauskleidung an den Wänden sollte die hier installierte EDV-Technik abschirmen. Das MfS befürchtete, dass die elektromagnetischen Abstrahlungen ihrer Computer von außen abgefangen und so Inhalte mitgelesen werden könnten.

Verwaltung Rückwärtige Dienste
Abteilung Bauwesen
Leiter

BSTU
Berlin, 22.9.1981 0046
VSt/A - 459/81
Vkr. E - 267/81

Verwaltung Rückwärtige Dienste
Stellvertreter des Leiters

*nicht erfüllt
Abproben auf 16.11.1981
aus fr. Müller
für Schutz
Problem wurde
erfolgreich.
R*

Information
über die Konsequenzen zu den Problemen der elektromagnetischen
Schirmung DK NO VI, Teilobjekt 1

Durch die Abteilung N wurde mit Datum vom 16. 6. 1981 ein Varianten-
vergleich zur elektromagnetischen Schirmung der Datenendtechnik
(periphere Anlagen) im DK NO VI, TO 1 aufgestellt. Die Variante III
(Vorzugsvariante der Abteilung N) sieht die zusätzliche Schirmung
der Räume im TO 1, Teil B 2. und 3. Obergeschoß mit Faradayschen Kä-
fig vor. Der technische Aufwand zum Faradayschen Käfig umfaßt die
Leistungen:

- Raumauskleidung mit Kupferfolie (Wände, Decken, Fußboden)
- Schirmung sämtlicher Öffnungen
 - . Türen mit Spezialtüren (NSW)
 - . Lüftungskanäle mit Wabenkaminen (NSW)
 - . Kabel, usw. mit Filter (NSW)

Bisher erhalten, entsprechend getroffener Festlegungen (AST/GE), die
Produktionsräume und unmittelbar dazugehörige Räume einen Faraday-
schen Käfig:

1. Teil B/Erdgeschoß	514,5 m ²
2. Teil B/1. Obergeschoß	633,3 "
3. Teil A/3. Obergeschoß	69,0 "
	<u>1216,8 m²</u>

Dieser Leistungsumfang ist beim VEB Ausbau Berlin zur Realisierung
beantragt. Der Auftrag ist bestätigt.

Grobkostenermittlung:

VEB Ausbau	Montagekosten	650,0 TM
	Kupferfolie	400,0 TM
		<u>1.050,0 TM</u>
		=====
	NSW-Importe	330,0 TDM
		=====

↑ Abb. 198: Planungen zur Ausführung des sogenannten „Kupferkessels“, der als faradayscher Käfig die elektromagnetische Abstrahlung von Computeranlagen nach außen verhindern sollte. Die Sicherungsmaßnahmen erforderten Materialimporte aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) gegen Devisen.

3.2.8 Die Zentrale Koordinierungsgruppe in Haus 12



↑ Abb. 199: Von der Staatssicherheit zu Bürohäusern umgebaute ehemalige Wohnhäuser an der Ecke Frankfurter Allee/Magdalenenstraße. Die einst vorhandenen Schaufenster und der Ladeneingang an der Hausecke wurden durch einfache Fenster ersetzt, die Außentüren waren Attrappen. An Balkonen der 1. Etage versahen Überwachungskameras ihren Dienst. Pflanzkübel aus Beton blockieren die Zufahrt in die Magdalenenstraße.

Die Zentrale Koordinierungsgruppe hatte den Auftrag, die Flucht und Ausreise aus der DDR zu „bekämpfen“. Hier wurden die Vorgaben ausgearbeitet, nach denen in den Bezirken und Kreisen gegen Ausreiseantragsteller vorgegangen wurde. Die Abteilungen Inneres der Räte des Kreises entschieden in Rücksprache mit dem MfS dann meist konkret über die Ausreiseanträge. Die für „Staatsbürgerschaftsfragen“ zuständigen Funktionäre in den Abteilungen Inneres waren häufig verdeckt Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) des MfS und implementierten damit direkt die Vorgaben der Zentralen Koordinationsgruppe. Diese entwickelte insbesondere in den 1980er-Jahren Strategien zur „Zurückdrängung“ der Ausreiseantragsteller, die das Handeln der beteiligten Institutionen bestimmten. Dazu zählten die „Zurückdrängungsgespräche“ auf unterschiedlichen Ebenen, bei der Abteilung Inneres, aber auch im Betrieb, Reisesperren, der Entzug des normalen Personalausweises gegen die Ausgabe einer vorläufigen Identitätsbescheinigung und andere Schikanen und Einschränkungen.

4. Schlussbetrachtung

Die Friedliche Revolution in der DDR ging einher mit dem Zusammenbruch der Staatssicherheit und läutete damit auch das Ende für deren Zentrale in Berlin-Lichtenberg ein. Mit den Veränderungen in Moskau unter dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Michael Gorbatschow, die zur Aufgabe der Doktrin „über die begrenzte Souveränität der sozialistischen Länder“ führte, hatten sich die politischen Rahmenbedingungen für die DDR und die anderen Ostblockstaaten grundsätzlich geändert. Es kam zu halbdemokratischen Wahlen in Polen und zur faktischen Öffnung des Eisernen Vorhangs in Ungarn im Sommer 1989 – beide Ereignisse destabilisierten die SED-Herrschaft nachhaltig. Die Flucht vieler DDR-Bewohnerinnen und -Bewohner über die ungarisch-österreichische Grenze im August 1989 und die in den Botschaften der Bundesrepublik in Prag und Warschau ausharrenden Ausreisewilligen legten die Hilflosigkeit der SED-Führung offen.

Ab September 1989 kam es in der DDR – vorrangig in den Bezirken im Süden des Landes – vermehrt zu Protesten und Demonstrationen, die sich gegen die SED-Herrschaft richteten. Die politische Krise, die das ganze Land jetzt erfasste, ließ sich weder durch Repressionen unterdrücken, noch durch dosierte Konzessionen lösen. Die SED-Führung war vor dem anstehenden 40. Jahrestag der DDR-Gründung, der am 7. Oktober um jeden Preis reibungslos über die Bühne gehen sollte, paralysiert. Zudem fehlte ein Mechanismus, der die Nachfolge für den schwer erkrankten Generalsekretär Erich Honecker an der Parteispitze geregelt hätte. Doch auch sein Sturz durch das SED-Politbüro und die politische Flucht nach vorn, die zur Maueröffnung am 9. November führte, konnte die SED-Herrschaft nicht mehr retten.

Die Genossen in der Zentrale der Staatssicherheit, die sich vierzig Jahre als „Schild und Schwert der Partei“ gesehen hatten, konnten dieser Entwicklung effektiv nichts entgegensetzen. Seit Jahren war es der von Haus 15 aus organisierten Wirtschaftsspionage im Westen nicht mehr gelungen, der DDR die dringend benötigten technologischen Impulse zu geben. Auch die in Haus 16 angesiedelte Überwachung der Wirtschaft benannte allenfalls die Missstände; darüber hinaus behinderte sie die ökonomischen Prozesse durch ihre Kontrollen mehr, als sie ihnen half. Das alles führte zu einem Klima der Innovationsfeindlichkeit in einem System der organisierten Verantwortungslosigkeit. Alles, was nicht zuvor durch die DDR-Plankommission abgesegnet worden war, stand per se unter Generalverdacht.

Auch der Freikauf von politischen Häftlingen durch die Bundesrepublik spülte der stets klammen DDR keine ausreichenden Devisen mehr in die Kassen, obwohl dieses Geschäft durch die stetige Wiederauffüllung der frei werdenden Zellen in den Haftanstalten, so auch in der Magdalenenstraße, mit neuen politischen Häftlingen am Laufen gehalten wurde. Doch ihre repressiven Mittel musste die DDR zunehmend zurückhaltender einsetzen, weil sie sonst ihr internationales Ansehen zu stark beschädigt hätte. Dadurch funktionierte die Einschüchterung der Bevölkerung nur noch bedingt. Zuletzt nahm manch ein Ausreisewilliger seine Inhaftierung und Verurteilung in Kauf, um anschließend über den Freikauf in den Westen zu gelangen. Daran konnten alle Analysen und Gegenstrategien der Zentralen Koordinierungsgruppe in Haus 12 nichts ändern.

Auch die teilweise durchaus ungeschminkten Lageberichte der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe mit den Beschreibungen von Missständen in vielen Bereichen hatten keine Wirkung, weil die Empfänger in der politischen Führung nicht willens oder in der Lage waren, politische Konsequenzen daraus zu ziehen. Hier bot die nachrichtendienstliche Berichterstattung keinen wirklichen Ersatz für eine freie Öffentlichkeit. Und im Herbst 1989 war das SED-Regime so stark in die Defensive geraten, dass selbst die von der Hauptabteilung XX von Haus 7 aus routiniert betriebenen Einschüchterungen die Proteste im Land nicht mehr stoppen konnten.

Als sich ihr Minister, der bis dahin seine Autorität von Haus 1 aus zelebriert hatte, am 13. November vor der Volkskammer mit einer gestammelten Rede blamierte und bei den Abgeordneten mit dem Ausspruch, er „liebe doch alle Menschen“, höhnisches Gelächter auslöste, versetzte das der ohnehin schon angegriffenen Moral der MfS-Mitarbeiter einen weiteren Schlag. Jetzt war der innere Zerfall der Staatssicherheit eingeleitet, daran konnten auch die institutionellen Rettungsversuche und Reformbemühungen unter dem neuen Namen „Amt für Nationale Sicherheit“ nichts ändern. Am Ende hatte die Geheimpolizei ihren angsteinflößenden Nimbus verloren und war nurmehr damit beschäftigt, durch Aktenvernichtung ihre Machenschaften zu vertuschen.

Auf einmal wirkte alles, was der einst mächtige Repressionsapparat tat, unprofessionell und unbeholfen zugleich. Man mochte sich fragen, wie die Staatssicherheit die Bevölkerung vier Jahrzehnte lang hatte derart einschüchtern können. Zum Schluss ging alles sehr schnell: Nachdem ab 4. Dezember 1989



↑ Abb. 200: Am 15. Januar 1990 hatte das Neue Forum zu einer Aktionskundgebung in der Ruschestraße aufgerufen. Ursprünglich sollte die AfNS-Zentrale blockiert und eine Weiterarbeit verhindert werden. Nach der Öffnung der Tore strömten zahlreiche Menschen auf das Gelände und liefen durch die unverschlossenen Häuser 18 und 2.

aufgebrachte Demonstrantinnen und Demonstranten bereits zahlreiche Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen der Staatssicherheit besetzt hatten und Bürgerkomitees deren Liegenschaften kontrollierten, erfolgte am 15. Januar 1990 die Besetzung der MfS-Zentrale in Berlin. Auch hier bildete sich ein Bürgerkomitee, das – zusammen mit einem hierfür eingesetzten Regierungsbevollmächtigten und dessen staatlichem Komitee – die Auflösung der Staatssicherheit vorantrieb.⁶⁰ Damit war das Ende der geheimpolizeilichen Bastion in Berlin-Lichtenberg besiegelt.

⁶⁰ David Gill/Ulrich Schröter: *Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums.* Berlin 1991, S. 192–202. Der Regierungsbevollmächtigte wurde von der Übergangsregierung unter Hans Modrow und dem Zentralen Runden Tisch eingesetzt.

Abkürzungsverzeichnis

ABC	atomare, bakterielle und chemische Waffen
Abt. /Abtlg.	Abteilung
Abteilung N	Abteilung Nachrichten
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
ASR	Arbeitsgruppe Sicherung des Reiseverkehrs
BArch	Bundesarchiv
BdL	Büro der Leitung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Bundesbeauftragte(r) für die Unterlagen des Staats Sicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BV(fS)	Bezirksverwaltung (des MfS)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DK-NO	Dienstkomplex Normannenstraße
FDJ	Freie Deutsche Jugend
Gen.	Genosse/Genossin
GRU	Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije – Hauptverwaltung für Aufklärung (sowjetischer Militärnachrichtendienst)
GVS	Geheime Verschlusssache
HA	Hauptabteilung
Hptm.	Hauptmann
HV A	Hauptverwaltung A (Auslandsgeheimdienst des MfS)
IM	Inoffizieller Mitarbeiter (des MfS)
KD	Kreisdienststelle (des MfS)
KGB	Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti – Komitee für Staatsicherheit (sowjetischer In- und Auslandsgeheimdienst)
KL	Kreisleitung
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KuS (KuSch)	Kader und Schulung
Ltn.	Leutnant
MdI	Ministerium des Innern (DDR)
MfS	Ministerium für Staatssicherheit

NKWD	Narodnyi Komissariat Wnutrennych Del – Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (1917–1946; umfasste 1934–1943 auch den sowjetischen Staatssicherheitsdienst)
NS	Nationalsozialismus
NVA	Nationale Volksarmee (DDR)
o. D.	ohne Datum
PKZ	Personenkennzahl (DDR)
Ref.	Referat
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFS	Staatssekretariat für Staatssicherheit (Bezeichnung des Staatssicherheitsdienstes von 1953–1955)
SMT	Sowjetisches Militärtribunal
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Tl.	Teil
TO	Teilobjekt
UHA	Untersuchungshaftanstalt
VEB	Volkseigener Betrieb (DDR)
VP	Volkspolizei (DDR)
VRD	Verwaltung Rückwärtige Dienste
(V)VS	(Vertrauliche) Verschlusssache
WTSch	wysokotschastotnaja set – Hochfrequenznetz (abhörsicheres Kommunikationssystem im Ostblock)
ZAGG	Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZK	Zentralkomitee (der SED)
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
ZMD	Zentraler Medizinischer Dienst

Literaturverzeichnis

ASTAK Berlin (Hg.): Die Zentrale. Das Hauptquartier des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg. Berlin [2002].

Engelmann, Roger: Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950–1959. In: Suckut, Siegfried/Süß, Walter (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS. Berlin 1997

Engelmann, Roger/Vollnhals, Clemens (Hg): Justiz im Dienst der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR (Analysen und Dokumente; 16). Berlin ²2000.

Engelmann, Roger/Joestel, Frank (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2010.

Erler, Peter/Hubertus Knabe: Der verbotene Stadtteil. Stasi-Sperrbezirk Berlin-Hohenschönhausen. Berlin 2005.

Fricke, Karl-Wilhelm/Roger Engelmann: „Konzentrierte Schläge“. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956 (Analysen und Dokumente; 11). Berlin 1998.

Fricke, Karl-Wilhelm: MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit. Köln 1991.

Gieseke, Jens: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990. München 2001.

Giesecke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000

Gill, David/Ulrich Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums. Berlin 1991.

Halbrock, Christian: Mielkes Revier. Stadtraum und Alltag rund um die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Berlin ²2011.

Halbrock, Christian: Stasi-Stadt. Die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Ein historischer Rundgang. Berlin ²2011.

Jander, Martin: Vera Lengsfeld (Wollenberger). In: Ilko-Sascha Kowalczyk/Tom Sello (Hg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos. Berlin 2006, S. 147-150.

Kuhlicke, Nora/Beate Rost: Zur Entstehung und Entwicklung des Zentralen Dienstkomplexes des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg zwischen 1950 und 1989/90. Potsdam 2005 (Diplomarbeit)

Michels, Eckard: Guillaume, der Spion. Eine deutsch-deutsche Karriere. Berlin 2013.

Otto, Wilfriede: Erich Mielke. Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten. Berlin 2000.

Schumann, Silke: Parteierziehung in der Geheimpolizei. Zur Rolle der SED im MfS der fünfziger Jahre (Analysen und Dokumente; 9). Berlin 1997.

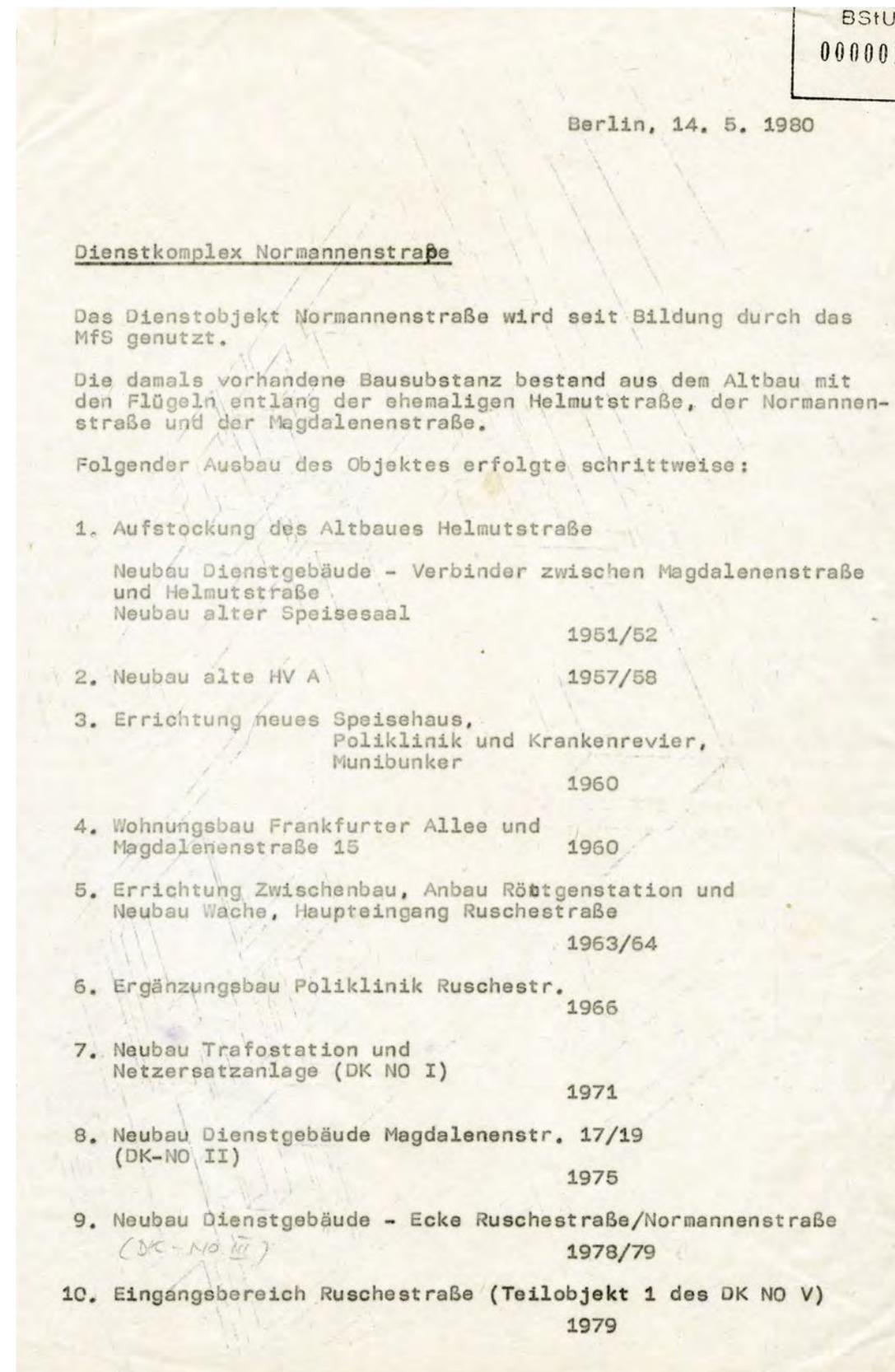
Stiller, Werner: Im Zentrum der Spionage. Mainz 1986.

Subklew, Marianne: Ich wurde mutiger. Der Pankower Friedenskreis – politische Selbstbehauptung und öffentlicher Widerspruch. Berlin 2003

Subklew-Jeutner, Marianne: Der Pankower Friedenskreis. Geschichte einer Ost-Berliner Gruppe innerhalb der Evangelischen Kirche in der DDR 1981-1989. Osnabrück 2004

Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999.

Wiedmann, Roland: Die Diensteinheiten des MfS 1950-1989. Eine organisatorische Übersicht (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2012.



↑ Abb. 201: Übersicht über den fortschreitenden Ausbau des Dienstkomplexes Normannenstraße, Berlin, 14.5.1980. Die Abkürzungen bedeuten: TO - Teilobjekt, DK NO - Dienstkomplex Normannenstraße.

Verzeichnis der Häuser der MfS-Zentrale

Seite	Haus/Adresse	Bauzeit/interne Bezeichnung	ansässige Abteilungen	heutige Nutzung
78–101	Haus 1 – Ministersitz ehem. Helmutstraße Innenhof der Zentrale	1961/62 <i>Zwischenbau (Objekt Z)</i>	Minister Stellvertreter des Ministers Arbeitsgruppe des Ministers (AGM) Büro der Leitung (BdL) Sekretariat des Ministers Fahndungsführungsgruppe (ab 1987 HA VII/Abt. VII/14) Abteilung N (Nachrichten/Regierungsverbindungen) Abteilung XII (bis 1985)	Stasi-Museum Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv
30–51	Haus 2 – ehemaliges Finanzamt Normannenstraße 22	1930/31 als Finanzamt Lichtenberg; Übernahme/Erweiterung durch das MfS ab 1950 <i>Altbau</i>	HA II (Spionageabwehr) Zentraler Operativstab (ZOS) Abt. X (Internationale Beziehungen) BdL (Kurierwesen, Post- und Verschlusssachen) BCD (Bewaffnung/Chemische Dienste) Rechtsstelle Bildstelle Abteilung N (Nachrichten/Regierungsverbindungen) VRD	Finanzamt des Landes Berlin
25–54	Haus 3 Magdalenenstraße 21	Ehem. Wohnhaus, erbaut um 1900, seit den 1950er-Jahren vom MfS genutzt	Zentraler Operativstab (ZOS) Bildstelle	
196–199	Haus 4 Magdalenenstraße 17–19	1974	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG)	Wohnhaus (genossenschaftliches Wohnprojekt)
52–75	Haus 7 ehem. Helmutstraße Innenhof der Zentrale	1956–1958 <i>Neubau, HV-A-Gebäude, HV A bzw. Alte HV A (ab 1978)</i>	HA XX (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund) Abt. XII (Zentrale Auskunft, Speicher) HV A (bis 1978) Abteilung XI (Chiffrierwesen) AGM HA XIX	Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv Ausstellung „Einblick ins Geheime“
200–204	Haus 8/9 Magdalenenstraße 3, 5, 9	1981–1985	Abt. XII (Zentrale Auskunft, Speicher) Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG)	Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv
205	Haus 12 Magdalenenstraße/Ecke Frankfurter Allee	Ehem. Wohnhaus, erbaut um 1900	Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG – Bearbeitung von Übersiedlungen/Ausreisen)	
121–134	Haus 15 Ruschestraße/Ecke Frankfurter Allee	1976–1978	HV A (Auslandsspionage)	
135–141	Haus 16 Ruschestraße	1977/1978	SED-Kreisleitung (MfS-Zentrale) FDJ-Kreisleitung (MfS-Zentrale)	
142–152	Haus 17 Ruschestraße	1979	ZAGG (Zentrale AG Geheimnisschutz) BdL ZMD Wachregiment	Robert-Havemann-Archiv
153–165	Haus 18 Normannenstraße	1979–1982	Verwaltung Rückwärtige Dienste (VRD) Zentraler Medizinischer Dienst (ZMD)	

Seite	Haus/Adresse	Bauzeit/ <i>interne Bezeichnung</i>	ansässige Abteilungen	heutige Nutzung
116–120	Haus 19/20 – Poliklinik	1960–1966	Zentraler Medizinischer Dienst (ZMD)	Ärztehaus
100–115	Haus 22 – Neues Speisehaus	1960	Offizierskantine und Konferenz-/Festsaal	Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv Besucherzentrum Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie
167–172	Haus 40 Gotlindestraße	1975–1978	HA VII (Sicherung des Innenministeriums und der Volkspolizei) Abt. Finanzen	
167–172	Haus 41 Gotlindestraße	1975–1978	Abt. Finanzen HA III (Funkaufklärung und Funkabwehr)	Bundesverwaltungsamt
167–172	Haus 42 Gotlindestraße	1975–1978	Abt. Finanzen Abt. N (Nachrichten/Regierungsverbindungen) HA VII HA Kusch (Kader und Schulung)	Agentur für Arbeit
167–172	Haus 43 – Nachrichtenfunktionsgebäude Gotlindestraße	1979	Abt. N (Nachrichten/Regierungsverbindungen)	Wohnhaus
173–177	Haus 47 Gotlindestraße	Mitte der 1980er-Jahre	Abt. M (Postkontrolle) HA III (Funkaufklärung und Funkabwehr)	
173–177	Haus 48 Gotlindestraße	Mitte der 1980er-Jahre	HA XIX (Verkehr, Post, Nachrichtenwesen)	
173–177	Haus 49 Gotlindestraße	Mitte der 1980er-Jahre	HA KuSch (Kader und Schulung)	

Personenregister

- Beater, Bruno 104, 113, 151
Berthold, Hermann 107
Brandt, Willy 166 f.
Brasch, Horst 67
Brasch, Thomas 67

Carlsohn, Hans 95, 98 f.

Eichhorst, Lothar 106
Engelhardt, Heinz 111, 164
Eppelmann, Rainer 69

Felber, Horst 31, 117, 138 f.
Field, Noel 93
Frohriep, Jürgen 114
Fruck, Hans 113

Gaida, Wilhelm 43
Gold, Franz 36
Gorbatschow, Michael 209
Großmann, Werner 126 ff., 167
Guillaume, Günter 166 f.

Hauswald, Harald 71
Havemann, Robert 69
Heidenreich, Gerhard 113
Honecker, Erich 8, 30, 50, 112, 114, 209

Jesse, Siegfried 133

Kempe, Günter 119
Kienberg, Paul 62 f., 67, 141
Kleine, Alfred 142
Kleinjung, Karl 113
Köfer, Herbert 114
Korotkow, Alexander Michailowitsch 50, 52
Kreikemeyer, Willi 93

Lengsfeld, Franz 179

Mattern, Hermann 30

Mielke, Erich 8, 12, 16, 25, 30, 32, 43 f., 48, 50,
63, 69, 78 ff., 85, 92 ff., 100, 104, 106, 108,
112 ff., 119, 126 f., 138, 151, 161, 163 f.,
186, 193, 211
Mittig, Rudi 142 f.
Modrow, Hans 18, 211

Nikolski, Jewgeni 66

Patrakejew (Oberst) 52
Pieck, Wilhelm 30
Pitowranow, Jewgenij Petrowitsch 51 f.

Reuter, Wolfgang 66

Schirdewan, Karl 43
Scholz, Alfred 104, 151
Schröder, Fritz 62, 85, 96, 143, 151
Schröder, Werner 152 f.
Schumann, Conrad 192
Schwanitz, Wolfgang 80, 100 f.
Stiller, Werner 133 f., 166
Stoph, Willy 112

Taut, Bruno 119, 156, 158
Teske, Werner 134 f.
Thräne, Walter 126, 128
Titow, Gennadij F. 115

Ulbricht, Walter 30, 43, 50, 52, 92, 112, 127
Volpert, Heinz 46 f., 98

Walter, Otto 52
Wegner, Bettina 193 f.
Weikert, Martin 36
Wichert, Erich 113
Wiegand, Joachim 66
Wilhelm, Richard 160
Winzer, Otto 40
Wolf, Christa 67
Wolf, Markus 50, 126 ff., 163, 167
Wollweber, Ernst 18, 32, 36 f., 40 f., 43, 51, 92

Zaisser, Wilhelm 32, 38 f., 43, 92

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1 BArch, MfS, ZAIG, Fo 598, Bild 26 (Ausschnitt)
Abb. 2 BArch, MfS, HA II, Fo 32, Bild 8
Abb. 3 BArch, MfS, AS 1251/67, Bl. 2
Abb. 4 BArch, MfS, ZAIG, Fo 61, Bild 1
Abb. 5 BArch, MfS, BdL 295, Bl. 17
Abb. 6 BArch, MfS, ZAIG, Fo 2875, Bild 9
Abb. 7 BArch, MfS, VRD 923, Bl. 248
Abb. 8 BArch, MfS, SdM, Fo 396, Bild 10–12
Abb. 9 Konzeption zum Ablauf der Bauarbeiten und zur Belegung
des DK-NO v. 17.3.1975; BArch, MfS, VRD 977, Bl. 29

Abb. 10 BArch, MfS, HA II 40290, Bl. 84
Abb. 11 BArch, MfS, VRD 8376, Bl. 54
Abb. 12 BArch, MfS, VRD 1590, Bl. 1
Abb. 13 BArch, ZAIG, Fo 1558, Bild 99
Abb. 14 BArch, MfS, KS 981/90, Bl. 118
Abb. 15 BArch, MfS, BdL, Fo 295, Bild 22
Abb. 16 BArch, MfS, BdL, 2270, Bl. 33
Abb. 17 BArch, MfS, ZAIG, Fo 61, Bild 5
Abb. 18 BArch, MfS, ZAIG, Fo 61, Bl. 4
Abb. 19 BArch, MfS, BdL, Fo 82, Bild 455
Abb. 20 Landesarchiv Berlin, Rep. C 110-01, Nr. 3184, o. Pag.
Abb. 21 BArch, MfS, SdM 1909, Tl. 2, Bl. 282
Abb. 22 BArch, Stasi-Unterlagen-Archiv
Abb. 23 BArch, Bild 183-08749-0001
Abb. 24 BArch, MfS, SdM 1909, Tl. 1, Bl. 53
Abb. 25 BArch, MfS, ZAIG, Fo 1054, Bild 1
Abb. 26 a/b BArch, MfS, SdM 1909, Tl. 1, Bl. 14 f.
Abb. 27 BArch, MfS, ZAIG, Fo 1558, Bild 171
Abb. 28 BArch, MfS, BdL, Dok 2027, Bl. 2–4
Abb. 29 Evangelisches Archivzentrum, Landeskirchenarchiv Berlin-
Brandenburg, Generalia, K 23, Az 322, Bd. I, o. Pag.)

Abb. 30 BArch, MfS, HA KuSch, Nr. 1567
Abb. 31 BArch, MfS, HA IX, Nr. 1789, Bl. 2
Abb. 32 BArch, MfS, HA IX, Nr. 1789, Bl. 10. Abgedruckt auch in:
Hellmuth Henneberg: Meuterei vor Rügen. Was geschah auf
der *Seebad Binz*? Der Prozess gegen die Junge Gemeinde 1961
in Rostock. Rostock 2002, S. 137

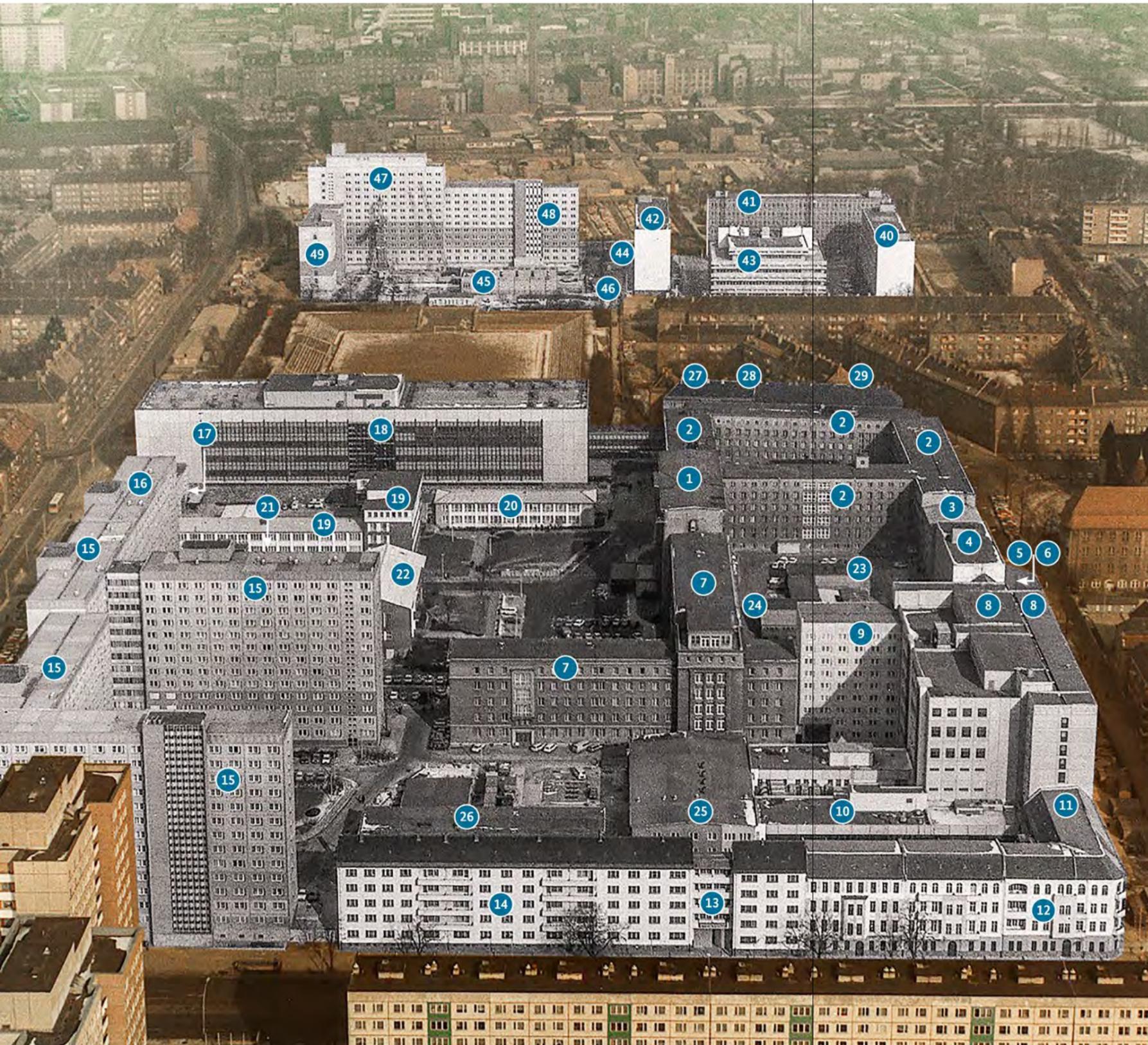
Abb. 33 BArch, MfS, BdL, Fo 284, Bild 3
Abb. 34 BArch, MfS, ZAIG, Fo 1558, Bild 185
Abb. 35 BArch, MfS, ZAIG, Fo 1558, Bild 144
Abb. 36 BArch, MfS, SdM 1909, Tl. 1, Bl. 10
Abb. 37 BArch, MfS, SdM 1909, Tl. 1, Bl. 179
Abb. 38 BArch, MfS, ZAIG 1560, Bl. 56

Abb. 39 BArch, MfS, ZAIG 1560, Bl. 54
 Abb. 40 BArch, MfS, ZAIG 1560, Bl. 55
 Abb. 41 BArch, MfS, BdL, Fo 296, Bild 1
 Abb. 42 BArch, MfS, ZAIG, Fo 1605, Bild 18
 Abb. 43 BArch, ZAIG, Fo 1605, Bild 23
 Abb. 44 BArch, MfS, VRD 10088, Bl. 48
 Abb. 45 BArch, MfS, VRD 10362, Bl. 118
 Abb. 46 BArch, MfS, VRD 11884, Bl. 1–3
 Abb. 47 BArch, MfS, SHB 5317, Bl. 183
 Abb. 48 BArch, MfS, HA KuSch, Nr. 1567
 Abb. 49 BArch, MfS, HA KuSch, Nr. 1567
 Abb. 50 BArch, MfS, SdM 1204, Bl. 289
 Abb. 51 BArch, MfS, AS 298/79, Bl. 6
 Abb. 52 BArch, MfS, KS, 21804/90, Bl. 71
 Abb. 53 BArch, MfS, HA XX, Fo 1710, Bild 8
 Abb. 54 BArch, MfS, HA XX, Fo 568, Bild 21
 Abb. 55 BArch, MfS, HA IX, Nr. 25466, Bl. 14
 Abb. 56 BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XX 4267, Bl. 9
 Abb. 57 BArch, MfS, BdL, Dok 7606, Bl. 1
 Abb. 58 BArch, MfS, HA XX 19486, Bl. 176
 Abb. 59 BArch, MfS, HA XX 3520, Tl. 2, Bl. 445
 Abb. 60 KK-Karteikarte der Linie XX, BArch, Stasi-Unterlagen-Archiv
 Abb. 61 a–c BArch, MfS, HA XX/4 1876, Bl. 57–59
 Abb. 62 BArch, MfS, HA XX 6016, Bl. 430
 Abb. 63 BArch, MfS, HA XX 6016, Bl. 335
 Abb. 64 BArch, MfS, BdL, Fo 82, Bild 467
 Abb. 65 BArch, MfS, BdL 8863, Bl. 2
 Abb. 66 BArch, MfS, ZAIG, Fo 2516, Bild 6
 Abb. 67 BArch, MfS, SdM 309, Bl. 10
 Abb. 68 BArch, MfS, BV Halle, KD Aschersleben 783, Bl. 1
 Abb. 69 BArch, MfS, SHB 5317, Bl. 169
 Abb. 70 BArch, MfS, ZAIG, Fo 1555, Bild 26
 Abb. 71 BArch, MfS, SHB 5317, Bl. 177 (Ausschnitt)
 Abb. 72 BArch, MfS, VRD 1312, Bl. 80
 Abb. 73 BArch, MfS, SHB 5317, Bl. 177
 Abb. 74 BArch, MfS, ZAIG, Fo 77, Bild 15
 Abb. 75 BArch, MfS, BdL, Fo 227, Bild 26
 Abb. 76 BArch, MfS, ZAIG Fo 598, Bild 18
 Abb. 77 BArch, MfS, ZAIG Fo 598, Bild 73
 Abb. 78 BArch, MfS, ZAIG, Fo 1558, Bild 66
 Abb. 79 BArch, MfS, VRD 10530, Bl. 239
 Abb. 80 BArch, MfS, ZAIG, Fo 1605, Bild 4
 Abb. 81 BArch, MfS, ZAIG, Fo 890, Bild 79
 Abb. 82 BArch, MfS, KS 1262/90, Bl. 388
 Abb. 83 BArch, MfS, HA KuSch, Nr. 1567

Abb. 84 BArch, MfS, SdM, Fo 173, Bild 51
 Abb. 85 BArch, MfS, HA XX 6016, Bl. 212
 Abb. 86 BArch, MfS, KS 1262/90, Bl. 395
 Abb. 87 BArch, MfS, KS 1262/90, Bl. 152
 Abb. 88 BArch, MfS, BdL Fo 296, Bild 43
 Abb. 89 BArch, MfS, ZAIG, Fo 753, Bild 1
 Abb. 90 BArch, MfS, Abt. XII, Fo 63, Bild 2
 Abb. 91 BArch, MfS, ZAIG, Fo 1605, Bild 29
 Abb. 92 BArch, MfS, BdL 8667, Bl. 2
 Abb. 93 BArch, MfS, ZAIG, Fo 1576, Bild 7
 Abb. 94 BArch, MfS, ZAIG, Fo 1316, Bild 2
 Abb. 95 a/b BArch, MfS, BdL 8667, Bl. 4 f.
 Abb. 96 BArch, MfS, AS 298/79, Bl. 8
 Abb. 97 BArch, MfS, BdL 1879, Bl. 4
 Abb. 98 BArch, MfS, SdM, Fo 173, Bild 28
 Abb. 99 BArch, MfS, SdM, Fo 173, Bild 36
 Abb. 100 BArch, MfS, SdM, Fo 173, Bild 101
 Abb. 101 BArch, MfS, ZAIG, Fo 2465, Bild 95
 Abb. 102 BArch, MfS, ZAIG, Fo 2465, Bild 151
 Abb. 103 BArch, MfS, ZAIG, Fo 879, Bild 12
 Abb. 104 BArch, MfS, ZAIG, Fo 879, Bild 47
 Abb. 105 BArch, MfS, ZAIG, Fo 1019, Bild 41
 Abb. 106 BArch, MfS, ZAIG, Fo 1019, Bild 51
 Abb. 107 BArch, MfS, ZAIG, Fo 1214, Bild 6
 Abb. 108 BArch, MfS, BdL, Fo 82, Bl. 40
 Abb. 109 BArch, MfS, ZAIG Fo 598, Bild 32
 Abb. 110 BArch, MfS, SdM, Fo 59, Bild 44
 Abb. 111 BArch, MfS, VRD 7787, Bl. 197
 Abb. 112 a/b BArch, MfS, KS 21804/90, Bl. 131 f.
 Abb. 113 BArch, MfS, HA II, Fo 1713, Bild 19
 Abb. 114 BArch, MfS, VRD 977, Bl. 12 (bearbeitet)
 Abb. 115 BArch, MfS, VRD Fo 43, Bild 28
 Abb. 116 BArch, MfS, VRD, Fo 43, Bild 4
 Abb. 117 BArch, MfS, KS 60003/90, Bl. 290
 Abb. 118 BArch, MfS, SdM Fo 173, Bild 13
 Abb. 119 BStU, MfS, HA KuSch, Nr. 5617
 Abb. 120 BArch, MfS, BdL, Fo 296, Bild 26
 Abb. 121 BArch, MfS, AIM 1371/72, Bd. 1, Bl. 81
 Abb. 122 BArch, MfS, HA XIX 1873, Bl. 195
 Abb. 123 BArch, MfS, AIM 17626/89, Bd. 1, Bl. 22
 Abb. 124 BArch, MfS, HA XXII 5556/13, Bl. 16
 Abb. 125 BArch, MfS, HA II 3542, Bl. 32, Bild 9
 Abb. 126 BArch, MfS, HA IX 25267, Bl. 208
 Abb. 127 Sachverständigengutachten der HA IX v. 13.4.1989, Bl. 24–26;
 BArch, MfS, HA IX 25268, hier Bl. 25

Abb. 128 BArch, MfS, BdL 2270, Bild 33
Abb. 129 BArch, MfS, HA II, Fo 32, Bild 5
Abb. 130 BArch, MfS, HA KuSch, Nr. 1567
Abb. 131 BArch, MfS, KS 981/90, Bl. 94
Abb. 132 BArch, MfS, BV Schwerin, KS II 346/89, Bl. 67
Abb. 133 BArch, MfS, ZAIG, Fo 1080, Bild 62
Abb. 134 BArch, MfS, HA KuSch, Nr. 1567
Abb. 135 BArch, MfS, HA KuSch, Nr. 1567
Abb. 136 BArch, MfS, KS 24714/90, Bl. 81
Abb. 137 BArch, MfS, HA II, Fo 1713, Bild 11
Abb. 138 BArch, MfS, VRD 6145, Bild 10
Abb. 139 BArch, MfS, BdL, Fo 82, Bild 468
Abb. 140 BArch, MfS, BdL 2366, Bl. 11
Abb. 141 BArch, MfS, BdL, Fo 295, Bl. 6
Abb. 142 MfS HA II, Fo 1713, Bild 34
Abb. 143 BArch, MfS, BdL 2474, Bl. 107
Abb. 144 a/b BArch, MfS, AKK 3203/82, Bl. 28 f.
Abb. 145 BArch, MfS, AKK 3203/82, Bl. 18
Abb. 146 BArch, MfS, HA KuSch, Nr. 1567
Abb. 147 BArch, MfS, KS 21804/90, Bl. 94
Abb. 148 BArch, MfS, KS 21804/90, Bl. 91
Abb. 149 BStU, MfS, BdL, Fo 296, Bl. 48
Abb. 150 BArch, MfS, BdL, Fo 295, Bild 33
Abb. 151 BArch, MfS, HA II, Fo 1713, Bild 32
Abb. 152 BArch, MfS, HA VIII, Fo 117, Bild 133
Abb. 153 BArch, MfS, VRD 5903, Fo 3, Bl. 11 (Ausschnitt)
Abb. 154 BArch, MfS, VRD, Fo 146, Bild 3
Abb. 155 BArch, MfS, VRD, Fo 35, Bild 7-9
Abb. 156 BArch, MfS, ZAIG, Fo 1448, Bild 22
Abb. 157 BArch, MfS, SED-Kreisleitung, Fo 116, Bild 3
Abb. 158 BArch, MfS, VRD 5086, Bl. 268
Abb. 159 BArch, MfS, BdL, Fo 197, Bild 12
Abb. 160 BArch, MfS, SdM, Fo 274, Bild 53
Abb. 161 BArch, MfS, BdL 2474, Bl. 25
Abb. 162 BArch, MfS, ZAIG, Fo 939, Bild 3
Abb. 163 BArch, MfS, ZAIG, Fo 939, Bild 29
Abb. 164 BArch, MfS, ZAIG, Fo 939, Bild 75
Abb. 165 BArch, MfS, HA II, Fo 32, Bild 3
Abb. 166 BArch, MfS, BdL 4687, Bl. 36
Abb. 167 BArch, MfS, HA II, Fo 32, Bild 1
Abb. 168 BArch, MfS, SdM, Fo 19, Bild 9
Abb. 169 BArch, MfS, ZAIG, Fo 1541, Bl. 50
Abb. 170 BArch, MfS, HA VII 4499, Bl. 74
Abb. 171 BArch, MfS, SdM, Fo 19, Bild 10
Abb. 172 BArch, MfS, HA II, Fo 1713, Bild 6

Abb. 173 BArch, MfS, BdL, Fo 82, Bild 443
Abb. 174 a/b BArch, MfS, ZKG 8914, Bl. 23 f.
Abb. 175 BArch, MfS, BdL 942, Bl. 8
Abb. 176 BArch, MfS, HA KuSch 32597, Bl. 8
Abb. 177 BArch, MfS, BdL, Fo 87, Bild 54
Abb. 178 BArch, MfS, BdL, Fo 85, Bild 15
Abb. 179 BArch, MfS, Abt. XIV, Nr. 1043, Bl. 13 (bearbeitet)
Abb. 180 BArch, MfS, Abt. XIV 1043, Bl. 35
Abb. 181 BArch, MfS, Abt. XIV, Nr. 1043, Bl. 50
Abb. 182 BArch, MfS, AU 195/56, Bd. 1, Bild 2
Abb. 183 BArch, MfS, KuSch 1068, Bl. 311
Abb. 184 BArch, MfS, G-SKS 101210, Bl. 5
Abb. 185 BArch, MfS, AOP 623/61, Bd. 3, Bl. 79
Abb. 186 BArch, MfS, G-SKS 100364, Bl. 4
Abb. 187 BArch, MfS, HA IX/11, AK 1560/78, Bl. 8
Abb. 188 BArch, MfS, AU 2639/70, Bd. 1, Bl. 19
Abb. 189 BArch, MfS, HA IX 25467, Bl. 14
Abb. 190 BArch, MfS, HA IX 13991, Bl. 100
Abb. 191 BArch, MfS, BdL, Fo 295, Bild 20
Abb. 192 BArch, MfS, ZOS 2288, Bl. 24
Abb. 193 BArch, MfS, HA II, Fo 1713, Bild 52
Abb. 194 a/b BArch, MfS, ZAIG 22779, Bl. 1-3
Abb. 195 BArch, MfS, BdL, Fo 295, Bild 16
Abb. 196 BArch, MfS, Abt. XII 7136, Bl. 52
Abb. 197 BArch, MfS, Abt. XII 7136, Bl. 19
Abb. 198 BArch, MfS, VRD 7311, Bl. 46
Abb. 199 BArch, MfS, BdL, Fo 295, Bild 15
Abb. 200 BArch, Bild 183-1990-0116-013/Uhlemann, Thomas
Abb. 201 BArch, MfS, VRD 7285, Bl. 1



Leitung des MfS	Haus 1 Minister Stellvertreter des Ministers Arbeitsgruppe des Ministers Büro der Leitung	Haus 17 ZAGG BdL Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz Büro der Leitung (Anmeldung)
HA II ZOS Abt. X BdL	Haus 2 Spionageabwehr Zentraler Operativstab Internationale Beziehungen Büro der Leitung (Kurierwesen, Post- und Verschlusssachen)	Haus 18 VRD ZMD Verwaltung Rückwärtige Dienste (Sozialgebäude) Zentraler Medizinischer Dienst (Hygiene-Inspektion)
BCD	Haus 3 Zentraler Operativstab	Haus 19 20 ZMD Zentraler Medizinischer Dienst (Poliklinik)
ZOS	Haus 4 Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe	Haus 21 BdL Büro der Leitung (Mannschaften des Wachregiments)
HA II	Haus 5 Spionageabwehr	Haus 22 Offizierskantine (ab Abteilungsleiter) Konferenz-/Festsaal
ZAIG	Haus 6 Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (Elektronische Datenverarbeitung)	Haus 27 28 29 Massenorg. ZMD Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)/Gesellschaft für Deutsch- Sowjetische Freundschaft (DSF) Bildstelle Zentraler Medizinischer Dienst (Sozialbereich)
HA XX	Haus 7 Staatsapparat/Kirchen/Untergrund	Haus 40 HA VII Sicherung des Innenministeriums und der Volkspolizei
Abt. XII ZAIG	Haus 8 9 11 Zentrale Auskunft/Speicher Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe/Datenspeicher	Abt. Finanzen Finanzwesen
ZKG	Haus 12 Zentrale Koordinierungsgruppe (Bearbeitung von Übersiedlungen/ Ausreisen)	Haus 41 Abt. Finanzen HA III Finanzwesen Funkaufklärung und Funkabwehr
VRD	Haus 10 13 23 24 25 26 45 Verwaltung Rückwärtige Dienste (Baureparaturen/Einkaufsmarkt/ Garagen/Energie-/Wasser-/ Wärmeversorgung)	Haus 42 43 Abt. N Nachrichten/Regierungsverbindungen Vermittlung
HA XVIII	Haus 14 Sicherung der Wirtschaft	HA KuSch Kader und Schulung
HV A	Haus 15 Auslandsspionage	Haus 44 BdL Büro der Leitung (Mannschaften des Wachregiments)
KL-SED KL-FDJ	Haus 16 SED-Kreisleitung (MfS-Zentrale) FDJ-Kreisleitung (MfS-Zentrale)	Haus 46 47 Abt. M Postkontrolle
		Haus 48 HA XIX Verkehr/Post/Nachrichtenwesen
		Haus 48 49 HA KuSch Kader und Schulung

Bildnachweise

Umschlagvorderseite:

Erich Honecker, Sekretär für Sicherheitsfragen des ZK der SED, besucht am 8. Februar 1970 anlässlich der Jubiläumsfeier zum 20. Jahrestag des Ministeriums für Staatssicherheit die Stasi-Zentrale. Die Abbildung zeigt ihn in Begleitung von Oberst Heinz Gronau, Kommandeur des MfS-Wachregiments, auf der Eingangstreppe zu Haus 22 (BArch, MfS, ZAIG, Fo 2465, Bild 91).

hintere Umschlagseite innen:

Gelände der Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg in den 1980er-Jahren (BArch, MfS, HA II, Fo 32, Bild 13, bearbeitet).

Umschlagrückseite:

Das Gelände der MfS-Zentrale von der Frankfurter Allee aus gesehen. Im Vordergrund quer das 5-geschossige Haus 7, dahinter das über die Baureihe hinausragende Haus 1, der Ministersitz, mit dem 1976 errichteten Sichtschutz, der an- und abfahrende Pkw verdecken sollte (BArch, MfS, BdL, Fo 598, Bild 69, Ausschnitt).



ISBN 978-3-946572-61-9



9 783946 572619